

Politische Ideologien, Sozialstruktur und Wahlverhalten

**Die Bedeutung der politischen Angebote und Appelle von
Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen
und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Ländern**

vorgelegt von
Martin Elff, M. A.

Mannheim, 2. Juni 2004

Inauguraldissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Sozialwissenschaften
der Universität Mannheim

Dekanin: Prof. Dr. Dagmar Stahlberg
Erster Gutachter: Prof. Dr. Jan W. van Deth
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Franz U. Pappi
Tag der Disputation: 1. März 2004

Inhaltsverzeichnis

1	Wahlverhalten, Sozialstruktur und die Angebote politischer Parteien	1
1.1	Problemhintergrund und Fragestellung	1
1.2	Aufbau der Arbeit	7
1.3	Länderauswahl und Datenbasis	10
2	Von veränderlichen Wählern zu veränderlichen politischen Alternativen	14
2.1	Das Ende der sozialen <i>cleavages</i> ?	16
2.1.1	Ein neuer Gemeinplatz der vergleichenden Wahlforschung?	17
2.1.2	Die Diskussion um den Niedergang des <i>class voting</i>	19
2.1.3	Religion – eine vernachlässigte Größe?	27
2.1.4	Zusammenfassung	30
2.2	<i>Cleavages</i> und der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten	31
2.2.1	<i>Cleavages</i> : Konzept oder Metapher?	32
2.2.2	<i>Cleavages</i> und das Entstehen und „Einfrieren“ europäischer Parteiensysteme	36
2.2.3	Zusammenfassung	38
2.3	Die Bedeutung politischer Angebote für die Wahlentscheidung	40
2.4	Zusammenfassung	43
3	Parteifamilien, Parteienkonkurrenz und das Problem der uninformierten Wähler	46
3.1	Parteifamilien, Ideologien und die Konkurrenz zwischen Parteien	47
3.1.1	Das Konzept der Ideologie	48
3.1.2	Die Dynamik der Parteienkonkurrenz gemäß der „downsianischen“ Forschungstradition	50
3.1.3	Das Problem der Glaubwürdigkeit und die Bindung von Parteien an Ideologien	52
3.1.4	Ideologien als Motiv des Ringes um politische Macht	53

3.1.5	Ideologien, Parteifamilien und <i>cleavages</i>	59
3.1.6	Zusammenfassung	64
3.2	Das Problem der uninformierten Wähler und seine Auflösung	65
3.2.1	Vernünftige Wähler statt wandelnder Enzyklopädien	66
3.2.2	Leichte und schwierige Konfliktthemen	72
3.2.3	Wählen als reine Leistungsbewertung?	74
3.2.4	Retrospektives Wählen und Parteiidentifikation	77
3.2.5	Zusammenfassung	80
3.3	Ununterscheidbare Parteien, unvernünftige Wähler?	81
4	Die Struktur der politischen Angebote und Appelle westeuropäischer Parteien und die Unterscheidbarkeit von Parteifamilien	83
4.1	Grundlagen und Probleme der rekonstruktion politischer Positionen von Parteien	86
4.1.1	Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bezugsrahmens der Analyse . .	87
4.1.2	Politische Themenbereiche und die Unterscheidung von Positionen und Salienzen	89
4.1.3	Die Linearitätsannahme als Prokrustesbett	91
4.1.4	Ein Modell für die Beziehung zwischen kontroversen Positionen zu politischen Themenbereichen und den Betonungen von Politikzielen .	96
4.1.5	Die Rekonstruktion politischer Positionen durch multidimensionale Entfaltung	101
4.2	Ergebnisse der Rekonstruktion der Position von Parteien zu Themenbereichen politischer Kontroversen	104
4.2.1	Der Themenbereich Wirtschaftspolitik	106
4.2.2	Der Themenbereich Sozialpolitik	108
4.2.3	Der Themenbereich Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen	112
4.2.4	Der Themenbereich staatliche und traditionelle Autoritäten	113
4.2.5	Der Themenbereich Ökonomie und Ökologie	116
4.2.6	Der Themenbereich Zentrum und Peripherie	119
4.2.7	Ein Überblick über alle sechs politische Themenbereiche	122
4.3	Zusammenfassung	124
5	Politische Angebote und Appelle, soziale Unterscheidungen und Wahlabsicht	127
5.1	Die Modellierung des Einflusses politischer Angebote und Appelle auf die Wahlentscheidung	130

5.1.1	Ein <i>discrete choice</i> -Modell des Einflusses politischer Angebote auf die Parteipräferenz innerhalb sozialer Kategorien	131
5.1.2	Die Verwendung räumlicher Modelle für die Beschreibung des Einflusses politischer Angebote und Appelle auf Parteipräferenzen . . .	137
5.1.3	Zusammenfassung	141
5.2	Die Operationalisierung der sozialen Merkmale und die Verknüpfung von Wählerverhalten sozialen Merkmalen und politischen Angeboten und Appellen	142
5.2.1	Die untersuchten sozialen Merkmale	142
5.2.2	Die Wahlabsicht und ihre Verknüpfung mit den politischen Angeboten und Appellen der Parteien	146
5.3	Soziale Kategorien und ihr Einfluss auf die Präferenzen von politischen Angeboten	149
5.3.1	Klassen und ihre Reaktionen auf die politischen Angebote der Parteien	151
5.3.2	Kategorien der Kirchengangshäufigkeit und ihre Reaktionen auf die politischen Angebote der Parteien	156
5.3.3	Stabilität oder Wandel?	160
5.3.4	Intergenerationelle Veränderungen	162
5.4	Zusammenfassung	168
6	Die Erklärungskraft politischer Angebote und Appelle von Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenz	171
6.1	Grundlagen	173
6.1.1	Der Einfluss der Sozialstruktur auf die Parteipräferenz in „konventioneller“ Perspektive	173
6.1.2	Methodische Grundlagen der Analysen	175
6.2	Der Einfluss sozialer Merkmale auf die Parteipräferenz und die Erklärungskraft politischer Angebote	180
6.2.1	Der Einfluss der Klassenlage und der Kirchengangshäufigkeit auf die Unterstützung von Parteien verschiedener Parteifamilien	180
6.2.2	Veränderungen im Einfluss sozialer Merkmale	187
6.2.3	Intergenerationelle Unterschiede im Einfluss sozialer Merkmale . . .	195
6.3	Zusammenfassung	202
7	Zusammenfassung und Diskussion	204
	Anhang A Datengrundlage	209

Anhang B	Operationalisierung von Klassenlage und Kirchenbindung	211
Anhang C	Einordnung der Parteien in Parteifamilien	213
Anhang D	Mathematische Notation	217
D.1	Summe über eine Indexmenge	217
D.2	Matrixalgebra	217
D.2.1	Elementare Notation	218
D.2.2	Kronecker-Produkt und vec-Operator	219
Anhang E	Statistische Verfahren und Software	222
E.1	Klassische und Robuste Standardfehler	222
E.2	Delta-Methode	226
E.3	Wald- und Lagrange-Multiplikatoren-Tests	227
E.4	Lagrange-Multiplikatoren-Tests als Tests für systematische Abweichungen vom <i>conditional logit</i> -Modell	228
E.5	Die verwendete Software	230
Literaturverzeichnis		231

Tabellenverzeichnis

4.1	Hauptkomponentenanalyse der Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“	94
5.1	Veranschaulichung des Formats der abhängigen Variable in einer <i>discrete choice</i> -Analyse mit Individualdaten und gruppierten Daten	133
5.2	Schema der Codierung der Klassenlage und der Kirchengangshäufigkeit in effektcodierte Indikatorvariablen	146
5.3	Ein Ausschnitt aus den für die Analysen dieses Kapitels aufbereiteten Daten	150
5.4	Schätzung eines <i>conditional logit</i> -Modells der Wahlabsicht für Wähler unterschiedlicher Klassen	153
5.5	Wald-Tests für die Bedeutsamkeit der politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Klassen	155
5.6	Schätzung eines <i>conditional logit</i> -Modells der Wahlabsicht für Wähler mit unterschiedlicher Häufigkeit des Kirchgangs	158
5.7	Wald-Tests für die Bedeutsamkeit der politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit	159
5.8	Wald-Tests für die Bedeutsamkeit der politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit	160
5.9	Wald-Tests für Veränderungen der Positionspräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit	163
5.10	Wald-Tests für einen intergenerationellen Wandel der Positionspräferenzen und der Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit	165
5.11	Schätzung eines <i>conditional logit</i> -Modells der Wahlabsicht für Wähler unterschiedlicher Klassen und unterschiedlicher Generationen	167
5.12	Schätzung eines <i>conditional logit</i> -Modells der Wahlabsicht für Wähler unterschiedlicher Kirchengangshäufigkeit und unterschiedlicher Generationen . . .	168

6.1	Schema der Codierung der Zugehörigkeit von Parteien zu Parteifamilien in Indikatorvariablen	176
6.2	Wald-Tests für Parteifamilienpräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von <i>conditional logit</i> -Modellen der Wahlabsicht	181
6.3	Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Klassen für die Klassenunterschiede der Parteifamilienpräferenz	182
6.4	Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeiten für die Unterschiede der Parteifamilienpräferenz nach Kirchengangshäufigkeit	184
6.5	Wald-Tests für Veränderungen der Parteifamilienpräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von <i>conditional logit</i> -Modellen der Wahlabsicht	188
6.6	Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Klassen für die Veränderungen der Klassenunterschiede in der Parteifamilienpräferenz	191
6.7	Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit für die Veränderungen der Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Parteifamilienpräferenz	192
6.8	Wald-Tests für Generationenunterschiede der Parteifamilienpräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von <i>conditional logit</i> -Modellen der Wahlabsicht	197
6.9	Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Klassen und Generationen für intergenerationelle Veränderungen der Klassenunterschiede in der Parteifamilienpräferenz	198

6.10	Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit und Generationen für intergenerationelle Veränderungen der Unterschiede zwischen der Parteifamilienpräferenz der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit	199
B.1	Die Einordnung der Berufskategorien des Eurobarometers in Erwerbsklassen	212
B.2	Die Einordnung von Verheirateten entsprechend Eriksons Dominanzprinzip	212
B.3	Die Zusammenfassung der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit.	212
C.1	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Belgien	214
C.2	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Dänemark	214
C.3	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Frankreich	214
C.4	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Großbritannien	215
C.5	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Italien	215
C.6	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Niederlande	215
C.7	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Norwegen	216
C.8	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Österreich	216
C.9	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Schweden	216
C.10	Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien Westdeutschland	216

Abbildungsverzeichnis

4.1	Die Beziehung zwischen Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“ in Wahlprogrammen westeuropäischer Parteien und ihr Ausdruck als linearer Zusammenhang	93
4.2	Die Beziehung zwischen Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“ im Lichte einer HauptkomponentenAnalyse	94
4.3	Die Beziehung zwischen der relativen Betonung von Politikziel i und dem Abstand seiner Position z_i vom Idealpunkt I_{kj}	99
4.4	Beispiel für Zusammenhang zwischen der relativen Betonung zweier Politikziele nach dem verwendeten Modell	100
4.5	Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Wirtschaftspolitik mit unterschiedlicher Dimensionenzahl	106
4.6	Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Wirtschaftspolitik mit Prokrustes-Rotation	107
4.7	Positionen von Parteifamilien in einer Prokrustes-rotierten zweidimensionalen Entfaltungslösung des Themenbereichs Wirtschaftspolitik	108
4.8	Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Sozialpolitik mit unterschiedlicher Dimensionenzahl	109
4.9	Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Sozialpolitik mit Prokrustes-Rotation	110
4.10	Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Sozialpolitik	111
4.11	Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen mit unterschiedlicher Dimensionenzahl	112
4.12	Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen mit Prokrustes-Rotation	113

4.13 Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen	114
4.14 Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten mit unterschiedlicher Dimensionenzahl	114
4.15 Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten mit Prokrustes-Rotation	115
4.16 Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten	117
4.17 Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie mit unterschiedlicher Dimensionenzahl	117
4.18 Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie mit Prokrustes-Rotation	118
4.19 Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie	119
4.20 Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Zentrum und Peripherie mit unterschiedlicher Dimensionenzahl	119
4.21 Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Zentrum und Peripherie mit Prokrustes-Rotation	120
4.22 Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Zentrum und Peripherie	121
4.23 Mittlere bereinigte Position der Parteifamilien auf den Dimensionen der sechs politischen Themenbereiche	123
5.1 Intensität und Richtung der Positionspräferenzen der Wähler aus unterschiedlichen Klassen auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension	152
5.2 Intensität und Richtung der Positionspräferenzen der Wähler mit unterschiedlicher Häufigkeit des Kirchgangs auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension	157
5.3 Hypothetisches Beispiel für die durch eine exponentielle Zeitvariable beschriebene Entwicklung der Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen	162
5.4 Kirchgangshäufigkeit nach Generationenzugehörigkeit	169

6.1	Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Klassen vorhergesagte und empirische relative Unterstützung der Parteifamilien	185
6.2	Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Klassen (ohne Landwirte) vorhergesagte und empirische relative Unterstützung der Parteifamilien	186
6.3	Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit vorhergesagte und empirische relative Unterstützung der Parteifamilien	187
6.4	Veränderungen der mittleren politischen Positionen der Parteifamilien auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension und der Traditionalismus-Dimension im Zeitraum von 1970 bis 1998	190
6.5	Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Klassen vorhergesagte und empirische relative Veränderungen der Unterstützung der Parteifamilien	193
6.6	Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit vorhergesagte und empirische Veränderungen der relativen Unterstützung der Parteifamilien	194
6.7	Abweichungen von der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle der Parteien und der Positionspräferenzen der Klassen und Generationen	200
6.8	Abweichungen von der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle der Parteien und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit und Generationen	201

Kapitel 1

Wahlverhalten, Sozialstruktur und die Angebote politischer Parteien

Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.

(Marx 1964 [1959]: 8f)

[A] person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.

(Lazarsfeld *et al.* 1968 [1948]: 27)

1.1 Problemhintergrund und Fragestellung

Der Einfluss der sozialen Charakteristika von Individuen auf ihr politisches Denken und Handeln ist eines der klassischen Themen der politischen Soziologie. Die Geschichte der Reflexion über die politischen Wirkungen sozialer Unterschiede lässt sich sogar bis in die Antike zurückverfolgen. Schon Aristoteles ging davon aus, dass sich das politische Verhalten von Angehörigen verschiedener sozialer Gruppierungen unterscheidet. So sagt er vorher, dass ein politisches Gemeinwesen durch den Interessengegensatz zwischen Arm und Reich entartet und letztendlich in eine Tyrannis übergeht, wenn nicht eine breite Mittelschicht existiert, deren Angehörige Güter weder im Mangel noch im Übermaß besitzen (*Politik*, 4. Buch, 11. Kapitel, Gigon 1973: 151ff) Spätestens durch die Arbeiten von Karl Marx ist der Einfluss sozialer Charakteristika auf politisches Denken und Handeln in den Mittelpunkt gesellschaftstheoretischer und sozialwissenschaftlicher Überlegungen gerückt.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt dabei von jeher der Einfluss der sozialen Charakteristika auf die Wahlentscheidung. Es ist geradezu eine Allerweltsweisheit der Sozialwissenschaften, dass sich gläubige Katholiken und regelmäßige Kirchgänger häufiger als andere Wähler für christdemokratische Parteien entscheiden, während Industriearbeiter häufiger

als andere Wähler sozialdemokratische oder kommunistische Parteien bevorzugen. Die unterschiedlichen Muster des Wahlverhaltens¹ verschiedener sozialer Gruppierungen bilden das zentrale Thema eines der frühesten Werke der Wahlforschung, Tingstens „Political Behavior“ (Tingsten 1963 [1937]). Die Unterschiede zwischen Angehörigen der Arbeiterklasse und Angehörigen der „Mittelklasse“ in der Präferenz für „linke“ Parteien, wird geradezu als demokratische Form des Klassenkampfes angesehen (Anderson und Davidson 1943; Lipset 1981: Kapitel 7 und 8; Nieuwbeerta 1995; Kohler 2002). Auch die Sozialisten der Ersten Internationale gingen von einer solchen Annahme aus, als sie fest damit rechneten, dass in Folge der Ausweitung des Wahlrechts auf die Arbeiterklasse und des langfristigen Anwachsens der Arbeiterklasse der Weg zum Sozialismus geebnet sei. Allerdings stellte sich ihre Hoffnung als übertrieben heraus, dass *alle* Arbeiter sozialistisch wählen würden (Przeworski und Sprague 1986: 25ff; Przeworski 1985: 102f). Auch sind Religiosität und Konfession sowie Ethnizität (und in den USA die Hautfarbe) als Einflussgrößen mindestens ebenso bedeutsam wie, wenn nicht noch wichtiger als die Klassenzugehörigkeit (Lazarsfeld *et al.* 1968 [1948], Lipset und Rokkan 1967a, Parkin 1979, Rose und Urwin 1969, Lijphart 1971a, 1979, Dalton 1990).

Bis in die siebziger Jahre hinein war es Konsens innerhalb der politischen Soziologie, dass soziale Spaltungen sowie das Muster der Überschneidung dieser Spaltungen zentrale Einflussfaktoren für die politische Wirklichkeit in einem Land sind. Die Bedeutung von sozialen Trennlinien entlang von Klassengrenzen, von konfessionellen oder ethnischen Unterschieden wurde allerdings spätestens seit den achtziger Jahren wieder in Frage gestellt. Stattdessen findet die Diagnose steigende Zustimmung, dass seit dem Zweiten Weltkrieg Klassenunterschiede, aber auch soziale Spaltungen generell, an Bedeutung für das Wahlverhalten

¹In der vorliegenden Arbeit wird mit „Wahlverhalten“ das Verhalten bezeichnet, durch welches Bürger einer Repräsentativdemokratie entsprechend vorgegebener Verfahren ihre Präferenz für einen von mehreren Repräsentanten (Personen oder Parteien) zum Ausdruck bringen und dadurch gemäß der Verfassung und geltender Gesetze die Rekrutierung von Repräsentanten beeinflussen.

In den meisten Analysen der Wahlforschung, die auf Umfragedaten basieren, ist eine direkte Untersuchung des Wahlverhaltens allerdings nicht möglich. Entweder wird dann die Wahlabsicht, d. h. die Absicht, eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten zu wählen, erhoben oder das erinnerte Wahlverhalten bei den letzten allgemeinen Wahlen. Mit dem „Parteipräferenz“ kann dann die dabei zum Ausdruck gebrachte Präferenz für eine der zur Auswahl stehenden Parteien bezeichnet werden. Diesen Parteipräferenzen gilt das Hauptaugenmerk in dieser Arbeit – insbesondere unter dem Aspekt der Parteipräferenzen, die für angehörige verschiedener sozialer Gruppierungen typisch sind.

Unter sozialen Gruppierungen oder sozialen Kategorien werden in dieser Arbeit Ausschnitte aus der Bevölkerung eines Landes bezeichnet, die durch bestimmte soziale Merkmale wie Klassenlage oder Kirchenbindung unterscheidbar sind. Unter Sozialstruktur wird im Folgenden die Gesamtheit deartiger sozialer Unterscheidungen verstanden. Die durchschnittlichen Parteipräferenzen der Angehörigen einer sozialen Gruppierung werden an verschiedenen Stellen dieser Arbeit der Einfachheit halber auch als Parteipräferenzen der betreffenden Gruppierung bezeichnet.

verlieren (Janowitz und Segal 1967, Franklin *et al.* 1992, Clark und Lipset 1991, Dogan 1995, Kriesi 1998, Lane und Ersson 1997, Nieuwbeerta und de Graaf 1999, Nieuwbeerta und Manza 2002). Ja es wurde sogar gefordert, das Konzept der sozialen Spaltung ganz und gar aufzugeben (Lane und Ersson 1997: 190). Die Veränderungen im Wahlverhalten werden häufig auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse zurückgeführt: auf die Abschwächung der Bindung von Individuen an gesellschaftliche Großgruppen (Dalton 1984) und die Auflösung sozialer Beziehungen generell (Beck 1983, 1986), auf die Angleichung der Lebenssituation von Angehörigen unterschiedlicher Klassen (Lipset 1964, Lane 1965, Clark und Lipset 1991) sowie die zunehmende Heterogenität der Lebensbedingungen *innerhalb* der Klassen (Janowitz und Segal 1967, Dunleavy 1979, 1980a,b, Clark und Lipset 1991, Kriesi 1998) und auf das Aufklaffen neuer, nicht mehr sozialstruktureller, sondern auf Lebensstilen und Wertorientierungen bezogener Spaltungen (Inglehart 1977, 1984, Inglehart und Rabier 1986, Inglehart 1997).

Allerdings sind die Diagnosen der abnehmenden Wirkung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf das politische Verhalten zunehmend der Kritik ausgesetzt. So gibt es einerseits Autoren, die herausstellen, dass die Abschwächung sozialstruktureller Einflussfaktoren nicht etwa ein universelles Phänomen, sondern auf bestimmte Länder, Zeiträume und Spaltungen beschränkt ist (Heath *et al.* 1985, Heath und Jowell 1987, Manza *et al.* 1995, Evans 1999a). Andere Autoren betonen, dass nicht etwa generell der Einfluss der Klassenzugehörigkeit abgenommen hat, sondern sich lediglich das Muster dieses Einflusses gewandelt hat (Kriesi 1998, Müller 1997, 1998). Schließlich wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich nicht nur die Verhaltensmuster der Wähler, sondern auch die Eigenschaften der zur Auswahl stehenden Alternativen selbst, also der politischen Parteien, verändert haben (Heath *et al.* 1991, Evans *et al.* 1999).

Gerade der letztgenannte Einwand spricht einen Aspekt des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten an, dem meist zu wenig Beachtung geschenkt wird: die Bedeutung der Strategien der Parteien für seine Stärke. Wenn Wähler aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen oder sozialstrukturell abgrenzbaren Teilbevölkerungen sich in ihrem Wahlverhalten unterscheiden, dann liegt das nicht zuletzt daran, dass sich die Parteien besonders um die Mobilisierung bestimmter sozialer Gruppierungen von Wählern bemühen. Eine Möglichkeit dafür besteht darin, dass sich die Parteien an bestimmte Verbände und Organisationen wenden, die als Interessenvertreter dieser Wählergruppierungen agieren (Stinchcombe 1975, Pappi 2000). Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass die Parteien politische Angebote an die Wähler richten, die für einige Gruppierungen attraktiver sind als für andere. Wie in Kapitel 3 gezeigt wird, besteht ein enger Zusammenhang zwischen diesen

beiden Möglichkeiten der selektiven Mobilisierung sozial abgrenzbarer Wählergruppierungen. Gestiftet wird dieser Zusammenhang durch das ideologische Profil der Parteien, das es auch erlaubt, sie in die Parteifamilien der Sozialdemokraten, Liberalen, Konservativen usw. einzuordnen.

Es wäre allerdings falsch zu behaupten, dass bisherige Untersuchungen, die den Einfluss der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten zum Thema haben, das politische Angebot der Parteien ganz außer acht gelassen hätten. Das Gegenteil ist der Fall: Schon Berelson *et al.* (1954: 55) brachten intergenerationelle Unterschiede in der Statuspolarisierung der Wahlabsicht damit in Verbindung, dass die Demokraten in der Ära des „New Deal“ eine grundlegende politische Neu-Orientierung vollzogen haben und dass dadurch Wähler aus unterschiedlichen Generationen, als sie das erste Mal zur Wahl gingen, mit unterschiedlichen Alternativen konfrontiert wurden. Auch Lipset begnügt sich in seiner Darstellung des „demokratischen Klassenkampfes“ (Lipset 1981: Kapitel 7) nicht damit, empirisch zu zeigen, dass Industriearbeiter und Angehörige von konfessionellen und ethnischen Minderheiten häufiger als andere Gruppierungen Parteien der politischen Linken unterstützen. Er begründet seinen Befund stattdessen damit, dass diese Parteien soziale Gleichheit durch sozialen Wandel als Ziele vertraten und jene benachteiligten Bevölkerungsgruppen von einem solchen sozialen Wandel profitieren würden.

Der Einfluss der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten *empirisch* wird meistens über die Ermittlung statistischer Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen von Wähler und ihrer Parteipräferenz untersucht. Während in länderspezifischen Studien die Parteipräferenz als Entscheidung für individuelle Parteien aufgefasst wird, analysiert man sie dagegen in vergleichenden Studien entweder als Entscheidung zwischen dem „linken“ und dem „bürgerlichen“ Lager (Alford 1962, 1963, Lipset 1981, Franklin *et al.* 1992, Bartolini und Mair 1990) oder als Entscheidung für eine von mehreren Parteifamilien (Nieuwbeerta und Manza 2002). Als *Beschreibung* des Einflusses auf die Wahlentscheidung zu bestimmten Zeitpunkten und für den *beschreibenden Vergleich* des Einflusses zwischen verschiedenen Ländern oder Zeitpunkten mag ein derartiger Analyseansatz als angemessen erscheinen. Für die *Erklärung* dieser Unterschiede ist er jedoch problematisch: Er blendet die veränderlichen Merkmale der Parteien aus, und damit die möglichen *pull*-Effekte, die von den Angeboten und Appellen der Parteien ausgehen und führt dazu, dass die Ursachen von Veränderungen im Einfluss der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten vor allem *push*-Effekten gesucht wird, die sich aus einem Wandel der Einstellungen und Lebensbedingungen der Individuen ergeben. Gleichwohl wurde in der Literatur bereits darauf hingewiesen, dass das politische Angebot von Parteien sich verändert oder verändern kann (z. B. Kirchheimer 1965, Budge

et al. 1987, Janda et al. 1995, Kitschelt 1994, 1988, Mair 1997, Evans et al. 1999).

Die vorliegende Arbeit schließt die Forschungslücke hinsichtlich dieser *pull*-Effekte und untersucht das Ausmaß der Bedeutung der Angebote und Appelle der Parteien für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten. Auch wenn in der Literatur angenommen wird, dass sich die Angebote und Appelle der Parteien in einer für die verschiedenen sozialen Gruppierungen relevanten Weise unterscheiden, bleibt eine solche Annahme meist nur implizit und wird nicht überprüft. In dieser Arbeit soll sie dagegen einer expliziten und systematischen empirischen Überprüfung unterzogen werden. Dabei soll vor allem auch der Möglichkeit Rechnung getragen werden, dass die Angebote und Appelle der Parteien *variieren* können. Daraus ergeben sich die folgenden Leitfragen dieser Studie:

1. Welche sind die wichtigsten Aspekte der Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler?
2. Wie reagieren Wähler aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen auf diese Angebote und Appelle?
3. In welchem Maße lassen sich die Veränderungen im Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenz auf Veränderungen der Angebote und Appelle der Parteien zurückführen?

Die Erwartung, dass sich auf die zweite und die dritte Leitfrage überhaupt eine Antwort geben lässt, beruht auf einer Annahme, die, je nach politikwissenschaftlicher Denkrichtung, als selbstverständlich oder aber als haltlos erscheint: auf der Annahme, dass die Wähler die Angebote und Appelle tatsächlich in ihrer Wahlentscheidung in Betracht ziehen oder doch sich zumindest so verhalten, *als ob* sie diese Angebote und Appelle in Betracht ziehen. Arbeiten, die *issue voting*, d. h. den Einfluss den die Einstellung von Wählern zu bestimmten politischen Sachfragen auf deren Parteipräferenz untersuchen (z. B. MacDonald et al. 1991, Alvarez et al. 2000, Thurner 2000, van Wijnen 2001), setzen implizit oder explizit voraus, dass zumindest die von den Wählern *wahrgenommenen* Positionen der Parteien oder Kandidaten zu diesen Sachfragen bei der Bildung ihrer Parteipräferenzen in Betracht gezogen werden. Theoretische und empirische Studien, die die Rolle der politischen Angebote im Zusammenwirken von Parteistrategien und Wahlverhalten zum Gegenstand haben – und zu diesen gehören nicht nur die Arbeiten aus der downsianischen Tradition (z. B. Enelow und Hinich 1984, Shepsle 1991), sondern auch aus anderen Forschungstraditionen (z. B. Budge und Farlie 1983b, Przeworski 1985, Przeworski und Sprague 1986, Kitschelt 1994) – gehen sogar davon aus, dass die Wähler von den *tatsächlichen* politischen Angeboten beeinflusst werden. Arbeiten, die eher in der Tradition der *Columbia School* und der *Michigan School* der

Wahlforschung stehen, lassen allerdings Zweifel daran aufkommen, dass diese Annahmen realistisch sind. In diesen Arbeiten wird gezeigt, dass die Einstellungen vieler Wähler zu politischen Sachfragen weder stabil und noch konsistent (Campbell *et al.* 1960: Kap. 9, 10 Converse 1964, 1970, ebenso Zaller und Feldman 1992) und die den Parteien und Kandidaten zugeschriebenen Positionen oft nicht zutreffend sind (Campbell *et al.* 1960: Kap. 8) und dass stattdessen Eigenschaften von Kandidaten und Parteien in die Wahlentscheidung einfließen, die mit deren politischen Angeboten nicht viel zu tun haben. Übereinstimmungen zwischen den von den Wählern wahrgenommenen Positionen der Parteien bzw. Kandidaten zu politischen Sachfragen und ihren eigenen Positionen kommen dann dadurch zustande, dass die Wähler ihre von anderen Motiven bestimmte Wahlentscheidung nachträglich rationalisieren: Sie projizieren ihre eigenen Sachfragen-Präferenzen auf die Parteien und Kandidaten oder sie eignen sich die Sachfragen-Positionen der Parteien und Kandidaten an (Markus und Converse 1979, Merrill *et al.* 2001).

Vor dem Hintergrund dieser möglichen Projektions- und Überredungseffekte ist es erforderlich, statt der Effekte wahrgenommener politischer Positionen die Effekte der tatsächlichen Angeboten und Appelle von Parteien zu untersuchen. Dann aber drängen sich folgende Fragen auf:

- *Welche Gründe gibt es dafür, dass Parteien politische Angebote machen, die unterschiedliche soziale Gruppierungen unterschiedlich stark ansprechen?* Diese Frage stellt sich vor allem vor dem Hintergrund der auf Hotelling (1929), Black (1958) und Downs (1957) zurückgehenden Voraussagen, dass Parteien langfristig ihre politischen Angebote an einander angleichen und eine Position einnehmen, die der des *median voter* entspricht, von dem meist angenommen wird, dass sie nahe oder in der Mitte des politischen Spektrums liegt (z. B. Calvert 1985, vgl. dagegen aber Eaton und Lipsey 1975, Hinich 1977, Berger *et al.* 2000). Aber auch die Thesen, dass sich die meisten Parteien allmählich in Allerweltparteien (Kirchheimer 1965) oder Kartellparteien (Mair und Katz 1995) verwandeln, gibt einer solchen Frage Nahrung.
- *Wie ist es möglich, dass die Angehörigen sozialer Gruppen zumindest im Aggregat mehr oder weniger sinnvoll auf die politischen Angebote und Appelle der Parteien reagieren, wenn sie diese als Individuen falsch wahrnehmen oder überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen?* Hintergrund dieser Frage sind die Befunde der klassischen Wahlstudien der Columbia-Schule (Lazarsfeld *et al.* 1968 [1948], Berelson *et al.* 1954) und der Michigan-Schule (Campbell *et al.* 1954, 1960), dass nur wenig Wähler die Inhalte von Wahlkampagnen registrieren und zu politischen Sachthemen informierte und konsis-

tente Meinungen angeben, die auch später immer wieder Bestätigung gefunden haben (Converse 1964, 1970, Neuman 1986, Zaller und Feldman 1992).

Die vorliegende Studie befasst sich daher nicht nur mit den drei weiter oben vorgestellten Leitfragen. Zusätzlich werden noch diese beiden Präliminarfragen behandelt, ohne deren Beantwortung die Leitfragen dieser Arbeit kaum interessant erscheinen.

Der wichtigste Ertrag der vorliegenden Studie ergibt sich aus der Beantwortung der dritten Leitfrage. Aus den Erkenntnissen darüber, in welchem Ausmaß sich übernationale Unterschiede und zeitliche Veränderungen im Einfluss der Sozialstruktur auf die unterschiedlichen politischen Angebote der Parteien zurückführen lassen, ergeben sich Aufschlüsse über wichtige Aspekte der Parteienkonkurrenz und des Wahlverhaltens. Auf diese Weise wird zum Beispiel deutlich, wie groß der Gestaltungsspielraum der Parteien bei der Mobilisierung verschiedener sozialer Gruppierungen durch politische Angebote ist. Es kann Aufschluss darüber gewonnen werden, ob und in welchem Maße Parteien durch Veränderungen in ihren politischen Angeboten neue Wählerschichten erschließen können und welche Veränderungen ihrer Angebote ihre überkommene Wählerbasis gefährden. Zudem kann der eigentliche Effekt des sozialen Wandels auf die Strukturen des Wahlverhaltens ermittelt werden. Dabei ergeben sich zwei Möglichkeiten: Einerseits kann der Netto-Effekt des sozialen Wandels ermittelt werden, indem der Effekt der sich verändernden politischen Angebote aus den Wahlentscheidungen gleichsam herausgefiltert wird. Andererseits kann untersucht werden, ob bestimmte soziale Merkmale, deren Verbreitung zunimmt, einen Effekt darauf haben, wie Wähler auf die politischen Angebote der Parteien reagieren.

1.2 Aufbau der Arbeit

Um die Forschungslücke noch deutlicher zu machen, die die vorliegende Arbeit schließen soll, gibt Kapitel 2 einen Überblick über den Forschungsstand der vergleichenden Analyse des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung. Dabei wird zunächst der Verlauf der Diskussion der letzten zwei Jahrzehnte nachgezeichnet und werden die grundlegenden gegensätzlichen Positionen herausgearbeitet und kritisch beleuchtet. Es wird deutlich gemacht, dass sich eine Akzentverschiebung der wissenschaftlichen Diskussion abzeichnet. Die Diskussion wendet sich zunehmend von generalisierenden, im engeren Sinne soziologischen Erklärungen ab und den Einflüssen länderspezifischer Kontexte, politischer Ereignisse und der Strategien politischer Akteure zu. Wenn man bedenkt, dass schon einige Autoren sehr früh auf die Rolle der politischen „Angebotsseite“ hingewiesen

haben, wird man mit der Frage konfrontiert, warum dies erst relativ spät wieder in der Diskussion in Betracht gezogen wurde. Verantwortlich dafür ist möglicherweise die Vorstellung von *cleavages*, die als makrosoziologische Tatsache das Wahlverhalten strukturieren. Mit dem Konzept der *cleavages* setzt sich das Kapitel daher auch auseinander. Es diskutiert die verschiedenen Definitionen des Begriffs und macht deutlich, dass sie sich kaum für eine genuine Erklärung für einen Einfluss der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten eignen. Schließlich stellt das Kapitel Arbeiten vor, die sich mit dem Einfluss befassen, der von Strategien politischer Parteien auf diesen Zusammenhang ausgeht und zeigt auf, dass sie noch keine zufrieden stellende Erklärung für Veränderungen im Einfluss der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten liefern.

Kapitel 3 befasst sich mit der theoretischen Untermauerung der hier angestrebten Analyse der Rolle politischer Angebote für die Wahlentscheidung. Dazu soll es Antworten auf die zwei am Ende des vorangegangenen Abschnitts aufgeworfenen Fragen liefern. Eine Analyse des Konzepts der Ideologie wird vorgelegt, die Gründe dafür liefert, dass Parteien politische Angebote machen, die unterschiedliche soziale Gruppierungen unterschiedlich stark ansprechen. Sie erklärt außerdem, warum es immer noch unterschiedliche Parteifamilien gibt und Parteien nicht zwangsläufig zur Mitte des ideologischen Spektrums tendieren. Schließlich löst es durch die Beantwortung der zweiten oben aufgeworfenen Frage das Paradox auf, dass einerseits politische Angebote für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidungen und seine Veränderungen relevant sind, aber andererseits viele Wähler die Angebote und Appelle der Parteien offenbar nicht kennen oder nicht adäquat wahrnehmen.

Kapitel 4 arbeitet die wichtigsten Aspekten der Angebote und Appelle von Parteien an die Wähler auf der Grundlage ihrer Wahlprogramme heraus. Grundlage für die Analysen dieses Kapitels sind die Daten des *Comparative Manifesto Project* (Budge *et al.* 2001), einer bislang einzigartigen Sammlung von für die quantitative Analyse aufbereiteten Texten von Wahlprogrammen vieler Parteien in den Demokratien der Zeit nach dem II. Weltkrieg. Die Struktur dieser Daten stellt der Analyse allerdings einige Probleme, die in bisherigen Versuchen, ideologische Positionen von Parteien auf ihrer Basis zu rekonstruieren, nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Eine naive Verwendung konventioneller statistischer Methoden führt, wie in dem Kapitel dargelegt wird, zu verzerrten Ergebnissen und Schlussfolgerungen. Daher entwickelt das Kapitel ein Verfahren der Analyse der Daten des *Comparative Manifesto Project*, das hilft, eine Verzerrung der Ergebnisse zu vermeiden. Auf der Grundlage dieser Daten und des in dem Kapitel entwickelten Verfahrens werden dann die Positionen der Parteien zu kontroversen politischen Themen herausgearbeitet. Damit wird die erste Leitfrage

dieser Arbeit, die Frage nach den Hauptaspekten der Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler beantwortet und zugleich damit wird auch die Grundlage für die Analysen des darauf folgenden Kapitels gelegt. Dabei stellt sich heraus, dass sich die Positionen der Parteien und Parteifamilien zu politischen Konfliktthemen *nicht* auf eine generelle Links-Rechts-Dimension reduzieren lassen.

Kapitel 5 befasst sich mit der zweiten Leitfrage dieser Arbeit, der Frage nach den Reaktionen von Wählern unterschiedlicher sozialer Gruppierungen auf die Angebote und Appelle der Parteien. Es entwickelt zunächst ein Modell des Einflusses von Angeboten und Appellen auf die Wahlabsicht, das die beiden wichtigsten Varianten räumlicher Modelle der Parteipräferenz, das Distanz-Modell und das Richtungsmodell, als Spezialfälle enthält. Das Hauptresultat des Kapitels ist, dass Wähler aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen in spezifischer Weise auf die Angebote und Appelle der Parteien reagieren. Dabei reicht jeweils eine Dimension der politischen Angebote und Appelle aus, um die spezifischen Reaktionen von Wählern aus unterschiedlichen Klassen bzw. die von Wählern mit unterschiedlich starker Kirchenbindung zu beschreiben. Des Weiteren kann gezeigt werden, dass diese Muster recht stabil sind. Dieses Ergebnis unterstützt die Auffassung, dass die Angebote und Appelle für Veränderungen in den Strukturen des Wahlverhaltens relevant sind.

Kapitel 6 beantwortet schließlich die dritte Leitfrage der Arbeit, die Frage nach der Erklärungskraft der Angebote und Appelle für die Strukturen des Wahlverhaltens und für die Veränderungen dieser Strukturen. Dafür werden aus den Angeboten und Appellen der Parteien in Verbindung mit den Reaktionen der Wähler aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen Vorhersagen für deren Wahlabsichten entwickelt. Diese Vorhersagen werden dann mit den empirischen Wahlabsichten in den verwendeten Individualdaten verglichen. Das Kapitel zeigt, dass es auf der Grundlage der Angebote und Appelle der Parteien und den Reaktionen der Wähler auf diese möglich ist, die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen in der Unterstützung für die verschiedenen Parteifamilien – abgesehen von nur zufälligen Abweichungen – richtig vorherzusagen. Des Weiteren gibt es auch keine Tendenzen eines Rückgangs der Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen, die systematisch von den Vorhersagen auf der Grundlage der Angebote und Appelle abweichen.

Kapitel 7 fasst die Ergebnisse dieser Arbeit noch einmal zusammen und stellt sie in den Kontext der Diskussion, um den Rückgang des Einflusses der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten.

In den Anhängen werden einige technische Aspekte der Analysen dieser Arbeit erörtert, die zu speziell sind, um sie in den Hauptteil aufzunehmen. So wird in Anhang A die Herkunft der verwendeten Daten erläutert, sowie in Anhang B die Operationalisierung der sozialen

Merkmale, die für das fünfte und das sechste Kapitel relevant sind. In Anhang C wird erklärt, wie die Parteien, die den Wählern bei der Formulierung ihrer Wahlabsicht zur Auswahl standen, für die Analysen des vierten und des sechsten Kapitels in Parteifamilien eingeordnet wurden. Da in Kapitel 4 und Kapitel 5 von mathematischer Notation Gebrauch gemacht wird, werden die in dieser Arbeit verwendeten Konventionen mathematischer Notation in Anhang D vorgestellt. Schließlich werden im Anhang E die in Kapitel 5 und 6 verwendeten statistischen Testverfahren erläutert.

1.3 Länderauswahl und Datenbasis

Wenn der Einfluss von politischen Angeboten von Parteien auf die Parteipräferenz von Wählern aus verschiedenen sozialen Gruppierungen untersucht werden soll, dann muss sichergestellt werden, dass die Varianz dieses Einflussfaktors im Rahmen der Untersuchung möglichst groß ist. Dadurch wird eine Untersuchungsanlage notwendig, die den Vergleich über mehrere Länder und mehrere Zeitpunkte hinweg einschließt. Auf keinen Fall kann es ausreichen, nur einen Zeitpunkt in einem Land zu untersuchen. Selbst wenn die Unterschiede zwischen einzelnen sozialen Kategorien in Hinblick auf die Wahlentscheidung zum Zeitpunkt der Untersuchung in diesem Land maximal wäre und sich auch die Parteien in ihren programmatischen Angeboten unterscheiden, ist damit noch nichts über deren Bedeutsamkeit als Einflussfaktor gesagt. Es ist dennoch in diesem Fall nicht auszuschließen, dass sich die Strukturen des Wahlverhaltens ändern, während die politischen Angebote der Parteien gleich bleiben, oder dass die politischen Angebote sich ändern, während die Strukturen des Wahlverhaltens konstant bleiben. Die empirische Untersuchung dieser Studie kombiniert daher einen internationalen Vergleich mit einer Längsschnittperspektive. Die Länderauswahl folgt dabei dem *most similar systems design*.

Nach Przeworski und Teune (1970: 34ff) ist das *most different systems design* vor allem geeignet, um zu untersuchen, ob bestimmte Zusammenhänge vom kulturellen Kontext *unabhängig* sind. Geeignet ist dieses Prinzip der Länderauswahl daher für Untersuchungen der allgemeinen Psychologie oder der Verhaltensökonomie (z. B. Henrich *et al.* 2001). Das *most similar systems design* dagegen eignet sich primär für die Untersuchung des *Einflusses* der (kulturellen, sozialstrukturellen oder politischen) Kontexte auf Sachverhalte und Zusammenhänge innerhalb der Kontexte. Das *most similar systems design* soll dazu dienen, für eine nicht-experimentelle, vergleichende Untersuchung Bedingungen herzustellen, die denen einer experimentellen Studie nahe kommen, in welcher für die Fragestellung irrele-

vante Merkmale und Einflussfaktoren konstant gehalten werden können. In einer solchen Situation befindet sich auch die vorliegende Untersuchung: Die Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler, die von Land zu Land, von Wahl zu Wahl und von Partei zu Partei variieren können, stellen gewissermaßen den Kontext dar, dessen Einfluss auf die Strukturen des Wahlverhaltens es hier zu untersuchen gilt. Um den Einfluss bestimmter Aspekte dieser Politikangebote – die Positionen politischer Parteien zu verschiedenen politischen Konfliktthemen – ungestört von anderen kontextuellen Einflussfaktoren zu untersuchen, die zwar das Wahlverhalten beeinflussen, aber mit den politischen Angeboten selbst nichts zu tun haben, ist das *most similar systems design* (Przeworski und Teune 1970: 32ff) angemessen.

Die Auswahl der Länder wird auch durch die Grenzen der Verfügbarkeit von Daten ausreichender Qualität und ausreichender Menge eingeschränkt. Der einzige Datensatz, in dem politische Angebote von Parteien systematisch und über einen längeren Zeitraum erfasst sind, ist der des *Comparative Manifesto Project* (Budge *et al.* 2001). In diesem Datensatz sind jedoch nur westeuropäische und angelsächsische außer-europäische Nationen erfasst. Damit ist die Anzahl der für diese Untersuchung verfügbaren Nationen schon begrenzt. Andererseits sind die für diese Untersuchung relevanten sozialen Unterscheidungen nur in Umfragen erhoben worden, die in Ländern dieses Typs durchgeführt wurden. Über einen längeren Zeitraum in identischer Form wurden die sozialen Unterscheidungen nur in einer einzigen länderübergreifenden Umfrageserie erhoben, der Umfrageserie des Eurobarometers. Dadurch wird die Anzahl der für die Untersuchung zur Verfügung stehenden Länder weiter eingegrenzt.

Die Länder, die für die vorliegende Studie ausgewählt wurden, sind Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Österreich und Westdeutschland. Die Auswahl orientiert sich, wie oben begründet, an den folgenden Kriterien:

1. Die ausgewählten Nationen sind Demokratien westlichen Typs, in denen regelmäßig Wahlen zu parlamentarischen Vertretungskörperschaften abgehalten werden.
2. Die Wahlen zu den parlamentarischen Vertretungskörperschaften sind vor allem Wahlen zwischen Parteien. Entweder können sich die Wähler zwischen Parteienlisten entscheiden, oder aber die Wahlkreiskandidaten sind in erster Linie Kandidaten einer Partei, d.h. sie werden in der Regel von einer Partei aufgestellt und sind dieser Partei eindeutig zuzuordnen.
3. Es existieren oder existierten in den zu untersuchenden Ländern Unterschiede zwischen sozialen Gruppierungen in der Tendenz, bestimmte Parteien zu unterstützen

und zu wählen.

4. In den zu untersuchenden Ländern lassen sich die meisten relevanten Parteien einer der im europäischen Kontext geläufigen Parteifamilien zuordnen.
5. Für die Länder, die in die Untersuchung einbezogen werden, sind Daten über die politischen Angebote der Parteien in ausreichender Qualität und Quantität vorhanden. Das heißt, sie sind in den Untersuchungen des *Comparative Manifesto Project* berücksichtigt.
6. Die zu berücksichtigenden Länder wurden über einen längeren Zeitraum in die Umfrageserie des Eurobarometers einbezogen.

Die empirischen Untersuchungen dieser Arbeit basieren vor allem auf Sekundäranalysen. Dazu werden, wie schon mehrfach angedeutet, zwei große Datenquellen herangezogen: zum einen der Datensatz des *Comparative Manifesto Project* über die Wahlprogramme von Parteien in westlichen Demokratien und zum anderen der *Eurobarometer*, eine Serie von repräsentativen Umfragen, die parallel in mehreren westeuropäischen Ländern durchgeführt wurden. Der Datensatz des *Comparative Manifesto Project* bildet die Grundlage zur Charakterisierung der politischen Angebote von Parteien in westlichen Demokratien. Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung von quantitativen Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen. Sie sind die einzig verfügbare Quelle für die politischen Angebote von Parteien. Der Zeitraum, aus denen die Wahlprogramme stammen, reicht vom Ende des zweiten Weltkriegs bis 1998.

Der Eurobarometer ist eine Serie von Umfragen, die seit 1973 im Auftrag der Europäischen Kommission seit 1970 bzw. 1973² in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften bzw. Europäischen Union durchgeführt wurden. Teilweise wurden dabei auch Länder einbezogen, die nicht oder noch nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaften bzw. der Europäischen Union waren oder sind, die aber als künftige Mitglieder angesehen wurden.³ Da die wichtigsten sozialen Merkmale und die Wahlabsicht nicht in allen Umfragen des Eurobarometer erhoben wurden, ist der Analysezeitraum effektiv auf die Jahre von 1975 bis 1998 bzw. 1975 bis 1994 begrenzt.⁴ Die früheren Wellen des Eurobarometers bzw. der *European Community Studies* konnten nicht berücksichtigt werden, da in diesen Wellen Variablen, die für die vorliegende Studie die zentrale Rolle spielen, wie Wahlabsicht, Kirch-

²1970, 1971 und 1973 wurden die „European Community Studies“ als Vorläufer des eigentlichen Eurobarometers in fünf der damaligen EG-Länder durchgeführt.

³Finnland, Österreich und Schweden wurden bereits kurz vor ihrer Mitgliedschaft in der EU in die Umfragen einbezogen, Norwegen solange die Mitgliedschaft oder besser: Nicht-Mitgliedschaft in der EU noch offen war.

⁴Nach 1994 wurde die Kirchengangshäufigkeit in den Eurobarometer-Umfragen nicht mehr erhoben.

gangshäufigkeit und Beruf der Befragten, nicht oder nicht in angemessener Weise erhoben wurden. Wellen nach 1998 einzubeziehen, erschien nicht als sinnvoll, da aufgrund der Daten-Embargo-Regeln wichtige Variablen in den verfügbaren Datensätzen nicht enthalten sind, und im *Comparative Manifesto Project* nur die Wahlprogramme bis 1998 berücksichtigt sind. Allerdings erschien ein Analysezeitraum von etwa 20 Jahren für die empirischen Analysen dieser Arbeit als ausreichend.

Kapitel 2

Von veränderlichen Wählern zu veränderlichen politischen Alternativen

In etablierten Demokratien haben stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger in mehr oder weniger regelmäßigen zeitlichen Abständen aufs Neue die Chance, in der Wahlkabine ihre Präferenzen zugunsten der einen oder anderen Partei zum Ausdruck zu bringen. Von Wahl zu Wahl können sie ihre Parteipräferenzen durchaus auch wechseln. Ihren Berufsstatus, ihre Konfession, ihre Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe können sie, selbst in einer Epoche größerer sozialer Mobilität, hingegen nicht so einfach verändern. Wenn es einen stabilen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage der Bürger und ihrer Parteipräferenz gibt, so liegt die Richtung der Kausalbeziehung augenscheinlich auf der Hand, nämlich von der sozialen Lage als Ursache zur Wahlentscheidung als Wirkung. Allerdings ist schwer vorstellbar, wie eine *direkte* Kausalbeziehung zwischen der sozialen Lage der Wähler und ihrer Wahlentscheidung möglich sein soll. Vermittelnde Faktoren, wie Wertorientierungen, Identifikationen mit sozialen Gruppen und Einflüsse des sozialen Umfeldes, sind kaum wegzudenken. Und wenn sich der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wahlentscheidung ändert, dann liegt es ebenso auf der Hand, dass Veränderungen in diesen vermittelnden Faktoren vorliegen.

Eine solche Betrachtungsweise wird der Komplexität der Wahlentscheidung allerdings nicht gerecht. Besonders deutlich wird dies in einem präsidentiellen System. Wenn, wie in den USA, die Amtszeit eines Präsidenten auf zwei Amtsperioden begrenzt ist, dann sind die Wähler immer wieder vor neue Alternativen gestellt. Aber auch in einem parlamentarischen System sind die Alternativen nicht unveränderlich. Neue Parteien können entstehen, alte können sich spalten oder ganz auflösen. Parteien können auch ihr programmatisches Profil abrupt oder allmählich ändern. Eine Analyse der kausalen Beziehungen zwischen der sozialen Lage der Wähler und ihrer Wahlabsicht ist denn auch unvollständig, wenn sie diese Veränderungen nicht einbezieht. Sogar langfristige Veränderungen des Zusammenhanges zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten können deshalb durchaus auch von langfristi-

gen Veränderungen in der Natur der zur Auswahl stehenden Alternativen begründet sein. Derart langfristige Veränderungen sind auch in der politikwissenschaftlichen Literatur festgestellt worden. Kaum eine Veränderung dieser Art ist so gut belegt wie die programmatische Mäßigung der sozialdemokratischen Parteien seit Ende des 19. Jahrhunderts: vom orthodoxen Marxismus zum reformorientierten Revisionismus bis zu einer Allerweltpartei unter den Markennamen „Neuen Mitte“ oder „New Labour“ (vgl. Lipset 1981: 439ff; Lipset 2001).

Vor diesem Hintergrund ist es kaum erstaunlich, dass in der Diskussion um den Wandel des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten dem Parteiensystem und den Strategien der Wählermobilisierung immer größeres Gewicht beigemessen wird. Allerdings ist die Entwicklung dieser Debatte paradox. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt in der Beobachtung, dass die Wahlergebnisse einiger westeuropäischen Länder nicht (mehr) so stabil sind, wie lange zuvor angenommen. Die Stabilität der Wahlergebnisse hatte man zuvor damit in Verbindung gebracht, dass die Sozialstruktur für das Wahlverhalten eine große Prägekraft besitzt, die sich aus der Entstehung der Parteien und Parteiensysteme aus gesellschaftlichen Konflikten herleiten lässt (Lipset und Rokkan 1967a, Rose und Urwin 1970). Angesichts der auf der Hand liegenden Kausalrichtung des Zusammenhangs zwischen sozialen Merkmalen der Wähler und ihren Wahlentscheidungen erschien es zunächst plausibel, die Ursachen der zunehmend schwankenden Wahlergebnisse auf eine Abschwächung der Wirkung sozialer Merkmale zu suchen (Crewe und Denver 1985, Franklin *et al.* 1992). Diese Abschwächung wiederum wurde mit gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen in Verbindung gebracht, deren letzte Ursachen auf jedem Fall außerhalb des Bereichs der Politik liegen. Diese Sichtweise hat die politikwissenschaftliche Sichtweise bis in die späten 1990er Jahre bestimmt (vgl. z. B. Kriesi 1998, Lane und Ersson 1997).

Der Befund eines generellen Bedeutungsverlustes der Sozialstruktur wurde allerdings auch angezweifelt, und zwar vor allem in Bezug auf den Einfluss der Klassenzugehörigkeit der Wähler auf ihre Wahlentscheidungen. In der Diskussion um den Rückgang des *class voting* fand die Auffassung zunehmend Verbreitung, dass länderspezifische und eben auch politische Faktoren für die Veränderungen im Wahlverhalten maßgeblich sein können.

Dass die Veränderungen in den Strukturen des Wahlverhaltens zunächst mit gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozessen und nicht mit politischen Ereignissen und Wandlungsprozessen in Verbindung gebracht wurde, liegt möglicherweise an einer verbreiteten Auffassung der Wirkungsweise von *cleavages*. Die Relevanz der *cleavages* für Parteiensysteme und die Strukturen des Wahlverhaltens wird in der Literatur meist mit dem Hinweis auf eine als klassisch angesehenen Arbeit von Lipset und Rokkan (1967a) begründet. Teilwei-

se wird die Feststellung von Veränderungen im Wahlverhalten und seinem Zusammenhang mit der Sozialstruktur als Verlust der Erklärungskraft dieser Arbeit oder gar als deren Widerlegung angesehen (z. B. Lane und Ersson 1997). Wie im Anschluss an die Behandlung der Debatte um Konstanz oder Wandel des Einflusses der Sozialstruktur gezeigt wird, ist diese Auffassung der *cleavages* allerdings fehlerhaft. In der Literatur wurde bislang weder ein Konzept von *cleavages* entwickelt, aus dem in nicht-tautologischer Weise ein Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht abzuleiten wäre, noch wird ein Andauern dieses Zusammenhangs von Lipset und Rokkan tatsächlich vorhersagt. Eine Widerlegung der „*cleavage*-Theorie“ des Wahlverhaltens kommt damit dem Enthaupten eines Strohmanns gleich.

Obwohl die Rolle der politischen Ebene für Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten erst vergleichsweise spät in die Debatte eingebracht wurde, gab es schon vorher Autoren, die sich mit der Relevanz der Strategien von Parteien für diesen Zusammenhang befasst haben. Mit deren Arbeiten befasst sich der dritte Abschnitt dieses Kapitels. Dort wird gezeigt, dass es zwar ein Schritt in die richtige Richtung ist, die Strategien der Parteien in Betracht zu ziehen, dass dieser Schritt aber noch nicht konsequent oder in überzeugender Weise zu Ende gegangen wurde.

2.1 Das Ende der sozialen *cleavages*?

Es gibt wohl wenig Themen im Bereich der politischen Soziologie, die in den letzten Jahren so ausführlich debattiert werden, wie die Frage, ob der Einfluss sozialstruktureller Merkmale von Wählern auf ihre Wahlentscheidung seit dem Zweiten Weltkrieg abgenommen hat. Noch in den 1960er und 1970er Jahren galten mehr oder weniger starke Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Wahlverhalten als typisches Kennzeichen westeuropäischer Länder, welches durch ihren Entwicklungsweg zu modernen industriellen Demokratien erklärt wird (Lipset und Rokkan 1967a). Der Einfluss der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten wurde als ein die Parteiensysteme stabilisierender Faktor angesehen (Rose und Urwin 1969, 1970). Leitende Fragestellungen waren damals, welche der sozialstrukturellen Merkmale der Wähler für ihre Wahlentscheidung am relevantesten waren (Lijphart 1971a,b), welche Faktoren Wähler davon abhielten für „die“ Parteien „ihrer“ sozialen Gruppe zu stimmen (McKenzie und Silver 1968, Powell 1976, Lipset 1981), und welche Faktoren für internationale Variationen im Ausmaß dieses Zusammenhangs verantwortlich waren (Lipset 1981, Alford 1963).

2.1.1 Ein neuer Gemeinplatz der vergleichenden Wahlforschung?

Bereits frühere Arbeiten haben einen Rückgang des Einflusses der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten konstatiert (Janowitz und Segal 1967, Abramson 1971). Die These, dass der Einfluss der Sozialstruktur auf die Wahlentscheidung im Rückgang begriffen ist, ist wohl durch Lipsets Ausführungen über den Bedeutungsverlust des „demokratischen Klassenkampfes“ in post-industriellen Gesellschaften in der Neuausgabe von „Political Man“ (1981) zu Popularität gelangt. Lipset präsentiert dort eine Zusammenstellung von Zeitreihen der Werte von Indizes des *class voting* (Lipset 1981: 504), die wird immer wieder zitiert wird, um den Rückgang des *class voting* zu belegen (z. B. Inglehart 1984: 30; Inglehart in Inglehart und Flanagan 1987: 1297; Dalton 1996a: 172; Dalton 1996b: 323; Inglehart 1997: 255)

Zur Popularität dieser These trug wohl auch bei, dass die Wahlergebnisse stärker schwankten (Zuckerman und Lichbach 1977, Maguire 1983, Pedersen 1983, Shamir 1984) als es der bisherigen Erfahrung (Rose und Urwin 1970) entsprach. Bis dahin wurde die relative Stabilität von Wahlergebnissen als eine weitgehend bestätigte Implikation von Lipset und Rokkans *cleavage*-Modell der Entwicklung von Parteiensystemen verstanden. Aufgrund der deutlichen Verschiebungen in den Wahlergebnissen einiger Länder in den 1970er Jahren, z. B. den plötzlichen Stimmengewinnen neuer Parteien in Dänemark, den nicht weniger plötzlichen Aufstieg der *Alliance* in Großbritannien und den deutlichen Stimmengewinnen eines republikanischen Präsidentschaftskandidaten in US-Staaten, die zuvor Hochburgen der *Democrats* waren (Ware 1996: 214) sah man die Gültigkeit des Modells schwerwiegend in Frage gestellt. In Einklang mit dieser zunehmenden Veränderlichkeit von Wahlergebnissen stand der Befund, dass die Verbreitung und das Ausmaß der Parteiidentifikation sich abschwächte (Crewe *et al.* 1977, Nie *et al.* 1979, Dalton *et al.* 1984).

Zu den ersten vergleichenden Werken, die diesem Themenbereich zuzuordnen sind und die nicht mit Wahlergebnissen argumentieren, sondern auch Individualdaten verwenden, gehören der von Dalton *et al.* herausgegebene Band „Electoral Change: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Democracies“ (1984), sowie der von Crewe und Denver herausgegebene Band ähnlichen Namens „Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility“ (1985). Der erstgenannte Band ist eine eher heterogene Sammlung von Fallstudien, die sich vor allem mit Veränderungen von Parteibindungen befassen und dabei die Frage des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten nur streifen. Crewe und Denvers Band hingegen hat ebenfalls in erster Linie einen Rückgang von Parteibindungen und eine daraus resultierende Steigerung der Volati-

lität von Wahlergebnissen zum Gegenstand.

Der (1992) von Franklin *et al.* in Zusammenarbeit mit einer Reihe weiterer Autoren veröffentlichte Band „Electoral Change: Response to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries“ ist wohl der erste, der sich mit der Frage des Rückgangs des Einflusses der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten auf der Grundlage von Individualdaten systematisch und vergleichend befasst. Zwar besteht auch dieser Sammelband aus einer Reihe von Analysen des Wandels des Wahlverhaltens in einzelnen Ländern. Entscheidend aber ist, dass alle in dem Band versammelten Einzelstudien die gleiche *core analysis* enthalten, so dass sich die Länderergebnisse zu einem Gesamtergebnis zusammenfassen lassen:

In the period which has been analysed in this volume (the mid-1960s to the mid-1980s), the decline in the ability of social cleavages to structure partisanship has not been evident in all countries, but where no such decline took place this was generally because the electoral impact of social cleavages was already low. Only in West Germany and Italy has there been no obvious decline from a moderate or high level of cleavage politics, ... In Norway the level of cleavage politics remains high despite a decline in recent years.
(Franklin *et al.* 1992: 407)

Den Rückgang des Einflusses der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten verstehen die Herausgeber als ein universelles Phänomen, das im wesentlichen alle westlichen Länder erfasst. Von Land zu Land unterschiedliche Ausmaße des Einflusses der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten zeigen lediglich an, dass die betreffenden Länder sich in unterschiedlichen Phasen des sozialen Wandels befinden:

One thing that has by now become quite apparent is that almost all of the countries we have studied show a decline during our period in the ability of social cleavages to structure individual voting choice, so that even where the aggregate strengths of parties continue to conform to aggregate patterns of social cleavage, the choices of individuals do not show such consistency.
(Franklin *et al.* 1992: 385f)

Those countries where social cleavages no longer condition partisanship are at the forefront of a development that appears to be ubiquitous: and in the same way that other countries appear now to be following in the footsteps of the leaders, so the leaders must once have shown the characteristics of the laggards.
(Franklin *et al.* 1992: 390)

Der von Franklin *et al.* (1992) herausgegebene Band ist offensichtlich sehr einflussreich, denn in Anschluss an die Veröffentlichung dieses Werkes sind kaum politikwissenschaftliche Arbeiten zu finden, die eine solche Verringerung des Einflusses der Sozialstruktur auf die Wahlabsicht in Abrede stellen (wohl aber soziologische Arbeiten, s.u.). Vielmehr ist die Feststellung dieses Rückgangs fast zu einem neuen „conventional wisdom“ (Dalton 1996b: 329) der Politikwissenschaft geworden. Immer wieder wird in Überblicks- und Einführungs-

werken vorgebracht (z. B. Lane und Ersson 1994: 171; Gallagher *et al.* 1997: 244ff; Dalton 1996a: 165ff; Dalton 1996b in Le Duc *et al.* 1996; Bürklin und Klein 1998: 81ff), dass die sozialen *cleavages*, aber auch die Parteien, an Bindungskraft verloren haben, dass alte ökonomische Konfliktthemen zugunsten neuer, nicht-materialistischer Konfliktthemen an Aufmerksamkeit verlieren und dass sich die Wähler in immer mehr individualisierter Weise an den Konfliktthemen orientieren.

2.1.2 Die Diskussion um den Niedergang des *class voting*

Die Auffassung, dass die Sozialstruktur allmählich an Prägekraft für das Wahlverhalten verliert, hat aber auch Widerspruch gefunden. Schon in den 1980er Jahren wurde die These des Rückgangs des *class voting* in Großbritannien in Zweifel gezogen und diskutiert (Heath *et al.* 1985, Crewe 1986, Heath und Jowell 1987, Dunleavy 1987, Heath *et al.* 1988, 1991). In letzter Zeit wurde hierüber auch in Deutschland eine wissenschaftliche Kontroverse geführt (Pappi 1990, Döring 1990, Schnell und Kohler 1995, Müller 1997, Jagodzinski und Quandt 1997, Müller 1998).

In den 1990er Jahren entwickelte sich um die generelle Entwicklung des *class voting* in fortgeschrittenen Demokratien eine vor allem unter Soziologen geführte Kontroverse, die in vielen Fachartikeln (Clark und Lipset 1991, Weakliem 1991, Clark und Lipset 1993, Evans 1993, Müller 1998, Goldthorpe 1996) und zwei Sammelbänden (Evans 1999b, Clark und Lipset 2001) dokumentiert ist.

Die Einwände, die in dieser Diskussion gegen die These eines generellen Rückgangs des Einflusses der Klassenlage auf die Wahlentscheidung formuliert werden, lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen. Die erste Gruppe von Einwänden betrifft die Art und Weise, wie die Klassenlage definiert und operationalisiert wird. Die zweite Gruppe von Einwänden betrifft die Messung des Zusammenhangs zwischen Klassenlage und Parteipräferenz. Die dritte Gruppe schließlich führt empirische Gegenbeispiele an, die die Universalität des Rückgangs des *class voting* in Frage stellen.

Vor allem in den früheren Arbeiten zur Entwicklung des *class voting* wurde die Klassenzugehörigkeit als Dichotomie aufgefasst, in der nur die manuell Beschäftigten in Industrie und Bergbau sowie deren Familienangehörigen zur Arbeiterklasse gezählt, während alle anderen Personen der Mittelklasse zugerechnet wurden. Es wurde zwischen *manual workers* und *non-manual workers*, zwischen *working class* und *middle class* oder zwischen *blue collar workers* und *white collar workers* unterschieden (z. B. Alford 1962, 1963). Gegen diese Dichotomie ist eingewandt worden, dass sie veraltet ist und der Heterogenität der „nicht-

manuellen“ Berufsgruppen nicht gerecht wird (Parkin 1979: 12ff; Heath *et al.* 1985: 13ff; Nieuwbeerta 1995: 37). In diese Kategorie werden einfache Sachbearbeiter in den Verwaltungen großer Unternehmen, Sekretärinnen, Verkäufer und Krankenschwestern ebenso wie das traditionelle Bürgertum der Unternehmer, Freiberufler und sonstigen Selbständigen eingeordnet. Natürlich kann dafür argumentiert werden, dass qualifizierte leitende Angestellte, z. B. Betriebsleiter, Abteilungsleiter, Justiziere etc. als Angehörige der Dienstklasse eine dem klassischen Bürgertum ähnliche Lage haben und somit ein „essentiell konservatives Element“ der Gesellschaft darstellen (Goldthorpe 1982: 180). Wenn man aber (wie die meisten Autoren) die Klassenlage in Anschluss an Max Weber als durch die Erwerbschancen bestimmt sieht, dann sollte man einsehen, dass die einfachen Angestellten nicht weniger mit der traditionellen Arbeiterklasse verbindet als mit der Dienstklasse oder den Selbständigen. Daher wurde von verschiedenen soziologischen Autoren die Forderung erhoben, statt des dichotomen Schemas einer manuellen und einer nicht-manuellen Klasse komplexere Klassenschemata zu verwenden, insbesondere das so genannte EGP-Klassenschema nach Erikson *et al.* (1979), das spätestens seit den Arbeiten von Erikson und Goldthorpe (1992) zu einem neuen Standard in der soziologischen Mobilitätsforschung und Klassenanalyse geworden ist (vgl. Crompton 1993). Davon ausgehend wurde die Hypothese aufgestellt, dass der vermeintliche Niedergang des *class voting* auf einen Wandel der Zusammensetzung der beiden Kategorien des dichotomen Klassenschemas zurückzuführen ist (Nieuwbeerta 1995: 196). Die empirischen Belege für den Rückgang des *class voting* sind dann ein Artefakt der unangemessenen Dichotomisierung der Klassenlage. In der Tat konnte Nieuwbeerta (1995: 196) zeigen, dass die unter Verwendung des dichotomen Klassenschemas festgestellten Veränderungen des *class voting* zumindest teilweise darauf zurückführen lassen, dass sich die Zusammensetzung der nicht-manuellen Kategorie dieser Dichotomie aus den Klassen des differenzierteren Klassenschemas verändert hat.

Die Verwendung eines differenzierteren Klassenschemas förderte allerdings nicht nur Unterschiede im Wahlverhalten der verschiedenen nicht-manuellen Klassen zu Tage, sondern auch soziale Unterschiede *innerhalb* dieser Klassen, die für das Wahlverhalten von Bedeutung sind. So konnten verschiedene Autoren zeigen, dass die Parteipräferenzen von Managern einerseits und von Freiberuflern insbesondere der sozialen Dienste andererseits divergieren (Kriesi 1998, Hout *et al.* 1999, Müller 1998). Bei Managern kommt die Interessenverbindung mit den Eigentümern der Unternehmen, für die sie arbeiten, stärker zum Zuge. Freiberufler im Bereich der sozialen Dienste orientieren sich dagegen stärker an Normen ihrer *professional community* und können daher in einen Interessenkonflikt mit ihren Arbeitgebern geraten. Diese Befunde betreffen aber den Zusammenhang zwischen *Klassenlage*

und Wahlverhalten nur dann, wenn das politische Auseinanderdriften zweier Segmente der Dienstklasse in einer Veränderung des Wahlverhaltens der Dienstklasse als ganzer resultiert, oder aber wenn Manager und *professionals* (im Widerspruch zu Goldthorpe 1995) nicht als Segmente der Dienstklasse, sondern als zwei separate Klassen aufgefasst werden. Da hinsichtlich der Frage *des* angemessenen Klassenschemas das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist, lässt sich noch nicht sagen, ob die These des Rückgangs des *class voting* bereits durch den Hinweis auf die Unzulänglichkeit der des dichotomen Klassenschemas entkräftet ist.

Eine weitere Reihe von Einwänden betrifft den eher technischen Aspekt der Messung des Zusammenhang zwischen Klassenlage und Wahlverhalten. Die Diagnosen eines Rückgangs des *class voting*, die auf Lipset (1981) zurückgehen, verwenden für den internationalen und überzeitlichen Vergleich den so genannten Alford-Index. Bei ihm handelt es sich um eine Prozentsatzdifferenz, und zwar um die Differenz zwischen der Prozentzahl der Angehörigen der manuellen Klasse, die linke Parteien präferieren, und der Prozentzahl der Angehörigen der nicht-manuellen Klasse, die linke Parteien präferieren. Damit drückt der Index in sehr knapper und einfacher Weise aus, wie sehr sich die beiden Klassen im Hinblick auf die Präferenz von linken Parteien unterscheiden.

Der Alford-Index ist äquivalent zu dem Koeffizienten der linearen Regression der Präferenz für linke Parteien als abhängige Variable (wenn die Parteipräferenz so codiert ist, dass die Differenz zwischen „linke Parteien“ und „andere Parteien“ eins beträgt) auf die Klassenzugehörigkeit der Wähler als unabhängige Variable (wenn die Klassenzugehörigkeit so codiert ist, dass die Differenz zwischen „manuell“ und „nicht-manuell“ eins beträgt; vgl. Korpi 1974: 631). Entsprechend interpretiert Lijphart (1979) die linearen Regressionskoeffizienten seiner Analysen des *class voting*, *religious voting* und *linguistic voting* als für den Einfluss von Drittvariablen korrigierte Alford-Indizes.

In die Kritik geraten ist dieses Maß des *class voting*, weil es dafür anfällig ist, durch den unterschiedlichen Erfolg linker Parteien verzerrt zu werden (Heath *et al.* 1985: 31). Der Alford-Index kann leicht einen Wert von 20 oder 30 erreichen, wenn die durchschnittliche Zustimmung zu linken Parteien bei 50 Prozent liegt, solche Werte sind aber kaum zu erwarten, wenn die durchschnittliche Zustimmung zu linken Parteien nur bei 15 oder 20 Prozent liegt. Aus den gleichen Gründen trifft diese Kritik am Alford-Index auch auf die lineare Regression der (dichotomisierten) Parteipräferenz auf verschiedene andere sozialstrukturelle Merkmale zu. Damit werden aber gerade die Ergebnisse der so einflussreichen Studie von Franklin *et al.* (1992) in Frage gestellt, die auf derartigen Regressionsanalysen beruhen.

Als Konsequenz dieser Mängel der linearen Regression und des Alford-Index ist man bei

der Analyse des *class voting* zunehmend dazu übergegangen, *logistische* Regressionsmodelle (Hout *et al.* 1999, Nieuwbeerta 1995) und eine auf dem *log odds-ratio* basierende Variante des Alford-Index, den Thomsen-Index (Nieuwbeerta 1995) zu verwenden. Wie aber die Ergebnisse Nieuwbeertas (1995: 53ff) zeigen, sind die Verzerrungen, von denen der Alford-Index betroffen ist, nicht besonders ausgeprägt: die von Nieuwbeerta berechneten Korrelationen zwischen Werten des Alford-Index und den Werten des Thomsen-Index für verschiedene Länder und Zeitpunkte beträgt 0,9. Allerdings kann gegen den Alford-Index, und auch gegen den Thomsen-Index, immer noch eingewandt werden, dass er das dichotome manuell/nicht-manuelle Klassenschema voraussetzt.

Ebenso wenig wird dadurch ein Einwand gegen die von Franklin *et al.* (1992) vertretene These des generellen Niedergangs der sozialen *cleavages* ausgeräumt, der auf deren Verwendung des Determinationskoeffizienten R^2 beruht.¹ Das Hauptargument von Franklin *et al.* (1992) für den Niedergang der sozialen *cleavages* ist der Rückgang des mittels R^2 gemessenen Anteils der von den sozialstrukturellen Merkmale der Wähler „erklärten“ Anteils der Varianz der (dichotomisierten) Wahlentscheidung. Abgesehen davon, dass die Verwendung von R^2 im Sinne von „erklärter Anteil der Varianz“ diskutabel ist (King 1986, Achen 1991), ist der Vergleich von R^2 -Werten aus unterschiedlichen Stichproben potentiell irreführend (wie selbst die Befürworter der Verwendung von R^2 zugestehen, z. B. Luskin 1991): R^2 wird nicht nur von der Größe der Regressionskoeffizienten bestimmt, sondern auch von der Varianz der *unabhängigen* Variablen. Das aber bedeutet, dass Diagnosen eines Rückgangs des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht, die sich auf eine Veränderung von R^2 stützen, möglicherweise nicht nur Veränderungen in den Unterschieden zwischen sozialen Kategorien in Hinblick auf die Parteipräferenz registrieren, sondern auch in Hinblick auf deren Anteile an der Bevölkerung eines Landes.

Ein weiterer Kritikpunkt am Alford-Index wurde zuerst im Kontext der Diskussion um die Entwicklung des *class voting* in Großbritannien (Heath *et al.* 1985) geäußert und betrifft die Dichotomisierung der *abhängigen* Variable, der Parteipräferenz. Mit dem Erstarken der *Alliance* war die Parteienkonkurrenz nicht mehr nur durch den Gegensatz zwischen *Labour* und *Tories* geprägt. Nach Heath *et al.* (1985) ist diese dritte Kraft als Repräsentantin der neuen Mittelklasse aufzufassen, so wie *Labour* als Repräsentantin der Arbeiterklasse und die *Tories* als Repräsentanten der alten Mittelklasse aufzufassen ist (Heath *et al.* 1985: 21; siehe auch Goldthorpe 1999). Wenn die Zustimmung für die *Alliance* andererseits steigt, weil die neue Mittelklasse an Umfang zunimmt und mit konstanter Rate dieses Parteienbündnis

¹Dieser Einwand trifft *mutatis mutandis* auch auf die Ergebnisse von Schnell und Kohler (1995) zu (vgl. Müller 1997, Jagodzinski und Quandt 1997).

wählt, dann bleibt das *class voting* nach dieser Auffassung gleich, auch wenn sich dies im Alford-Index als Rückgang des *class voting* niederschlägt (vgl. Heath *et al.* 1991: 64ff).

Dieses Argument kann allerdings kaum außerhalb des britischen Kontextes zutreffen, da die meisten europäischen Parteiensystemen keine Dreigliederung aufweisen, die eine Zuordnung der Parteien zur Arbeiterklasse, der alten Mittelklasse und der neuen Mittelklasse erlaubt. Und wenn man ein weiter aufgegliedertes Klassenschema zu Grunde legt, wie etwa das EGP-Schema, dann ist eine solche Korrespondenz zwischen Klasse und Partei nur dann möglich es entsprechend viele Parteien gibt.

Während Heath *et al.* (1991) und Goldthorpe (1999) die Dichotomisierung der Parteipräferenz für artefaktische Veränderungen im *class voting* verantwortlich machen, argumentieren Bartolini und Mair (1990: Kap. 1) und Mair (1993) genau umgekehrt: Wähler wechseln ihre Präferenzen seltener zwischen Parteien unterschiedlicher Blöcke (d. h. linke Parteien einerseits und Mitte-Rechts-Parteien andererseits) als zwischen Parteien des jeweils selben Blocks (d. h. innerhalb des linken bzw. des Mitte-Rechts-Blocks). Die Fluktuationen in Wahlergebnissen und Parteipräferenzen, die von verschiedenen Autoren (Maguire 1983, Pedersen 1983, Shamir 1984, Lane und Ersson 1997) als Evidenz für die nachlassende Bindungskraft von *cleavages* (einschließlich des *class cleavage*) angeführt werden, zeigen sich nach Bartolini und Mair (1990) und Mair (1993) nur, wenn man in unzulässiger Weise die Blockbildung von Parteien unberücksichtigt lässt.

Ob eine Zusammenfassung von Parteipräferenzen zu einer Präferenz zugunsten eines von zwei Parteienblöcken zu fälschlichen Diagnosen eines Rückgangs des *class voting* führt oder diese vermeiden hilft, kann vor diesem Hintergrund nicht als entschieden gelten. Allerdings sind einige Autoren, die sich mit *class voting* befassen (Müller 1998, Weakliem und Heath 1999, Müller 1999, Goldthorpe 1999, Nieuwbeerta und Manza 2002), von einer Dichotomie der Parteipräferenz abgerückt, nicht zuletzt, da neue Möglichkeiten der Auswertungstechnik in Form von log-linearen, und log-multiplikativen und multinomialen Logit-Modellen zur Verfügung stehen.

Log-linearen und (zu diesen äquivalenten) multinomialen Logit-Modellen sind für die Beschreibung der Zusammenhänge zwischen Klassenlage und Parteipräferenz aber nur bedingt geeignet, da sie diese Zusammenhänge durch eine relativ große Zahl von Parametern beschreiben, wie sich an folgendem Beispiel verdeutlichen lässt. Angenommen man untersucht mit Hilfe eines log-linearen Modells der Zusammenhang zwischen den Präferenzen von Wählern zugunsten einzelner Parteien und ihrer durch ein siebenstufiges Klassenschema beschriebenen Klassenlage. Ein (saturiertes) log-lineares Modell, das die Assoziation zwischen der Klassenzugehörigkeit darstellt enthält dann $3 \cdot 5 = 15$ Parameter, von denen

vier Parameter die Assoziation zwischen der Klassenlage und der Parteipräferenz beschreiben. Wenn dann Veränderungen in dieser Assoziation zwischen 5 Zeitpunkten modelliert werden sollen, hat das entsprechende Modell $3 \cdot 5 \cdot 5 = 75$ Parameter, von denen zwanzig Parameter auf die Beschreibung der Assoziation zu den verschiedenen Zeitpunkten entfallen. Auf diese Weise lässt sich eine Veränderung im Zusammenhang zwischen Klassenzugehörigkeit und Parteipräferenz kaum noch übersichtlich beschreiben. Aus diesen Gründen haben verschiedene Autoren Varianten log-linearer Modelle verwendet, die durch zusätzliche Restriktionen die Anzahl der Parameter verringern. So verwenden Weakliem und Heath (1999) ein log-multiplikatives Modell zur Beschreibung von Veränderungen im *class voting*, dem die Annahme zu Grunde liegt, dass die *Struktur* des Zusammenhangs zwischen Klassenlage und Parteipräferenz konstant bleibt, während die *Intensität* dieses Zusammenhangs mit der Zeit schwankt. In diesem Modell werden den Parteien und den Klassen *scores* zugeordnet, die entweder *a priori* festgelegt werden oder aus den Daten geschätzt werden. Für einen einzelnen Zeitpunkt enthält ein solches Modell zwar bis zu $3 + 5 + 3 + 5 + 1 = 17$ Parameter (3 + 5 Parameter entsprechen den Haupteffekten 3+5 weitere Parameter entsprechen den *scores*). Aber für fünf Zeitpunkte hat das Modell, wenn eine zeitlich konstante Struktur des Zusammenhangs angenommen wird, statt 75 nur $3 + 5 + 3 + 5 + 5 = 21$ Parameter, von denen fünf die Stärke der Assoziation zu den fünf Zeitpunkten repräsentieren.²

Die Anwendung dieser Modelle für den internationalen Vergleich wird allerdings dadurch erschwert, dass sie auf Seiten der Parteipräferenz eine gleichbleibende Anzahl von Alternativen voraussetzen. Die Anzahl der relevanten Parteien schwankt deutlich von Land zu Land, wie ein Vergleich von Großbritannien mit Dänemark recht deutlich macht. Während in Großbritannien nur zwei bis drei Parteien nennenswerte Zustimmung unter den Wählern erreichen können (*Labour*, *Conservatives* und *Alliance* bzw. *Liberal Democrats*), sind es (mit *Socialist Folkeparti*, *Venstresocialisterne*, *Socialdemokratiet*, *Kristeligt Folkeparti*, *Radikale Venstre*, *Venstre*, *Retsforbundet*, *Konservative Folkeparti*, *Fremkridtspartiet*, und *De Grønne*) bis zu zehn Parteien. Die Zusammenfassung der Parteien, wenn schon nicht in eine Links-Rechts-Dichotomie, so doch zu „Parteifamilien“ (z. B. Nieuwbeerta und Manza 2002) erscheint da als naheliegender Ausweg. Aber auch dies hilft nicht, da nicht alle Parteifamilien in allen europäischen Parteiensystemen vertreten sind. So ist zum Beispiel die konservative Parteifamilie in Großbritannien und den skandinavischen Ländern vertreten, nicht aber in Belgi-

²Eine weitere Alternative stellen die Kappa- und Lambda-Indizes von (Hout *et al.* 1985, 1993, Manza *et al.* 1995, Nieuwbeerta und Manza 2002) dar. Bislang wurde aber noch nicht gezeigt, dass diese Indizes nicht in ähnlicher Weise von den Randverteilungen der abhängigen und unabhängigen Variablen beeinflusst werden, wie es bei R^2 - und Pseudo- R^2 -Maßen der Fall ist.

en, Italien (bis 1992), den Niederlanden, Österreich und Westdeutschland. Die Familie der christlichen Parteien ist dagegen in Belgien, Frankreich (als ein Teil des Parteienbündnisses UDF), Italien, den Niederlanden, Österreich, den skandinavischen Länder vertreten, aber nicht in Großbritannien. Die Probleme, die mit der Dichotomisierung der Parteipräferenz und relevanter sozialer Merkmale verbunden sind, lassen sich also durch die Verwendung komplexerer Analysemodelle zwar umgehen, aber die Komplexität dieser Analysemodelle führt wiederum dazu, dass sich die Frage, ob der Einfluss sozialer Merkmale der Wähler auf ihre Parteipräferenzen tatsächlich abgeschwächt hat, empirisch kaum zu entscheiden ist. Dies spricht dafür, dass nach neuen Wegen für die Modellierung des Einflusses von sozialen Merkmalen auf Parteipräferenzen gesucht werden sollte.

Die dritte Gruppe von Einwänden gegen die These des Niedergangs des *class voting* stellt die Allgemeingültigkeit dieser These empirisch in Frage. Diese Einwände beziehen sich einerseits auf die übernationale, andererseits auf die überzeitliche Allgemeingültigkeit der These. Hier sind zunächst die Arbeiten von Heath *et al.* (1985, 1991) zu nennen, die bestreiten, dass der Rückgang des *class voting* in Großbritannien (Franklin 1985) tatsächlich kontinuierlich ist. Dieser Eindruck entsteht vor allem dadurch, dass der Zeitraum von Mitte der 1960er bis Ende der 1970er Jahre betrachtet wird. Das *class voting* hat in Großbritannien 1964 ein Maximum erreicht und ist dann kontinuierlich zurückgegangen. Die Erweiterung der zeitlichen Perspektive auf die Jahrzehnte vor 1964 (Weakliem und Heath 1999) zeigt allerdings, dass das *class voting* eher von trendlosen Fluktuationen gekennzeichnet ist, die auch mit Ereignissen auf der Ebene der Parteien und der Parteienkonkurrenz in Verbindung gebracht wird (Heath *et al.* 1991, vgl. auch und Evans *et al.* 1999). Weakliem und Heath (1999), die die Entwicklung des *class voting* in Großbritannien, Frankreich und die USA zurück bis in die 1930er Jahre verfolgen, stellen deutliche Unterschiede zwischen den Entwicklungen innerhalb dieser Länder fest. Zudem werden die Länder einander nicht ähnlicher, sondern unähnlicher. Für die These der trendlosen Fluktuationen spricht ihre Feststellung, dass das *class voting* vor dem Zweiten Weltkrieg nicht durchweg höher war als nach dem Zweiten Weltkrieg. Den Ergebnissen von Pradeep und Torcal (1997), Evans und Whitefield (1999), Mateju *et al.* (1999) und Torcal und Mainwaring (2003) steigt das *class voting* in neuen Demokratien sogar an. Die Gründe dafür sind allerdings zweierlei: In Spanien bzw. Chile akzentuieren die Parteien politische Ziele, die stärker als zuvor die Interessen der unterschiedlichen Klassen ansprechen (Pradeep und Torcal 1997, Torcal und Mainwaring 2003), während in Russland und Tschechien aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der sich allmählich verbreitenden Kenntnis der politischen Angebote der Parteien das *class voting* erlernt wird (Evans und Whitefield 1999, Mateju *et al.* 1999).

Die meisten hier besprochenen Arbeiten, die sich für oder gegen die Allgemeingültigkeit der These des Niedergangs des *class voting* aussprechen, beruhen auf Analysen der Entwicklungen in einzelnen Ländern. Auch die in Franklin *et al.* (1992) versammelten Aufsätze sind Einzelstudien. Die erste Studie, die auf simultan-vergleichenden Analysen mehrerer Länder beruht, ist Nieuwbeertas „The Democratic Class Struggle in Twenty Countries 1945–1990“ (1995). Seine Ergebnisse sprechen für beide Thesen, sowohl für die These des Rückgangs des *class voting* als auch für die These der trendlosen Fluktuation. Zum einen stellt Nieuwbeerta deutliche internationale Unterschiede im Ausmaß des *class voting* fest, das in Großbritannien und Skandinavien am höchsten, in Kanada, Irland und den USA aber am niedrigsten ist. In vielen, aber nicht allen Ländern zeigt das *class voting* eine abnehmende Tendenz. Am stärksten ist diese Tendenz in den Ländern Skandinaviens, in Westdeutschland und in Großbritannien, während in Kanada, Irland, Luxemburg, der Schweiz und den Niederlanden keine derartige Tendenz zu konstatieren ist (Nieuwbeerta 1995: 195). Im einzelnen weichen seine Befunde von denen anderer Autoren deutlich ab. So konstatiert er für Großbritannien im Einklang mit Franklin *et al.* (1992) einen generellen Rückgang von Klassenunterschieden im Wahlverhalten. In den Einzelheiten gelangt er dagegen zu abweichenden Befunden. Während Franklin *et al.* (1992: 393) im Vergleich der 1960er und der 1970er Jahre einen Rückgang des Einflusses der Sozialstruktur in Großbritannien konstatieren, steigt es nach Nieuwbeertas Ergebnissen in den 1970er Jahren gegenüber den 1960er Jahren an, um dann in den 1980er Jahren wieder deutlich abzusinken (Nieuwbeerta 1995: 107). Umgekehrt stellt er für Westdeutschland einen Rückgang des *class voting* fest, während Westdeutschland bei Franklin *et al.* (1992: 394) vom generellen Trend des Rückgangs des Einflusses der *cleavages* (noch) nicht betroffen ist.

Manza *et al.* (1995: 147) interpretieren Nieuwbeertas Ergebnisse als Widerlegung der These eines allgemeinen Rückgangs des *class voting* interpretieren, Nieuwbeerta und de Graaf (1999: 47) betonen dagegen eher die Bedeutung der von ihnen festgestellten Rückgänge (ebenso Inglehart 1997: 256). Die Arbeit Nieuwbeertas hat denn auch trotz ihrer breiten Anlage nicht zu einer Klärung der Frage nach der Allgemeingültigkeit des Niedergangs des *class voting* beigetragen, sondern die Debatte erst richtig angeheizt. Dies wird durch die in den von Evans (1999b) und von Clark und Lipset (2001) herausgegebenen Sammelbänden versammelten Aufsätze deutlich (von denen hier bereits einige erwähnt wurden).

Die vor allem unter Soziologen geführte Diskussion nahm schließlich eine aufschlussreiche Wende, in der die meisten Beteiligten den Veränderungen der politischen Angebote der Parteien eine entscheidende Rolle zusprechen. So ist Houts an Heath *et al.* (1991) und Evans *et al.* (1999) anschließendes Fazit dieser Debatte:

Instead of speculating on the existence of ‘two lefts’ or trying to read the tea-leaves of the association model’s parameters, for example, we might go out and measure how parties make materialist, post-materialist, and immaterialist appeals to classes.

(Hout in Mair *et al.* 1999: 316)

Aus den in dem erwähnten Sammelband versammelten Ergebnissen wird allerdings von einzelnen Autoren recht unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen. Evans (1999a) sieht in ihnen eine Widerlegung der These eines allgemeinen Rückgangs des *class voting*. Lipset und Clark dagegen sehen trotz der Rolle, die sie den politischen Angeboten der Parteien zugestehen, einen universellen Prozess am Werke. Lipset erwartet als Ergebnis eines solchen Prozesses ein Ende des amerikanischen Exzeptionalismus (Lipset 2001). Allerdings besteht dieses Ende nicht etwa darin, dass sich die USA an Europa, sondern die Arbeiterparteien Europas an die amerikanischen *Democrats* angleichen. Mit dem Fehlen einer starken sozialistischen Bewegung sind die Vereinigten Staaten nicht etwa Nachzügler einer allgemeinen historischen Entwicklung, sondern deren frühe Vorläufer. Dass Klassenunterschiede in Europa überhaupt ein politisches Thema sind, sieht Lipset demgegenüber als nachfeudalistisches Erbe an.³ Clark (2001) dagegen sieht in dem programmatischen Wandel der Parteien ganz im Sinne Ingleharts (1997) ein Indiz des Heraufziehens der „*New Political Culture*“ (*sic!* Clark 2001: 278), in der „soziale“, d. h. gesellschaftspolitische Konfliktthemen, wie Frauenemanzipation, sexuelle Freiheit usw. ökonomische, klassenbezogene Konfliktthemen ablösen.

2.1.3 Religion – eine vernachlässigte Größe?

An der Kontroverse um den Rückgang des *class voting* bemängelt Mair mit Recht, dass sie mit der Religion einen wesentlichen sozialen Einflussfaktor auf das Wahlverhalten unberücksichtigt lässt (Mair *et al.* 1999). Seit den Arbeiten von Rose und Urwin (1969) sowie von Lijphart (1971a, 1979) hat das Interesse an der Rolle der Religion als Einflussfaktor auf die Wahlentscheidung abgenommen, weil sich der Eindruck verbreitet hat, dass mit der fortschreitenden Säkularisierung westeuropäischer Gesellschaften die politische Bedeutung der Religion insgesamt abgenommen hat (Broughton und ten Napel 2000: 3f; vgl. dagegen aber Pappi 1985, Schmitt 1997, Kotler-Berkowitz 2001). Diese Schlussfolgerung erscheint

³Abgesehen davon, dass eine solche geradezu geschichtphilosophische Interpretation mit Skepsis zu betrachten ist, verbindet sich mit ihr ein bemerkenswertes Paradox: Einerseits stellt Lipset die egalitäre Tradition der USA heraus, die die Standesunterschiede des nachfeudalen Europa nicht kennt, andererseits weist er auf die in den USA gegenüber Europa größere und sogar allgemein akzeptierte ökonomische Ungleichheit hin. Bemerkenswert ist hier übrigens auch, dass ausgerechnet die skandinavischen Länder sind, die im europäischen Vergleich die am stärksten egalitäre Kultur besitzen, die stärksten Klassenunterschiede im Wahlverhalten zeigen.

aber weniger zwingend, wenn man erwägt, dass eine Reihe von politischen Konfliktthemen wie Geburtenkontrolle, Abtreibung und Ehescheidung mit der Geltung konservativer religiösen Moralvorstellungen im Zusammenhang stehen, die auch dadurch an Brisanz gewonnen haben, dass die katholische Kirche unter Papst Johannes Paul II. zu diesen Themen eine deutlich konservativere Haltung angenommen hat (Dalton 1990). Tatsächlich ist es ein Fehlschluss, aus der Säkularisierung einen Bedeutungsverlust derartiger Themen und einen Rückgang des Einflusses der Religiosität auf das Wahlverhalten abzuleiten. Der Fehlschluss besteht darin, dass von einer Veränderung der Verteilung der unabhängigen Variablen (religiös *versus* nicht-religiös) auf die Veränderung ihres Einflusses auf eine abhängige Variable (Wahlverhalten) geschlossen wird. Säkularisierung muss nicht zur Folge haben, dass mit traditionell-religiösen Lebensstilen verbundene Konfliktthemen von der politischen Bühne verschwinden. Im Gegenteil kann die Säkularisierung dazu führen, dass ein vormaliges von religiösen Moralvorstellungen bestimmter politischer Konsens über die Regelung von Ehescheidung, Geburtenkontrolle und Abtreibung in Frage gestellt wird. Dann kann die Säkularisierung der Gesellschaft sogar zu einer Verstärkung des Einflusses der Religiosität auf das Wahlverhalten führen.

Der von Broughton und ten Napel herausgegebene Band „Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe“ (2000) versucht denn auch, die These der Säkularisierung europäischer Gesellschaften und des Rückgangs der Bedeutung der Religion für das Wahlverhalten zu überprüfen. Eine genauere Betrachtung der Beiträge dieses Bandes zeigt, wie unterschiedlich der Einfluss der Religion auf die Politik verstanden wird. Van Holsteyn und Irwin (2000) stellen etwa fest, dass in den Niederlanden sowohl der Stimmenanteil für die christlichen Parteien als auch der Anteil religiöser Wähler zurückgeht, insbesondere der Wähler, die die Religion für die geeignete Richtschnur der Politik ansehen. Sie setzen damit das Gewicht, das religiöse Anschauungen relativ zu nicht-religiösen Anschauungen in der Politik erhalten, gleich mit dem Einfluss der Religion auf das Wahlverhalten. In *diesem* Sinne ist auf jeden Fall mit einem Nachlassen des Einflusses der Religion auf die Politik zu rechnen, wenn die Kirchengangshäufigkeit und die Verbreitung religiöser Wertorientierungen in Europa weiterhin zurückgeht.

Der Einfluss der Religion auf das Wahlverhalten kann aber auch noch in einem anderen Sinne verstanden werden, und zwar – analog dem Einfluss der Klassenlage – als *Unterschiede* zwischen Angehörigen unterschiedlicher Konfessionen. Unterschiede zwischen konfessionellen Gruppierungen können zurückgehen, wenn immer weniger Menschen religiös sind und oder sich von ihrer Konfession leiten lassen, aber auch, wenn es keine konfessionellen Parteien mehr gibt.

Der Rückgang dieser Unterschiede kann einerseits darauf zurückzuführen sein, dass der Anteil derjenigen an der Bevölkerung sinkt, die religiös sind und für die daher ihre jeweilige konfessionelle Identität von Bedeutung ist. Andererseits können diese Unterschiede auch deshalb schwinden, weil es keine Konfessionsparteien mehr gibt, d. h. Parteien, die jeweils nur eine religiöse Konfession vertreten. Die Unterschiede zwischen den drei großen Konfessionen der Niederlande (*Hervormde*, *Gereformeerde* und Katholiken) in Bezug auf die Parteipräferenz der Wähler gehen zum Beispiel nicht zuletzt deshalb zurück, weil die drei wichtigsten konfessionellen Parteien (die ARP, die CHU und die KVP) sich (abgesehen von einigen radikalen Absplitterungen) zu einer großen überkonfessionellen Partei vereinigt haben (de Graaf *et al.* 2001).

Allerdings kann ein Unterschied zwischen konfessionellen Gruppierungen in der Parteipräferenz auch dann fortbestehen, wenn es, wie in Großbritannien, keine konfessionellen Parteien gibt oder gegeben hat. Die in Großbritannien beobachtbaren Unterschiede zwischen Katholiken und den Angehörigen der *Church of England* hinsichtlich der Unterstützung der Konservativen sind allerdings nicht nur daraus herzuleiten, dass die Konservativen in Großbritannien eine traditionell größere Nähe zur *Church of England* aufweisen als die anderen Parteien. Diese Unterschiede werden auch dadurch verursacht, dass die meisten Katholiken irische Einwanderer sind, die in die geringer qualifizierten Segmente des englischen Arbeitsmarkt eingetreten sind, die aber auch die „Conservative and Unionist Party“ aufgrund ihrer historischen Gegnerschaft zur *Irish Home Rule* ablehnen (Seawright 2000: 58). Der Zusammenhang zwischen Konfession und Wahlverhalten in Großbritannien ist demnach weniger auf religiöse als auf ethnische und Schichtungs-faktoren zurückzuführen.

Der dritte Sinn, in dem der Einfluss der Religion auf das Wahlverhalten verstanden werden kann, ist auf die Unterschiede zwischen den Parteipräferenzen religiöser Wählern und nicht-religiöser Wähler bezogen. Man kann dies genauer auch als Einfluss der *Religiosität* auf das Wahlverhalten bezeichnen. In diesem Sinne wird *religious voting* analog dem *class voting* als Ausdruck eines sozialen Unterschieds im Wahlverhalten verstanden. Während im Falle des *class voting* wenig Dissens darüber zu bestehen scheint, welche Aspekte des Wahlverhaltens von Klassenunterschieden betroffen sind, nämlich die Unterstützung von Arbeiterparteien im Vergleich zur Unterstützung von bürgerlichen Parteien, gibt es im Falle des *religious voting* zwei mögliche Aspekte des Wahlverhaltens, die hier relevant sein können. Einerseits kann man den Einfluss von Konfession oder Kirchenbindung auf die Entscheidung zwischen dem linken und dem rechten Parteienlager untersuchen (wie zum Beispiel in Franklin *et al.* 1992). Andererseits kann man den Einfluss auf die Entscheidung zuguns-

ten von christlichen bzw. konfessionellen Parteien untersuchen (z. B. Lijphart 1971b, Pappi 1985, de Graaf *et al.* 2001, Elff 2002). In diesem Sinn muss der Einfluss der Religion auf das Wahlverhalten nicht unbedingt abnehmen, wenn die westlichen Gesellschaften zunehmend säkularer werden. Stattdessen kann die Relevanz der Religion für die Politik sogar zunehmen, wie der Fall der skandinavischen christlichen Parteien zeigt. Sie wurden gerade in Reaktion auf die zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft gegründet und finden vor allem unter den (allerdings nur eine kleine Minderheit bildenden) engagierten Christen besonderen Zulauf (Madeley 2000).

Es ist kaum von der Hand zu weisen, dass eine fortschreitende Säkularisierung europäischer Gesellschaften dazu führt, dass das Gewicht religiös motivierten Wahlverhaltens und damit auch das Gewicht religiöser Ziele für die Regierungspolitik abnimmt. Ebenso wird dadurch der Anteil der Wähler geringer, für die der Gegensatz der eigenen Konfessionen zu anderen Konfessionen eine politische Rolle spielt. Allerdings bedeutet das nicht, dass der Gegensatz zwischen religiösen und nicht-religiösen Wählern schwindet, nur weil der Anteil der ersteren Gruppe an der Wählerschaft abnimmt. Deutlich ist aber, dass die Unterschiede zwischen religiösen und nicht-religiösen Wählern nicht in allen Ländern den gleichen Ausdruck im Wahlverhalten finden. Aus diesem Grunde richtet sich das Augenmerk auch hier auf die Seite der politischen Angebote (z. B. Montero und Calvo 2000). Anlass dafür ist, dass ausgerechnet in einem Land, das traditionell als besonders religiös gilt, kaum Unterschiede in den Parteipräferenzen religiöser und nicht-religiöser Wähler feststellbar sind. Dieser *prima facie* überraschende Befund ist nach Montero und Calvo (2000) vor allem darauf zurückzuführen, dass die Parteien die Herausstellung von religiösen Konfliktthemen absichtlich vermieden haben. Ihre Schlussfolgerung ist denn auch:

The evolution of the religious cleavage in Spain suggests that *political* variables have played, and still do play, a fundamental role.

(Montero und Calvo 2000: 120, Hervorhebung im Original)

2.1.4 Zusammenfassung

Die Befunde über die Entwicklung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht laufen darauf hinaus, dass sich von Land zu Land unterschiedliche Entwicklungen nicht von der Hand weisen lassen. Diese Generaldiagnose findet aber recht unterschiedliche Deutungen. Gemäß der ersten Deutung reflektieren die übernationalen Unterschiede im Ausmaß und der Entwicklung dieses Zusammenhangs unterschiedliche Phasen eines allgemeinen Entwicklungsprozesses, in dem die verschiedenen Länder nur unterschiedlich

weit vorangeschritten sind (Franklin *et al.* 1992). Gemäß der zweiten Deutung reflektieren die übernationalen Unterschiede die Effekte der nationalen Kontexte (Evans 1999a, Manza *et al.* 1995), die vor allem aber auf Entwicklungen auf der politischen Ebene zurückzuführen sind, während länderspezifische Merkmale der Sozialstruktur, etwa unterschiedliche Raten der sozialen Mobilität, nur eine sehr begrenzte Rolle zu spielen scheinen (de Graaf *et al.* 1995, Nieuwbeerta und Ultee 1999, Nieuwbeerta *et al.* 2000). Wenn der Rückgang des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht ein von Modernisierungsprozessen ausgelöster Übergang von einem Zustand mit starkem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht zu einem Zustand mit einem schwachen oder gar keinem Zusammenhang ist, dann müssten wirtschaftlich und sozial weit fortgeschrittene Länder den schwächsten Zusammenhang zeigen, während europäische Nachzügler der Modernisierung einen stärkeren Zusammenhang zeigen. Allerdings ist den meisten Befunden zufolge der Zusammenhang in jenen Ländern, die das in Europa höchste Inlandsprodukt pro Kopf aufweisen, den Ländern Skandinaviens, am stärksten (wenngleich er sich etwas abschwächt), während er in Ländern wie Irland, Frankreich und Italien schwächer ist und auch nur geringe Abschwächungstendenzen zeigt. Ebenso wenig steht offenbar auch die Intensität eines Unterschiedes zwischen religiösen und nicht-religiösen Wählern in einem solchem monoton fallenden Zusammenhang mit dem Modernisierungsgrad des betreffenden Landes. In den Niederlanden ist dieser Unterschied immer noch deutlich (Elff 2002), während er in Spanien kaum feststellbar ist (Montero und Calvo 2000). Nicht zuletzt auch angesichts der eingangs dieses Kapitels angestellten Überlegungen ist der zweiten Deutung der Vorzug zu geben. Hinter den länderspezifischen Entwicklungen des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten stehen politische Entwicklungen.

2.2 *Cleavages* und der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten

Ein Bild hielt uns gefangen. Und heraus konnten wir nicht, denn es lag in unsrer Sprache, und die schien es nur unerbittlich zu wiederholen.

(Wittgenstein 1984 [1952]: § 115, Hervorhebung im Original)

Im Verlauf der Diskussion um den Bedeutungsverlust der Sozialstruktur für das Wahlverhalten ist erst in jüngerer Zeit wieder der Rolle der Parteien und ihrer Angebote und Appelle an die Wähler Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wenn die Veränderungen des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zunächst auf Veränderungen

der Charakteristika der Wähler zugeschrieben wurden, dann ist das möglicherweise darauf zurückzuführen, dass der Zusammenhang mit gesellschaftlichen *cleavages* in Verbindung gebracht wurde. Die den *cleavages* zugeschriebene besondere Prägekraft für das Wahlverhalten kommt besonders deutlich in den Ausführungen von Franklin *et al.* (1992) zum Ausdruck:

A subsidiary objective of the present study is to provide means for determining at what level of variance explained a party system is 'locked down' by the social structural determinants of voting choice. . . . Perhaps social structure has long been irrelevant to party choice, and party systems endured unchanged until the 1970s as a consequence of nothing but inertia. Alternatively, the decline of cleavage politics might itself be one of the proximate causes of massive electoral change, serving to remove the straitjacket that previously inhibited such changes. (Franklin *et al.* 1992: 10)

Wie in den folgenden Ausführungen gezeigt wird, ist diese Vorstellung aber irreführend. Bislang ist es nicht gelungen, den Begriff „cleavage“ in einer Weise zu definieren, die nicht tautologisch ist und gleichzeitig plausibel macht, dass es sich bei *cleavages* um auf gesamtgesellschaftlicher Ebene angesiedelte Einflussfaktoren eigener Art handelt. Das Modell der Entwicklung europäischer Parteiensysteme, das Lipset und Rokkan (1967a) entwickelt haben, wird häufig als Begründung für die kausale Wirkung der *cleavages* angeführt. Eine genauere Analyse des Modells zeigt aber, dass sich aus ihm keine solche kausale Wirkung ableiten lässt.

2.2.1 *Cleavages*: Konzept oder Metapher?

Hält man sich vor Augen, dass „cleavage“ wörtlich „Spaltung“ oder „Kluft“ bedeutet, so lässt dies zwei grundsätzliche Deutungsmöglichkeiten zu: Entweder werden mit *cleavages* Gegensätze in politischen Konflikte bezeichnet, was die Übersetzung von „critical line of cleavage“ (Lipset und Rokkan 1967a: 14) ins Deutsche als „Konfliktlinie“ oder „Spannungslinie“ (Pappi 2000: 91) rechtfertigen würde. Oder es werden damit soziale Unterscheidungen bezeichnet, die die Bevölkerung in mehr oder weniger deutlich abgrenzbare Gruppierungen separieren. Eine entsprechende Übersetzung ins Deutsche wäre dann „soziale Spaltung“. Beide Möglichkeiten umfasst die Definition von Rae und Taylor (1970):

A cleavage is merely a division of a community – into religious groups, opinion groups, or voting groups, for example. Formally, we define “cleavage” as a family of sets of individuals. (Rae und Taylor 1970: 23)

Auf dieser Grundlage definieren sie eine Reihe weiterer abgeleiteter Größen, wie Kristallisation, Fragmentierung, Überlappung und Überschneidung, und geben auch Formeln für die

Berechnung dieser Größen an.

Ein klassisches Beispiel für die Verwendung von „cleavage“ im Sinne einer Trennlinie in einem politischen Konflikt findet sich bei Schattschneider (1964). Für ihn gibt es eine Vielzahl möglicher Trennlinien (Schattschneider 1964: 62). Welche davon in politische Konflikte transformiert werden ist dann das Ergebnis strategischer Entscheidungen. Sie sind eine Antwort auf die Frage, „which battle do we want most to win?“ (Schattschneider 1964: 67). Diese Trennlinien sind nicht etwa unveränderlich, sondern ihre Verlagerung entscheidet über Gewinner und Verlierer eines Konflikts (Schattschneider 1964: 63).

Bartolini und Mair (1990: 215) bemängeln an der formalen Konzeption Rae und Taylors (1970), dass „cleavage“ dadurch zu einem „Allerweltsbegriff“ („catch-all concept“) würde. Für viele Sozialwissenschaftler ist mit dem Ausdruck „cleavage“ mehr verbunden als nur die Existenz politischer Konflikte. Worin dieser „semantische Ballast“ („semantical baggage“) (Zuckerman 1975: 231) dieses Ausdrucks besteht, darüber gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen: So ist nach der Definition von Pappi „*cleavage* ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“ (1977: 195, Hervorhebung im Original). Ähnlich definiert Römmele: „*Cleavages* are long-term structural conflicts that give rise to opposing positions that competing political organizations represent“ (1999: 7). Bei Lane und Ersson findet man die Definition:

A cleavage is a division on the basis of some criteria of individuals, groups or organizations among whom conflict may arise. The concept of cleavage is thus not identical with the concept of conflict; cleavages may lead to conflict, but a cleavage need not always be attended by conflict. A division of individuals, groups or organizations constitutes a cleavage if there is some probability of conflict. (Lane und Ersson 1994: 53)

Franklin *et al.* erklären den Ausdruck wie folgt:

The term 'cleavage' simply refers to issues, policy differences or political identifications related to certain long-standing conflicts in a particular society. Certain authors tend to emphasize the attitudinal or ideological content of issues that are involved and are less concerned with their relation to social groups . . . Most students of political sociology and electoral behaviour, however, are strongly concerned with the other aspect. In their thinking, political cleavages are basically seen as reflecting broadly based and long-standing social and economic divisions within society, and the cleavage structure is thought of in terms of social groups and of the loyalties of members to their social groups. In this book we shall be using the term in this latter meaning, preferring to use the words 'issues', 'policy differences', or 'ideological concerns' when we want to talk about conflicts of the other sort. (Franklin *et al.* 1992: 4)

Bei Bartolini und Mair ist eine *cleavage* eine „dividing line in a polity“ (Bartolini und Mair 1990: 216), die soziale Unterscheidungen, Unterscheidungen nach Einstellungen und Wer-

torientierungen und Unterscheidungen im Verhalten und der Mitgliedschaft in Organisationen kombiniert (vgl. auch Knutsen und Scarbrough 1995: 494, Gallagher *et al.* 1997: 235 und Kriesi 1998: 167).

Oft wird „cleavage“ wie ein Oberbegriff für ideologische Meinungsunterschiede in der politischen Öffentlichkeit, Unterschiede in den Wertorientierungen und soziale Unterschiede in der Gesellschaft verwendet. Beispielsweise spricht Inglehart von den alten „cleavages“ einerseits, die aus materiellen Interessengegensätzen zwischen Arbeitern und Unternehmern hervorgehen und stellt ihnen die neuen „cleavages“ gegenüber, die infolge der Verbreitung von postmaterialistischen Wertorientierungen aufklaffen (Inglehart 1984). Diese einzelnen Unterbegriffe werden dann dadurch unterschieden, dass der Ausdruck „cleavage“ mit entsprechenden Adjektiven versehen wird. Flanagan etwa bezeichnet die mit unterschiedlichen Wertorientierungen in Verbindung stehenden *cleavages* explizit als „value cleavages“ (Inglehart und Flanagan 1987: 1304) Ebenso ist bei Knutsen die Rede (1989, 1988) von ideologischen oder strukturellen *cleavages*, je nachdem, ob der Einfluss sozialstruktureller Merkmale oder ideologischer Grundorientierungen auf das Wahlverhalten untersucht wird. Bei Dunleavy ist von *consumption cleavages* die Rede, wenn die Position von Wählerinnen und Wählern in Konsumtionssektoren für die Wahlentscheidung relevant wird (Dunleavy 1979) und von *sectoral cleavages*, wenn die Position in Produktionssektoren eine solche Relevanz gewinnt (Dunleavy 1980a,b). Eine solche Differenzierung zwischen *social cleavages* (z. B. Powell 1987, Janowitz und Segal 1967) als sozialstrukturellen Einflussfaktoren auf politische Konflikte und Wahlverhalten, und *political cleavages*, als Strukturen politischer Konflikte wird allerdings nicht immer konsequent durchgehalten: So definiert Powell: „*Political cleavage* means an objective demographic division, such as class, ethnicity, or religion, in which particular membership categories are strongly associated with a particular party“ (Powell 1976: 2, Hervorhebungen im Original). Andererseits heißt es bei Eckstein (1966) und in Anschluss daran bei Lijphart (1977): Eine segmentale *cleavage* „exists where political divisions follow very closely, and especially concern lines of objective social differentiation, especially those particularly salient in a society“ (Eckstein 1966: 34). Das Phänomen eines Zusammenhanges zwischen sozialen oder demographischen Merkmalen von Individuen und ihren politischen Verhalten wird hier also einmal als „political cleavage“ und dann wieder als „segmental cleavage“ bezeichnet. All diesen Verwendungsweisen ist lediglich gemein, dass eine *cleavage* gleichbedeutend mit dem Vorhandensein eines Zusammenhangs zwischen politischem Verhalten, insbesondere Wahlverhalten, und irgendwelchen anderen Variablen besteht, wie Wertorientierungen, Ideologien, oder sozialen und demographischen Merkmalen.

Wie aus dieser Auflistung von Definitionen deutlich wird, gehen die Auffassungen darüber auseinander, worin ein semantischer „Mehrwert“ des Ausdrucks „cleavage“ bestehen soll, der über die Existenz von politischen Trennlinien hinausgeht. Es gibt also keine verbindliche Definition von „cleavage“. Allerdings sind diese Definitionen nicht nur problematisch, wenn sie als Realdefinitionen das „Wesen“ einer Sache wiederzugeben beanspruchen,⁴ auch als Nominaldefinitionen, als Neueinführung eines Begriffs, wären sie mit Problemen behaftet.

Wenn zum Beispiel die Langfristigkeit der betreffenden Konflikte zum Definitionsmerkmal für „cleavage“ erhoben wird, dann stellt sich sofort die Frage, *wie lange* hier langfristig bedeutet: 10, 50, 100 oder 200 Jahre? Ein politischer Konflikt könnte sich dann allerdings auch immer erst im Nachhinein als *cleavage* herausstellen. Dann aber lassen sich mit seiner Hilfe kaum Prognosen oder Erklärungen formulieren. Auch nicht besser fährt man, wenn man hier Langfristigkeit als langfristige *Stabilität* versteht. Stabilität ist ein dispositionelles Merkmal und daher als Definitionskriterium untauglich: Dadurch, dass man einem Gegenstand ein dispositionelles Merkmal zuschreibt, formuliert man eine (bedingte) Prognose über den Gegenstand: Wenn zum Beispiel Zucker wasserlöslich ist, dann heißt das, dass sich ein Stück Zucker auflösen wird, wenn es in Wasser fallen gelassen wird. Entsprechend wäre ein stabiler Konflikt ein Konflikt, der eine gewisse Zeit andauern wird. Aber auch das lässt sich wiederum nur im Nachhinein feststellen.

Die gleichen Probleme treten auch auf, wenn man „cleavage“ als soziale Unterscheidung definiert, an der entlang Konflikte auftreten können oder sehr wahrscheinlich auftreten werden. Auch dies lässt sich nur im Nachhinein feststellen: eben dadurch, dass nach einer gewissen Zeit ein Konflikt entsteht oder Konflikte mit einer bestimmten Häufigkeit auftreten. Es wäre sicherlich wissenschaftlich viel gewonnen, wenn man derartige Prognosen theoretisch begründen könnte. Die Verwendung eines semantisch angereicherten Konzepts von „cleavage“ kann dies aber nicht leisten. Jegliche Prognosen, die aus der Existenz von *cleavage* abgeleitet würden, wären tautologisch. Will man gehaltvolle und begründete Prognosen liefern, dann muss man nach den Faktoren fragen, die die Stabilität von Konflikten oder die Wahrscheinlichkeit ihres Ausbrechens bedingen.

Es ist eine plausible Hypothese, dass Unterschiede in den Einstellungen und Wertorientierungen zwischen sozialen Kategorien das Ausbrechen von Konflikten zwischen diesen Kategorien begünstigen. Ebenso plausibel ist die Hypothese, dass die verbreitete Mitgliedschaft in Organisationen, die miteinander in Konflikt stehen, zu einem Andauern dieses Konfliktes beiträgt. Es ist aber fraglich, was dadurch zu gewinnen ist, wenn man die Gültig-

⁴Aus den Ausführungen von Bartolini und Mair (1990: 213ff) kann der Eindruck gewonnen werden, dass genau dies ihr Ziel ist.

keit dieser Hypothesen zum Definitionskriterium eines Begriffs macht. Eine Hypothese wie zum Beispiel „Je größer die Übereinstimmung von Unterschieden in der sozialen Lage und Unterschieden in Einstellungen und Wertorientierungen, desto wahrscheinlicher ist die Entstehung von konfliktführenden Organisationen“ wäre im Sinne von Bartolini und Mair übersetzbar in: „Die Stärke einer *cleavage* steigt mit der Übereinstimmung von Unterschieden in der sozialen Lage, einerseits, mit Unterschieden in Einstellungen und Wertorientierungen, andererseits“. Vergleicht man die beiden Formulierungen der Hypothese miteinander, dann wird deutlich, dass die Formulierung, die den Ausdruck „*cleavage*“ verwendet, weder klarer noch einfacher ist als die Formulierung, die auf den Ausdruck verzichtet. Wenn dagegen Bartolini und Mair konstatieren „social distinctions become cleavages when they are organised as such“ (1990: 216), dann stellen sie keine interessante empirisch überprüfbare Hypothese auf, sondern formulieren, wenn man ihre Definition von „*cleavage*“ zu Grunde legt, eine Tautologie.

2.2.2 *Cleavages* und das Entstehen und „Einfrieren“ europäischer Parteiensysteme

Lipset und Rokkans Einleitung (Lipset und Rokkan 1967a) zu dem ihnen herausgegebenen Band „Party Systems and Voter Alignments“ (Lipset und Rokkan 1967b) hat in der politischen Soziologie verbreitete Beachtung, ja den Status eines *locus classicus* erlangt. Fast jegliche Literatur, die sich entweder zustimmend oder ablehnend auf Lipset und Rokkan bezieht, schreibt den *cleavages* in ihrem Modell der Entwicklung europäischer Parteiensysteme eine zentrale Rolle zu. *Cleavages* bilden in dieser Sicht einen kausalen Faktor, der zumindest in der Vergangenheit Wahlverhalten und Parteiensysteme oder beides strukturiert hat, und dessen Bedeutung in der Gegenwart zur Diskussion steht. Problematisch daran ist aber, dass Lipset und Rokkan weder eine Definition von „*cleavage*“ geben, noch allgemeine Aussagen machen, welche Wirkungen *cleavages* haben (Lybeck 1985: 107).

Lipset und Rokkan (1967a: 14) zählen lediglich vier Gegensätze als *critical lines of cleavage* auf: Zentrum–Peripherie, Kirche–Staat, Stadt–Land und Arbeiter–Eigentümer, die sie mit dem AGIL-Schema von Talcott Parsons in Verbindung bringen. Anschließend beschreiben sie, wie diese Gegensätze im Laufe der Entwicklung der europäischen Nationen aufklaffen und sich schließlich in den Parteiensystemen manifestieren. Der Bezug auf dieses Begriffsschema legt es nahe, dass sie jene Gegensätze als soziologische Tatsachen, wenn nicht gar als soziologische Univeralien ansehen. Allerdings machen Lipset und Rokkan deutlich, dass sie die Gegensätze nicht aus dem AGIL-Schema abzuleiten versuchen, sondern das Schema

nur als ordnenden Bezugsrahmen für die Beschreibung der Konflikte nutzen (Lipset und Rokkan 1967a: 25).

Neben der Verwendung des Konzepts oder besser der Metapher der *cleavage* hat die Diagnose des „Einfrierens“ von Parteiensystemen am meisten Resonanz in der nachfolgenden Literatur gefunden. Die Parteiensysteme der sechziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts, so die These, reflektieren weitgehend die Spaltungsstrukturen der zwanziger Jahre:

[T]he party systems of the 1960's reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's. ... [T]he party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates.

(Lipset und Rokkan 1967a: 50, Hervorhebung im Original)

Freilich ist diese vielzitierte Feststellung *nicht* die Hauptthese des Artikels von Lipset und Rokkan, sondern eher eine Begründung dafür, warum ihre historische Analyse mit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts abbricht (Lipset und Rokkan 1967a: 50). Damit verbinden sie sogleich die Frage nach den Ursachen dieser Stabilität, auf die es keine einfache Antwort gibt. Eine tentative Antwort besteht darin, dass die Parteien, die zum Zeitpunkt der vollständigen Ausweitung des Wahlrechts existierten und Massenorganisationen aufgebaut hatten, diese neuen Wählerschaften an sich binden konnten. Parteien, die nach dieser Ausweitung entstanden, waren dagegen mit einer Wählerschaft konfrontiert, die bereits mehr oder weniger vollständig durch diese älteren Parteien mobilisiert war (Lipset und Rokkan 1967a: 51). Das Einfrieren der Parteialternativen und -organisationen garantiert aber nicht die Stabilität der Parteiensysteme, sondern stellt sich als Hypothek heraus, wenn sich die sozialen Rahmenbedingungen der Parteienkonkurrenz verändern. Das Einfrieren macht lediglich die Entstehung neuer Parteialternativen unwahrscheinlich:

Decades of structural change and economic growth have made the old, established alternatives increasingly irrelevant, but the high level of organizational mobilization of most sectors of the community has left very little leeway for a decisive breakthrough of new party alternatives. It is not an accident that situations of this type generate a great deal of frustration, alienation, and protestation within the organizationally least committed sections of the community, the *young* and, quite particularly, the *students*.

(Lipset und Rokkan 1967a: 54)

Eine Konsequenz davon ist aber, dass sich das Wahlverhalten *ändern* kann:

The welfare state, the spread of „car and TV“ culture, the educational explosion – all these developments have placed the governing authorities under increasing strains and made it very difficult for the old working-class parties to retain the loyalties of the younger generation.

(Lipset und Rokkan 1967a: 55)

Man muss wohl Lipset und Rokkans „Introduction“ als systematisierte Entwicklungsgeschichte (west)europäischer Parteiensysteme verstehen und nicht als Begründung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht, geschweige denn als Prognose seines Andauerns (vgl. auch Mair 1999). Es lässt sich aus ihr auch keine Prognose über die Stabilität der Parteiensysteme oder über anhaltende Zusammenhänge zwischen bestimmten sozialstrukturellen Variablen und dem Wahlverhalten ableiten. Wenn man dies aber in dem Sinne bemängelt, dass die „Hypothese“ von Lipset und Rokkan nicht überprüfbar ist (Lybeck 1985), dann tut man ihnen unrecht. Es ging ihnen nicht so sehr um die Begründung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten, als um eine historisch-genetische Erklärung bestehender Parteiensysteme und Strukturen des Wahlverhaltens. Sie machen die Unterschiede zwischen den Parteiensystemen Skandinaviens, der Niederlande, Großbritanniens, Deutschlands, Belgiens und des katholischen Europa aus den besonderen historischen Rahmenbedingungen dieser Nationen deutlich, etwa dass die Liberalen Großbritanniens sich eher aus städtischen Gruppierungen rekrutierten und die Liberalen Dänemarks aus einer ländlichen Protestbewegung entstanden sind.

2.2.3 Zusammenfassung

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen deutlich wird, gibt es keine einheitliche Verwendungsweise für den Ausdruck „cleavage“, die es rechtfertigt, von „cleavage“ als Konzept zu sprechen. Damit verliert auch eine Interpretation der „Introduction“ von Lipset und Rokkan (1967a) ihre Grundlage, wonach sie Vorhersagen über einen andauernden Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten impliziert. Zusammenfassend kann man folgende Verwendungsweisen von „cleavage“ unterscheiden:

1. als metaphorischen Ausdruck für Konflikte oder soziale Unterscheidungen
2. als Ausdruck für stabile Konflikte und stabile politische Differenzen
3. als Ausdruck für soziale Unterschiede mit Konfliktpotenzial
4. als Ausdruck für eine Kombination aus sozialen Unterschieden, Wertunterschieden oder unterschiedlichen kollektiven Identitäten und Unterschieden im politischen Verhalten und in Mitgliedschaft von Organisationen
5. als Ausdruck für Zusammenhänge zwischen sozialen und demographischen Merkmalen und politischen Verhaltensweisen einschließlich des Wahlverhaltens.

Wie dargelegt worden ist, ist die Verwendung von „cleavage“ zweiten, dritten und vierten aufgelisteten Sinn schon aus forschungslogischen Gründen problematisch. Im vierten und

fünften Sinn können Lipset und Rokkan dagegen den Ausdruck „cleavage“ nicht verwendet haben, da sie sich ja zu großen Teilen auch mit der Entwicklung der Konfliktkonstellationen und Parteiensysteme vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts befassen. Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht konnten sich da kaum zeigen. Und selbst wenn sie „cleavage“ in diesem Sinne verwendet haben, dann haben sie damit lediglich Aussagen über einen Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht formuliert, der bis 1920 bestand, dem Zeitpunkt, an dem ihre Analyse abbricht. Aus einer Beschreibung der Vergangenheit folgt freilich noch keine Prognose für die Gegenwart, es sei denn, man reichert den Ausdruck „cleavage“ nachträglich semantisch an. Wie aber bereits gezeigt worden ist, hat das problematische Folgen.

Was übrig bleibt, ist die schon zu Beginn dieses Unterabschnitts angedeutete Verwendung von „cleavage“ als Umschreibung eines politischen Gegensatzes zwischen Interessen- und Machtgruppen. Bezüglich einer solchen Verwendungsweise von „cleavage“ haben Knutsen und Scarbrough (1995: 494) beklagt, der Ausdruck dann seine „analytical power“ verliert. Der analytische Nutzen eines Konzepts in einer Erfahrungswissenschaft kann aber nur darin liegen, dass mit seiner Hilfe *logisch eindeutige* und *empirisch überprüfbare* Aussagen formulieren lassen. Die Diskussion der semantisch angereicherten Versionen eines Konzeptes von *cleavages* zeigt aber, dass es kaum möglich ist, mit ihrer Hilfe Prognosen oder Erklärungen zu liefern, die nicht tautologisch sind. Die Hypothesen über *cleavages*, die Franklin *et al.* (1992), Maguire (1983) und andere widerlegt haben wollen, folgen dagegen in keiner Weise aus „dem“ Konzept der *cleavages*. In diesem und *nur diesem* Sinne haben Lane und Ersson (1997: 190) recht, wenn sie fordern, das „Konzept“ der *cleavages* aufzugeben.

Als der Ausdruck „cleavage“ in die politikwissenschaftliche Diskussion eingeführt wurde, handelte es sich offenbar nur um eine Metapher, die knapp beschreiben sollte, dass eine Gesellschaft oder ein politisches Gemeinwesen in einer noch näher zu bezeichnenden Weise unterteilt ist. Dies wird aus der Verschiedenheit der Verwendungsweisen von „cleavage“ deutlich. Aber offensichtlich wird das Bild einer Spaltung der Gesellschaft oder des Gemeinwesens („Spaltung“ oder „Kluft“ ist die wörtliche Übersetzung von „cleavage“ ins Deutsche) mit einer Reihe von Vorstellungen begleitet, die dazu verleiten, dem so bezeichneten eine kausale Rolle zuzuschreiben. Insofern trifft Wittgensteins (1984 [1952]) auf die Theorie der Wortbedeutung bezogenes Dictum *mutatis mutandis* auch auf die Diskussion über den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zu: Sie wird von einem sprachlichen Bild gefangen gehalten.

2.3 Die Bedeutung politischer Angebote für die Wahlentscheidung

Die Vorstellung, dass die politischen Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten eine Rolle spielen, ist keineswegs neu, auch wenn diese Vorstellung in der Diskussion um die Veränderungen dieses Zusammenhangs erst in den letzten Jahren wieder verstärkt Aufmerksamkeit erhalten hat. Während zum Beispiel Franklin *et al.* (1992: 10) den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten mit Gruppenloyalitäten in Verbindung bringen, die die Entscheidungsfreiheit der Wähler einschränken, ist bereits bei Lipset (1981) nicht nur das durch die soziale Lage geprägte Eigeninteresse der Wähler, sondern sind auch die politischen Angebote der Parteien ausschlaggebend für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten. Sozial und ökonomisch Benachteiligte Wähler bevorzugen linke Parteien, weil diese für einen gesellschaftlichen Wandel zu mehr Gleichheit eintreten, von dem die benachteiligten Gruppierungen mehr zu gewinnen und die privilegierten Gruppierungen mehr zu verlieren haben (Lipset 1981: 239). Gleichwohl wird die Forderung, nicht nur die Nachfrageseite, sondern auch die Angebotsseite des politischen Marktes zu analysieren, meist mit Sartoris Aufsatz „From the Sociology of Politics to Political Sociology“ (1969a) in Verbindung gebracht.

Sartoris Aufsatz läuft recht deutlich darauf hinaus, dass der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten nicht im Sinne einer direkten Kausalrelation zu verstehen ist, sondern durch politische Faktoren, vor allem durch die Strategien der Parteien, bedingt wird. In seiner Kritik an der Vorstellung, „linke“ Parteien repräsentierten die Arbeiterklasse, hebt Sartori (1969a: 71) die Unterscheidung zwischen dem *Appell* dieser Parteien an die Arbeiterklasse (*class appeal*) und der *Unterstützung* dieser Parteien durch die Arbeiterklasse (*class support*) und der *Repräsentation* der Arbeiterklasse und ihrer Interessen hervor. Er macht dabei auf die Möglichkeit aufmerksam, dass Parteien durch Angebote und Appelle an die Arbeiterklasse ihre Unterstützung erreichen, ohne ihre Interessen tatsächlich verwirklichen zu wollen, also auf die Möglichkeit, dass linke Parteien ihre Angebote und Appelle *in der Absicht der Irreführung* an die Wähler der Arbeiterklasse richten. Damit hebt Sartori allerdings auf die normative Dimension des Begriffs der Repräsentation ab. Aussagen über die Repräsentation in einem solchen Sinn beeinhalteten Stellungnahmen hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit der politischen Angebote der Parteien und darüber, ob es für Wähler der Arbeiterklasse *ratsam* ist, den politischen Angeboten vertrauen zu schenken. Eine solche normative Betrachtungsweise verlässt aber den Rahmen der Beschreibung

und Erklärung des Wahlverhaltens. Sartori formuliert seine Kritik in der Auseinandersetzung mit Lipsets „Political Man“, aber sie ist nicht treffend, denn Lipset unterscheidet sehr wohl zwischen *class appeal* und *class support*. Allerdings erklärt er letztere mit bestimmten allgemeinen Annahmen über die politischen Angebote linker und rechter Parteien und über die Interessenlage sozial benachteiligter Wählergruppen und vernachlässigt die Variabilität der politischen Angebote. Während in Sartoris normativer Verwendungsweise von Interessenrepräsentation die Annahme der Existenz „objektiver“ Interessen versteckt ist, von deren Realisierung Parteien abweichen können, argumentiert Lipset empirisch: Was die Wähler durch ihre Präferenz für bestimmte politische Parteien als materielles Interesse äußern, ist ihr Interesse.

Allerdings macht Sartori zurecht darauf aufmerksam, dass die Unterstützung linker Parteien durch die Arbeiterklasse nie vollkommen war. Der Frage, warum linke Parteien in der Arbeiterklasse Unterstützung finden, stellt er die Frage gegenüber, warum eine nicht geringe Zahl von Mitgliedern der Arbeiterklasse andere Parteien bevorzugt (Sartori 1969a: 75ff). Aufschlussreich hierfür kann die Untersuchung der Angebote der Parteien sein, die gemeinhin nicht der Linken zugerechnet werden, aber auch eine genauere Untersuchung der Angebote der linken Parteien selbst: Welche politischen Angebote linker Parteien können sogar Wähler der Arbeiterklasse davon abhalten, linke Parteien zu wählen und mit welchen Angeboten können rechte Parteien Wähler der Arbeiterklasse von den linken Parteien abwerben?

Genau dieser Frage widmet sich Przeworski (1985, vgl. auch Przeworski und Sprague 1986), um das Ausbleiben immer größerer Wahlerfolge zu erklären, die die sozialistischen Parteien als Folge der Vergrößerung des Umfangs der Arbeiterklasse seit Anfang des 20. Jahrhunderts erwarteten. Nach Przeworski haben linke, auf die Arbeiterklasse gestützte Parteien zwei Optionen, um Wählerstimmen zu gewinnen: Entweder sie fahren eine auf die Arbeiterklasse konzentrierte oder eine klassenübergreifende Strategie der Stimmenmobilisierung. Da die Arbeiterklasse kaum jemals die Mehrheit der Wählerschaft gestellt hat, waren sozialistische Parteien stets auch auf klassenübergreifende Mobilisierungsstrategien angewiesen. Nach Przeworski stecken sozialistische Parteien in einem *electoral dilemma*, da sie nicht außerhalb der Arbeiterklasse Stimmen gewinnen können, ohne zugleich innerhalb der Arbeiterklasse an Unterstützung zu verlieren (Przeworski 1985: 99ff; Przeworski und Sprague 1986: 57ff). In seinen empirischen Untersuchungen zum *electoral dilemma* misst Przeworski die Angebote und Appelle der sozialistischen Parteien an verschiedene soziale Gruppierungen anhand der Unterstützung, die diese Parteien in diesen sozialen Gruppierungen erhalten (Przeworski 1985: 118ff; Przeworski und Sprague 1986: 101ff). Damit

unterscheidet er nicht, wie Sartori, zwischen *class appeal* und *class support*. Insofern muss festgestellt werden, dass Przeworski entgegen dem eigenen Anspruch die Rolle der politischen Angebote nicht adäquat berücksichtigt.⁵ Dennoch markieren Przeworskis Analysen aber einen wichtigen Perspektivwechsel in der Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht: Sozialstrukturelle Merkmale der Wähler werden nicht nur als Einflussfaktor auf ihre Wahlentscheidung angesehen, sondern der unterschiedliche Erfolg, den insbesondere linke Parteien in den verschiedenen Klassen haben, wird selbst Gegenstand der Analyse. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Um ihn jedoch konsequent zu Ende zu gehen, ist es nötig, die politischen Angebote der Parteien explizit in die Analyse einzubeziehen.

Erste Versuche, die politischen Angebote der Parteien in die Analyse des *class voting* und des religiösen Wählens mitaufzunehmen, finden sich in den Arbeiten von Nieuwbeerta (1995), Nieuwbeerta und Ultee (1999), Evans *et al.* (1999) und Elff (2002). Nieuwbeerta untersucht den Einfluss der Salienz von klassenbezogenen Konfliktthemen auf die Unterschiede zwischen der manuellen und der nicht-manuellen Klasse hinsichtlich der Präferenz für linke Parteien. Dabei kann er keinen deutlichen Einfluss der Salienz von Klassen-issues auf das *class voting* feststellen. Allerdings ist die Validität dieses Ergebnisses aus zwei Gründen zweifelhaft. Einerseits legt Nieuwbeerta bei dieser Analyse die von ihm selbst kritisierte manuell/nicht-manuelle Dichotomie als Operationalisierung der Klassenlage zu Grunde, andererseits verwendet er als Maß der Salienz von Klassen-issues die von Lane und Ersson (1994: 291) zusammengestellten *issue occurrence scores* für die Zeiträume 1945-1964 und 1965-1989. Lane und Ersson stellen die Realibilität und Validität ihrer *scores* selbst in Frage (Lane und Ersson 1994: 290) und geben keine Quellen über die Herkunft ihrer *scores* oder die Art und Weise ihrer Konstruktion an. Offenbar handelt es sich dabei um selbst erstellte *expert judgements*. Ohne ausreichende Begründung steht daher in Frage, ob diese *scores* als Maße für die politischen Angebote der Parteien überhaupt verwendbar sind.

Evans *et al.* (1999) verwenden als Maß für die politischen Angebote Daten des *Comparative Manifesto Project* (Budge *et al.* 2001) und damit etwas „objektivere“ Daten als Nieuwbeerta. Aus diesen Daten konstruieren sie Maße für die Links-Rechts-Position der *Labour Party* und ein Polarisierungsmaß. Weiterhin ist die Wahlentscheidung in ihrer Untersuchung nicht auf eine Dichotomie reduziert. In ihren Analysen untersuchen Evans *et al.* (1999) den Einfluss der Links-Rechts-Position der *Labour Party* und der ideologischen Polarisierung der Parteien auf den Assoziationsparameter ihres log-multiplikativen Modells des Wahlverhal-

⁵Im übrigen finden Przeworskis Annahmen über den *electoral trade-off* keine empirische Bestätigung (Sainsbury 1990).

tens. Dabei zeigt sich, dass Veränderungen der Ideologie der *Labour Party* Veränderungen im *class voting* recht gut vorhersagen können.

In Elff (2002) dagegen werden Indizes der programmatischen Polarisierung der Parteien entlang verschiedener politischer Dimensionen verwendet und der Einfluss der programmatischen Polarisierung auf das Ausmaß modelliert, in dem sich Angehörige verschiedener Klassen eines Drei-Klassen-Schemas in der Unterstützung für linke Parteien unterscheiden. In gleicher Weise wird auch der Zusammenhang zwischen Kirchengangshäufigkeit und der Wahlabsicht untersucht. Mit einer Ausnahme kann dieses Modell die Entwicklung des *class voting* in allen untersuchten Ländern fast perfekt vorhersagen. Abgesehen von Frankreich, Italien und Westdeutschland gelingt auch die Vorhersage des religiösen Wählens recht gut. Allerdings ist zu bezweifeln, dass diese Ergebnisse generalisierbar sind. So ergaben sich bei der Schätzung der Parameter seines Modells zum Teil unplausible und von Land zu Land stark schwankende Werte, die darauf hinweisen, dass die unabhängigen Variablen in dem Modell annähernd oder vollständig kollinear sind (Elff 2002: 308).

Abgesehen von diesen eher technischen Einwänden steht die Gültigkeit der Ergebnisse in Elff (2002) aus prinzipielleren Gründen in Frage. In den Analysen von Nieuwbeerta (1995) und Elff (2002) werden die politischen Angebote in von den einzelnen Parteien abgetrennte Rahmenbedingungen behandelt und nicht als Attribute der Parteien selbst, die von den Wählern verglichen werden, um sich für die Partei zu entscheiden, die das relativ beste Angebot macht.

2.4 Zusammenfassung

Im vorliegenden Kapitel wurde ein Überblick über den Forschungsstand zum Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht gegeben. Die Übersicht hat sich im Wesentlichen auf vergleichende Arbeiten beschränkt. Allein Arbeiten über die Entwicklungen in Großbritannien, dem Land, in dem sich die Diskussion um Konstanz und Wandel des *class voting* entzündet hat, haben hier mehr Aufmerksamkeit erhalten. Auffällig ist, dass in dieser Diskussion einerseits die Autoren bezüglich der Entwicklung des *class voting* in den selben Ländern zu unterschiedlichen Befunden gelangen und andererseits dieselben Ergebnisse unterschiedlich interpretiert werden. Trotz alledem lassen sich diese Befunde folgendermaßen zusammenfassen:

1. Der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten ist nicht verschwunden, die soziale Lage der Wähler ist immer noch dafür bedeutsam, welche Parteien sie

präferieren.

2. Neben der Klassenlage ist die Religiosität ein weiterer wichtiger Einflussfaktor auf Parteipräferenzen.
3. Es bestehen deutliche Unterschiede von Land zu Land in der Stärke des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten.
4. Es bestehen deutliche Unterschiede von Land zu Land in der Entwicklung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten.

Zwei unterschiedliche Deutungen dieses Generalbefundes wurden in der Forschungsliteratur vertreten:

1. Die Variationen in der Stärke und der Veränderungsdynamik des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz reflektieren nur, wie unterschiedlich weit die einzelnen Länder in einem allgemeinen Niedergang der sozialen *cleavages* fortgeschritten sind.
2. Die Variationen in der Stärke und der Veränderungsdynamik des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz reflektieren nationale Eigenheiten der Sozialstruktur oder des politischen Wettbewerbs.

Bei genauerer Betrachtung dieser Variationen zeigte sich, dass die zweite der beiden Deutungen plausibler ist.

Wenn der Rückgang des Einflusses der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten konstatiert wird, dann ist des öfteren als Niedergang der sozialen *cleavages* die Rede. Diese Redeweise erweckt den Eindruck, dass sich in diesen Einfluss die Wirkung eines Phänomens manifestiert, das auf der Ebene der Gesamtgesellschaft angesiedelt ist und das von dieser Makro-Ebene aus das Wahlverhalten beeinflusst. Wie eine Diskussion der Verwendungsweisen und Definitionsversuche des Ausdrucks „cleavage“ zeigt, besteht in der Literatur weder Klarheit noch Konsens, was für ein Phänomen dies eigentlich ist. Einerseits sind die in der Literatur zu findenden Definitionen von „cleavage“ sehr unterschiedlich. Einerseits wird darunter ein rein sozialstrukturelles Phänomen verstanden, andererseits ein (zumindest partiell) politisches. Bei genauerer Betrachtung der Definitionsversuche zeigt sich, dass kaum einer von ihnen brauchbar ist. Die Versuche *cleavages* als sozialstrukturelles Phänomen zu definieren sind tautologisch. Die Versuche, *cleavages* als politisches Phänomen zu definieren, das mehr ist als das Bestehen von politischen oder ideologischen Gegensätzen, laufen darauf hinaus, unter den Begriff Phänomene zusammenzufassen, die in einem empirischen Zusammenhang stehen, der keineswegs zwangsläufig ist. Die Verwendung eines solchen zusammengesetzten Begriffs hat aber den Nachteil, dass sie die Existenz eines komplexen, analytisch

schwer zu fassenden Phänomens suggeriert und dabei außer Acht lässt, dass die hinter diesem Phänomen stehenden Zusammenhänge einer empirischen Untersuchung würdig sind. Wenn von Lane und Ersson (1997) gefordert wird, den Begriff „cleavage“ aufzugeben, so ist dem zuzustimmen, aber aus anderen Gründen als die Autoren andeuten. Das ein Phänomen aufgehört hat zu existieren, ist noch kein Grund den es bezeichnenden Begriff aufzugeben. Der Begriff behält ja seinen Wert gerade dadurch, dass man mit seiner Hilfe das Verschwinden dieses Phänomens feststellen kann. Aber wenn der Begriff gar kein solches Phänomen bezeichnet oder bezeichnen kann, dann sollte man ihn in der Tat aufgeben.

Ein wesentlicher Aspekt politischer Parteien sind die von ihnen an die Wähler gerichteten Angebote und Appelle. Dass die politischen Angebote und Appelle der Parteien für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz relevant sein können, ist jedoch keine neue Idee, wie die in diesem Kapitel diskutierte Literatur zeigt. Allerdings sind die bisherigen Versuche, den Einfluss von politischen Angeboten und Appellen auf diesen Zusammenhang zu ermitteln, nicht zufriedenstellend. In den Untersuchungen von Przeworski (1985) und Przeworski und Sprague (1986) wurde dieser Einfluss eigentlich nicht selbst untersucht, da keine Daten über die politischen Angebote und Appelle der Parteien in die Analysen einbezogen wurden. In späteren Arbeiten wurden diese Angebote und Appelle zwar in den Analysen berücksichtigt, jedoch wurde dieser Einfluss nicht richtig konzipiert und modelliert. Besser ist es, die politischen Angebote nicht als von den Parteien abtrennbare Kontextvariable zu betrachten, sondern als das Bindeglied zwischen den sozialen Merkmalen der Wähler, einerseits, und ihren daraus erwachsenden Interessen und Wertorientierungen und ihren Präferenzen für politische Parteien, andererseits. Dies steht auch im Einklang mit Lipsets (1981) und Sartoris (1969a) ursprünglichen Auffassungen über die Bedeutung politischer Strategien für diesen Zusammenhang. Unterschiedliche soziale Gruppierungen reagieren in unterschiedlicher Weise auf die politischen Angebote und Appelle, die von den Parteien in unterschiedliche Weise an die Wähler gerichtet werden. Die politischen Angebote und Appelle der Parteien sind gleichsam das Band, mit dem der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten geknüpft wird.

Kapitel 3

Parteifamilien, Parteienkonkurrenz und das Problem der uninformierten Wähler

In repräsentativen Demokratien sind diejenigen, die nach politischen Ämtern streben, darauf angewiesen, die Unterstützung derjenigen zu gewinnen, die die politischen Positionen zu vergeben haben, indem sie ankündigen, welche Ziele sie in diesen Positionen zu verwirklichen und welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigen. In letzter Instanz ist es die Wahlbevölkerung, die diese Positionen vergibt. Parteien oder die von ihnen aufgestellten Kandidaten sind daher darauf angewiesen, einerseits sich der Wahlbevölkerung bekannt zu machen und andererseits die angestrebten Ziele und Maßnahmen mehr oder weniger deutlich darzustellen und möglichst auch in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen. Eine Möglichkeit, diese Ankündigungen zu kommunizieren, sind öffentliche Ansprachen, Presseerklärungen und Fernsehinterviews, eine andere Möglichkeit ist die Veröffentlichung von Wahlprogrammen (Budge *et al.* 2001).

Im vorangegangenen Kapitel wurde dafür argumentiert, dass den politischen Angeboten und Appellen, die die Parteien und Kandidaten an die Wähler richten, mitverantwortlich sind für die in den Demokratien Europas festgestellten Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten, ja sogar, dass die unterschiedlichen Angebote der Parteien und die unterschiedlichen Reaktionen von Wählern der verschiedenen sozialen Gruppierungen diesen Zusammenhang erst herstellen. Damit werden aber zugleich einige Fragen aufgeworfen, die das vorliegende Kapitel beantworten soll.

Die erste Frage ist die, warum der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht so stabil ist und sich nur langsam ändert, wenn doch die Parteien ihre Angebote und Appelle von Wahl zu Wahl aufs Neue formulieren können. Damit verbunden ist auch die Frage, warum man einen Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten feststellen kann, der in mehreren Ländern die gleiche Richtung hat, wenn man die Wahlentscheidungen zu Entscheidungen zwischen Parteifamilien zusammenfasst. Wenn die politischen Angebote und Appelle – und die Wählerreaktionen auf diese – für den Zusammenhang eine

so große Rolle spielen, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, dass die Parteifamilien sich hinsichtlich ihrer Angebote und Appelle an die Wähler in spezifischer Weise voneinander unterscheiden und dass diese Unterschiede ausreichend stabil sind. Diese Annahmen plausibel zu machen, ist Aufgabe des ersten Abschnitts dieses Kapitels. Dabei gilt es zu begründen, warum die politischen Angebote und Appelle der Parteien durch Ideologien strukturiert sind, die die politische Beweglichkeit der Parteien einschränken und den zentripetalen Tendenzen der Parteikonkurrenz (Kirchheimer 1965, Hotelling 1929, Black 1958, Downs 1957, Calvert 1985) entgegenwirken, und warum die Anzahl möglicher Ideologien begrenzt ist.

Der zweite Fragenkomplex wird durch den Befund aufgeworfen, nach welchen die meisten Wähler sich wenig für Politik interessieren, über politische Ereignisse und Sachverhalte nur wenig Information besitzen (Campbell *et al.* 1960: Kap. 8, Neuman 1986) und daher kaum in der Lage sind, konsistente und stabile Einstellungen zu politischen Streitfragen einzunehmen (Converse 1964, 1970, Zaller und Feldman 1992). Nur die wenigsten besitzen ein ausreichendes Niveau an ideologischer Konzeptualisierung, um die Implikationen von Ideologien für die Vielzahl von Politikfeldern und die Konsequenzen für die eigene Situation zu erfassen (Campbell *et al.* 1960: Kap. 9 u. 10, Campbell *et al.* 1960, Converse 1964). Dann aber ist fraglich, wie die Ideologien und politische Angebote der Parteien für die Wähler eine Anleitung für ihre Wahlentscheidung sein können. Mit diesem Fragenkomplex befasst sich der zweite Abschnitt.

3.1 Parteifamilien, Ideologien und die Konkurrenz zwischen Parteien

Die Geschichte der politischen Ideen kennt eine Reihe von ideologischen Strömungen: Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Kommunismus usw., die sich durch ihre spezifischen Weltbilder, Menschenbilder und gesellschaftlichen Leitvorstellungen unterscheiden. In der vergleichenden Parteienforschung pflegt man Parteien diesen Strömungen zuzuordnen und zu Parteifamilien zusammenzufassen (vgl. z. B. Ware 1996: 21ff; von Beyme 1984: 36ff; Mair und Mudde 1998).

Die Einordnung von Parteien ist offenbar häufig eine Sache des politischen *common sense*. Die politische Berichterstattung verwendet nicht selten Bezeichnungen dieser ideologischen Strömungen zur Typisierung von Parteien anderer Nationen. Aber auch schon die Selbstbezeichnung vieler Parteien und die Mitgliedschaft in internationalen Parteienbünden

zeigt, dass sich viele Parteien mit einer dieser Strömungen identifizieren (vgl. Mair und Mudde 1998).

Die meisten Parteien werden von unterschiedlichen Autoren in die gleichen Partefamilien eingeordnet (Lane und Ersson 1994, Lane *et al.* 1997, Smith 1989, Gallagher *et al.* 1997: z. B.). Einige Parteien, wie die FPÖ, die dänische *Venstre* oder die britische *Social Democratic Party*, werden jedoch von Autor zu Autor unterschiedlich eingeordnet. Es gibt offenbar keine allgemein verbindliche Methode, nach der die Parteien eingeordnet werden. Nach Mair und Mudde (1998) können drei mögliche Kriterien für die Einordnung der Parteien in Parteifamilien unterschieden werden. Als Kriterien können die historische Herkunft der Parteien, ihre Ideologie, sie sozialen Merkmale ihrer Wähler oder ihrer Mitglieder sowie die Mitgliedschaft der Parteien in transnationalen Parteienbünden dienen. Wenn trotz dieser konzeptionell sehr unterschiedlichen Kriterien die meisten Parteien auf die gleiche Weise in Parteifamilien eingeordnet werden, dann bestehen offenbar zwischen diesen Kriterien enge empirische Zusammenhänge. Warum diese empirischen Zusammenhänge bestehen, lässt sich am besten durch die Rolle der Ideologien für die Gründung von Parteien und die Kontinuität ihrer politischen Angebote erklären.

3.1.1 Das Konzept der Ideologie

Es gibt derart unterschiedliche Definitionen von „Ideologie“, dass ein Autor wie Converse davon abrückt, das derart aufgeweichte Konzept zu verwenden, und stattdessen seinen Begriff des *belief system* setzt. Ein *belief system* ist nach Converse „a configuration of ideas and attitudes in which the elements are bound together by some form of constraint or functional interdependence“ (Converse 1964: 207). Ähnlich versteht Scarbrough (1984) unter Ideologie als „system of beliefs characteristic of a group“ (Scarbrough 1984: 49, im Original hervorgehoben). Diese Definitionen sind allerdings kaum geeignet, um verständlich zu machen, was ideologische Strömungen wie Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus ausmacht. Brauchbar erscheinen da die Definitionen von Downs (1957), Hinich und Munger (1994) und Denzau und North (2000). Nach Downs' klassischer Definition ist eine Ideologie „a verbal image of the good society and of the chief means of constructing such a society“ (Downs 1957: 96). Hinich und Munger (1994) zufolge ist eine Ideologie dagegen ein

an internally consistent set of propositions that makes both proscriptive and prescriptive demands on human behavior. All ideologies have implications for (a) what is ethically good, and (therefore) what is bad; (b) how society's resources should be distributed; and (c) where power appropriately resides. (Hinich und Munger 1994: 11)

Das Kriterium der Konsistenz ist nach Denzau und North allerdings zu stark (2000: 45). Die logische Konsistenz von mehr als drei Aussagen entscheiden zu können, ist eine durchaus schwierige Aufgabe, die bei vielen Gedankenbebäuden erst im Nachhinein gelöst werden kann. Darüberhinaus führen sie ein Beispiel für ein Gedankengebäude an, dass in sich widersprüchlich ist, und dennoch Menschen als Orientierung dient.¹ Allerdings ist ihr Ideologiebegriff wieder etwas zu allgemein, um sich problemlos auf ideologische Strömungen wie Marxismus, Liberalismus und Konservatismus anwenden zu lassen. Ihnen zufolge ist eine Ideologie ein „shared framework of mental models that groups of individuals possess that provide an interpretation of the environment and a prescription as to how that environment should be structured“ (Denzau und North 2000: 24).

Es soll hier nicht versucht werden, den „richtigen“ Begriff von Ideologie zu finden. Zu vielfältig ist die Verwendungsweise dieses Begriffs. Sie reicht von „Ideologie“ als Bezeichnung von Gedankengebäuden, die in expliziter Absicht der Irreführung vertreten und verbreitet werden (das wird von Mannheim 1930: 13ff als partikularer Begriff der Ideologie bezeichnet), über die Verwendung von Ideologie im Sinne eines durch die soziale „Seinslage“ bestimmten „falschen Bewusstseins“ (das ist der totale Ideologiebegriff im Sinne von Mannheim 1930: 13,17ff) und die Verwendung als ein – soziale Kooperation überhaupt erst ermöglichendes – mentales Modell der Welt (Denzau und North 2000), als politische Überzeugungen, die als Ausdruck einer „ideologischen Mentalität“ doktrinär vertreten werden (Sartori 1969b), bis hin zur Verwendung in bezug auf die Programmatik einzelner Parteien (Downs 1957). Diese verschiedenen Verwendungsweisen zeigen zwar eine gewisse Familienähnlichkeit, aber daraus ist noch nicht zu folgern, dass ihnen ein gemeinsamer Bedeutungsgehalt zu Grunde liegt (Wittgenstein 1984 [1952]: § 67). Die Verwendungsweise, die für die vorliegende Arbeit wichtig ist, bezieht sich auf das, was Parteien mit ihrer Programmatik vertreten (oder zu vertreten vorgeben). Um zu verstehen, welche Wirkung Ideologien *in diesem Sinne* haben, reicht es aus, ihnen folgende Eigenschaften zuzuschreiben:

1. Ideologien enthalten ein mentales Modell einer als Ziel anzustrebenden idealen Gesellschaft.
2. Ideologien enthalten ein (vereinfachtes) mentales Modell der realen gesellschaftlichen Verhältnisse.
3. Ideologien enthalten allgemeine Prinzipien für Handlungsweisen, die geeignet sind, das Ziel der idealen Gesellschaft anzustreben.

¹Sie beziehen sich auf die drei Aussagen: „Gott ist allmächtig“, „Gott will, dass die Menschen glücklich sind“, und „Das Böse existiert und ist für das Unglück der Menschen verantwortlich“ (Denzau und North 2000: 45)

Abgesehen von der etwas anderen Formulierung und der Ergänzung um ein Bild der *realen* gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht dies aber weitgehend der Definition von Downs. In vereinfachter Form ließe sich die Ideologie des (orthodoxen) Marxismus in folgender Weise unter ein solches Konzept der politischen Ideologien subsumieren:

1. Die vom Marxismus als Ziel angestrebte ideale Gesellschaft ist die klassenlose Gesellschaft.
2. Das vom Marxismus gezeichnete Modell der realen Gesellschaft ist das Modell des Kapitalismus, in dem die Arbeiterklasse von der Klasse der Kapitalisten ausgebeutet wird.
3. Das allgemeine Handlungsprinzip ist die proletarische Revolution, in der die Kapitalbesitzer enteignet werden.

3.1.2 Die Dynamik der Parteienkonkurrenz gemäß der „downsianischen“ Forschungstradition

Downs was not a „Downsian“. (Hinich und Munger 1994: 191)

Einer häufig anzutreffenden Interpretation der Downsschen Theorie zufolge passen Parteien, weil sie nach politischen Ämtern streben und dafür die Zustimmung möglichst vieler Wähler brauchen, ihre Ideologien an die Präferenzen der Wähler an und positionieren sich im (langfristigen) Gleichgewicht der Parteienkonkurrenz an der Position des „median voter“ auf dem Spektrum möglicher ideologischer Positionen. Langfristig würden also Parteien zur politischen „Mitte“ streben und sich ideologisch nur noch geringfügig voneinander ideologisch unterscheiden.

In der Tat entwirft Downs ein räumliches Modell der Ideologien von Parteien und der Reaktionen der Wähler auf die ideologischen Positionen der Parteien und schließt dabei an Hotellings (1929) Modell der räumlichen Konkurrenz an. Hotelling selbst hat dieses Modell bereits zur Erklärung der von ihm beobachteten geringen politischen Unterschiede zwischen den beiden großen US-amerikanischen Parteien angewandt:

The competition for votes between the Republican and Democratic parties does not lead to a clear drawing of issues, an adoption of two strongly contrasted positions between which the voter may choose. Instead, each party strives to make its platform as much like the other's as possible. Any radical departure would lose many votes, even though it might lead to stronger commendation of the party by some who would vote for it anyhow. . . . Real differences, if they ever exist, fade gradually with time though the issues may be as important as ever. (Hotelling 1929: 54f)

Allerdings ergibt sich nach Downs dieses Resultat nur in einem Zwei-Parteien-System, in dem die Wunschpositionen der Wähler sich eingipflig über das Links-Rechts-Spektrum der möglichen ideologischen Positionen verteilen (Downs 1957: 118). Eine mehrgipflige Verteilung führt dazu, dass die Gleichgewichtspositionen der Parteien an den Stellen des ideologischen Spektrums liegen, an denen die Wählerverteilung ein lokales Maximum hat (Downs 1957: 118ff). Mit diesem Resultat grenzt sich Downs denn auch explizit von der Vorhersage Hotellings (1929) ab.

Gleichwohl hat sich eine ganze Forschungstradition entwickelt, die unter Berufung auf Downs, aber eigentlich in Anschluss an Hotelling (1929) und Black (1958) mit Hilfe formaler Modelle untersucht, unter welchen Bedingungen die Konkurrenz zwischen Parteien ein Gleichgewicht hat, in dem die Parteien die Position des *median voter* einnehmen. Die Verteilung der Wunschpositionen der Wähler wird dabei nicht mehr berücksichtigt, weil Blacks *median voter*-Theorem *unabhängig* von der Verteilung dieser Wunschpositionen gilt (Mueller 2003: 85f). Dabei hat es sich offenbar als Gemeinplatz herauskristallisiert, dass die Konkurrenz unter den Parteien entweder ein Gleichgewicht an der Position des *median voter* hat oder aber gar kein Gleichgewicht (für einen Überblick vgl. Shepsle 1991, Hinich und Munger 1997: 73ff, 117ff; kritisch dazu Green und Shapiro 1994: Kap. 7).

Einige Autoren, die selbst durchaus in dieser Forschungstradition stehen, sehen dennoch einen Widerspruch zwischen diesen Ergebnissen und der Existenz stabiler ideologischer Unterschiede zwischen den Parteien in europäischen Parteiensystemen. Adams und Merrill (1999) schlagen daher die Annahme vor, dass Wähler Parteien nicht nur aufgrund ihrer politischen Angebote beurteilen, sondern auch *non-policy*-Bindungen an die Parteien besitzen, während Rabinowitz und MacDonald (1989) postulieren, dass Wähler keine Präferenzen bezüglich ideologischer Positionen besitzen, sondern bezüglich ideologischer *Richtungen* (vgl. auch MacDonald und Rabinowitz 1998). Plausibler als eine Modifikation der angenommenen Struktur der Nutzenfunktionen der Wähler ist die Annahme, dass Parteien (auch) an der Verwirklichung von Politikzielen interessiert sind (Chappel und Keech 1986). Allerdings haben Wittman (1977, 1983) und Calvert (1985) gezeigt, dass sich auch in diesem Fall Gleichgewichte einstellen können, in denen die Positionen der Parteien kaum voneinander unterscheiden. Wittmans Schlussfolgerung ist denn auch der von Chappel und Keech (1986) entgegengesetzt: Geringe Unterschiede zwischen den Politikangeboten von Parteien belegen noch nicht, dass sie ausschließlich am Gewinn politischer Macht interessiert sind (Wittman 1977: 186).

3.1.3 Das Problem der Glaubwürdigkeit und die Bindung von Parteien an Ideologien

Die sich auf Downs berufende Forschungstradition berücksichtigt nicht, dass, wenn man die Beziehungen zwischen den Parteien und den Wählern als Beziehungen zwischen Anbietern und Käufern sich als Markt vorstellt, dieser Markt nicht nur durch Ungewißheit, sondern auch durch eine Asymmetrie der verfügbaren Informationen gekennzeichnet ist (Alesina 1988, Berger *et al.* 2000). Wenn die Wähler erst einmal eine Partei an die Regierung gewählt haben, dann haben sie (bis zu den nächsten Wahlen) keine Kontrolle mehr über die Regierungstätigkeit. Sie können daher nicht wissen, ob die Parteien ihre Versprechen auch halten, wenn sie an der Regierung sind.² Die Regierenden könnten ihre Regierungsgewalt auch dazu nutzen, um eine Agenda durchzusetzen, die sich von ihren Ankündigungen abweicht.³

Es ist eine sehr heroische Annahme, dass die Wähler davon ausgehen, dass die Parteien ihre Ankündigungen zu realisieren gewillt sind, wenn diese selbst kein Interesse an dem Inhalt ihrer Ankündigungen haben. Wenn die Parteien nicht in der Lage sind, die Glaubwürdigkeit ihrer Ankündigungen zu vermitteln, dann wird der politische Markt zu einem durch *adverse selection* charakterisierten „market for lemons“ (Akerlof 1970): Je bereitwilliger eine Partei ihre Angebote an die Wünsche des *median voters* anpasst, desto deutlicher wird dadurch, dass sie ihre Angebote nicht als verbindlich ansieht. Wenn dagegen eine Partei glaubhaft machen kann, dass sie sich an ihre Angebote gebunden fühlt, hat sie dadurch einen Vorteil gegenüber Parteien, die das nicht können.⁴ Wenn eine Partei keine Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen ihrer Wähler nachweisen kann, dann kann sie Glaubwürdig nur durch Handlungsweisen vermitteln, die für sie selbst mit Kosten verbunden sind (vgl. Lupia und McCubbins 1998: 54f). Derartige kostenträchtige Handlungen zu begehen heißt in diesem Kontext, politische Ankündigungen zu machen, die nicht der Position des *median voters* entsprechen, und dadurch den potentiellen Verlust von Wählerstimmen in Kauf zu nehmen (vgl. auch Alesina 1988; Berger *et al.* 2000). Das aber bedeutet, dass eine Partei ihre politischen Angebote nicht aus Opportunitätsgründen ändern kann. Dies käme einem Gesichtsverlust, einem Verlust der Reputation der Glaubwürdigkeit gleich. Hinich und Mun-

²Für eine vollständige Analyse des damit verbundenen „democratic dilemma“ vgl. Lupia und McCubbins (1998: Kap. 5)

³Dazu gehört auch die Möglichkeit, in der Regierungsverantwortung gar nichts zu tun.

⁴Das *democratic dilemma* wird dadurch etwas abgemildert, dass Regierungsperioden zeitlich begrenzt sind und eine „lemon“-Partei abgewählt werden kann. Das Risiko für die Wähler wird dadurch geringer. Der relative Vorteil von Parteien, die sich an ihre Angebote glaubhaft binden können, wird dadurch aber nicht geschmälert, sondern erst gewährleistet.

ger (1994) haben dies sehr treffend formuliert:

Changing position in the policy space requires changing position along the ideological dimension – saying, in effect, ‘I no longer believe what I once asserted and tried hard to persuade you was moral and good.’ (Hinich und Munger 1994: 75)

Diese Bedingungen für einen gewissen Erfolg einer Partei bei den Wählern aufgrund ihrer Reputation der Glaubwürdigkeit setzen diesem zugleich Grenzen. Gerade weil eine Ideologie partikulare *Konflikte* zu einem umfassenden politischen Gegensatz zusammenfasst, wird es immer Akteure geben, die von ihr nicht überzeugt sind, eben weil sie durch die Ideologie zu politischen Gegnern erklärt werden. Damit entsteht eine Spannung zwischen der ideologischen Konsistenz und „Reinheit“ einer Partei und der Möglichkeit oder Notwendigkeit, auch Wähler jenseits einer bislang mobilisierten Klientel zu erreichen. Diese Spannung wird dann besonders prekär, wenn aus verschiedenen Gründen, die bislang erfolgreich durch die Ideologie angesprochene Wählerbasis schrumpft (vgl. hierzu auch Rose und Mackie 1988, Przeworski 1985, Przeworski und Sprague 1986).

Allerdings hat schon Downs selbst dies gesehen (Downs 1957: 103ff). Selbst wenn Parteien nur daran interessiert sind, an politische Macht zu gelangen, bewegt sie die Ungewissheit, die das politische Leben prägt, sich dennoch im Einklang mit den von ihnen propagierten Ideologien zu verhalten. Parteien, die eine Wahl gewonnen haben, werden kaum einen Anreiz haben, ihre Ideologien zu ändern. Oppositionsparteien aber müssen den Wählern unter Beweis stellen, dass sie hinter ihren Angeboten stehen. Sie müssen sich eine Reputation der Verlässlichkeit und Verantwortlichkeit aufbauen. Das heißt zum einen, dass sie die von ihnen vertretenen Ideologien über mehrere Wahlperioden hinweg aufrecht erhalten und höchstens an sich veränderliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen anpassen, und zum anderen, dass die von ihnen vertretenen Ideologien eine gewisse Kohärenz aufweisen (Downs 1957: 109). Die Aufrechterhaltung der Ideologie einer Partei kann mit dem Motiv der Stimmenmaximierung in Konflikt geraten, wobei das letztere Motiv nicht immer die Priorität erhalten muss (Downs 1957: 112).

3.1.4 Ideologien als Motiv des Ringes um politische Macht

Downs gesteht zu, dass eine genuin ideologische Motivation von Politikern durch Fälle nahegelegt wird, in denen die Treue zur Ideologie gegenüber der Stimmenmaximierung der Vorrang eingeräumt wird. Sein Gegenargument aber ist, dass solche Fälle es nicht erlauben, darüber zu entscheiden, welche Motivation die Politiker tatsächlich bewegt, und schwächt dabei seinen Standpunkt ab:

No matter which end – espousing ideologies or holding office – is viewed as the final one, the other will be a subsidiary end necessary to the attainment to the first. It will even take rational precedence over the main goal in some situations where short-run setbacks lead to greater long-run progress towards the final end. Therefore the test of occasional precedence cannot decide between these hypotheses. The real issue is which end takes precedence more often – often enough to become prevalent. We contend that the desire to obtain and keep power *per se* plays a larger role in the practical operation of democratic politics than the desire to implement ideological doctrines or serve particular social groups. Naturally our contention is merely an opinion. (Downs 1957: 112)

Man kann für die Annahme des reinen *office-seeking* argumentieren, dass sie es erlaubt, zutreffende Vorhersagen zu machen (Downs 1957: 21). Nach Downs eigenen Ausführungen sowie auch nach Alesina (1988) und Berger *et al.* (2000) folgt allerdings aus dieser Annahme, dass sich Politiker so verhalten *als ob* sie durch eine Ideologie motiviert wären. Damit hat die *office-seeking*-Annahme keinen explanatorischen Vorteil gegenüber der *policy-seeking*-Annahme. Andererseits können sich nach Wittman (1977, 1983) und Calvert (1985) Situationen auftreten, in denen *policy*-motivierte Parteien sich genauso in ihren kundengegebenen ideologischen Positionen einander annähern, wie es der Fall wäre, wenn sie ausschließlich am Gewinn politischer Macht interessiert wären. Es macht also für die Entwicklung der Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler keinen großen Unterschied, ob Politiker typischerweise ideologisch motivierte *policy-seekers* oder rein „macchiavellistisch“ motivierte *office-seeker* sind. Daher ist die Annahme, dass Parteien die Verwirklichung ideologischer Ziele anstreben, keineswegs so naiv, wie es *prima facie* den Anschein hat.

Die Annahme, dass Ideologien nur als Mittel zum Erwerb politischer Macht vertreten werden, begründet Downs damit, dass dies einer modernen politikwissenschaftlichen Auffassung entspricht:

In modern political science, ideologies are nearly always viewed partly as means to political power employed by social classes or other groups, rather than as mere representations of actual goals. No *Weltanschauung* is accepted at face value, because it is seen as tainted with its espousers' desire to gain power. / In keeping with this view, we also treat ideologies as means to power. However, in our model, political parties are not agents of specific social groups or classes; rather they are autonomous teams seeking office *per se* and using group support to attain that end. (Downs 1957: 96f)

Er beruft sich dabei (in einer Fußnote zu der soeben zitierten Passage) auf Karl Mannheim (1930). Nach Mannheim sind Ideologien nicht so sehr Mittel von Klassen oder sozialen Gruppen, um an die Macht *zu gelangen*, sondern Ausdruck einer durch ihre soziale Lage begrenzte Denkweise einer Klasse oder sozialen Gruppe, die dazu tendiert, ihre Privilegien und die Macht, *die sie ausübt*, zu rechtfertigen. Ideologien sind dabei eher eine Form

des „falschen Bewusstseins“ und weniger der bewussten Täuschung. Von einer bewussten Täuschung müsste man aber sprechen, wenn Politiker, die nur nach Macht streben, vorgeben, durch ihre Ideologie definierte soziale Ziele zu verfolgen. Downs Politiker entsprechen daher eher Macchiavellis Fürsten als Mannheims Träger eines falschen Bewusstseins. Die Downs Annahme ist daher weniger Ausdruck „modernen politikwissenschaftlichen“ – oder besser, wissenssoziologischen oder ideologiekritischen – Denkens, sondern eher Ausdruck der Denkweise der ökonomischen Neoklassik, in der sozial nützliche Handlungen nur ausgeführt werden, wenn sie (auch) der Verwirklichung eigennütziger Ziele dienen. Wenn Parteien Ideologien ausschließlich dazu verwenden, um an politische Macht zu gelangen, dann sind sie offenbar von durch ihre soziale Lage vorgeprägte Denkweisen unbeeinflusst oder aber alle von ihnen in gleicher Weise beeinflusst. Die erste Möglichkeit läuft darauf hinaus, dass die Denkweisen der Beteiligten von ihrer sozialen Lage unabhängig ist. Das aber wird von einer Wissenssoziologie Mannheimscher Prägung gerade in Frage gestellt.

Jedoch bewegen sich auch nach Downs die Parteien nicht in einem sozialen Vakuum. Wenn die Gesellschaft durch soziale Konflikte geprägt ist, können Parteien mit ihren Ideologien zwangsläufig nicht alle sozialen Gruppierungen gleichermaßen ansprechen.

When these groups are well-defined, this tension prevents any one political ideology from strongly appealing to all groups simultaneously as long as voters are rational. For example, an ideology which specifically plays up to managers of industry will always be less than optimum for workers in industry, even if the industry is state owned. / Thus each party can ideologically woo only a limited number of social groups, since its appeal to one implicitly antagonizes others. (Downs 1957: 100f)

Da aber Ungewißheit darüber herrscht, welche sozialen Gruppierungen eine Partei ansprechen muss, um die meisten Stimmen zu erhalten, unterscheiden sich Parteien darin, welche sozialen Gruppierungen sie mit ihren Ideologien ansprechen. Es ist also nicht nötig, den Wählern *non-policy*-Bindungen an bestimmte Parteien zu unterstellen Adams und Merill (1999), um erklären zu können, warum Parteien unterschiedliche soziale Gruppierungen ansprechen. Wenn Ungewißheit dazu führt, dass es unmöglich ist, eine Ideologie zu finden, von der man weiß, dass sie die meisten Stimmen einbringt, dann ist es nur plausibel anzunehmen, dass sozial vorgeprägte Denkweisen der Mitglieder einer Partei den Ausschlag geben, welche von mehreren möglichen Ideologien sie auswählen. Wenn aber Parteien (auch) *policy*-motiviert sind, dann ist die Entscheidung für eine Ideologie nicht (allein) durch den Konkurrenzkampf zwischen den Parteien bestimmt. Dann werden sich sozial vorgeprägte Denkweisen der Gründer und Mitglieder einer Partei erst recht darauf auswirken, welche Ideologie sie übernimmt.

Der Einwand gegen seine Annahme, dass Politiker ausschließlich am Gewinn von Wahlen interessiert sind (Downs 1957: 30), erschien Downs bereits naheliegend genug, um ihm mit Friedman (1953) zu entgegnen, dass eine Theorie nicht auf Grund des „Realismus“ der ihr zu Grunde liegenden Annahmen zu beurteilen ist, sondern auf Grund ihrer empirisch überprüfbaren Vorhersagen (Downs 1957: 21). In der Tat leitet Downs (im Unterschied zu der an ihn anschließenden Literatur über das räumliche Modell der Parteinkonkurrenz, vgl. Green und Shapiro 1994: Kap. 7) eine ganze Reihe von empirisch überprüfbaren Voraussagen aus seiner Theorie ab. Die Annahme der Unsicherheit über die Folgen politischer Handlungen und über die Kosten, die die Gewinnung von Informationen über die politischen Alternativen mit sich bringt, spielen dabei eine mindestens ebenso wichtige Rolle für die Begründung dieser Hypothesen wie die Annahme der reinen *office-seeking*-Motivation der Politiker bzw. der Parteien.

Nach Friedman (1953) sind die *assumptions* einer Theorie in der Regel falsch, weil sie nur eine annähernde Beschreibung der Wirklichkeit darstellen und Details der Beschreibung der Wirklichkeit außer Acht lassen, die für die Vorhersagen der Theorie bezüglich eines Gegenstandsbereichs irrelevant sind. Allerdings ist die Unterscheidung zwischen den *assumptions* einer Theorie und ihren Implikationen keine absolute. Sie hängt vielmehr davon ab, was man mit ihrer Hilfe erklären will (weshalb Friedman den Ausdruck „assumptions“ durchweg in Anführungszeichen setzt). So ist es für die Berechnung der Umlaufbahn der Erde um die Sonne irrelevant, dass die Erde eine raue Oberfläche hat, ja sogar, dass sie überhaupt ein Volumen hat. Für die Dynamik des Sonnensystems reicht es aus, die Sonne und ihre Planeten als Massenpunkte anzunehmen. Für Wettervorhersagen dagegen ist es von Bedeutung, wo sich auf der Erde Gebirge befinden, an denen sich Wolken abregnen.⁵ Selbst wenn Friedmans eigene Beispiele weniger überzeugend sind, so ist seiner Grundaussage zuzustimmen. Friedman will durch seine Argumentation begründen, warum Annahmen, wie die, dass Unternehmen primär danach streben, ihren Gewinn zu maximieren, in den Wirtschaftswissenschaften zulässig sind. Ebenso ist es plausibel, von individuellen psychologischen Motiven von Politikern abzusehen, wie persönliche Rivalitäten, Geltungssucht oder der Meinung, die inhärente Bewegungstendenz der Geschichte zu vollenden. Für eine *allgemeine* Theorie der Politik kann man auf die Berücksichtigung derart partikularer Motivationslagen verzichten.

⁵Man muss diesem Beispiel und ebenso den von Friedman diskutierten Beispielen hinzufügen, dass nicht von den Theorien selbst handeln, sondern von Modellen, die einen bestimmten Ausschnitt der Realität in vereinfachter Weise beschreiben. Das hier gewählte Beispiel der Dynamik des Sonnensystems und ebenso Friedmans Beispiel der nahe der Erdoberfläche trotz der von der Luft ausgeübten Reibungskräfte durch die Erdanziehung gleichmäßig beschleunigten Bleikugeln sind Modelle, die aus der klassischen Mechanik *unter Zurhilfenahme* von vereinfachenden Abstraktionen *abgeleitet* werden.

Allerdings lässt sich der mangelnde „Realismus“ von „Annahmen“ *nur insofern* verteidigen, als sie irrelevante Details ausblenden. Es ist genauso sinnvoll und plausibel, für ein allgemeines Modell der Politik von der Rachsucht, Geltungssucht oder den Kindheitserlebnissen einzelner Politiker zu abstrahieren, wie es sinnvoll ist, für die Berechnung von Planetenbahnen das Volumen und die Oberflächenstruktur von Planeten außer Acht zu lassen. Damit lässt sich aber nicht die Downs'sche Annahme verteidigen, Parteien seien nur am Gewinn von Macht interessiert. Denn diese Annahme lässt nicht nur irrelevante, partikuläre Details aus, sie widerspricht einer alternativen Annahme von *gleichem Allgemeinheitsgrad*, nämlich der Annahme, dass Parteien an der Verwirklichung ideologischer Ziele interessiert sind. Die Annahme, dass Parteien an der Verwirklichung politischer Ziele interessiert sind, also keine *office seekers*, sondern ideologisch motivierte *policy seekers* sind, vermeidet dagegen ein Paradox, auf das Wittman (1977: 181) hingewiesen hat: Wenn die politischen Ankündigungen und ideologischen Positionen der Parteien nur Mittel sind, um durch das Werben um Wählerstimmen an politische Macht zu gelangen, dann setzt das voraus, dass *alle* an der Politik Beteiligten an *policies* oder Ideologien interessiert sind, *nur nicht die Kandidaten oder Parteien*.

In repräsentativen Demokratien sind Parteien Organisationen, die danach streben, in legislativen Körperschaften vertreten zu sein und/oder ihre Kandidaten in der Regierung zu platzieren. Insofern ist es eine sparsame *prima facie*-Annahme, dass Parteien am Gewinn politischer Macht interessiert sind. Unter der Voraussetzung, dass Parteien *nur* am Gewinn von Macht interessiert sind, wird die Frage „[w]hy does nearly every democratic party ostensibly derive its policies from some specific philosophy of governing?“ (Downs 1957: 96) erklärungsbedürftig. Downs' Erklärung ist, dass die das politische Leben prägende Unge-
wissenheit Ideologien für Parteien und für Wähler nützlich macht. Wähler finden von Parteien propagierte Ideologien nützlich, weil sie ihnen die Kosten ersparen, die sie aufwenden müssten, um jede einzelne *policy*-Position der Parteien kennen und beurteilen zu können (Downs 1957: 98). Und weil Wähler sich an Ideologien orientieren oder orientieren können, sind Ideologien für die Parteien nützlich, um an diese Wähler zu appellieren. Allerdings führt die Orientierung der Parteien offenbar dazu, dass sie nicht an alle Wähler appellieren können und dass sie ihre eigenen *policy*-Positionen, wenn überhaupt, nur langsam verändern können. Eine Konsequenz davon ist, dass Parteien dazu gezwungen sein können, sich anders zu verhalten, als es mit dem Ziel der Stimmenmaximierung zu vereinbaren ist. Wenn die Ideologien die Möglichkeiten des strategischen Positionierens derart einschränken, dann ist fraglich, ob es für Parteien nützlich sein kann, Ideologien in die politische Auseinandersetzung einzubringen, es sei denn, die Wähler orientieren sich bereits an Ideologien. Diese

Frage lässt sich ausräumen, wenn angenommen wird, dass die Wähler Ideologien entwickeln, bevor Parteien sie propagieren. Das aber steht in Widerspruch zu Downs' Annahme, dass Wähler an den Ergebnissen der Regierungsarbeit interessiert sind und nicht an den Ideologien selbst und Ideologien nur als Instrument benutzen, um die Wirkungen der Regierungsarbeit einfacher abschätzen zu können. Das können die Wähler aber nur, wenn sie bereits die Ideologien der Parteien kennen und Erfahrungen mit ihrer Regierungsarbeit haben. Die Vorstellung, Ideologien gehen aus dem Konkurrenzkampf der Parteien um Wählerstimmen selbst hervor, führt also in Widersprüche. Downs kann nicht wirklich erklären, warum Ideologien entstehen. Er kann höchstens plausibel machen, warum Ideologien fortbestehen *selbst dann*, wenn Parteien nur am Gewinn von Macht interessiert sind. Er gibt aber keine plausible Erklärung dafür, wie und warum Ideologien entstehen. Die Annahme, dass Ideologien für die Formierung und Motivation von Parteien keine Rolle spielen, ist nicht nur eine vereinfachende Annahme, die irrelevante Details ausblendet. Ihr mangelnder Realismus besteht nicht nur darin, dass sie nur eine annähernde Beschreibung der Realität liefert, vielmehr stellt sie Downs' Theorie vor ernsthafte Probleme, ein von ihm selbst konstatiertes Faktum zu erklären.

Der Ausweg hieraus kann nur darin bestehen, dass zugestanden wird, dass eine Ideologie besteht, *bevor* sich eine Partei an ihr orientiert, um Angebote und Appelle an die Wähler zu richten und *bevor* Wähler zur Bewertung dieser Angebote und Appelle an ihr sich an ihr orientieren, und dass in erster Linie Ideologien das Werben von Parteien um Wählerstimmen motivieren. Das plausibelste Szenario hierfür besteht wohl darin, dass Ideologien zur Gründung von Parteien den Anlass geben, weil mehrere Menschen aufgrund gemeinsamer ideologischer Überzeugungen feststellen, dass sie gemeinsame (politische) Interessenlagen besitzen und dann eben versuchen, Andere als Anhänger – in Form von Parteimitgliedern oder Wähler – dieser Partei und ihrer Ideologie zu gewinnen (vgl. Duverger 1959 [1951]: 1ff; Hinich und Munger 1994: 64, 83).

Die Annahme, dass Parteien gegründet werden, um ideologische Ziele zu verwirklichen, für die der Erwerb von politischer Macht nur ein Mittel ist, kontrastiert mit der Downsschen Auffassung von Parteien als „teams“, die sich zum Zweck des Machterwerbs zusammentun (Downs 1957: 25). Sie kann aber besser erklären, warum es Parteien mit Mitgliederzahlen gibt, die größer sind als die Anzahl der Posten, die infolge einer Regierungsbeteiligung der Partei und innerhalb der Partei selbst erreicht werden können. Anders als die Verwirklichung von ideologischen Zielen durch Ausüben von politischer Macht ist ein politisches Amt in der Regierung oder innerhalb der Partei selbst kein Kollektiv- sondern ein Privatgut. Es gibt nur einen Bundeskanzler, nur einen Premierminister und innerhalb der Partei nur

einen Parteivorsitzenden. Wenn eine Person ein solches Amt innehat, dann sind alle anderen Parteimitglieder von den Vorteilen ausgeschlossen, die mit dem Amt verbunden sind. Die Chance, ein solches Amt zu erreichen, sinkt aber mit der Anzahl der Mitglieder einer Partei.

Es ist damit aber nicht ausgeschlossen, dass es auch Menschen gibt, die einer Partei *nur* beitreten, um auf diesem Wege zu politischer Macht zu gelangen. Aber deren Mitgliedschaft in einer Partei ist gewissermaßen parasitär. Sie können nur deshalb mittels der Partei zu politischen Ämtern gelangen, weil andere Mitglieder die Ziele der Partei unterstützen, ohne zu politischen Ämtern zu gelangen. Ohnehin stehen reine *office-seekers* vor dem Entscheidungsproblem, *welcher* Partei sie beitreten sollen. Je größer eine Partei nach Mitgliedern, desto ist geringer die *a priori*-Chance, eines der zu vergebenen Ämter zu erreichen, da es mehr potentielle Konkurrenten gibt. Wenn man davon ausgeht, dass die Wahlerfolgchancen einer Partei von ihrer Mitgliederzahl mitbeeinflusst wird, dann ist zudem die *a priori*-Chance zu Regierungsämtern zu gelangen, um so geringer, je kleiner eine Partei ist. Außerdem sind die Pfründe und die Macht, die mit Parteiämtern in einer kleinen Partei verbunden sind, wahrscheinlich nicht so attraktiv wie in einer großen Partei. Das Dilemma eines *office-seekers*, ob er einer kleinen oder großen Partei beitreten soll, erscheint daher unlösbar.

3.1.5 Ideologien, Parteifamilien und *cleavages*

Mit Duverger (1959 [1951]: 1ff) kann man zwei Arten des Entstehens von Parteien unterscheiden: Parteien entstehen entweder innerhalb oder außerhalb parlamentarischer Vertretungen. Im ersten Fall entdeckt eine Gruppe von Parlamentariern, dass sie gemeinsame Interessen haben – aufgrund einer gemeinsamen regionalen oder sozialstrukturellen Herkunft oder gemeinsamer Überzeugungen – und dass diese Interessen im Gegensatz stehen zu den Interessen einer anderen parlamentarischen Gruppe. Sie streben daher einerseits danach, dass die eigene Gruppe möglichst großen Einfluss auf die Regierung ausübt oder sogar die Regierung stellt. Andererseits streben sie danach, dass eher Mitglieder der eigenen Gruppe in das Parlament gewählt werden als Mitglieder konkurrierender Gruppen. Klassische Beispiele sind die parlamentarischen Gruppen in der Nationalversammlung des nachrevolutionären Frankreichs oder die *Whigs* und *Tories* im britischen House of Parliament. Im zweiten Fall entschließen sich Interessenvertreter einer sozialen Gruppierung oder Intellektuelle mit einer bestimmten ideologischen Orientierung dazu, nach parlamentarischer Repräsentation zu streben – weil sie ihre Interessen oder Überzeugungen von den Vertretern des Parlaments als nicht ausreichend vertreten sehen.

In beiden Fällen geht es um die Realisierung kollektiver Ziele, die auf die Gesellschaft als ganze bezogen sind. Ideologien können hier bei der Koordination der Aktivitäten des kollektiven Handelns helfen, es kann sogar dafür argumentiert werden, dass sie die Koordination des kollektiven Handelns erst ermöglichen.⁶ Denn für ein mehr oder weniger erfolgreiches kollektives Handeln muss ein Einverständnis hinsichtlich der zu erreichenden Ziele und hinsichtlich der Mittel bestehen, mit deren Hilfe diese Ziele zu erreichen sind (Denzau und North 2000). Besteht kein Einverständnis über gemeinsame Ziele, so ist *per definitionem* kein kollektives Handeln möglich. Wenn kein Einverständnis über die zu verwendenden Mittel besteht, so ist es nicht auszuschließen, dass die Effektivität des kollektiven Handelns daran leidet, dass Teile der am kollektiven Handeln beteiligten Gruppen ohne es zu wollen gegeneinander handeln oder ihr Handeln nicht gut aufeinander abstimmen. Wenn sich eine Partei bildet und – gemessen an den Möglichkeiten und Restriktionen, die der gesellschaftliche Kontext bietet bzw. auferlegt – effektiv Ziele verfolgt, die auf eine Veränderung hin zu einer „guten Gesellschaft“ hinauslaufen, dann kann daraus schon gefolgert werden, dass sie über eine Ideologie verfügt. Wenn man in Betracht zieht, dass die Formulierung gemeinsamer Ziele und der Spezifikation der ihrer Erreichung dienlichen Mittel eine nicht unerhebliche kognitive Arbeit voraussetzt, dann ist kaum damit zu rechnen, dass sich solche Gruppen spontan, gleichsam aus dem Nichts bilden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich zu Parteien verdichtende parlamentarische Gruppen und soziale Bewegungen erst dann bilden, wenn sie über eine Ideologie verfügen, die ihnen politische Ziele und Mittel anempfiehlt.

Aber auch diejenigen, die an den gesellschaftlichen Verhältnissen festhalten, bedürfen einer Ideologie. Eine zentrale Annahme wissenssoziologischer Forschung und ideologiekritischen Denkens ist, dass Ideologien der Rechtfertigung sozialer Privilegien dienen (z. B. Mannheim 1930: 172ff). Allerdings können Ideologien zur Rechtfertigung von Privilegien nicht nach Belieben konstruiert werden. Menschen lassen sich nicht von Rechtfertigungen überzeugen, deren *ad hoc*-Charakter zu deutlich ist. Um glaubwürdig zu erscheinen, müssen Ideologien Gründe für Privilegien angeben, die über deren Existenz hinausgehen. Sie müssen darlegen, dass die Privilegien nötig sind, um Güter und Werte zu erreichen oder zu bewahren, die eine höhere Priorität haben als die Vor- und Nachteile, die den Beteiligten

⁶Damit ist allerdings nicht gemeint, dass eine Ideologie auch das Olson-Dilemma des kollektiven Handelns (Olson 1968) lösen kann. Möglicherweise stehen Kollektive realer Menschen in der Regel gar nicht vor dem Olson-Dilemma, weil Sie – abweichend von der Modellvorstellung eines *homo oeconomicus* – Dispositionen zu (wenn auch begrenzten) altruistischem Handeln oder zumindest zum altruistischen Sanktionieren des Handelns anderer besitzen (vgl. Frank 1988, Skyrms 1996, Fehr und Gächter 2000, Gintis 2003, Fehr und Fischbacher 2003).

durch die Privilegien entstehen. Diese Ideologien müssen deshalb auch ein gewisses Maß an Allgemeinheit und Geschlossenheit aufweisen.

Dies wird plausibel, wenn man sich vor Augen hält, dass Privilegien und Benachteiligungen auf einer unterschiedlichen Verteilung von sozialen Rechten (Coleman 1990: 45ff) basieren. Die Privilegien des Adels und des Klerus wurden im vormodernen Europa durch eine Interpretation der christlichen Religion rechtfertigt, die die unterschiedliche soziale Lage der Menschen auf den „Willen Gottes“ oder die „Gnade Gottes“ zurückführt. Aber nicht nur ständische Systeme, auch Klassensysteme, in denen die Ungleichheit nicht auf direkter Zuschreibung von sozialer Wertschätzung beruht, sondern auf unterschiedlichen Erwerbschancen (Weber 1972 [1922]: 177ff), bedürfen ideologischer Rechtfertigung. Hier muss der unterschiedliche Zugang zu Erwerbschancen gerechtfertigt werden. Die Klassenunterschiede in kapitalistisch/marktwirtschaftlichen Gesellschaften werden dadurch gerechtfertigt, dass das Eigentum an Kapital unantastbar und nur eine Güterverteilung durch Markttransaktionen legitim und ökonomisch effizient sei. Im staatssozialistischen „Ostblock“ vor dessen Zusammenbruch wurden soziale Unterschiede zwischen der Partei-Nomenklatura und dem Rest der Gesellschaft durch die Avantgarde-Rolle der Partei beim Aufbau des „realen Sozialismus“ legitimiert, der als einziger eine gerechte Gesellschaftsordnung garantiere und gleichzeitig ökonomisch dem Kapitalismus überlegen sei.⁷

Wenn Menschen die Überwindung bestehender Privilegien und Benachteiligungen anstreben, dann setzt dies zumindest voraus, dass sie die Ideologie in Frage stellen, mit der diese Privilegien und Benachteiligungen gerechtfertigt werden. Dafür brauchen sie aber gute Gründe, die nur von einer alternativen Ideologie geliefert werden können. Deshalb entwickeln sich Ideologien komplementär zueinander, als Gegensatz zwischen einer Orthodoxie, die bestehende Privilegien rechtfertigt, und einer Heterodoxie, die die Abschaffung von Privilegien und die Verbesserung der Situation der Benachteiligten fordert (vgl. Hinich und Munger 1994: 16ff).⁸ Als Beispiele hierfür lassen sich die komplementäre Entwicklung von Liberalismus und Konservatismus und die zu diesen „bürgerlichen“ Ideologien komplementäre Entwicklung des Sozialismus anführen.

Ideologien entwickeln sich also komplementär, in entgegengesetzten Zielrichtungen. Die-

⁷Diese Beispiele sind natürlich Vereinfachungen der Realität, die als Modelle nur der Verdeutlichung des Arguments dienen sollen.

⁸In ähnlicher Weise unterscheidet Mannheim zwischen Ideologie und Utopie (1930: 172ff). Ideologisch ist bei ihm eine Auffassung, die Veränderungsmöglichkeiten einer Gesellschaft negiert, während utopisch bei ihm eine Auffassung ist, die die Veränderungsmöglichkeiten einer Gesellschaft betont. Vertreter einer gegebenen „Lebensordnung“ verstehen Entwürfe alternativer „Lebensordnungen“ als utopisch im wörtlichen Sinne, d. h. ohne Ort und daher ohne Wirklichkeit, weil sie eben nicht in *ihrer* Lebensordnung zu verwirklichen sind (vgl. Mannheim 1930: 174f).

se Gegensätze konstituieren an und für sich aber noch *kein* Kontinuum, wie es die räumliche Vorstellung bei Downs nahelegt. Sich für eine der konträren Ideologien zu entscheiden, heißt, Partei für eine Seite in einem Gegensatz zu ergreifen. Die Konstruktion „mittlerer“ Positionen zwischen Gegensätzen bedarf ebenso einer konstruktiven Anstrengung wie die Konstruktion der schon vorhandenen gegensätzlichen Ideologien. Derartige mittlere Positionen müssen rechtfertigen können, dass ursprünglich als gegensätzlich angesehene Ziele gleichzeitig erreicht werden können (wobei eine mittlere ideologische Position den Zielen unterschiedliche Prioritäten einräumen kann) – etwa indem gezeigt wird, dass beide Ziele gleichermaßen Unterziele für die Erreichung eines umfassenderen, abstrakteren Zieles darstellen oder keines von beiden Zielen wirklich wünschenswert ist. Beispielsweise muss eine Ideologie, die einen Kompromiss herstellt zwischen der Position, dass sich soziale Gerechtigkeit nur durch staatliche Steuerung der Wirtschaft in Form von Verstaatlichung herstellen lässt, und der Position, dass die Freiheit der Wirtschaftssubjekte gegenüber einer durch staatliche Eingriffe herzustellenden Gerechtigkeit ein unbedingter Vorrang einzuräumen ist, plausibel machen, dass beide Ziele, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Freiheit, miteinander vereinbar sind oder aber sie muss plausibel machen, dass sowohl Verstaatlichungen als auch unbeschränkte Marktkonkurrenz einer gerechten Gesellschaftsordnung widersprechen.

Die polarisierende, die Gründung von Parteien motivierende Wirkung von Ideologien einerseits und ihr Bezug zu Konflikten zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppierungen und Segmente der Gesellschaft andererseits kann auch zu einem Verständnis der Phänomene verhelfen, auf die sich einige Autoren beziehen, die sich mit dem Konzept der „cleavages“ befassen. Nach Schattschneider ist eine Gesellschaft von einer Vielzahl potentieller *cleavages* durchzogen (Schattschneider 1964: 62). Welche dieser potentiellen Trennlinien der Gesellschaft tatsächlich Ausgangspunkt politischer Auseinandersetzung werden, hängt aber von den Entscheidungen politischer Akteure ab. Sie haben für sich die Frage zu beantworten „which battle do we want most to win?“ (Schattschneider 1964: 67). Auch für Bartolini und Mair ist die politische Relevanz von *cleavages* von politischer Aktivität abhängig: „social distinctions become cleavages if they are organised as such“ (1990: 216). In Lipset und Rokkans „Introduction“ entstehen Parteiensysteme aus sozialen Gegensätzen, die sie als „potential lines of cleavage“ oder „critical lines of cleavage“ bezeichnen (Lipset und Rokkan 1967a: 14), in dem sich „cooperative bodies“ oder „movements“ (Lipset und Rokkan 1967a: 36) zu Parteien formieren. Zwischen diesen Auffassungen scheint aber ein Gegensatz zu bestehen. Während nach Schattschneider die Politisierung potentieller *cleavage* in der Hand politischer Akteure liegt, legt Lipset und Rokkans Rekonstruktion der Entstehung

europäischer Parteiensysteme aus den „critical lines of cleavage“ nahe, dass sich zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt nur ganz bestimmte „cleavages“ in Gegensätzen zwischen Parteien manifestieren können. Die Auflösung dieses (Schein-)Widerspruches besteht darin, dass einerseits die Rolle von Ideologien für kollektives politisches Handeln und andererseits die Begrenztheit der Anzahl der zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt vorhandenen und kollektives Handeln koordinierender Ideologien in Betracht gezogen wird. Auch wenn die Entstehungsgeschichte der Parteien prinzipiell hätte anders verlaufen können, wenn also andere „critical lines of cleavage“ politisiert worden wären, wären die Möglichkeiten der Politisierung sozialer Gegensätze doch durch die vorhandenen Ideologien eingeschränkt. Wegen dieser Beschränkung und der Möglichkeit, Ideologien zu übernehmen, die sich in einem anderen Land zur Koordination des kollektiven Handelns bewährt haben, wurden in mehreren europäischen Ländern gleiche oder ähnliche soziale Gegensätze politisiert.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich Ideologien – im Zusammenhang entweder mit der Rechtfertigung oder der Kritik gesellschaftlicher und politischer (Macht-)Verhältnisse – in Gegensätzen entwickeln. Insofern bewirken sie eine Aufspaltung des politischen Lebens. Indem sie isolierte soziale oder politische Auseinandersetzungen zu Gegensätzen zwischen Gesellschaftsentwürfen zusammenfassen, ermöglichen sie die Organisation sozialer Unterschiede zu *cleavages* im Sinne von Bartolini und Mair. Ideologien helfen einerseits, soziale Gruppierungen zu „Bewegungen“ zu formieren und definieren die Zielsetzungen, um derentwillen die Parteien gegründet werden, die ihren Ursprung außerhalb eines Parlaments haben. Das klassische Beispiel dafür ist die aus der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangene SPD. Andererseits liefern Ideologien den Parteien, die innerhalb eines Parlaments aus *factions* entstehen, jene Gesellschaftsentwürfe, die ihnen eine Richtschnur dafür geben, welche sozialen Gruppierungen sie als Anhänger außerhalb des Parlaments ansprechen können. Das klassische Beispiel hierfür ist die Entstehung der liberalen und der konservativen Partei innerhalb des britischen *House of Commons*. In beiden Fällen sind die Ideologien vor diesen Parteien entstanden. Das Gedankengebäude, aus dem sich der Marxismus entwickelte, ist vor der Gründung der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht (1869) entstanden (das *Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels datiert auf 1948). Ebenso ist das dem Liberalismus zu Grunde liegende Gedankengebäude durch John Locke begründet und sind die dem Konservatismus zu Grunde liegenden Ideen von Edmund Burke formuliert worden, bevor die britischen liberalen und konservativen Parteien (nach der Wahlrechtsreform von 1867) aus den parlamentarischen *factions* hervorgingen (Lockes *Two Treatises on Government* datiert auf 1690, Burkes *Reflections on the Revolution in France* datiert auf 1790). Diese Ideologien wurden also nicht im

Nachhinein von diesen Parteien erfunden, um an die Macht zu kommen. Aber sie bewirkten die „Übersetzung“ sozialer Unterschiede in Gegensätze zwischen Parteien im Sinne von Lipset und Rokkan (vgl. dazu auch von Beyme 1984: 36ff). Da Ideologien einerseits die Identität von Parteien stiften und andererseits Veränderung des programmatischen Profils von Parteien einschränken, begünstigen sie zudem das von Lipset und Rokkan (1967a: 50) konstatierte „Einfrieren“ von Parteiensystemen.

3.1.6 Zusammenfassung

Die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, warum die von einigen der „downsianischen“ Forschungstradition postulierten zentripetalen Tendenzen der Parteienkonkurrenz offenbar nicht greifen. Die politischen Angebote und Appelle verschiedener Parteien unterscheiden sich, weil sie unterschiedliche Ideologien besitzen, die sie nicht einfach aufgeben können, um sich der Position des *median voter* anzupassen. Das liegt zum einen daran, dass Ideologien gewissermaßen die *raison d'être* der Parteien sind. Parteimitglieder werden nicht ohne weiteres hinnehmen, dass die politischen Ziele, um derentwillen sie für die Partei geworben wurden für die Partei werben, einfach aufgegeben werden. Auch werden Wähler einer Partei eher misstrauen, die ihre Angebote allzu eifrig deren Wünschen anpasst. Sie macht dadurch nur deutlich, dass sie von ihren Angeboten selbst nicht wirklich überzeugt ist.

Die Analyse der Rolle der Ideologien als Motiv der politischen Konkurrenz macht aber auch verständlich, warum es überhaupt in unterschiedlichen Ländern Parteien mit gleicher oder ähnlicher ideologischer Ausrichtung gibt, die jeweils ganz bestimmte Gruppierungen in der Wählerschaft ansprechen. Die Begrenztheit der Anzahl möglicher Ideologien, ihr Bezug zu den unterschiedlichen sozialen Lagen der ihnen anhängenden Akteure und die beschränkte ideologische Beweglichkeit der Parteien wiederum erklärt auch ohne Annahmen makrosoziologischer Herkunft, warum und inwiefern die von Lipset und Rokkan identifizierten *cleavage structures* sich in Parteiensystem manifestieren, die entlang eben dieser *cleavage structures* gleichsam eingefroren sind.

In dem Maße aber, in dem diese Überlegungen dazu dienen können, das Entstehen von Parteiensystemen aus politischen „Gründungskonflikten“ und die Persistenz der so entstandenen Parteiensysteme verständlich zu machen, widersprechen sie der Auffassung, dass man von einem ein- oder mehrdimensionalen ideologischen Raum sprechen kann, deren Dimensionen Kontinua sind, auf denen sich die Parteien strategisch positionieren können. Die Auffassung, dass Ideologien politische Ziele und Mittel spezifizieren, dass sie sich in

Gegensätzen zueinander entwickeln und dass ihre Anzahl stets begrenzt ist, steht im Widerspruch mit einer räumlichen Vorstellung einer *ideologischen* Parteienkonkurrenz, deren Dynamik (langfristig) dazu führt, dass die ideologischen Positionen der Parteien sich einander annähern.

Wenn aber den Ideologien für die politische Konkurrenz eine solch zentrale Rolle zugebilligt wird, dann wird die Frage aufgeworfen, wie diese vereinbar ist mit dem vielfach empirisch festgestellten geringen Ideologie- und Politikverständnis der Wähler. Mit dieser Frage befasst sich der nun folgende Abschnitt.

3.2 Das Problem der uninformierten Wähler und seine Auflösung

[L]imited information need not prevent people from making reasoned choices.

(Lupia und McCubbins 1998: 4, im Original hervorgehoben)

Nach Downs sind Ideologien für Wähler nützlich, weil sie ihnen Informationskosten⁹ ersparen. Sie müssen sich nicht mehr mit allen Details der von den Parteien angekündigten *policies* befassen. Stattdessen können sich die Wähler an den Ideologien der Parteien orientieren, um daraus einerseits abzuleiten, welche Positionen die Parteien zu spezifischen politischen Problembereichen einnehmen und Konsequenzen eine Regierungstätigkeit für sie hat, oder andererseits, um auch die Kosten der Einschätzung der Folgen spezifischer Maßnahmen zu vermeiden, in dem sie die Ideologien selbst mit ihren eigenen Wunschvorstellungen über die Gesellschaft vergleichen (Downs 1957: 98ff).

Der Einwand, dass Parteiprogramme und Wahlprogramme, in denen Parteien ihre politischen Positionen abstecken und die für eine potentielle Regierungstätigkeit geplanten Maßnahmen darlegen, von den wenigsten Wählern tatsächlich gelesen werden, stellt dafür kein wirkliches Problem dar. In Wahlkampagnen, öffentlichen Ansprachen, Presseerklärungen und Fernsehinterviews versuchen Parteien bzw. ihre Kandidaten aktiv, ihre Vorhaben und Positionen in für verschiedene Wählergruppierungen ansprechender und halbwegs verständlicher Weise zu „verkaufen“.

⁹Unter Kosten sind hier nicht unbedingt monetäre Aufwendungen zu verstehen, sondern allgemein Anstrengungen und Aufwendungen, die Individuen eher zu vermeiden suchen. Kostenträchtig in diesem Sinne sind Handlungen, die unter sonst gleichen Bedingungen (*ceteris paribus*) ein geringeres Wohlbefinden zur Folge haben als die Unterlassung dieser Handlungen. Dies schließt zum Beispiel auch Handlungen ein, die einen vermeidbaren Verlust an Freizeit nach sich ziehen.

Das eigentliche Problem ist, dass offenbar die politischen Kenntnisse und die politische Konzeptualisierung vieler Bürger nicht auszureichen scheinen, um sich aus den ideologischen Unterschieden zwischen Parteien einen Reim zu machen. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass diese Positionen zuweilen sehr komplex oder auch uneindeutig sind. Aber selbst wenn die Ideologien Konsequenzen für eine Vielzahl von Politikfeldern haben, können die meisten Wähler dies in ihrer Wahlentscheidung nicht berücksichtigen, weil sie nicht über ein ausreichendes Maß an ideologischer Konzeptbildung verfügen (Converse 1964, 1970).

Die aus den Forschungsarbeiten der Tradition der Michigan-Schule der Wahlforschung zu Tage tretenden Defizite der Wähler hinsichtlich der Kenntnis politischer Konfliktthemen, die in den Wahlkämpfen eine Rolle spielen (Campbell *et al.* 1960: Kap. 8) und hinsichtlich der Fähigkeit, konsistente und stabile Einstellungen zu Konfliktthemen zu äußern (Campbell *et al.* 1960: Kap. 9 u. 10, Converse 1964, 1970) steht offenbar im Widerspruch zu dem Idealbild des „rationalen Wählers“. Dieser rationale Wähler wägt die Auswahl stehenden Alternativen sorgfältig ab, um dann zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen. Er wird nicht nur von der klassischen Theorie der repräsentativen Demokratie vorausgesetzt (vgl. Lupia und McCubbins 1998: 1,17), sondern ist augenscheinlich auch notwendig, um die Annahme rechtfertigen zu können, dass politische Angebote und Appelle von Parteien für die unterschiedlichen Tendenzen der Parteipräferenzen in verschiedenen sozialen Gruppierungen relevant sind. Wie aber in den folgenden Unterabschnitten dargelegt wird, ist eine solche starke Annahme eines „rationalen Wählers“ nicht nötig.

3.2.1 Vernünftige Wähler statt wandelnder Enzyklopädien

Zu vernünftigen Wahlentscheidungen ist eine vollständige und detaillierte Informiertheit über die politischen Angebote und Appelle der Parteien ebensowenig notwendig, wie eine genaue Kenntnis der Trigonometrie und der klassischen Mechanik nötig ist, um erfolgreich Billiard zu spielen.¹⁰ Wie Lupia und McCubbins (1998: 24) darlegen, ist *Wissen (knowledge)*,

¹⁰Damit ist *nicht* gemeint, erfolgreiche Billardspieler würden sich im Sinne Friedmans so verhalten, *als ob* sie Kenntnis der Trigonometrie und der physikalischen Mechanik verfügen (Friedman 1953: 21). Zwar lassen sich die Bewegungen von Billardkugeln durch die physikalische Mechanik mehr oder weniger genau vorhersagen, wenn ein Billardspieler die Kugeln angestoßen hat. Aber das gilt gleichermaßen für einen erfolgreichen wie für einen erfolglosen Billardspieler. Andererseits macht keine noch so gute Kenntnis der physikalischen Mechanik einen guten Billardspieler. Daher verhält sich auch ein noch so guter Billardspieler nicht so, *als ob* er über die Kenntnis der physikalischen Mechanik verfügt. Stattdessen ist sein Kenntnisstand hierüber etwas, von dem man abstrahieren kann. Friedmans (1953) Rede von *as if*-Annahmen ist hier wie überhaupt irreführend. Vereinfachende Annahmen spielen in der Physik, auf die er sich als Vorbild beruft, nicht die Rolle eines „als ob“. Wenn in der Planetenmechanik von der Oberflächenstruktur und dem Volumen der Planeten abgesehen wird, dann bedeutet das, dass diese Eigenschaften der Planeten in dem Modell der Planetenmechanik

im Sinne der Fähigkeit, die Folgen des eigenen Handelns zu antizipieren, nicht gleichzusetzen mit dem Besitz von Information, im Sinne der Kenntnis von Beschreibungen der in der Handlung involvierten Objekte oder dem Besitz von Daten über sie. Die Diagnosen, die angesichts des in Umfragen ermittelten geringen Kenntnisstands der (US-amerikanischen) Wahlbevölkerung deren Fähigkeit zu wohlüberlegten Wahlentscheidungen anzweifeln lassen, fallen deshalb so pessimistisch aus, weil sie die Messlatte für vernünftige Entscheidungen zu hoch hängen. Sie orientieren sich am Idealbild „wandelnder Enzyklopädien“:

The assumption is that people can make reliable predictions about the consequences of their actions *only if* they know a detailed set of facts about these actions. If this assumption is true, then it must also be true that reasoned choices can be made only by *ambulatory encyclopedias* – people who can store and quickly retrieve a detailed set of facts about every decision they make. If, however, the assumption is false, then even individuals who cannot answer simple survey questions or explain the details of proposed legislation may nevertheless be capable of reasoned choice.

(Lupia und McCubbins 1998: 18)

Der Erwerb von Wissen (*learning*) ist eine aktive Tätigkeit. Wissen besteht vor allem darin, dass *Verbindungen* zwischen verschiedenen Erlebnissen hergestellt werden, insbesondere zwischen eigenen Handlungen und ihren Wirkungen. Nützlich sind Informationen dabei nur, insofern sie es ermöglichen, korrekte Verbindungen zwischen unterschiedlichen Erlebnissen herzustellen (Lupia und McCubbins 1998: 20). Wissen ist daher nicht zu identifizieren mit dem Verfügen von – detaillierter oder gar vollständiger – Information, sondern mit der Fähigkeit durch absichtliche Handlungen das eigene Wohlergehen zu fördern oder eigene Ziele zu erreichen. Dieser konnektionistische Wissensbegriff schließt auch die Fähigkeit ein, mittels kognitiver Heuristiken (Sniderman *et al.* 1991, Popkin 1991, Conover und Feldman 1989) fehlende Informationen zu ersetzen (Lupia und McCubbins 1998: 37).

Die Sammlung und Verarbeitung von Information, die zu Wissen im Sinne von *knowledge* führt, ist jedoch mit Kosten verbunden. Einerseits können Menschen nicht Informationen sammeln und gleichzeitig etwas anderes tun. Andererseits bedeutet die Aufnahme bestimmter Informationen und ihre Verarbeitung, dass andere Information nicht aufgenommen und verarbeitet wird (Lupia und McCubbins 1998: 25). Daraus resultieren die Opportunitäts-

nicht berücksichtigt werden müssen, gleich, ob sie diese Eigenschaften haben oder nicht. Das ist aber *nicht* gleichbedeutend mit der Annahme, die Planeten verhielten sich, *als ob* sie keine Oberflächenstruktur oder kein Volumen hätten. Eine solche Aussage wäre einfach sinnlos. Auch die Berechnung der Geschwindigkeit einer fallenden Bleikugel geschieht nicht, *als ob* sie im Vakuum fällt (Friedman 1953: 16), sondern indem die Reibungskräfte außer Acht gelassen werden. Ob die von der Luft ausgeübten Reibungskräfte berücksichtigt werden müssen oder nicht, ist keine empirische Frage, sondern hängt davon ab, wie genau man die Geschwindigkeit der fallenden Kugel bestimmen will.

kosten der Informationssammlung oder -verarbeitung. Die Sammlung und Verarbeitung von Information kann aber auch materielle Aufwendungen und geistige Anstrengungen bedeuten. Dadurch ist sie auch mit Transaktionskosten verbunden (Lupia und McCubbins 1998: 26). Bereits Downs hat schon auf die Kosten der Sammlung und Verarbeitung von Information aufmerksam gemacht und die Schlussfolgerung gezogen, dass es für Wähler durchaus rational sein kann, nicht alle verfügbaren Informationen zu sammeln, sondern die Suche einzustellen, wenn die Kosten der Informationssuche den Nutzen übersteigen, der aus einer wohlinformierten Wahlentscheidung gezogen werden kann (Downs 1957: 220ff).

Über Downs gehen Lupia und McCubbins insofern hinaus, als sie ihre Argumentation mit Erkenntnissen der kognitiven Psychologie untermauern. Zusätzlich unterscheiden sie sich von Downs noch in einem weiteren Aspekt. Downs geht davon aus, dass der Nutzen von Information stets nicht-negativ ist, das heißt, dass Individuen durch den Gebrauch ihrer Informationen keine Verringerung ihres Wohlergehens erleiden können. Nach Lupia und McCubbins kann der Nutzen von Information sehr wohl auch negativ sein, und zwar dann, wenn die Akteure (irrig) Schlussfolgerungen aus der Information ziehen, die ihre Fähigkeit verringern, die Konsequenzen der eigenen Handlungen richtig abzuschätzen (Lupia und McCubbins 1998: 20). Das heißt einfach, dass es ein Irrtum sein kann, gewissen Informationen Glauben zu schenken. Der Schaden dieser Information entspricht dem Verlust an Wohlergehen (*welfare*), den von dieser Information irregeleitete Handlungen zur Folge haben. Diese Schäden können zwei Ursachen haben. Die Information kann selbst fehlerhaft sein, oder aber es werden Fehler bei der Verarbeitung der Information gemacht. Wähler sind dadurch nicht nur vor die Wahl gestellt, ob sie Information sammeln oder die Suche einstellen, sondern auch, welche der verfügbaren Informationen sie zur Kenntnis nehmen und ob sie die verfügbare Information selbst verarbeiten wollen. Allerdings können auch kostensparende Substitute für Information (*cues* und *judgemental shortcuts*) irreführend sein, und zwar mindestens in dem Maße irreführend, wie die Information selbst, die sie ersetzen. Die Notwendigkeit der Entscheidung darüber, welcher Informationsquelle zu trauen ist, wird durch diese Substitute nicht aus der Welt geschafft. Vielmehr sind die Individuen dann mit der Entscheidung konfrontiert, welche dieser *shortcuts* sie erlernen und anwenden sollen (Lupia und McCubbins 1998: 40).

Heuristiken können Informationen bis zu einem gewissen Grad ersetzen. Sie sind aber so nützlich oder unnütz, wie die Information, die ersetzen. Entscheidend ist das Maß an Wissen (*knowledge*), im Sinne der Fähigkeit, die Folgen eigener Handlungen vorhersehen zu können. Dabei ist es gleichgültig, auf welcher Menge an verfügbarer Information diese Fähigkeit beruht. Wenn man davon ausgehen kann, dass Wähler über Wissen in diesem

Sinne verfügen, kann man von ihrem Informationsstand abstrahieren.¹¹

Wissen dieser Art muss erlernt oder erfahren werden (Lupia und McCubbins sprechen hier von *learning*), aber es ist nicht immer möglich oder meistens zu aufwendig, dieses Wissen aus *eigener* Erfahrung zu erlernen. Es gibt aber die Möglichkeit, Wissen von anderen zu erwerben (*learning from others*). In hoch arbeitsteiligen Gesellschaften ist dies sogar die wichtigste Art des Wissenserwerbs. Aber, wie Lupia und McCubbins feststellen, „[l]earning from others requires persuasation“. Erfolgreiche Überredung ist aber an verschiedene Bedingungen geknüpft, die für sich genommen weder notwendig noch hinreichend sind. Diese Bedingungen sind (vgl. Lupia und McCubbins 1998: 43ff)

1. der Überredete geht davon aus, dass der Überredende die gleichen Interessen wie er selbst hat,
2. der Überredende hat sich in der Vergangenheit als glaubwürdig erwiesen,
3. der Überredende hat durch Handlungen, die für ihn selbst Kosten verursachen gezeigt, dass ihm an ihrer eigenen Glaubwürdigkeit und Kompetenz liegt,
4. der Überredende wird durch äußere Umstände, die die Verifikation von Informationen und die Bestrafung von Lügner ermöglichen, dazu motiviert, glaubwürdig und kompetent zu sein.

Die erste Bedingung besteht damit im Einklang, dass sich Wähler häufig von Gesprächspartnern aus der eigenen sozialen Umgebung beeinflussen lassen (Berelson *et al.* 1954, Weatherford 1982, Huckfeldt und Sprague 1987, 1995, Zuckerman *et al.* 1994, 1998, Beck *et al.* 2002, Schmitt-Beck 2003), aber auch, dass sie dabei Gesprächspartner mit den gleichen politischen Grundorientierungen bevorzugen (Finifter 1974, Huckfeldt und Sprague 1987, 1995: Kap. 7).

Die Wirkung von Stellungnahmen von Interessenvertretern einer sozialen Gruppierung (Stinchcombe 1975, Pappi 2000) beruhen ebenso auf der ersten Bedingung, wenn sich die Wähler dieser sozialen Gruppierung zugehörig oder verbunden fühlen (Miller *et al.* 1991). Wenn Gewerkschaften konservative Parteien kritisieren, dann können Arbeiter darin ein Anzeichen sehen, dass die von konservativen Parteien vertretene Politik nicht in ihrem Sinne ist. Mit dem gleichen Erfolg können Kirchenvertreter entsprechende Signale an religiöse, kirchengebundene Wähler senden.

Die zweite, dritte und vierte Bedingung macht deutlich, dass Wähler sich auch an Kommentaren und Empfehlungen von Journalisten und Fachexperten orientieren können. Der

¹¹Das heißt also nicht, dass Wähler, die über für vernünftige Entscheidungen ausreichendes Wissen verfügen, sich so verhalten, *als ob* sie über vollständige Information verfügen. Folgt man Lupia und McCubbins, dann bedeutet das, dass man den Informationsstand unter diesen Umständen vernachlässigen kann.

Erwerb des Status eines Experten ist mit Ausbildungsanstrengungen verbunden, deren Wert durch bewusst falsche Empfehlungen schnell verfallen kann. Ebenso leben Journalisten in der Regel davon, dass sie für sich die Reputation der Glaubwürdigkeit und Kompetenz aufbauen und bewahren können. Gerade die Konkurrenz unter den Massenmedien und den für sie tätigen Journalisten sorgt dafür, dass Falschmeldungen als solche früher oder später aufgedeckt werden.

Wenn aber die Meinungen von Journalisten über bestimmte Ereignisse oder die Meinungen von Fachexperten über bestimmte Sachverhalten auseinandergehen, dann reichen die letzten drei Bedingungen für die Wähler nicht mehr aus, welcher von mehreren konkurrierenden Meinungen sie glauben schenken sollen. Die erste der oben genannten Bedingungen erfolgreicher Überredung, die Bedingung wahrgenommener Übereinstimmung der Interessen, kann dann als *fall-back* fungieren. Wähler können sich dann selektiv den Massenmedien zuwenden oder die Experten konsultieren, mit denen sie ideologisch übereinstimmen (Zaller 1992: Kap. 12, Beck *et al.* 2002, Schmitt-Beck 2003)

Es besteht keine Garantie dafür, dass derartige Kommunikationsprozesse in dem Sinne einwand frei funktionieren, dass sie zu einer „Aufklärung“ (*enlightenment*) der Wähler führen (Lupia und McCubbins 1998: 68). In einem sozialen Gesprächskontext können Minderheitsmeinungen unterdrückt werden (Huckfeldt und Sprague 1988), Medienkonglomerate die mit bestimmten politischen Interessen verbunden sind, können eine Monopolstellung erreichen, wie in Italien unter der zweiten Regierung Berlusconi, auch kann unter Experten ein Konsens bestehen, der sich später als revisionsbedürftig herausstellt (wie Zaller 1992: 321ff am Beispiel der Bewertung der Homosexualität durch die amerikanische Vereinigung der Psychiater veranschaulicht).

Allerdings sind derartige Verzerrungen möglicherweise weder unausweichlich noch zwangsläufig von Dauer. Dem Druck der Mehrheitsmeinung können Wähler bis zu einem bestimmten Maß durch bewusste Wahl ihrer Freunde und Gesprächspartner entkommen (Finifter 1974, Huckfeldt und Sprague 1987). Und wie Zaller (1992: 321ff) zeigt, kann ein „falscher“ Expertenkonsens durch die Dynamik des wissenschaftlichen Fortschritts revidiert werden. Schließlich kann die Bildung eines Informationsmonopols durch entsprechende institutionelle Regelungen verhindert werden, die im Italien zur Zeit der zweiten Regierung Berlusconi offenbar fehlen.

Sofern man von derartigen Verzerrungen absieht, können Wähler die Verarbeitung, Auswertung und Bewertung von politischen Informationen delegieren. Sie müssen nur in der Lage sein, dafür die geeigneten „Gewährsleute“ kennen, die einerseits kompetent genug, andererseits aufgrund gleicher Interessen oder kontextueller Anreize vertrauenswürdig sind.

In einem solchen Fall kann man von der Menge der den Wählern zur Verfügung stehenden Informationen absehen. Angenommen ein Wähler hat die Verarbeitung und Bewertung der politischen Angebote und Appelle der Parteien vollständig an vertrauenswürdige Dritte delegiert, dann wird er von diesen die Empfehlung erhalten, eine Partei zu wählen, deren in ihren Angeboten und Appellen an die Wähler zum Ausdruck gebrachten Zielsetzungen seinen Interessen entspricht – vorausgesetzt natürlich, die Partei selbst ist auch vertrauenswürdig. Zusätzliche Informationen, sofern der Wähler sie korrekt verarbeitet, werden dann kaum zu einer abweichenden Wahlentscheidung führen.

Natürlich kann die tatsächliche Situation eines Wählers von dieser idealen Situation abweichen: Die Partei, die dem Wähler empfohlen wird, kann unaufrichtig sein, also ihre tatsächlichen Zielsetzungen verbergen und Angebote und Appelle an die Wähler richten, die ihre Zielsetzungen nicht erkennen lassen. Die „Gewährsleute“ des Wählers können nicht vertrauenswürdig sein, indem sie dem Wähler Empfehlungen geben, die entweder die tatsächlichen Zielsetzungen der Partei verfälschen oder die Interessenlage des Wählers in verfälschter Weise berücksichtigen. In einem hinreichend transparenten System ist es allerdings wenig wahrscheinlich, dass eine Partei unaufrichtig und gleichzeitig weiterhin erfolgreich sein kann – konkurrierende Parteien würden nur allzuerne auf derartige Unaufrichtigkeiten hinweisen. Auch erscheint es wenig plausibel, davon auszugehen, dass viele Wähler in ihrem Umfeld nur Personen finden, die andere durch ihre soziale Lage bedingte Interessenlagen besitzen und sie dennoch über diese abweichende Interessenlage hinwegtäuschen und in ihrem Sinne zu überreden können. Zumindest kann man es als eine empirische Frage betrachten, wie verbreitet solche Verzerrungen sind und wie stark sie einen Zusammenhang zwischen Angeboten und Appellen von Parteien und den Reaktionsweisen von Gruppierungen von Wählern abschwächen. Insofern dies eine empirische Frage ist, wird sie in Kapitel 5 dieser Arbeit untersucht.

Zumindest bleibt festzuhalten, dass eine geringe Kenntnis der Angebote und Appelle der Parteien die Wähler nicht grundsätzlich daran hindert, eine Wahlentscheidung zu treffen, die die Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung ihrer Interessen mit den – in Angeboten und Appellen zum Ausdruck gebrachten – Zielsetzungen der Parteien in angemessener Weise reflektiert. Hinzuzufügen ist dem noch, dass das von Campbell *et al.* (1960: Kap. 9 u. 10) und Converse (1964) im Bevölkerungsdurchschnitt niedrige Niveau ideologischer Konzeptualisierung und der Nutzen von Ideologien als Mittel zur Senkung von Informationskosten eben *nicht* im Widerspruch zueinander stehen.

Der Nutzen von Ideologien im Sinne von Downs besteht für Wähler ja gerade darin, dass, wenn sie sich ein Urteil über das Ausmaß der ideologischen Zielsetzung einer Partei und

ihren eigenen Werten und Interessen gebildet haben, sie nicht mehr abzuschätzen brauchen, wie sehr die aus diesen Zielsetzungen folgenden technischen *policies* ihren Werten und Interessen entsprechen. Wähler, die zu verschiedenen *policy*-Themen zusammenhangslose „non-attitudes“ äußern, sind möglicherweise einfach diejenigen, die besonders effektiv Informationskosten eingesparen.

Wenn Wähler also wenig Information über die spezifischen Positionen der Parteien zu verschiedenen politischen Themenbereichen keine genaue Kenntnis besitzen, heißt das also noch lange nicht, dass sie nicht zu vernünftigen Wahlentscheidungen in der Lage sind, die die Ziele der jeweiligen Parteien berücksichtigen. Es ist im Sinne der Einsparung von Informationskosten sogar sehr vernünftig, der jeweiligen Partei des Vertrauens die Detailregelung zu einzelnen politischen Problemfeldern zu überlassen. Gerade das ist ja der Sinn der repräsentativen Demokratie. Wichtig ist vielmehr, dass die Wähler wissen, welcher Partei sie vertrauen können, d. h. von welcher Partei sie erwarten können, dass sie ihre Interessen vertritt.

3.2.2 Leichte und schwierige Konfliktthemen

Die Diagnose, dass Wähler zu unwissend sind, um zu sinnvollen Einstellungen zu politischen Streitfragen zu gelangen, und daher nicht in der Lage sind, Kandidaten und Parteien aufgrund ihrer Positionen zu den Streitfragen zu beurteilen, ist jedoch nicht unwidersprochen geblieben. Nie *et al.* (1979) etwa schränken die Gültigkeit dieser Diagnose auf die 1950er Jahre ein, in denen die amerikanische Politik in nur sehr geringem Maße von politischen Kontroversen gekennzeichnet war. Spätestens seit den ideologisch aufgeheizten 1960er Jahren nahm die Kenntnis politischer Streitthemen und ihre Bedeutung für das Wahlverhalten zu (Pomper 1972, Miller *et al.* 1976, Nie *et al.* 1979: Kap. 10) und ebenso die ideologische Konsistenz der Einstellungen (Pomper 1972, Nie und Andersen 1974, Nie *et al.* 1979: Kap. 8. u. 9). Achen (1975) dagegen stellt heraus, dass die festgestellte Instabilität und Inkonsistenz von Einstellungen (Converse 1964, 1970) nicht so sehr auf einen Mangel an politischer Konzeptbildung hinweist, sondern eher Messfehler reflektiert. Des Weiteren ist eine Instabilität der Stellungnahmen eines Wählers zu einem politischen Streitthema nicht immer ein Anzeichen dafür, dass er zu diesem keine genuine Einstellung besitzt. Es kann sich dahinter auch ein Einstellungswandel verbergen (Hill und Kriesi 2001).

Sowohl die bezüglich der Kompetenz in der Beurteilung politischer *issues* pessimistischen Arbeiten der Michigan-Schule als auch die Arbeiten „revisionistischer“ Autoren, die ein Ansteigen des ideologischen Denkens, des Wissens um *issues* und des *issue voting* konstatie-

ren, lassen unberücksichtigt, dass *issues* im kognitiven Schwierigkeitsgrad variieren können. Nach Carmines und Stimson (1980) lassen sich einfache Streitfragen (*easy issues*) von schwierigen Streitfragen (*hard issues*) unterscheiden. Während der Gehalt schwieriger Streitfragen den politisch gering Informierten verborgen bleibt, rufen einfache Streitfragen sowohl bei politisch hoch wie politisch gering Informierten Reaktionen hervor, und zwar in Form von „gut responses“ (Carmines und Stimson 1980: 78), unmittelbaren emotionalen Reaktionen in die eine oder andere Richtung der jeweiligen Streitfragen. Für *easy issues* sind nach Carmines und Stimson (1980: 80) die folgenden Eigenschaften typisch:

1. Sie sind eher symbolisch als technisch.
2. Sie befassen sich eher mit Politikzielen als Mitteln zur Erreichung politischer Ziele.
3. Sie befinden sich schon länger auf der politischen Agenda.

Die ersten beiden Bedingungen für die Einfachheit einer Streitfrage stimmen nach Carmines und Stimson (1980) aber in der Regel überein. Politikziele selbst sind in der Regel symbolisch. *Policies*, die der Erreichung dieser Ziele dienen, sind dagegen in der Regel technisch.

Der mit einer Abschwächung von Parteibindungen einhergehende relativ deutliche Anstieg von *issue voting* den Pomper (1972), Miller *et al.* (1976) und Nie *et al.* (1979: Kap. 10) für die Vereinigten Staaten feststellen, muss demnach auch nicht die Wirkung eines plötzlichen Anstiegs der ideologischer Kompetenz der Wähler infolge kognitiver Mobilisierung (Dalton 1984) sein, sondern kann auch davon ausgelöst sein, dass in den 1960er Jahren verstärkt *easy issues* in die politische Diskussion eingebracht wurden, die mit der emotional höchst aufgeladenen und seit dem amerikanischen Bürgerkrieg ungelösten Rassenfrage verbunden waren. Die in Hinblick auf das *issue*-Verständnis der Wähler und ihr ideologisches Denken pessimistischen Befunde der Michigan-Schule sind dagegen möglicherweise darauf zurückzuführen, dass in den 1950er Jahren kaum *easy issues* auf der politischen Agenda standen.

Ideologien bestimmen, indem sie ein Bild der „guten“ Gesellschaft zeichnen, die Ziele politischen Handelns. Von *easy issues* werden solche Ziele *unmittelbar* in die politische Diskussion eingebracht. Insofern als *easy issues* gleichermaßen die hoch und die wenig informierten Wähler ansprechen, zeigt sich erst, wie Ideologien den Wählern helfen können, Informationskosten zu sparen. Gleichwohl macht es Sinn, ein vertieftes Verständnis von Ideologien mit der Konsistenz und Stabilität von Einstellungen zu *hard issues* zu identifizieren. Aus der Kenntnis der gesamten Implikationen der durch eine Ideologie vorgegebenen Ziele und der Kenntnis über die realen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ergeben sich erst die zur Realisierung der Ziele notwendigen „technischen“ *policies*. Daher wird

sich bei *hard issues* ein *constraint* der Einstellungen im Sinne von (Converse 1964) nur dann zeigen, wenn ein ausreichendes Niveau der ideologischen Konzeptualisierung notwendig ist.

Für die durch „soziale *cleavages*“ geprägte europäische Politik lassen sich leicht eine Reihe *easy issues* angeben, in denen sich ideologische Zielsetzungen unmittelbar manifestieren und von denen man erwarten kann, dass deren Implikationen für die Bevölkerung auch ohne ein hohes Niveau ideologischer Konzeptualisierung einsichtig sind. Zu diesen *issues* gehören zum Beispiel das Streikrecht, betriebliche Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzungen, die Kontrolle der Kirche über das Erziehungswesen, das Recht auf Ehescheidung, die Gleichstellung von Frauen, das Recht auf oder das Verbot von Abtreibungen, die Gleichberechtigung ethnischer Minderheiten und die Gleichstellung von Arbeitsmigranten.

3.2.3 Wählen als reine Leistungsbewertung?

Eine Bewertung der politischen Angebote der Parteien beruht vor allem auf einer Abschätzung der dadurch vorgebrachten Ankündigungen (potentieller) künftiger Regierungstätigkeit. Ein wesentlicher informationeller *short cut* hierfür ist auch die retrospektive Beurteilung der Tätigkeit der Parteien – nach Popkin ist „What have you done for me lately?“ sogar die zentrale Frage der Wähler an die Politiker (Popkin *et al.* 1976, Popkin 1991: 11).

Man kann nach Fiorina (1981: 3ff) zwei Sorten retrospektiven Wählens unterscheiden. Die erste Sorte ist die traditionelle „reward-punishment“-Theorie Fiorina (1981: 6), die in Aussagen wie denen von Key (1966) zu finden ist:

The patterns of flow of the major streams of shifting voters graphically reflect the electorate in its great, and perhaps principal, role as an appraiser of past events, past performance, and past actions. It judges retrospectively; it commands prospectively only insofar as it expresses either approval or disapproval of that which has happened before.
(Key 1966: 61)

In dieser Perspektive beurteilen Wähler die Kompetenz der regierenden Partei(en). Erweist sich eine regierende Partei als inkompetent, weil sie die anstehenden politischen Probleme nicht lösen kann, so wird sie abgestraft, indem an ihrer Stelle die Oppositionspartei gewählt wird. Kann sie die Regierungsprobleme dagegen erfolgreich lösen, so wird sie durch ihre Wiederwahl belohnt. Die zweite Sorte ist das retrospektive Wählen im Sinne von Downs (1957). Wähler ersparen sich die Kosten, die mit der Zurkenntnisnahme und Verarbeitung aktueller Angebote oder Appelle von Parteien verbunden sind, indem sie stattdessen ihre Erwartungen hinsichtlich der Folgen der Realisierung der Angebote und Appelle auf der Grundlage ihrer Erfahrungen mit der früheren Regierungstätigkeit der Parteien bilden.

Nach Downs (1957: 40) ist das retrospektive Wählen allerdings asymmetrisch. Wähler haben nur Informationen über die Folgen der Regierungstätigkeit der Parteien, die auch wirklich an der Regierung sind. Oppositionsparteien werden dagegen anhand ihrer aktuellen Angebote oder Appelle prospektiv beurteilt. Ähnliche Überlegungen implizieren, dass eine reine Kompetenzwahl in einem Mehrparteiensystem nicht möglich ist. Wollen Wähler eine oder mehrere Regierungsparteien abstrafen, indem sie sich den Oppositionsparteien zuwenden, dann haben sie damit noch keine Entscheidungsgrundlage, welcher dieser Parteien sie den Vorzug geben sollen. Nur in einem reinen Zwei-Parteiensystem bleibt ihnen dieses Problem erspart.

Downssches retrospektives Wählen setzt voraus, dass die Wähler die Regierungsparteien auf der Grundlage des *utility income* (Downs 1957: 39) beurteilen, das sie aus der Regierungstätigkeit erhalten, ebenso wie die prospektive Beurteilung der Parteien in einer Antizipation des zu erwartenden *utility income* beruht. Eine retrospektive Beurteilung der Regierungstätigkeit hat den Vorteil, dass Wähler die Kosten der Informationen einsparen können, die sie zur Antizipation der Folgen der Ankündigungen der Parteien brauchen. Medienberichte über die Situation des Landes, aber auch die Betrachtung der eigenen Situation können dabei für die retrospektive Beurteilung die Grundlage bilden (vgl. dazu auch Popkin *et al.* 1976, Popkin 1991: 22ff).

Naheliegender ist es dabei, anzunehmen, dass die Wähler die Folgen der Regierungstätigkeit für die eigene Situation anhand ihrer eigenen Einkommensentwicklung einschätzen (sogenanntes *pocket-book voting*). Dies entspricht aber nicht den tatsächlichen Beurteilungskriterien der Wähler. Sie orientieren sich nicht an der Entwicklung des eigenen Einkommens, sondern an der Wirtschaftsentwicklung des betreffenden Landes insgesamt (Kinder und Kiewiet 1979, 1981, Feldman 1982) oder an der Veränderung der Situation sozialer Gruppierungen (Weatherford 1978, Mutz und Mondak 1997). Dabei hat für die Wähler nicht so viel Gewicht, ob sich die Situation der sozialen Gruppe, der sich die Wähler selbst zugehörig fühlen, insgesamt verbessert oder verschlechtert hat, sondern sie orientieren sich daran, wie sich die Situation der eigenen Gruppe *relativ* zu der Situation anderer Gruppierungen verändert hat. Dabei Gesichtspunkten der Fairness zwischen den Gruppierungen eine entscheidende Rolle (Mutz und Mondak 1997).

Nach Feldman (1982) verwenden Wähler (in den Vereinigten Staaten) soziotropische Kriterien zur Beurteilung der Regierungstätigkeit, weil sie für ihre jeweilige wirtschaftliche Lage vor allem sich selbst verantwortlich machen. Zurückführen lässt sich dies auf die Vorstellung, dass jeder für seine eigene wirtschaftliche Lage verantwortlich ist und der Staat keine Verantwortung trägt oder tragen soll, ein zentraler Bestandteil der amerikanischen po-

litischen Kultur. Wenn die Wähler dagegen der Regierung die Verantwortung für die eigene wirtschaftliche Situation zuschreiben, dann ist nach Feldman *pocket-book voting* durchaus wahrscheinlich.

Wenn Feldmans Interpretation zutrifft, dann hängt das Ausmaß, in dem die Wähler nach der eigenen Westentasche oder nach der allgemeinen Wirtschaftslage entscheiden, davon ab, welcher Ideologie sie folgen. Was Feldman als Bestandteil der amerikanischen politischen Kultur beschreibt, ist im Sinne der Diskussion weiter oben eine in den Vereinigten Staaten vorherrschende Ideologie, eine Orthodoxie, die aber offenbar kaum von einer Heterodoxie herausgefordert wird. Die Ideologie, der die Wähler anhängen, bestimmt demnach, aufgrund welcher Kriterien sie den Regierungserfolg einer Partei retrospektiv beurteilen.

Retrospektives Wählen sowohl im Sinne von Key als auch im Sinne von Downs bedeutet, dass (zumindest potentiell) die Regierungstätigkeit aller Parteien mit dem gleichen Maß gemessen wird. Fiorinas (1981) Ergebnisse zeigen aber, dass das nicht der Fall ist:

Let us take civil rights first. Those dissatisfied because they perceive progress „too slow“ ... tend to vote Democratic even if the Democratic party controls the government and could ostensibly be held accountable for the too-slow progress (e.g., in 1964). Conversely, those dissatisfied because they perceive the pace of black progress as „too rapid“ tend to vote Republican even if that party holds the presidency at the time (e.g., in 1972). The implication is that votes on this issue reflect preferred policy direction more than past dissatisfaction: voters do not leap from frying pan to fire as the myopic model of traditional retrospective voting would have them do. / The situation for the unemployment items is similar. Those experiencing unemployment turn against the incumbent administration – *but only if that administration is Republican* (e.g., in 1972 and 1976). When the incumbent administration is Democratic, those experiencing unemployment have an increased tendency to vote Democratic (e.g., in 1964). Given party images in this area, it appears that those who lose employment during a Democratic administration believe that the alternative can only be worse, particularly when a Goldwater embodies that alternative. (Fiorina 1981: 41)

Wenn Präsidenten unterschiedlicher Parteien mit derart unterschiedlichem Maß gemessen werden, dann läßt sich die Auffassung des Wählens als einer reinen Leistungsbewertung kaum aufrechterhalten. Damit ist natürlich die Frage aufgeworfen, warum die Kandidaten unterschiedlicher Parteien mit unterschiedlichem Maß gemessen werden. Vor dem Hintergrund der Argumentation der vorangegangenen Abschnitte erscheint es plausibel, den Grund darin zu sehen, dass die Wähler unterschiedliche Erwartungen an die Kandidaten unterschiedlicher Parteien haben, eben weil diese Kandidaten unterschiedliche Ideologien verkörpern. Sie messen die Regierungstätigkeit offenbar nicht nur daran, wie sich die Situation im Land sich während der Regierungsperiode geändert hat, sondern auch daran, wie

sich die Situation geändert hätte, wenn eine andere Regierung mit einer unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung im Amt gewesen wäre.

3.2.4 Retrospektives Wählen und Parteiidentifikation

Fiorinas (1981) wichtigster Beitrag zur Wahlforschung ist die Rekonzeptualisierung des von der Michigan-Schule der Wahlforschung eingeführten Konzeptes der Parteiidentifikation (Campbell *et al.* 1954, 1960) als „running tally“ (Fiorina 1981: Kap. 5). Die Parteiidentifikation der Wähler ist demnach die laufende Summe der Bewertungen der politischen Positionen, die ihre Kandidaten in Vergangenheit und Gegenwart eingenommen haben und gegebenenfalls des Regierungshandelns, dass diesen politischen Positionen entspricht. Man kann dies als ein Lernprozess darüber verstehen, welche Positionen die Kandidaten der (amerikanischen) Parteien üblicherweise vertreten und damit welche ideologischen Zielsetzungen für die Parteien jeweils typisch sind – und natürlich auch wie zuverlässig, glaubwürdig und verantwortlich die Parteien im Sinne von Downs (Downs 1957: 103ff) sind. Wären die Bewertungen, die in den „running tally“ einfließen, von den für die Parteien typischen ideologischen Zielsetzungen unabhängig und würden nur von den – wie auch immer unterschiedlichen – Erfolgen bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme abhängen, dann wäre ein *regression to the mean* die Folge: Alle Parteien erhielten dann die gleiche Bewertung, was aber der Entwicklung *unterschiedlicher* Parteiidentifikationen bei unterschiedlichen Wählern widerspricht – es sei denn, die Problemlösungskompetenz oder zumindest das Problemlösungsverhalten von Kandidaten der Parteien unterscheidet sich in systematischer Weise voneinander.

Selbst wenn in den „running tally“ nur die Bewertung des Problemlösungsverhaltens von Kandidaten der verschiedenen Parteien einfließt, kann dies in unterschiedlichen Parteiidentifikationen unterschiedlicher Individuen nur dann resultieren, wenn erstens die Kandidaten unterschiedlicher Parteien nicht alle politischen und gesellschaftlichen Probleme mit der gleichen Priorität behandeln und zweitens nicht alle Wähler den Problemen die gleiche Dringlichkeit zusprechen. Wenn die Kandidaten unterschiedlicher Parteien politischen und gesellschaftlichen Problemen die gleiche Priorität geben und mit dem gleichen Erfolg lösen, dann müssten die Parteien bei den Wählern – und zwar *allen* Wählern – auch die gleiche summarischen Bewertung erhalten. Unterschiedliche Parteiidentifikationen bei verschiedenen Wählern können sich dann gar nicht ergeben. Wenn hingegen alle Wähler sich in ihrer Gewichtung der politischen und gesellschaftlichen Probleme gleichen, dann können sie auch dann nicht zu unterschiedlichen summarischen Bewertungen der Parteien gelangen, wenn

sich die Parteien sehr stark in ihrem jeweiligen Problemlösungsverhalten unterscheiden. Die Partei, die in der Vergangenheit und Gegenwart die Probleme am besten gelöst hat, denen die Wähler die höchste Dringlichkeit oder Wichtigkeit zusprechen, wird bei den Wählern – wiederum *allen* Wählern – die beste summarische Bewertung erhalten. Allerdings fließen nach Popkin (1991: 54) in den „running tally“ nicht nur Leistungsbewertungen der Parteien im Sinne der Bewertung der mehr oder weniger erfolgreichen Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme ein, sondern eben auch die Positionen von Kandidaten der Parteien zu verschiedenen politischen *issues* (vgl. auch Luskin *et al.* 1989, Niemi und Jennings 1991).

Fiorinas Auffassung der Parteiidentifikation als „running tally“ läuft darauf hinaus, dass ein Wähler in einem Lernprozess, der über mehrere Wahlperioden laufen kann, Erwartungen entwickelt, welche Partei am ehesten *issue*-Positionen und *policy*-Prioritäten vertreten wird, die seinen Interessen und Wertorientierungen entsprechen, ohne dass er dabei genau im Gedächtnis behält oder behalten muss, welche Positionen und Prioritäten dies sind. Parteiidentifikation ist demnach ein informationeller *short-cut* (Popkin 1991: 51). Sie ist nicht etwa einfach nur die Disposition, sich eine Partei subjektiv zugehörig zu fühlen, die durch elterliche Sozialisation erworben wird und die von den Einstellungen der Wähler zu politischen Streitthemen und den Positionen der Parteien dieser Streitthemen unabhängig ist. Im Übrigen ist die Parteiidentifikation empirisch nicht so stabil, wie die Autoren des „American Voter“ (Campbell *et al.* 1960) noch angenommen hatten. Die *easy issues*, die in den 1960er und 1970er Jahren an politischer Brisanz gewonnen haben, sind offenbar dafür verantwortlich, dass viele neue Wähler keine Parteiidentifikation übernommen haben, aber auch, dass Wähler mit Parteiidentifikation diese aufgaben (Luskin *et al.* 1989, Carmines *et al.* 1987, Mattei und Niemi 1991, Niemi und Jennings 1991). In ihrer Drei-Wellen-Eltern-Nachwuchs-Studie kommen Niemi und Jennings (1991) sogar zum Schluss:

Indeed, what we referred to as baseline results, involving only 1965 data, suggests that issues play some role in the determination of partisan preferences even as individuals are just embarking adulthood. The number of issues that impinge on partisanship, and the magnitude of their effect, then grow rapidly as adults move into their twenties and thirties. There is no turning back, in these results, to the earlier view.

(Niemi und Jennings 1991: 986)

Dies lässt sich so interpretieren, dass Parteiidentifikation insofern sehr wohl einen *issue*-Gehalt hat, als diese nur beibehalten wird, wenn die Wähler hinsichtlich ihrer Erwartungen über die Positionen der Parteien zu *easy issues* nicht enttäuscht werden – selbst wenn diejenigen, die eine Parteiidentifikation aufweisen, sich an diese *issues* im nachhinein nicht mehr erinnern. Aber genau darin besteht ja der Nutzen einer Parteiidentifikation als Heuristik. Im

Sinne des konnektionistischen Wissensbegriffs reicht es für eine vernünftige Wahlentscheidung aus, zu wissen, welche Partei Zielsetzungen hat, die am ehesten den eigenen Interessen entsprechen, unabhängig davon, wieviel Informationen der einzelne Wähler darüber (im Gedächtnis zur Verfügung) hat.

In den Vereinigten Staaten werden Präsidentschaftskandidaten, aber auch die Kandidaten für Sitze im US-Kongress von den Republikanern und den Demokraten zwar aufgestellt, gleichwohl aber besitzen die Kandidaten eine gewisse Unabhängigkeit von den Parteien – wie Popkins (1991: 48f) Beispiele zeigen, kann ein Präsidentschaftskandidat nicht immer mit der Unterstützung durch Senatoren und andere politische Amtsträger rechnen, die der gleichen Partei angehören, wie er selbst. Eine Wahlentscheidung ist mithin primär eine Entscheidung zwischen Kandidaten und nicht zwischen Parteien. Wenn nun Präsidentschaftskandidaten aus wahltaktischen Gründen ihre Positionen zu politischen Streitfragen nicht sehr deutlich machen oder, wie in den 1950er Jahren, keine hochkontroversen *easy issues* öffentlich diskutiert werden, die die Kandidaten zu einer Stellungnahme zwingen, kann die Parteiidentifikation bei der Entscheidungsfindung zugunsten des einen oder anderen Kandidaten hilfreich sein. Wenn aber die Kandidaten deutliche Positionen zu hochkontroversen *easy issues* beziehen und ebenso deutlich von den Exponenten ihrer Parteien unterstützt werden, dann können die Wähler – direkt oder mit Hilfe von Meinungsführern – daraus einen Eindruck über die eventuell geänderten politischen Zielsetzungen der Parteien gewinnen, wie es eben in den 1960er und 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten geschehen ist.

In den parlamentarischen Systemen der meisten europäischen Länder ist es dagegen zu meist kaum sinnvoll, zwischen den *issue*-Positionen von Kandidaten für Regierungsämter und den *issue*-Positionen der Parteien zu unterscheiden. Da es die Vertreter der Parteien im Parlament sind, die die Regierung wählen, ist die Wahlentscheidung primär eine Entscheidung darüber, welcher Partei der Vorzug zu geben ist. Insofern ist kaum zu erwarten, dass sich die Parteiidentifikation der Wähler deutlich von ihrer aktuellen Parteipräferenz unterscheidet. Das heißt aber *a fortiori*, dass Wähler ihre Parteiidentifikationen ändern, wenn sie ihre Parteipräferenz aufgrund der Positionen der Parteien zu politischen Streitfragen verändern. In der Parteiidentifikation der Wähler wird sich daher kaum weniger eine summarische Bewertung ihrer aktuellen und vergangenen *issue*-Positionen und Leistungen verbergen als in den Vereinigten Staaten. Es ist womöglich sogar wahrscheinlicher, dass die Wähler ihre Parteiidentifikation aufgrund von Informationen über veränderte Zielsetzungen der Parteien „auf den neuesten Stand“ bringen, als es in den Vereinigten Staaten der Fall wäre.

In der Parteiidentifikation drückt sich demnach (auch) aus, wie sehr Wähler mit den Ziel-

setzungen einer Partei übereinstimmen, wenn diese Zielsetzungen für deren Positionen zu politischen Streitfragen und dem Problemlösungsverhalten an der Regierung maßgeblich sind. Dass auf diesem Wege die Ideologien der Parteien für Parteien für Parteipräferenzen bestimmend sind, steht demnach auch nicht im Widerspruch zu den Befunden von Campbell *et al.* (1960) und Converse (1964), dass nur sehr wenige amerikanische Wähler Parteien in explizit ideologischem Vokabular beurteilen. Wenn Parteien gewissermaßen Ideologien verkörpern (weil diese ihre *raison d'être* sind), dann enthält für diejenigen, die schon eine Parteiidentifikation besitzen, eine explizit ideologische Beurteilung in der Regel keine für die Wahlentscheidung bedeutsame zusätzliche Information.

3.2.5 Zusammenfassung

Die vorausgegangenen Überlegungen befassen sich mit Problem der uninformierten Wähler. Dieses Problem wurde dadurch aufgeworfen, dass einerseits in der Diskussion um die Veränderung des Zusammenhangs zwischen sozialen Merkmalen und der Parteipräferenz die Forderung laut wurde, die Wirkung der politischen Angebote der Parteien für diesen Zusammenhang zu untersuchen, und dass andererseits die Wähler offenbar wenig von diesen politischen Angeboten wissen und auch kaum ideologisch denken. Die Auflösung dieses Problems besteht nun im Wesentlichen darin, dass zwischem einem geringen Informationsstand der Wähler und ihrer Fähigkeit, im Einklang mit ihren Interessen und Wertorientierungen auf die politischen Angebote und Appelle der Parteien zu reagieren, kein Widerspruch besteht. Von dem Ausmaß an Detailkenntnis der Wähler über diese Angebote und Appelle kann abstrahiert werden. Stattdessen können sich die Wähler an verschiedenen Heuristiken und *short cuts* orientieren, die fehlende Detailkenntnis ersetzen, ja sogar überflüssig machen können. Zu diesen *short cuts* gehören die Orientierung an den Ratschlägen politisch involvierter Meinungsführer, an *easy issues*, die unabhängig vom Informationsstand unmittelbare emotionale Reaktionen – „gut responses“ – hervorrufen und an den Erfahrungen, die die Wähler bereits mit der politischen Tätigkeit der Parteien gesammelt haben. In diesem Zusammenhang hat sich auch gezeigt, dass die Parteiidentifikation offenbar dazu dienen kann, diese Erfahrungen der Wähler mit den Parteien zu speichern. Jene langfristig wirksame Neigung der Wähler, sich für eine Partei zu entscheiden, ist eben mehr als eine rein psychologische Disposition. In ihr manifestiert sich vielmehr die Übereinstimmung der Wähler mit der ideologischen Grundausrichtung einer Partei.

3.3 Ununterscheidbare Parteien, unvernünftige Wähler?

Die Argumentation des vorliegenden Kapitels sollte zeigen, dass es in der Tat lohnend ist, nach den wichtigsten Aspekten der Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler und den Reaktionen von Wählern aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen auf diese Angebote und Appelle zu fragen. In der Einleitung wurden zwei Preliminarfragen formuliert, von deren Beantwortung es abhängt, ob die eigentliche Fragestellung dieser Arbeit überhaupt sinnvoll ist:

- Welche Gründe gibt es dafür, dass Parteien politische Angebote machen, die unterschiedliche soziale Gruppierungen unterschiedlich stark ansprechen?
- Wie ist es möglich, dass die Angehörigen sozialer Gruppen zumindest im Aggregat mehr oder weniger sinnvoll auf die politischen Angebote und Appelle der Parteien reagieren, wenn sie als Individuen diese falsch oder überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen?

Die Beantwortung der ersten dieser beiden Fragen ergibt sich aus der Rolle der Ideologien für das Ringen der Parteien um politische Macht. Ideologien – verstanden als verbalisierte Konzeptionen des normativ richtigen Aufbaus der Gesellschaft – bilden den Ausgangspunkt aller größeren politischen Kontroversen. Wenn Politik eben auch die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeutet und nicht nur seine Verwaltung, ist dies auch kaum erstaunlich. Da Ideologien für die meisten Parteien der Existenzgrund sind, können sie ihre Ideologie nicht so ohne Weiteres abstreifen. Dies käme einem Verlust der eigenen „Identität“ und der Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählern gleich. Parteien, die sich anfänglich in ihren Ideologien unterscheiden, können daher nicht einfach zu allen politischen Streitfragen die Position des *median voter* einnehmen, um so den größten Anteil der Wählerschaft für sich zu gewinnen. Entsprechend sind sie darauf angewiesen, Segmente der Wählerschaft mit ihren politischen Angeboten zu umwerben, die sich durch soziale Merkmale abgrenzen lassen. Die Verbreitung von Ideologien über Ländergrenzen hinweg und ihre enge Beziehung zu sozialen Konflikten – diese erhalten durch Ideologien erst eine Interpretation als *gesellschaftliche* Konflikte – erklärt auch ohne Zurhilfenahme problematischer makrosoziologischer Schemata, warum sich die für die westeuropäischen Länder typischen „cleavage“-Strukturen und Parteiensysteme ausgebildet haben und im Sinne von Lipset und Rokkan (1967a) „eingefroren“ sind.

Die Beantwortung der zweiten dieser beiden Fragen ergibt sich daraus, dass es kein Widerspruch ist, wenn einerseits Wähler über die politischen Vorhaben der Parteien wenig wis-

sen sowie ideologische Begrifflichkeit kaum verwenden und verstehen und andererseits die ideologischen Zielsetzungen und die sich daraus ergebenden Regierungsvorhaben und politischen Angebote für die Bewertung der Parteien durch die Wähler ausschlaggebend sind. Um zu einer vor dem Hintergrund der eigenen Interessen und Wertorientierungen vernünftige Wahlentscheidung zu gelangen, müssen Wähler keine politischen Experten oder gar „wandelnde Enzyklopädien“ sein. Vielmehr ist es für einen Großteil der Wähler sogar rational, wenig Information zu sammeln und zu verarbeiten. Sie können sich die Kosten dafür ersparen, indem sie Heuristiken, Meinungsführer oder ihre eigenen Erfahrungen mit der Tätigkeit der Parteien zu Rate ziehen. Außerdem sind nicht alle politischen Streitfragen von einer solchen Schwierigkeit, dass sie nur von politischen Experten beurteilt werden können. Es gibt auch politische Streitfragen, in denen die unterschiedlichen politischen Zielsetzungen der Parteien recht deutlich zum Ausdruck kommen und die die Interessen und Wertorientierungen der Wähler – oder doch einiger Gruppierungen der Wähler – unmittelbar berühren. Insbesondere dann, wenn dabei eine Veränderung der Ideologien einiger Parteien sichtbar wird, kann das auch zur Folge haben, dass Wähler ihre bisherigen Erfahrungen mit den Parteien zurückstellen und ihre Parteibindungen ändern.

Nachdem die besagten Präliminarfragen beantwortet worden sind, kann nun zur eigentlichen Fragestellung der Arbeit übergegangen werden. Den Anfang macht das folgende Kapitel, das sich mit den den wichtigsten Aspekten der Angebote und Appelle befasst, die die Parteien in ihren Wahlprogrammen an die Wähler richten.

Kapitel 4

Die Struktur der politischen Angebote und Appelle westeuropäischer Parteien und die Unterscheidbarkeit von Parteifamilien

Politische Angebote und Appelle sind kommunikative Akte der Kandidaten und Parteien, mit denen sie um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler werben. Damit versuchen sie, die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger dazu zu überreden oder davon überzeugen, dass im ihrem Interesse oder im Sinne des Allgemeinwohls ist, sie zu wählen. Dazu müssen sie Ziele formulieren und Wege zu ihrer Erreichung benennen, die den Wählern überzeugend oder attraktiv erscheinen können. Damit diese eine gewisse Verbindlichkeit erhalten und damit eine Grundlage vorhanden ist für ihre Verbreitung über Medien und Wahlkampagnen sowie für die Überzeugungsarbeit von Parteiaktivisten, werden diese in der Regel in die schriftliche Form von Wahlprogrammen gegossen. Die Wahlprogramme, die Parteien anlässlich allgemeiner Wahlen veröffentlichen, können daher als ein Indikator der politischen Angebote angesehen werden, die von den Parteien und Kandidaten ausgehen. Kandidaten einzelner Wahlkreise können in ihren Ansprachen an die Wählerschaft dieser Wahlkreise von diesen programmatischen Ankündigen in der Regel nur so weit abweichen, als sie die Implikationen der Ankündigungen für einzelne Wahlkreise aufzeigen. Andernfalls laufen sie Gefahr, einerseits von der Partei selbst als Abweichler von der Parteilinie kritisiert oder andererseits, wenn die Öffentlichkeit von Abweichungen Kenntnis gelangt, sogar als Wahlbetrüger diffamiert zu werden, weil sie Versprechungen machen, die die Partei, die sie ins Rennen schickt, gar nicht zu halten beabsichtigt. Wahlprogrammen dürften daher zum Ausgangs- und Bezugspunkt aller weiteren Werbungsaktivität der Parteien werden. Will man die Einflüsse der politischen Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler auf deren Parteipräferenzen untersuchen, so bilden die Wahlprogramme denn auch den besten Ausgangspunkt. Die Daten des *Comparative Manifesto Project* (CMP) bieten hierfür eine einmalige Grundlage. Sie stellen den bislang einzigen Datensatz dar, in dem Wahlprogramme von Parteien ver-

schiedener Länder über einen längeren Zeitraum in quantitativer Form zusammengestellt sind.

Hinter der Konstruktion der Daten des CMP aus den Wahlprogrammen steht die Salienztheorie der politischen Angebote und Appelle von Parteien. In ihrer ursprünglichen Form läuft diese Theorie darauf hinaus, dass sich Parteien vor allem in der unterschiedlichen Betonung mehr oder weniger konsensualer Ziele unterscheiden, für deren Verwirklichung sie sich eine positive Reputation erworben haben (Robertson 1967, Budge und Farlie 1977, 1983a, Budge *et al.* 2001: Kap. 3). Gleichwohl sind in der Literatur bereits verschiedene Versuche unternommen worden, aus den vom CMP zusammengestellten Wahlprogrammen Positionen der Parteien auf einer oder mehreren ideologischen Links-Rechts-Dimension zu rekonstruieren (Budge *et al.* 1987, Laver und Budge 1992, Laver und Garry 2000, Volkens 1996, Bartolini und Mair 1990, Gabel und Huber 2000). Dies lässt sich aber nur dadurch rechtfertigen, dass Parteien durch die Betonung von Politikzielen durchaus kontroverse Positionen beziehen (Budge *et al.* 1987, Laver und Budge 1992, Laver und Garry 2000, Volkens 1996, Bartolini und Mair 1990, Gabel und Huber 2000).

Im vorangegangenen Kapitel ist auf die zentrale Rolle von Ideologien für Parteien, als deren *raison d'être*, hingewiesen worden, sowie auf die Rolle der Ideologien bei der Beurteilung der Parteien durch die Wähler. Es sollte daher zu erwarten sein, dass sich die ideologischen Positionen der Parteien auch in ihren Angeboten und Appellen widerspiegeln. Zu betonen ist aber, dass aus den Überlegungen des vorangegangenen Kapitels *nicht* folgt, dass sich die Angebote und Appelle der Parteien, oder gar deren Ideologien selbst, auf eine oder einige wenige Dimensionen reduzieren lassen. Allenfalls lässt sich aus diesen Überlegungen ableiten, dass sich die Angebote und Appelle der Parteien, sofern sie denn deren Ideologien widerspiegeln, mehr oder weniger deutlich voneinander unterscheiden und dass diese Unterschiede nicht schlagartig entstehen oder verschwinden werden. Das bedeutet zwar, dass Parteien mit unterschiedlichen ideologischen Positionen in dem einen oder anderen kontroversen politischen Themenbereich unterschiedliche Positionen, aber nicht, dass sie zu sämtlichen Themenbereichen unterschiedliche Positionen einnehmen. Das aber wäre die Voraussetzung dafür, dass sich die politischen Angebote und Appelle der Parteien auf eine einzige ideologische Dimension reduzieren lassen. Wieviele Dimensionen notwendig sind, um die Unterschiede zwischen den politischen Angeboten und Appellen der Parteien angemessen zu beschreiben, ist daher eine prinzipiell empirische Frage. Aufgabe des vorliegenden Kapitels ist es denn auch, die für die Beschreibung der politischen Angebote und Appelle relevanten Dimensionen aus den Wahlprogrammen herauszuarbeiten und darauf aufbauend eine Beschreibung der Angebote und Appelle der Parteien zu liefern, die die

Untersuchung ihres Einfluss auf die Parteipräferenzen der Wähler zu ermöglichen, welche Gegenstand des nachfolgenden Kapitels ist.

Zunächst einmal geht es darum, die konzeptionellen Grundlagen der Beschreibung der politischen Angebote und Appelle der Parteien zu legen. Dies ist Gegenstand des ersten Abschnitts dieses Kapitels. Darin werden die verschiedenen Grundsatzentscheidungen dargestellt, die dieser Beschreibung zugrunde liegen. Die erste Grundsatzentscheidung besteht in der Beantwortung der Frage, ob bei der Herausarbeitung der wichtigsten Dimensionen der politischen Angebote und Appelle sämtliche verfügbaren Wahlprogramme verwendet werden sollen oder diese Dimensionen für jedes einzelne Land oder sogar für jede einzelne Wahl separat zu rekonstruieren sind. Die zweite Grundsatzentscheidung besteht in der Beantwortung der Frage, ob zwischen verschiedenen politischen Themenbereichen unterschieden werden muss oder ob sich die verschiedenen politischen Ziele die in den Wahlprogrammen angesprochen werden zu einem einzigen „ideologischen“ Themenbereich zusammengefasst werden können. In diesem Abschnitt wird dafür argumentiert, dass, wenn die politischen Angebote und Appelle von Parteien aus unterschiedlichen Ländern verglichen werden sollen, die Wahlprogramme sämtlicher relevanter Parteien zu allen verfügbaren Zeitpunkten simultan in die Analyse einbezogen werden müssen. Des Weiteren wird dafür argumentiert, dass es sinnvoller ist, zwischen verschiedenen politischen Themenbereichen zu unterscheiden, als alle Politikziele zu einem einzigen Themenbereich zusammenzufassen. Der erste Abschnitt befasst sich auch mit einigen methodischen Herausforderungen, die sich bei der Analyse der CMP-Daten stellen. In der Form, in der diese Daten vorliegen, sind diese nämlich für klassische Verfahren der multivariaten Datenanalyse nicht geeignet. Diese Verfahren, zu denen auch die in der Literatur mehrfach auf die CMP-Daten angewandte Hauptkomponentenanalyse gehört, lassen sich nur dann sinnvoll anwenden, wenn die Beziehungen zwischen den relevanten Variablen im wesentlichen linear sind. Wie in dem Abschnitt gezeigt wird, ist dies aber nicht der Fall. Statt dessen wird ein Verfahren vorgestellt, das die methodischen Probleme löst, indem es die nicht-lineare Transformation der CMP-Daten mit einer metrischen Entfaltungsanalyse kombiniert.

Der zweite Abschnitt befasst sich mit der Herausarbeitung der für die in den Wahlprogrammen ausgedrückten Angebote und Appelle relevanten Dimensionen, sowie mit der Beschreibung der Angebote und Appelle der Parteien auf der Grundlage dieser Dimensionen. In diesem Zusammenhang werden die verschiedenen politischen Themenbereiche vorgestellt, die bei dieser Analyse unterschieden werden, sowie die durchschnittlichen Positionen der Parteifamilien, die diese in den verschiedenen Themenbereichen einnehmen.

4.1 Grundlagen und Probleme der rekonstruktion politischer Positionen von Parteien

Das *Comparative Manifesto Project* stellt eine bislang einzigartige Bemühung dar, die Texte der Wahlprogramme in den meisten fortgeschrittenen Demokratien in quantative Form zu übertragen und sie der wissenschaftlichen Gemeinschaft zugänglich zu machen. Aus den Bemühungen des *Comparative Manifesto Project* ist ein Datensatz hervorgegangen, der Wahlprogramme von 288 Parteien aus 25 Nationen anlässlich 364 Wahlen innerhalb des Zeitraums von 1945 bis 1998 berücksichtigt (Budge *et al.* 2001). Diese Wahlprogramme sind denn auch die Untersuchungseinheiten des Projekts. Die Merkmale, auf die hin die Wahlprogramme analysiert und codiert wurden, sind die Anteile an ihrem Gesamttext, die auf die Thematisierung und Auseinandersetzung mit insgesamt 56 politischen Problembereichen und Zielen entfallen. Entsprechend enthält der vom *Comparative Manifesto Project* herausgegebene Datensatz (der im folgenden kurz CMP-Datensatz genannt wird) 56 Variablen, die die den politischen Problembereichen und Zielen entsprechenden Prozentzahlen enthalten, sowie einige weitere Variablen, die die Herkunft der Wahlprogramme und einige zusammenfassende Merkmale dieser Wahlprogramme beschreiben.

Wenn sich die Ideologien von Parteien darin äußert, dass sie Positionen zu politischen Kontroversen beziehen, dann ist es aufschlussreich, diese Positionen aus den Wahlprogrammen der Parteien herauszuarbeiten. Eine solche Aufgabe ist allerdings methodisch anspruchsvoll. Der vorliegende Abschnitt befasst sich mit der Begründung eines Verfahrens für die Herausarbeitung dieser kontroversen Positionen. Dabei wird zunächst auf die bereits erwähnten Richtungsentscheidungen eingegangen, die diesem Verfahren zugrunde liegen. In dem ersten Unterabschnitt wird begründet, warum das Verfahren auf die über alle westeuropäischen Länder gepoolten Datensatz verwendet wird, und im zweiten Unterabschnitt wird begründet, warum das Verfahren in Form einer separaten Analyse unterschiedlicher politischer Themenbereiche annimmt. Anschließend wird gezeigt, dass sich klassische Verfahren der multivariaten Datenanalyse sich nicht sinnvoll direkt auf die CMP-Daten anwenden lassen. Der darauffolgende Unterabschnitt entwickelt ein Modell einer nicht-linearen Beziehung zwischen den Betonungen politischer Ziele in den Wahlprogrammen von Parteien und den Positionen der Parteien in kontroversen politischen Themenbereichen. Abschließend befasst sich ein Unterabschnitt mit dem Verfahren der multidimensionalen Entfaltung, mit dem die Positionen der Parteien zu den Themenbereichen politischer Kontroversen rekonstruiert werden.

4.1.1 Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bezugsrahmens der Analyse

Die aus der Literatur (Budge *et al.* 1987, Laver und Budge 1992, Laver und Garry 2000, Volkens 1996, Bartolini und Mair 1990, Gabel und Huber 2000) bekannten Versuche, Parteien auf der Grundlage ihrer in den Daten des *Comparative Manifesto Project* zusammengefassten Wahlprogrammen Positionen auf einer oder mehreren Links-Rechts-Achsen zuzuordnen, lassen sich als räumliche Modelle der Wahlprogramme auffassen. Darunter ist zu verstehen, dass den Wahlprogrammen Punkte in einem ein- oder mehrdimensionalen euklidischen Raum zugeordnet werden, in dem die euklidischen Distanzen zwischen diesen Punkten die Unterschiede zwischen den Wahlprogrammen ausdrücken. Je größer die euklidische Distanz zwischen zwei Punkten, desto größer ist der Unterschied zwischen den Wahlprogrammen, denen diese Punkte zugeordnet werden. Ein solches Modell liegt auch dem Verfahren zugrunde, das in diesem Kapitel entwickelt und angewandt wird. Alle diese Verfahren stimmen darin überein, dass sie die vielen Variablen des CMP-Datensatzes zu einigen wenigen Indikatoren zusammenfassen, die die Dimensionen bzw. Koordinatenachsen des räumlichen Modells bilden. Derartige Koordinatenachsen werden im Folgenden auch als *politische Dimensionen* bezeichnet. Sie unterscheiden sich allerdings, in der Art und Weise wie diese Indikatoren konstruiert werden.

Laver und Budge (1992), Klingemann *et al.* (1994: 38ff), Volkens (1996) und Budge *et al.* (2001: 21ff) konstruieren Indizes aus Summen und Differenzen von CMP-Variablen. Variablen, die „linke“ bzw. „rechte“ Politikziele repräsentieren, werden aufsummiert und diese Summen anschließend voneinander abgezogen. Laver und Garry (2000: 628f) teilen diese Differenzen wiederum durch die Summe dieser beiden Summen. Sie konstruieren auf diese Weise zwei Links-Rechts-Indizes, die zwei unterschiedliche ideologische Dimensionen abbilden sollen, eine wirtschaftspolitische und eine gesellschaftspolitische Dimension. Die von ihnen berechneten Quotienten haben die Aufgabe, die zeitlich schwankende Salienz dieser beiden Dimensionen von den Positionen zu trennen, die die Parteien mittels ihrer Wahlprogramme auf diesen Dimensionen einnehmen. Da diese Indikatoren auf einfachen ungewichteten Summen der Variablen basieren, erfolgt die Konstruktion dieser Indikatoren zwangsläufig für alle Länder und Zeitpunkte auf die gleiche Weise.

Wenn aber die Konstruktion der Indikatoren auf Hauptkomponentenanalysen und daraus gewonnenen *scores* beruht (Bartolini und Mair 1990: 198f, Klingemann 1995, Gabel und Huber 2000), ergeben sich einige weitere Optionen. Die Hauptkomponentenanalysen können separat für jedes einzelne untersuchte Land, separat für unterschiedliche Zeiträume und sogar separat für jeden einzelnen Zeitpunkt durchgeführt werden (Beispiele dieser

unterschiedlichen Strategien finden sich bei Gabel und Huber 2000). Derart separate Analysen können von der Frage motiviert sein, ob sich der politische Gehalt der ideologischen *labels* „Rechts“ und „Links“ über die Zeit hinweg verändert und ob er überhaupt in allen Ländern der gleiche ist. Für deartige zeitliche Veränderungen scheint zu sprechen, dass seit den 1970er Jahren neue nicht-materialistische *cleavages* zulasten von materialistischen, auf den Klassenkonflikt bezogenen *cleavages* an Bedeutung gewonnen haben und für die Unterscheidung zwischen „Rechts“ und „Links“ maßgeblich geworden sind (Inglehart und Rabier 1986). Ebenso scheint für länderspezifische Hauptkomponentenanalysen zu sprechen, dass die Parteiensysteme unterschiedlicher Länder unterschiedliche *cleavage*-Strukturen aufweisen (Lipset und Rokkan 1967a). Allerdings hat eine solche Verfahrensweise den Nachteil, dass Positionen, die eine Partei zu unterschiedlichen Zeitpunkten einnimmt, nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden können. Wie soll man feststellen können, ob etwa die SPD seit den 1950er Jahren nach „links“ oder „zur Mitte“ gerückt ist, wenn erstens nicht sichergestellt ist, dass die Koordinatenachsen zu den verschiedenen Zeitpunkten den gleichen Maßstab haben, und zweitens nicht sicher ist, dass die beiden Koordinatenachsen überhaupt die gleiche Bedeutung haben (gerade diese Möglichkeit soll ja durch eine separate Analyse zu unterschiedlichen Zeitpunkten eröffnet werden)? Ebensowenig sind dann auch Positionen von Parteien unterschiedlicher Länder vergleichbar, wenn die Koordinatensysteme für die Positionsbestimmung in diesen Ländern unterschiedlich sein können (was ebenfalls geradezu die Absicht ist, die hinter einer länderspezifischen Analyse steht). Um Positionen von Parteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten von Parteien unterschiedlicher Länder vergleichen zu können, braucht es ein *gemeinsames* Koordinatensystem. Ein solches gemeinsames Koordinatensystem kann man aber nur erhalten, wenn man es auf der Grundlage einer Analyse (z. B. einer Hauptkomponentenanalyse) erstellt, die simultan *alle* Wahlprogramme von Parteien und Zeitpunkten berücksichtigt, die miteinander verglichen werden können. Dieses Verfahren haben denn auch Gabel und Huber (2000) auf die Daten des CMP angewandt.

Ein solches gemeinsames Koordinatensystem schließt nicht die Untersuchung veränderlicher Bedeutungen von „Links“ und „Rechts“ oder der „Links-Rechts-Dimension“ aus. Eine solche Untersuchung besteht ja darin, politische Gegensätze zwischen den Parteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu vergleichen. Die Hypothese, die Bedeutung des Gegensatzes zwischen „Links“ und „Rechts“ habe sich von der eines wirtschaftspolitischen Gegensatzes zu der eines Gegensatzes zwischen Beteiligungswerten und soziokulturell konservativen Werten verlagert, lässt sich so interpretieren, dass sich Parteien, die früher als „links“ oder „rechts“ bezeichnet wurden, vor allem hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Positionen unterscheiden, sich nunmehr hinsichtlich der Positionen zur Legitimität verschiebender Leben-

stile unterscheiden. Wenn man die Klassifikation von Parteien als „linke“ oder „rechte“ Parteien konstant hält, dann lässt sich diese Hypothese einfach dadurch überprüfen, dass die mittlere Position „linker“ bzw. „rechter“ Parteien auf den Koordinatenachsen zu unterschiedlichen Zeitpunkten verglichen wird. Ein solches Verfahren setzt allerdings voraus, dass die Klassifikation der Parteien in „linke“ oder „rechte“ konstant gehalten wird. Dies kann zum Beispiel durch Diskrimanzanalysen für unterschiedliche Zeitpunkte auf der Basis der Klassifikation der Parteien und den Positionen auf den Koordinaten geschehen. Eine alternative Methode, die auf eine *a priori*-Klassifikation der Parteien verzichtet, kann darin bestehen, für unterschiedliche Zeitpunkte eine Hauptkomponentenanalyse der Positionen der Parteien im Koordinatensystem durchzuführen und die jeweilige erste Hauptkomponente als „Links-Rechts-Achse“ zu interpretieren. Erst das gemeinsame Koordinatensystem ermöglicht es dabei, die Ergebnisse für die unterschiedlichen Zeitpunkte zu vergleichen.

4.1.2 Politische Themenbereiche und die Unterscheidung von Positionen und Salienzen

Den schon erwähnten Versuchen, aus vom *Comparative Manifesto Project* zusammengetragenen und aufbereiteten Wahlprogrammen politische oder gar ideologische Dimensionen herauszuarbeiten, liegt die Annahme zu Grunde, dass Parteien, indem sie einzelne politische Ziele mehr oder weniger Betonen, ihre politischen oder ideologischen Positionen auf diesen Dimensionen zum Ausdruck bringen. Die geringere oder größere Betonung von politischen Zielen kann aber auch andere Gründe haben, die von den Positionen der Parteien auf politischen Dimensionen unabhängig sind. Es ist daher sinnvoll, zwischen der Position von Parteien auf politischen Dimensionen und den *Salienzen* dieser Dimensionen zu unterscheiden (Laver 2001). Dies wird ersichtlich, wenn man sich vor Augen hält, dass politische Ziele unterschiedlichen Themenbereichen angehören können. So ist es möglich, dass die Betonung sämtlicher wirtschaftspolitischer Ziele insgesamt höher ist, wenn die betreffende Wahl zu einem Zeitpunkt stattfindet, in dem sich das betreffende Land in einer wirtschaftlichen Krise befindet. Umgekehrt kann die Betonung sämtlicher wirtschaftspolitischer Ziele sinken, wenn sich das Land in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs befindet und wirtschaftspolitische Probleme gegenüber z. B. den kulturellen Folgen eines gesellschaftlichen Wandels in den Hintergrund geraten. Dann können in sämtlichen Parteien diejenigen Ziele stärkere Betonung erfahren, in denen sie sich für oder gegen traditionelle Lebensstile aussprechen. Laver und Garry (vgl. 2000: 628f) trennen diese Salienzen von politischen Dimensionen und Positionen auf den politischen Dimensionen, indem sie ihre

additiven Indizes für die ökonomische Links-Rechts-Dimension und die für die gesellschaftliche Links-Rechts-Dimension durch die Summe der Betonungen der Politikziele teilen, die sie dem wirtschaftspolitischen Themenbereich bzw. dem gesellschaftspolitischen Themenbereich zuordnen. Eine solche Verfahrensweise setzt natürlich voraus, dass die Einordnung von Politikzielen in politische Themenbereiche schon von vornherein festgelegt wird. Wenn man dagegen versucht, die Positionen von Parteien durch eine Hauptkomponentenanalyse zu ermitteln, die gleichzeitig sämtliche Politikziele repräsentierenden Variablen einbezieht, dann kommt das dem Verzicht auf eine solche *a priori*-Einordnung von Politikziele in Themenbereichen gleich. Alternativ besteht allerdings die Möglichkeit, Hauptkomponentenanalysen separat für die verschiedenen Themenbereiche durchzuführen, so wie es bei Bartolini und Mair (1990: 196ff) und in Budge *et al.* (1987) geschehen ist (vgl. Budge 1987: 32).

Selbst wenn man von den noch schwerwiegenderen Problemen absieht, die im folgenden Abschnitt beschrieben werden, stellt schon die Zugehörigkeit von Politikzielen zu politischen Themenbereich ein gravierendes Problem für eine Hauptkomponentenanalyse dar. Dies lässt sich an einem Beispiel demonstrieren, in dem die Politikziele „Verstaatlichungen“ und „Freies Unternehmertum“ unterschiedliche wirtschaftspolitische Auffassungen markieren, während die Ziele „Förderung traditioneller Lebensweisen“ und „Förderung nicht-traditioneller Lebensweisen“ unterschiedliche gesellschaftspolitische Auffassungen markieren. *Prima facie* ist zu erwarten, dass die Betonungen der beiden dem wirtschaftspolitischen Themenbereich zugehörigen Ziele in einem negativen Zusammenhang stehen und ebenso die Betonungen der beiden dem gesellschaftspolitischen Themenbereich zugehörigen Ziele. Inwieweit aber wirtschaftspolitische *laissez-faire*-Positionen im wirtschaftspolitischen Bereich mit traditionalistischen Positionen im gesellschaftspolitischen Bereich im Zusammenhang stehen, ist empirisch zu ermitteln. Werden in einer Hauptkomponentenanalyse aber sowohl die Betonungen der wirtschaftspolitischen als auch der gesellschaftspolitischen Ziele gleichzeitig in die Analyse einbezogen, kann das verzerrte Ergebnisse zur Folge haben. Wenn die Salienz des wirtschaftspolitischen Themenbereichs und die Salienz des gesellschaftspolitischen Themenbereichs in einem negativen Zusammenhang stehen, kann dies zur Folge haben, dass die Positionsgegensätze innerhalb der beiden politischen Themenbereiche unterschätzt werden. Und wenn Parteien, die liberalistische Positionen im Bereich der Wirtschaftspolitik vertreten, häufig auch traditionalistische Positionen im Bereich der Gesellschaftspolitik einnehmen, dann kann dieser Zusammenhang durch die Konkurrenz der beiden Themenbereiche überdeckt werden und Positionen in den beiden Themenbereichen können sogar fälschlich als unabhängig voneinander erscheinen. Eine weitere mögliche Folge ist, dass die Polarisierung der Positionen der Parteien im wirtschaftspolitischen

und im gesellschaftspolitischen Themenbereich zu schwanken scheint, nicht weil die Positionen der Parteien selbst sich verändern, sondern weil die Salienz der beiden Themenbereiche schwankt. Werden die beiden Themenbereiche getrennt analysiert, können derartige Verzerrungen vermieden werden. In diesem Sinne ist zum Beispiel eine für einen politischen Themenbereich spezifische Hauptkomponentenanalyse, wie sie Bartolini und Mair (1990: 196ff) für den Bereich der Wirtschaftspolitik vornehmen, einer Hauptkomponentenanalyse sämtlicher in den CMP-Daten berücksichtigten politischen Ziele vorzuziehen. Allerdings ist die Anwendung der Hauptkomponentenanalyse auf die CMP-Daten mit weiteren, gravierenderen Problemen behaftet, die im folgende Unterabschnitt erläutert werden.

4.1.3 Die Linearitätsannahme als Prokrustesbett

Fast alle Skalen, die auf der Grundlage der im CMP-Datensatz zusammengefassten Wahlprogrammen konstruiert wurden (Budge *et al.* 1987, Laver und Budge 1992, Laver und Garry 2000, Volkens 1996, Bartolini und Mair 1990, Klingemann 1995, Gabel und Huber 2000), gehen von linearen Zusammenhängen zwischen den Betonungen von Politikzielen aus. Wie aber im folgenden gezeigt wird, sind die Beziehung zwischen den Politikbetonungen grundsätzlich nicht-linearer Natur. Hierauf hat in der wissenschaftliche Diskussion zuerst van der Brug (2001) aufmerksam gemacht.

Die Verwendung klassischer Verfahren der multivariaten Analyse setzt voraus, dass die relevanten Zusammenhänge zwischen den untersuchten Variablen linear sind.¹ Dann aber darf der Wertebereich der Variablen nicht von vornherein beschränkt sein, sondern sie müssen prinzipiell beliebig hohe oder beliebig niedrige Werte annehmen können. Die Variablen des CMP-Datensatzes sind jedoch vornherein auf einen festen Wertebereich, das Intervall zwischen null und hundert Prozent beschränkt, da sie ja die Prozentanteile enthalten, die innerhalb von Wahlprogrammen auf die Erwähnung verschiedener politischer Ziele und Problembereiche entfallen. Wenn die Variablen aber auf ein endliches Werteintervall eingeschränkt sind, dann können die Zusammenhänge zwischen den Variablen nur unter bestimmten Bedingungen annähernd linear sein: Entweder ist die Streuung der Werte der Variablen relativ zu der Länge des Intervalls gering, oder aber die Werte befinden sich überwiegend in der Mitte des Intervalls. Da sich die Werte der Politikziel-Variablen auf hundert Prozent aufaddieren müssen und 56 Politikziel-Variablen vorhanden sind, ist davon auszu-

¹Die Annahme, dass die Variablen zudem (multivariat) normalverteilt sind, ist nur für die Anwendung von statistischen Tests relevant.

gehen, dass sie größtenteils Werte annehmen, die näher bei null als bei hundert Prozent liegen. Und da die Variablen entgegengesetzte Ziele repräsentieren, ist ihre Streuung so groß, dass die Zusammenhänge zwischen den Variablen deutlich nicht-linear sind.

Die Verzerrungen, die dadurch entstehen, dass die nicht-linearen Zusammenhänge zwischen den Betonungen der Politikziele in den CMP-Daten mit linearen Methoden analysiert werden, werden am Beispiel der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Freies Unternehmertum“ recht deutlich. Ein Gegensatz zwischen kontroversen Positionen im Bereich der Wirtschaftspolitik kann kaum deutlicher zum Ausdruck als in der unterschiedlichen Zustimmung zu diesen beiden Politikzielen. Es ist kaum möglich, gleichzeitig die Verstaatlichung von Unternehmen anzustreben und die Freiheit von Unternehmen gegenüber staatlichen Eingriffen zum Prinzip der Wirtschaftspolitik zu machen ohne sich dabei in Widersprüche zu verwickeln. Vielmehr kommt hier der Gegensatz zwischen staatsinterventionistischen Positionen auf der einen und wirtschaftsliberalen Positionen auf der anderen Seite in besonders hervorstechender Weise zum Ausdruck.

Abbildung 4.1 veranschaulicht die Beziehung zwischen Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“ in Wahlprogrammen westeuropäischer Parteien. Jedes Kreuz in der Graphik repräsentiert ein Wahlprogramm einer Partei anlässlich einer bestimmten Wahl. Die horizontale Lage eines Kreuzes bezeichnet den Prozentanteil, der auf die Betonung des Politikziels „Unternehmerische Freiheit“ entfällt, während die vertikale Lage desselben Kreuzes den Prozentanteil anzeigt, der auf die Betonung des Politikziels „Verstaatlichung von Unternehmen“ entfällt.

Wie sich aus der Graphik ablesen lässt, zeigt sich die Gegensätzlichkeit dieser beiden Politikziele in der Tat darin, dass fast immer, wenn die auf die Betonung von „Unternehmerischer Freiheit“ entfallenden Anteile an Wahlprogramme Prozentwerten entsprechen, die von Null verschieden sind, die der Betonung des Ziels der „Verstaatlichung von Unternehmen“ entsprechenden Prozente nahe Null oder gleich Null sind. Umgekehrt erhält das Politikziel der „Verstaatlichung von Unternehmen“ fast nur dann höhere Prozentwerte, wenn auf „Unternehmerische Freiheit“ Prozentwerte entfallen, die nahe bei oder gleich Null sind. Die eingezeichnete Regressionsgerade zeigt allerdings, dass diese Beziehung als linearer Zusammenhang kaum angemessen beschrieben werden kann. Obgleich ein deutlicher nicht-linearer Zusammenhang zwischen den Betonungen der beiden Politikziele besteht, ist der lineare Zusammenhang nur sehr schwach. Besser scheint dagegen die Annahme eines *inversen* Zusammenhangs zu den Daten zu passen, der durch die gestrichelte Kurve verdeutlicht ist.

Welche Folgen hat diese Schwäche des bivariaten *linearen* Zusammenhangs für eine Haupt-

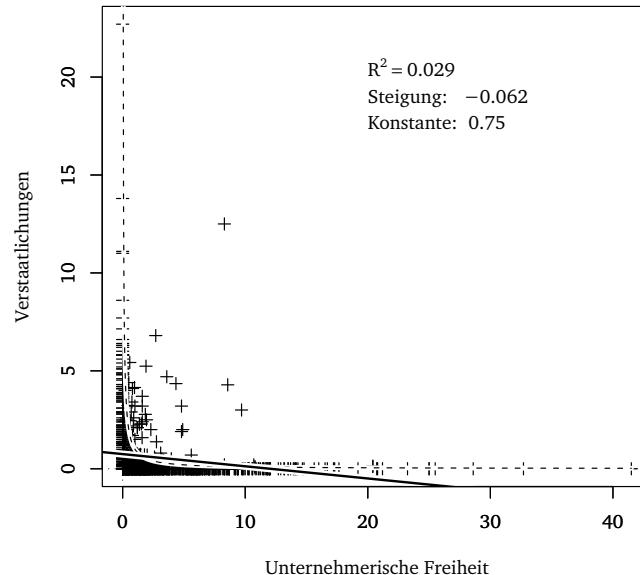


Abbildung 4.1: Die Beziehung zwischen Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“ in Wahlprogrammen westeuropäischer Parteien und ihr Ausdruck als linearer Zusammenhang (Streudiagramm der Datenwerte mit Regressionsgerade und Kurve eines inversen Zusammenhangs. Datenquelle: *Comparative Manifesto Project*. Daten für Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Effektive Fallzahl: N=973)

komponenten-Analyse? Wie aus Tabelle 4.1 hervorgeht, sind diese Folgen nicht so gravierend, dass sie verhindern, dass der Gegensatz zwischen den beiden Zielen durch die Hauptkomponentenanalyse herausgearbeitet wird. Das Muster der Ladungen auf der ersten Hauptkomponente verdeutlicht dies. Der Eigenwert der ersten Hauptkomponente ist allerdings kaum größer als der Eigenwert der zweiten Hauptkomponente. Darüber hinaus haben die Ladungen auf der zweiten Hauptkomponente genauso hohe Beträge wie die Ladungen auf der ersten Hauptkomponente.

Wie aus Abbildung 4.2 hervorgeht, ist jedoch die hohe „Fehlervarianz“, die sich in der zweiten Hauptkomponente widerspiegelt, nicht etwa die Konsequenz eines schwachen Zusammenhangs zwischen den beiden Variablen *überhaupt*, sondern die Konsequenz der Nicht-Linearität des Zusammenhangs zwischen den beiden Variablen. In der Abbil-

Tabelle 4.1: Hauptkomponentenanalyse der Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“ (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

Kennwert	Komponente		Ladungen	Komponente	
	1	2		1	2
Eigenwert	1,17	0,83	Unternehmerische Freiheit	0,71	0,71
Standardabweichung	1,08	0,91	Verstaatlichungen	−0,71	0,71
Varianzanteil	0,58	0,42			
Kumulativer Varianzanteil	0,58	1,00			

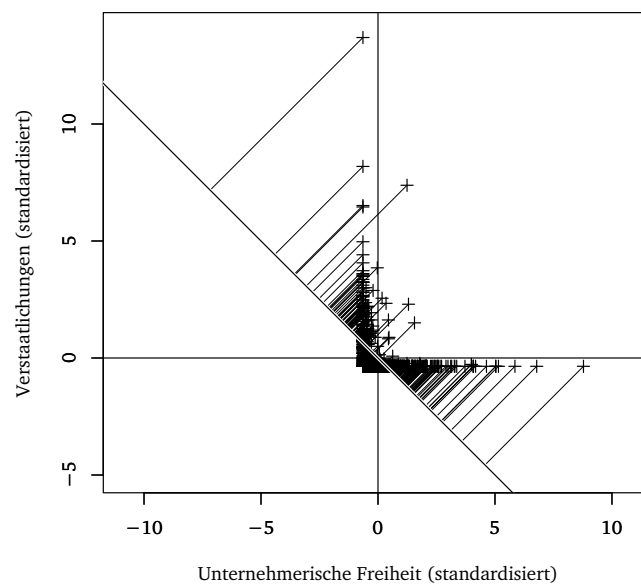


Abbildung 4.2: Die Beziehung zwischen Betonungen der Politikziele „Verstaatlichung von Unternehmen“ und „Unternehmerische Freiheit“ im Lichte einer Hauptkomponentenanalyse (Standardisierte Datenwerte, Achse der ersten Hauptkomponente und orthogonale Projektionen der standardisierten Datenwerte auf die erste Hauptkomponente. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

dung sind die *standardisierten* Werte der beiden Variablen gegeneinander abgetragen, da die Hauptkomponentenanalyse ja auf der Korrelation der beiden Variablen basiert. Zusätzlich ist in der Abbildung die Achse der ersten Hauptkomponente eingetragen. Des Weiteren enthält sie die orthogonalen Projektionen der Daten auf diese Achse. Die Länge dieser orthogonalen Projektionen repräsentiert die Variation der Daten, die durch die erste Hauptkomponente nicht erfasst werden kann, aber in die zweite Hauptkomponente eingeht.

Augenscheinlich ist der Schaden gering, der durch die Anwendung der Hauptkomponentenanalyse in diese Beispiel entsteht, da die erste Hauptkomponente den Gegensatz zwischen den beiden Politikzielen deutlich wiedergibt. Allerdings ignoriert eine solche Interpretation, dass das Ergebnis für zweite Hauptkomponente ein Artefakt der fehlerhaften Anwendung der Hauptkomponentenanalyse auf diese Daten ist. Sie beschreibt nicht etwa die Abweichungen der Daten zwischen einem tatsächlich vorhandenen negativen Zusammenhang zwischen den Betonungen der beiden Politikzielen, sondern spiegelt in erster Linie die Tatsache wider, dass der Zusammenhang zwischen den Betonungen der beiden Politikziele nicht-linear ist. In dem vorliegenden Beispiel lässt sich die Hauptkomponente, die den Zusammenhang zwischen den Betonungen der beiden gegensätzlichen Politikziele beschreibt, noch deutlich von der Hauptkomponente, die ein Artefakt der Nicht-Linearität dieses Zusammenhangs darstellt, unterscheiden. Wenn aber die Hauptkomponentenanalyse auf mehrere Variablen angewandt wird, die nicht alle paarweise zueinander im Gegensatz stehen, dürfte eine solche Unterscheidung nicht so einfach möglich sein. Die Gefahr ist groß, dass die Ergebnisse, die man dann erhält, *gänzlich irreführend sind*.

Der Versuch, aus den Betonungen von Politikzielen und politischen Problemen in den Wahlprogrammen der Parteien, ihre politischen und ideologischen Positionen herauszuarbeiten, ist demnach vor ein schwerwiegendes methodisches Problem gestellt. Geht man davon aus, dass diese Positionen als Punkte in einem euklidischen Raum darstellbar sind, dann sind die Koordinaten dieser Punkte auf den Koordinatenachsen des Raumes als latente Variablen aufzufassen. Eine solche Annahme liegt (zumindest implizit) der Anwendung der Hauptkomponentenanalyse von auf die Daten des *Comparative Manifesto Project* bei Budge *et al.* (1987), Klingemann (1995), Bartolini und Mair (1990) und Gabel und Huber (2000), aber auch der Bildung von Differenzen-Indizes bei Laver und Budge (1992), Volkens (1996) und den gewichteten Differenzen-Indizes bei Laver und Garry (2000) zugrunde. Die Orthogonalität oder Schiefwinkligkeit von Koordinatenachsen eines euklidischen Raumes ist jedoch eine lineare Relation. Wenn aber die Beziehungen unter den manifesten Variablen nicht-linear sind, dann können nicht einerseits die Beziehungen zwischen den manifesten und den latenten Variablen und andererseits die Beziehungen unter den latenten Variablen

gleichzeitig linear sein. Da in diesem Kapitel als Ergebnis eine räumliche Beschreibung der Wahlprogramme angestrebt wird, wird im folgenden davon ausgegangen, dass die Beziehungen unter den latenten Variablen als linear festgelegt sind, während die Beziehungen zwischen den latenten und den manifesten Variablen nicht-linear sind. Im folgenden Abschnitt wird ein Modell einer solchen nicht-linearen Beziehung zwischen den Betonungen verschiedener politischer Themen in Wahlprogrammen und der Position dieser Wahlprogrammen in einem mehrdimensionalen euklidischen Raum beschrieben.

4.1.4 Ein Modell für die Beziehung zwischen kontroversen Positionen zu politischen Themenbereichen und den Betonungen von Politikzielen

Formalen Modelle politischer Entscheidungen, z. B. von Wählerentscheidungen, parlamentarischen Abstimmungen und Regierungsentscheidungen, sind meist räumliche Modelle (Shepsle und Bonchek 1997, Hinich und Munger 1997). In diesen räumlichen Modellen werden Entscheidungsoptionen durch Punkte in einem ein- oder mehrdimensionalen Raum dargestellt, in welchem die Distanzen zwischen den Punkten das Ausmaß repräsentieren, in dem sich die Entscheidungsoptionen voneinander unterscheiden. In der am häufigsten verwendeten Variante des räumlichen Modells, dem Distanzmodell, wird jedem Entscheider ein Punkt im Raum zugeordnet, der der Option entspricht, die er allen anderen Optionen gegenüber vorzieht. Optionen, die näher diesem so genannten *Idealpunkt* eines Entscheiders liegen, werden gegenüber Optionen vorgezogen, die von dem Idealpunkt weiter entfernt liegen. Die Nutzenfunktion über die Entscheidungsoptionen eines jeden Entscheiders hat damit ein globales Maximum an seinem Idealpunkt.

Das hier vorgeschlagene Modell soll es ermöglichen, die Positionen der Parteien zu kontroversen politischen Themen auf der Grundlage der Betonungen von Politikzielen in den von den Daten des *Comparative Manifesto Project* erfassten Wahlprogramme zu rekonstruieren. Der Grundidee dieses Modells zufolge wird die Position einer Partei durch den Nutzen definiert, welchen die einzelnen Politikziele aufgrund ihrer ideologischen Position für die Partei haben. Die Raumkoordinaten der ideologischen Positionen sind somit latente Variablen, die mit den Betonungen der Politikziele als manifesten Variablen in einer nicht-linearen Beziehung stehen. Da es unendlich viele Möglichkeiten gibt, eine solche nicht-lineare Beziehung zu bestimmen, sollen die folgenden Annahmen dazu dienen, eine inhaltlich plausible und dennoch möglichst einfache nicht-lineare Beziehung auszuwählen.

1. Die durch das *Comparative Manifesto Project* erfassten Politikziele gehören unterschiedlichen politischen Themenbereichen an. Jeder Themenbereich kann durch einen

- ein- oder mehrdimensionalen euklidischen Raum repräsentiert werden.
2. Die Politikziele, die einem bestimmten Themenbereich zugehören, haben in dem zugehörigen euklidischen Raum eine eindeutig bestimmte Position.
 3. Die Position, die eine Partei zu einem kontroversen politischen Themenbereich einnimmt, lässt sich ebenfalls durch einen Punkt in dem zugehörigen euklidischen Raum repräsentieren.
 4. Die Betonung, die ein Politikziel in einem Wahlprogramm enthält, wird durch zwei Komponenten bestimmt:
 - a) Die Betonung eines Politikziels ist proportional zur Salienz des Themenbereichs, dem es angehört. Die Salienz des Themenbereichs ist die relative Wichtigkeit, die dem Themenbereich in dem Wahlprogramm beigemessen wird. Sie wird in der Regel nicht oder nicht nur durch die Position der Partei bestimmt, sondern auch durch die Dringlichkeit gesellschaftlicher oder politischer Probleme während einer jeweiligen Wahl, die den Anlass zur Formulierung des Wahlprogramms bildet.
 - b) Die Betonung eines Politikziels steigt mit dem Nutzen, den das Politikziel für die Partei hat. Der Nutzen wird durch den Abstand zwischen dem Punkt, der dem Politikziel entspricht, und dem Punkt, der der Position der Partei zu dem politischen Themenbereich entspricht. Durch ihre Position in dem Themenbereich hat die Partei in dem Raum also einen Idealpunkt.

Die Idee, dass die Politikziele Positionen auf politischen Dimensionen repräsentieren, und die Stärke der Betonung eines Politikziels von der Nähe oder Distanz der Position der Partei von der Position des Politikziels abhängt, geht auf van der Brug (2001) zurück.

Diese Annahmen bedeuten, dass sich die Betonung b_{ij} des Politikziels i , das zum Themenbereich B_k gehört, im Wahlprogramm j einer Partei sich wie folgt ausdrücken lässt (zur Notation siehe Anhang D.1):

$$b_{ij} = s_{kj} \cdot r_{ij} \quad \text{mit} \quad s_{kj} = \sum_{h \in B_k} b_{hj} \quad (4.1)$$

Die Summe s_{kj} der Betonungen der zu dem politischen Themenbereich B_k gehörigen Betonungen von Politikzielen, ist das Maß für die Salienz, die dem Themenbereich B_k im Wahlprogramm j zukommt, während r_{ij} die *relative* Betonung des Politikziels i innerhalb des Themenbereichs B_k repräsentiert. Entsprechend Annahme 4b ist r_{ij} eine monoton sinkende Funktion des Abstandes zwischen dem durch ihre Position bestimmten Idealpunkt I_{kj} der Partei in Themenbereich B_k im Wahlprogramm j und der Position z_i des Politikzieles

innerhalb des politischen Themenbereichs.

Aus Annahme 4b folgt nur, dass die relative Betonung r_{ij} eines Politikziels in einem Politikbereich mit dem Abstand dieses Politikziels vom Idealpunkt der Partei in dem politischen Themenbereich abnimmt. Die genaue Form der Beziehung zwischen dem Abstand und der Betonung des Politikziels wird aber durch diese Annahme noch nicht festgelegt. Die einzige weitere Einschränkung besteht darin, dass die Betonungen b_{ij} bzw. die relativen Betonungen r_{ij} in Intervall zwischen Null und Eins bzw. zwischen null und einhundert Prozent liegen, weil es sich bei den Betonungen der Politikziele und den relativen Betonungen um Anteile am Gesamttext eines Wahlprogrammes handelt bzw. um Anteile an dem Teil eines Wahlprogrammes, der sich mit einem bestimmten Themenbereich befasst.

Wünschenswert wäre es, die Beziehung der relativen Betonung r_{ij} eines Politikziels zum Abstand zwischen dem Idealpunkt I_{kj} einer Partei und der Position eines Politikziels z_i empirisch zu schätzen. Ein Verfahren dafür ist in der Forschungsliteratur bislang noch nicht zu finden. Entsprechend dem Prinzip der Sparsamkeit ist es allerdings ratsam, eine mathematisch möglichst einfache Funktion anzunehmen. Eine Funktion, die sich in den Analysen dieses Kapitels bewährt hat, ist:

$$r_{ij} = e^{-(z_i - I_{kj})^2} \quad (4.2)$$

Abbildung 4.3 veranschaulicht den durch diese Funktion beschriebenen Zusammenhang zwischen der relativen Betonung des Politikziels i innerhalb eines Themenbereichs und dem Idealpunkt der betreffenden Partei in diesem Themenbereich und zeigt, dass diese Funktion den auf Seite 96 aufgeführten Annahmen entspricht: Wenn ein Politikziel genau dem Idealpunkt der Partei entspricht, dann erhält es die relative Betonung Eins bzw. hundert Prozent. Je weiter das Politikziel vom Idealpunkt entfernt ist, desto mehr nähert sich die relative Betonung des Politikzieles der Null an.

Welche Zahl hier als Basis der Exponentialfunktion verwendet wird, ist unerheblich. Wird statt der Zahl e eine beliebige andere Zahl $a > 1$ verwendet, dann unterscheiden sich die ermittelten Idealpunkte und Positionen der Politikziele von den auf der Grundlage von Gleichung 4.2 ermittelten nur um einen konstanten Faktor. Die Konfiguration der Idealpunkte

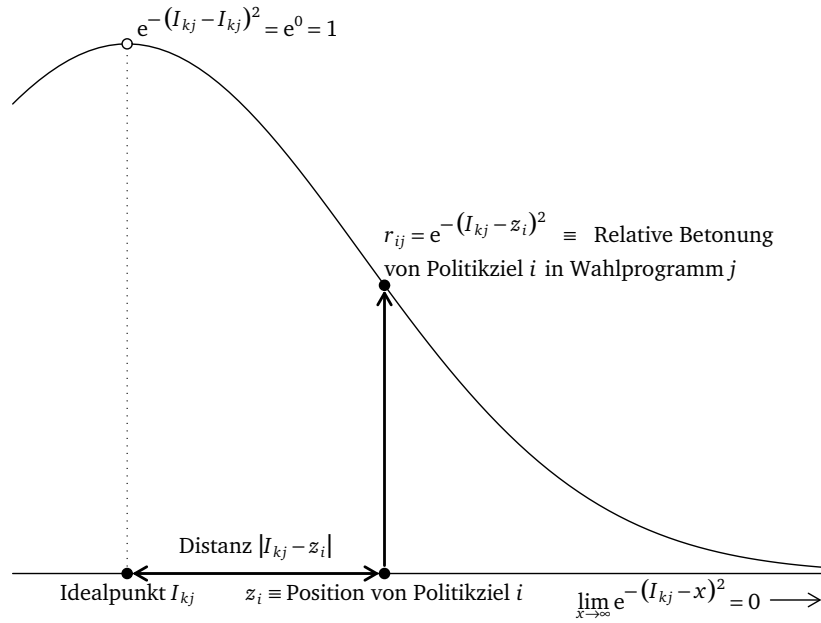


Abbildung 4.3: Die Beziehung zwischen der relativen Betonung von Politikziel i und dem Abstand seiner Position z_i vom Idealpunkt I_{kj} (Datenquelle: Simulation)

und Politikziele werden dagegen davon nicht beeinflusst.² Dies ist so wegen

$$a^{-(z_i^* - I_{kj}^*)^2} = e^{-\ln a \cdot (z_i^* - I_{kj}^*)^2} = e^{-(\sqrt{\ln a} \cdot z_i^* - \sqrt{\ln a} \cdot I_{kj}^*)^2} = e^{-(z_i - I_{kj})^2} \quad (4.3)$$

Die Exponentialfunktion zur Basis e wird hier deshalb verwendet, weil diese Exponentialfunktion und ihre Umkehrfunktion, der natürliche Logarithmus, in der für die folgenden Analysen verwendeten Software (vgl. Anhang E.5) direkt verfügbar ist.

Neben der Tatsache, dass die von dem Modell implizierten relativen Betonungen von Politikzielen in dem Intervall zwischen Null und Eins verbleiben, hat die durch Gleichung 4.2 formulierte Annahme einen weiteren Vorteil. Sie impliziert Beziehungen zwischen den relativen Betonungen von Politikzielen, die den im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen nicht-linearen Zusammenhängen zwischen den Politikzielen der CMP-Daten weitgehend entsprechen. Dies kann in folgendem Beispiel demonstriert werden, in dem für ei-

²Wie sich in den Analysen auf der Grundlage dieses Modells gezeigt hat, macht es allerdings einen Unterschied, ob die Distanz im Exponenten quadriert wird oder nicht. Ergebnisse, denen die Annahme der quadrierten Distanz zu Grunde lagen, passten besser zu den CMP-Daten als als Ergebnisse, die mit der Annahme der nicht-quadrerten Distanz errechnet wurden.

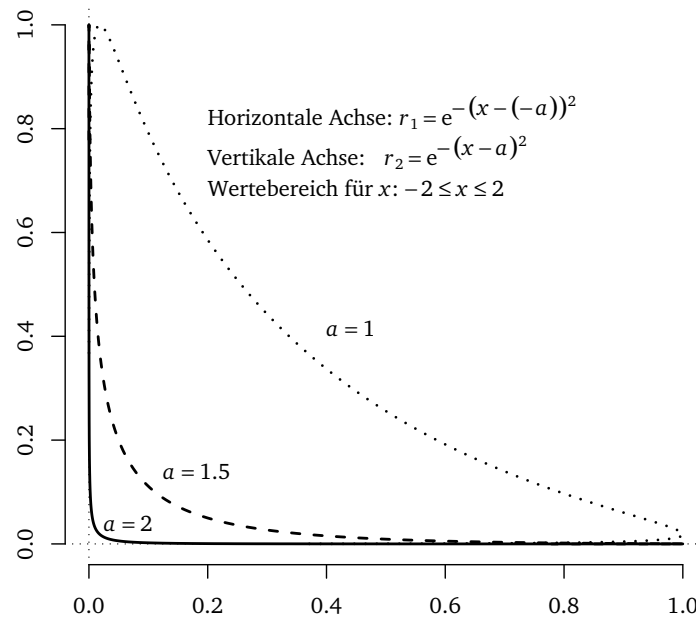


Abbildung 4.4: Beispiel für Zusammenhang zwischen der relativen Betonung zweier Politikziele nach dem verwendeten Modell (x repräsentiert mögliche Positionen von durch ein Wahlprogramm zum Ausdruck gebrachte ideologische Position, wobei die Positionen der beiden Politikziele im politischen Raum a und $-a$ betragen; Datenquelle: Simulation)

ne einfache Darstellung angenommen wird, dass der Themenbereich der Wirtschaftspolitik nur die zwei CMP-Politikziele „Verstaatlichungen“ und „Unternehmerische Freiheit“ enthalte und daher durch einen eindimensionalen Raum darstellbar sei. Ferner wird in dem Beispiel angenommen, dass die Idealpunkte der Parteien sich sämtlich in dem Intervall zwischen -2 und 2 befinden und die beiden Politikziele die Positionen $z_1 = -a$ und $z_2 = a$ besitzen. Die relative Betonung des einen Politikziels ist dann gleich $r_1 = e^{-(x - (-a))^2}$ und die des anderen Politikziels gleich $r_2 = e^{-(x - a)^2}$. Abbildung 4.4 verdeutlicht den sich daraus ergebenden Zusammenhang zwischen den relativen Betonungen r_1 und r_2 der beiden Politikziele.

Wie aus der Abbildung zu sehen ist, nähern sich die Kurven, die die Beziehung zwischen den relativen Betonungen der beiden Politikziele ausdrücken, um so stärker den Koordinatenachsen an, je weiter die beiden Politikziele, relativ zur Verteilung der Idealpunkte der Parteien, voneinander entfernt sind. Die Kurven ähneln der Kurve einer inversen Beziehung, wie sie in Abbildung 4.1 eingezeichnet wurde.

4.1.5 Die Rekonstruktion politischer Positionen durch multidimensionale Entfaltung

Das im vorangegangenen Unterabschnitt vorgeschlagene Modell postuliert eine bestimmte Beziehung zwischen dem Idealpunkt einer Partei innerhalb eines politischen Themenbereichs und der relativen Betonung von Politikzielen innerhalb dieses Themenbereichs, die diese in einem Wahlprogramm erfahren. Mittels dieser Beziehung lässt sich aus der relativen Betonung eines Politikziels die Distanz zwischen dem Politikziel und dem Idealpunkt der Partei in diesem Themenbereichs ableiten. Ist r_{ij} wieder die relative Betonung des Politikziels i innerhalb des zugehörigen Themenbereichs im Wahlprogramm j , dann lässt sich die zugehörige Distanz d_{ij} bestimmen gemäß:

$$r_{ij} = e^{-d_{ij}^2} \Leftrightarrow d_{ij} = \sqrt{-\ln r_{ij}} \quad (4.4)$$

Im nächsten Schritt gilt es, aus den Distanzen die Lage der Idealpunkte selbst zu ermitteln. Zu diesem Zweck wird ein der multidimensionalen Skalierung verwandtes Verfahren verwendet, die metrische multidimensionale Entfaltung (Schönemann 1970). Das Verfahren der Entfaltung, der Rekonstruktion der Konfiguration von Punkten in einem Raum auf der Grundlage von Daten über die Abstände zwischen den Punkten, wurde zuerst von Coombs (1964) eingeführt. Das Verfahren von Coombs versucht, auf der Basis von Rangplätzen, die von Probanden einer Reihe von Objekten zugeordnet werden, die die sogenannten I -Skalen bilden, eine den Probanden und Objekten gemeinsame J -Skala zu konstruieren. Die Position der Objekte und der Probanden auf der J -Skala „erklärt“ die von den Subjekten vorgenommenen Rangordnungen der Objekte damit, dass der Rangplatz, den ein Proband einem Objekt zuordnet, um so niedriger ist, je weiter das Objekt vom Subjekt auf der J -Skala entfernt ist. Das heißt, das Entfaltungsverfahren geht davon aus, dass die Subjekte Idealpunkte auf der J -Skala haben.

Das Verfahren von Coombs verwendet subjektspezifische Rangordnungen der Distanzen aber keine Maße für die Distanzen selbst. Wenn davon ausgegangen werden muss, dass diesen Rangordnungen mehrdimensionale Distanzen zu Grunde liegen, dann ist das nicht-metrische Entfaltungsproblem kaum lösbar (vgl. Cox und Cox 1994: 114ff; Borg und Groenen 1997: 229ff). Wenn aber, wie im vorliegenden Fall, metrische Daten zur Verfügung stehen, dann ist die Entfaltung auch in mehreren Dimensionen ohne größere technische Schwierigkeiten durchführbar. Schönemann (1970) hat ein Verfahren entwickelt, mit dessen Hilfe sich aus den Abständen zwischen zwei Gruppen von Punkten in einem

n -dimensionalen Raum die Originalkonfiguration dieser beiden Gruppen von Punkten rekonstruieren lässt und das lediglich auf Operationen der linearen Algebra basiert.

Gold (1973) hat darauf hingewiesen, dass Schönemanns Algorithmus sich nicht alle Restriktionen zu Nutze macht, die eine Entfaltungslösung definieren. Die vollständigen Restriktionen implizieren nicht nur die linearen Gleichungen, die Schönemanns Verfahren zugrunde liegen, sondern auch nicht-lineare Gleichungen. Ein Verfahren, dass auf sämtlichen Restriktionen basiert, ist von Greenacre und Browne (1986) vorgeschlagen worden. Dieses Verfahren erfordert aber einen hohen Rechenaufwand, der mit der Anzahl der zu entfaltenden Punkte und der Anzahl der Dimensionen der Entfaltung ansteigt. Das Verfahren erfordert die numerische Lösung eines Systems von Polynomgleichungen, in dem die Anzahl der Gleichung der Anzahl der zu entfaltenden Punkte und der Grad der Polynomgleichungen der Anzahl der Dimensionen der Entfaltung entspricht. Wie Gold (1973) aber bereits feststellt, findet Schönemanns Algorithmus die Entfaltungslösung dennoch, wenn die Anzahl der Punkte groß genug ist. Da die Anzahl der zu entfaltenden Punkte im Falle der in diesem Kapitel untersuchten Parteiprogramme 973 beträgt ist das Verfahren von Greenacre und Browne inpraktikabel, während die Anforderungen an die Menge der Daten für Schönemanns Algorithmus mehr als erfüllt sind.

Um die Idealpunkte der Parteien in verschiedenen Themenbereichen zu rekonstruieren, werden die folgenden Schritte durchgeführt:

1. Zunächst werden die Politikziele zusammengestellt, mittels welcher Parteien in einem politischen Themenbereich Position beziehen können.
2. Die Betonung dieser Politikziele in den einzelnen Wahlprogrammen wird in ihre zwei Komponenten zerlegt, die Salienz des Themenbereichs und die relative Betonung der Politikziele innerhalb des Themenbereichs. Die Salienz wird dabei durch die Summe der Betonungen der Politikziele innerhalb des jeweiligen Wahlprogrammes gemessen, die dem Themenbereich angehören. Die relative Betonung der Politikziele innerhalb des Themenbereichs wird ermittelt, indem die Betonung des Politikziels innerhalb des Wahlprogramms durch das Maß für die Salienz des Themenbereichs innerhalb des Wahlprogramms geteilt wird.
3. Aus den relativen Betonungen werden entsprechend Gleichung 4.4 Distanzen errechnet.
4. Aus den Distanzen werden mittels Schönemanns Algorithmus die Positionen der Politikziele und der Idealpunkte der Parteien im jeweiligen Themenbereich errechnet.

Mit Schönemanns Algorithmus kann für jede vorgegebene Anzahl von Dimensionen eine Lösung berechnet werden. Es wird dadurch die Frage aufgeworfen, wie viele Dimensionen der Entfaltung vorgegeben werden soll. Als Entscheidungsgrundlage für die Wahl der Anzahl der Dimensionen der Entfaltung kann, neben der Interpretierbarkeit der durch die Entfaltung erzielten Ergebnisse, die „Güte“ sein, mit der die Distanzen durch die Entfaltung reproduziert werden. Wenn die Daten, die die Distanzen liefern, fehlerbehaftet sind, kann selbst eine Entfaltungslösung, die der „wahren“ Konfiguration von Politikzielen und Idealpunkten entspricht, diese Distanzen nicht perfekt reproduzieren. Das heißt, die Distanzen $\delta_{ij} = |z_i - I_j|$, die sich aus einer Entfaltungslösung mit den Positionen der Politikzielen z_i und den Idealpunkten I_j ergeben, müssen nicht mit den empirisch ermittelten Distanzen d_{ij} übereinstimmen.

Als Maß der „Güte“, mit der die empirischen Distanzen durch die Entfaltungslösung reproduziert werden, kann der aus der multidimensionalen Skalierung (MDS) bekannte Stress-Wert dienen (Cox und Cox 1994: 49). Für die metrische Entfaltung wird er (mit m als Anzahl der Politikziele und n als Anzahl der Wahlprogramme) definiert durch:

$$STRESS = \frac{\sum_{i=1}^m \sum_{j=1}^n (d_{ij} - \delta_{ij})^2}{\sum_{i=1}^m \sum_{j=1}^n d_{ij}^2} \quad (4.5)$$

Der Zähler in dem Ausdruck auf der rechten Seite ist proportional zur Varianz der Abweichungen der von der Entfaltungslösung implizierten Distanzen von den in den Daten vorhandenen empirischen Distanzen. Der Nenner ist proportional zur Varianz der empirischen Distanzen. Dieser normierte Stress-Wert kann nur Werte zwischen Null und Eins annehmen. Er lässt sich gleichsam als ein Maß des Anteils der Varianz der empirischen Distanzen interpretieren, die durch die Entfaltungslösung nicht erklärt werden kann. Stress-Werte, die nahe bei Eins oder sogar darüber liegen, weisen darauf hin, dass die Entfaltungslösung nicht akzeptabel ist. Je niedriger dagegen der Stress-Wert ist, desto „besser“ ist die Entfaltungslösung. Erreicht der Stress-Wert den Wert Null, so ist die Reproduktion der empirischen Distanzen durch die Entfaltungslösung perfekt.

4.2 Ergebnisse der Rekonstruktion der Position von Parteien zu Themenbereichen politischer Kontroversen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die Grundlagen gelegt worden sind, soll nun zur Bestimmung der politischen Positionen der Parteien selbst übergegangen werden. Es ist bereits dafür argumentiert worden (vgl. Unterabschnitt 4.1.2), dass es ratsam ist, verschiedene politische Themenbereiche separat zu untersuchen, um Verzerrungen zu unterscheiden. Grundlage der Analysen, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden, bildet die Unterscheidung der folgenden politischen Themenbereiche:

1. *Wirtschaftspolitik*: Dieser Themenbereich umfasst verschiedene Positionen zum Eingreifen des Staates in die Wirtschaft. Hier stehen sich Staatsinterventionismus (und Staatssozialismus als Extremform) und Wirtschaftsliberalismus gegenüber.
2. *Sozialstaat*: Dieser Themenbereich umfasst verschiedene Positionen zum Umfang und zu den prinzipiellen Zielsetzungen des Sozialstaates.
3. *Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen*: Dieser Themenbereich umfasst verschiedene Stellungnahmen zu den Beteiligten am Arbeitsmarkt, zu Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zu anderen Erwerbsklassen.
4. *Staatliche und traditionelle Autoritäten*: Dieser Themenbereich umfasst unterschiedliche Positionen hinsichtlich staatlicher und traditioneller Autoritäten für die Lebensführung von Individuen. Zu diesem Themenbereich gehören unter anderem Vorstellungen über die Verbindlichkeit traditioneller Lebensweisen, über die Unabhängigkeit der Individuen gegenüber staatlichen und traditionellen Autoritäten und über die Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen.
5. *Ökonomie und Ökologie*: Dieser Themenbereich umfasst unterschiedliche Auffassungen über den Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie, darüber, ob dem Wirtschaftswachstum oder dem Schutz der Umwelt und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Vorrang eingeräumt werden soll.
6. *Zentrum und Peripherie*: Dieser Themenbereich umfasst unterschiedliche Auffassungen über Zentralismus und Dezentralisierung sowie über die Eigenständigkeit von Teilkulturen oder dem Vorrang einer (nationalen) Leitkultur.

Im folgenden werden die Ergebnisse des im vorangegangenen Abschnittes beschriebenen Verfahrens für jedes dieser Themenbereiche vorgestellt. Entsprechend der Argumentation von Unterabschnitt 4.1.1 wird dieses Verfahren auf *alle* verfügbaren Daten über die Wahlprogramme westeuropäischer Parteien angewandt, also mit Bezug auf den Zeitraum von

1945 bis 1998. Zunächst werden die Stress-Werte für Entfaltungslösungen mit unterschiedlicher Dimensionalität verglichen. Aufgrund dieser Stresswerte wird bestimmt, welche dieser Entfaltungslösungen für die Bestimmung der Positionen der Politikziele und der Parteien in den jeweiligen politischen Themenbereichen verwendet wird.

Daraufhin werden die ermittelten Position der Politikziele und der Wahlprogramme der Parteien vorgestellt. Da die Konfiguration der durch ein Entfaltungsverfahren ermittelten Punkte in einem Koordinatensystem rotationsinvariant ist, sind die Koordinatensysteme der politischen Themenbereiche durch Prokrustes-Rotationen (Cox und Cox 1994: 92ff) so ausgerichtet, dass die Koordinatenachsen eine substantielle Interpretation erlauben. Da eine solche Rotation die Lage des Ursprungs des Koordinatensystems unverändert lässt, drohen keine Ergebnisverfälschungen durch künstliche Gegensatzbildungen. Das Rotationskriterium sind die jeweiligen Koordinaten von Politikzielen. Politikziele, von denen angenommen werden kann, dass sie konträr sind, sollten möglichst auf einer der Achsen Koordinaten mit entgegengesetztem Vorzeichen erhalten.

Schließlich werden die Positionen, die die Parteien unterschiedlicher Parteifamilien mittels ihrer Wahlprogramme einnehmen, miteinander verglichen. Daraus lassen sich weitere Anhaltspunkte für die Interpretation der Koordinatensysteme und der in ihnen eingenommenen Positionen gewinnen. Es wird dabei in Anlehnung an von Beyme (1984: 36) zwischen den folgenden Parteifamilien unterscheiden:

- Kommunistische Parteien
- Linkssozialistische Parteien
- Sozialdemokratische Parteien
- Christliche Parteien
- Liberale Parteien
- Konservative Parteien
- Rechtspopulistische Parteien (einschließlich rechtsradikaler Parteien und von Beymes kleinbürgerlicher Protestparteien)
- Agrarparteien
- Ethnische und regionale bzw. regionalistische Parteien
- Grüne Parteien

Die Einordnung der Parteien in die Parteifamilien ist in Anhang C verzeichnet.

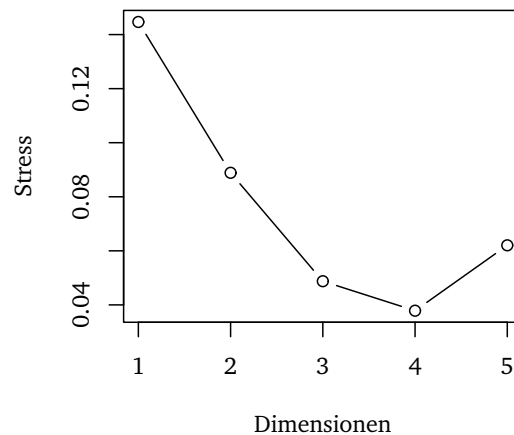


Abbildung 4.5: Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Wirtschaftspolitik mit unterschiedlicher Dimensionenzahl (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

4.2.1 Der Themenbereich Wirtschaftspolitik

Der Themenbereich Wirtschaftspolitik ist so konzipiert, dass es den klassischen Gegensatz zwischen staatlicher Intervention und *laissez-faire* widerspiegelt. Die interventionistischen Politikziele aus dem CMP-Datensatz sind hierbei „Marktregulierung“, „Wirtschaftliche Planung“, „Lenkung der Wirtschaft“ und „Verstaatlichungen“. Die der *laissez-faire*-Richtung zuzuordnenden Politikziele sind dagegen „Unternehmerische Freiheit“, „Ökonomische Orthodoxie“ und „Wirtschaftliche Anreize“.

Abbildung 4.5 vergleicht die Stress-Werte von Entfaltungslösungen mit verschiedener Dimensionenzahl. Es wird deutlich, dass bereits der Stress-Wert für die eindimensionale Lösung mit 0,14 nicht sehr hoch ist, dass aber zusätzliche Dimensionen den Stress-Wert weiter deutlich reduzieren.³ Die Inspektion der zwei- und dreidimensionalen Lösungen zeigt aber, dass sich nur eine Dimension gut interpretieren lässt. Dies lässt sich bereits an der zweidimensionalen Lösung deutlich machen, die im Folgenden diskutiert wird. Diese Entfaltungslösung wurde einer Prokrustes-Rotation unterzogen, so dass die Politikziele „Verstaatlichun-

³Die fünfdimensionale Lösung hat sogar einen Stress-Wert, der höher ist als der Stress-Wert der vierdimensionalen Lösung. Der Grund liegt darin, dass die Daten schon nicht mehr genug Informationen für eine gute fünfdimensionale Entfaltung enthalten.

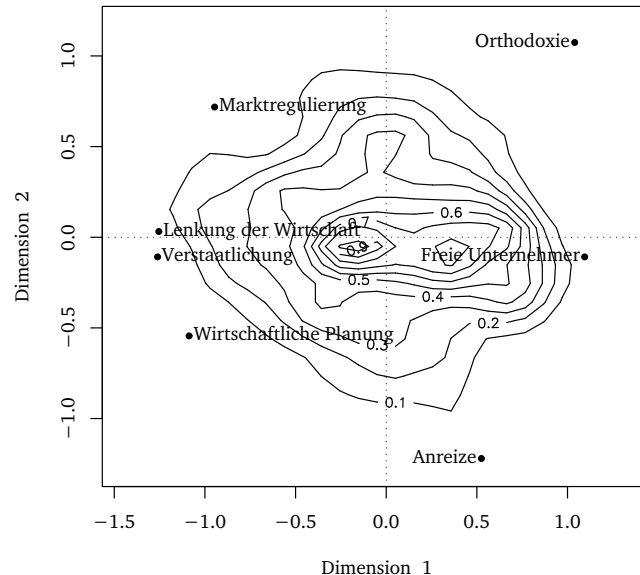


Abbildung 4.6: Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Wirtschaftspolitik mit Prokrustes-Rotation (Streudiagramm der Positionen der Politikziele mit Konturplot der Kernel-Dichte-Schätzung der Verteilung der von Parteien mittels ihrer Wahlprogramme eingenommenen Positionen. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

gen“ und „Unternehmerische Freiheit“ auf gegensätzlichen Seiten der ersten Dimension liegen.

Abbildung 4.6 zeigt das Ergebnis dieser rotierten zweidimensionalen Entfaltung. Es zeigt einerseits die Positionen der sieben dem Themenbereich zugehörigen Politikziele und andererseits einen Kontur-Plot⁴ einer zweidimensionalen Kernel-Dichte-Schätzung⁵ der Verteilung der Positionen der Wahlprogramme in dem politischen Themenbereich.

Aus der Anordnung der Positionen der Politikziele wird deutlich, dass die erste Dimension den Gegensatz zwischen interventionistischen und *laissez-faire*-Zielen abbildet. „Unternehmerische Freiheit“, „Ökonomische Orthodoxie“, „Wirtschaftliche Anreize“, „Markregulierung“, „Wirtschaftliche Planung“, „Lenkung der Wirtschaft“, „Verstaatlichungen“ liegen auf der linken Seite der ersten Dimension, während „Unternehmerische Freiheit“, „Öko-

⁴Der Kontur-Plot einer Funktion besteht aus Kurven (Konturen), die Punkte mit dem gleichen Funktionswert verbinden.

⁵Eine Kernel-Dichte-Schätzung ist eine nicht-parametrische Schätzung der Dichtefunktion der Verteilung von Datenwerten (vgl. Venables und Ripley 2002: 131). Sie lässt sich als ein geglättetes Histogramm verstehen.

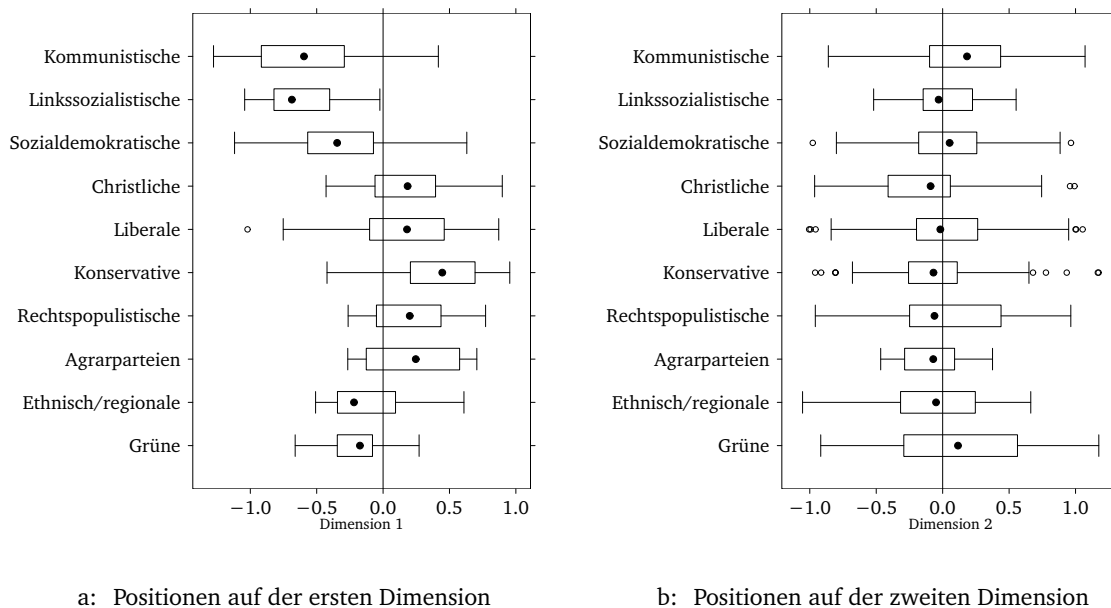


Abbildung 4.7: Positionen von Parteifamilien in einer Prokrustes-rotierten zweidimensionalen Entfaltungslösung des Themenbereichs Wirtschaftspolitik (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

nomische Orthodoxie“, und „Wirtschaftliche Anreize“ auf der rechten Seite der Dimension liegen. Die zweite Dimension lässt sich dagegen nicht inhaltlich Interpretieren.

Aus den Konturlinien in der Abbildung ist abzulesen, dass keines der Politikziele den in den Wahlprogrammen zum Ausdruck gebrachten politischen Positionen genau entspricht. Fast alle Wahlprogramme befinden sich innerhalb des durch die Politikziele eingerahmten Bereichs. Sie konzentrieren sich vor allem entlang der Achse der ersten Dimension. Dass Parteien mit ihren Wahlprogrammen extremere Positionen entlang der zweiten Dimension einnehmen ist seltener, als dass sie extreme Positionen entlang der ersten Dimension einnehmen.

Abbildung 4.7.a zeigt Boxplots für die nach Parteifamilien aufgeschlüsselten Verteilung der Positionen der Wahlprogramme auf der ersten und der zweiten wirtschaftspolitischen Dimension. Wie aus der Abbildung ersichtlich wird, lassen sich die Parteifamilien anhand ihrer Position auf der ersten Dimension des Bereichs der Wirtschaftspolitik recht klar unterscheiden – ein weiteres Indiz dafür, dass sich diese Dimension als ökonomische Links-Rechts-Dimension deuten lässt. Kommunistische und links-sozialistische Parteien positio-

nieren sich ganz klar, die Sozialdemokraten immer noch recht deutlich auf der linken Seite dieser Dimension. Christdemokratische und liberale Parteien sind etwas rechts von der Mitte positioniert, während die meisten konservativen Wahlprogramme deutlicher auf der rechten Seite der Dimension liegen. Auch Rechtsradikale und Agrarparteien sind erwartungsgemäß auf der rechten Seite dieser Dimension zu verorten.

Abbildung 4.7.b macht dagegen deutlich, dass die zweite Dimension keinen ideologischen Gehalt hat. Die Parteifamilien lassen sich anhand dieser Dimensionen kaum unterscheiden. Als Konsequenz dieser Ergebnisse wird in den folgenden Kapiteln nur die erste Dimension des Bereichs Wirtschaftspolitik für die Charakterisierung der Parteiangebote weiter verwendet und als wirtschaftspolitische Links-Rechts-Dimension interpretiert.

4.2.2 Der Themenbereich Sozialpolitik

Der Themenbereich Sozialpolitik soll unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Umfang und den Zweck des Sozialstaats sichtbar machen. Er setzt sich deshalb zusammen aus den Politikzielen „Ausbau des Sozialstaats“, „Ausbau des Bildungswesens“, „Effizienz des Staates“ und „Soziale Gerechtigkeit“. Die Zugehörigkeit des Politikziels „Ausbau des Sozialstaats“ gehört natürlich unbedingt in diesen Themenbereich, wird doch ein zentraler Gegenstand direkt angesprochen, mit dem sich dieser Themenbereich befasst. Das Politikziel „Ausbau des Bildungswesens“ kann auch als diesem Themenbereich zugehörig betrachtet werden, da es auch hier staatliche Leistungen thematisiert, die der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen. „Soziale Gerechtigkeit“ ist ein Politikziel, das stärker eine bestimmte Zielrichtung der Sozialpolitik bezeichnet: die Herstellung von mehr sozialer Gleichheit durch Umverteilung. „Effizienz des Staates“ scheint dem Namen nach den Sozialstaat nicht zu betreffen. Nichtsdestotrotz gehört dieses Politikziel insofern zu diesen Themenbereich, als es ein Ziel ist, das mit dem Ausbau des Sozialstaats in Konkurrenz tritt. Unter die Kategorie „Effizienz des Staates“ werden in den CMP-Daten Bezugnahmen auf Einsparungen und Personalreduktionen im öffentlichen Dienst zusammengefasst. Es repräsentiert also das Ziel der Ausgabenbeschränkung des Staates. Wenn die Sozialpolitik, wie in vielen westeuropäischen Ländern, den wichtigsten Posten des Staatshaushalts ausmacht, ist dieses Ziel nicht ohne gleichzeitige Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen erreichbar. Die Ziele „Begrenzung des Sozialstaates“ und „Begrenzung des Bildungswesens“ gehören eigentlich auch in diesen Themenbereich, wurden aber in die Analyse nicht mit einbezogen, da sie in den Wahlprogrammen kaum jemals betont wurden. Analysen, die diese beiden Politikziele mit berücksichtigten, lieferten nur schwer interpretierbare Ergebnisse.

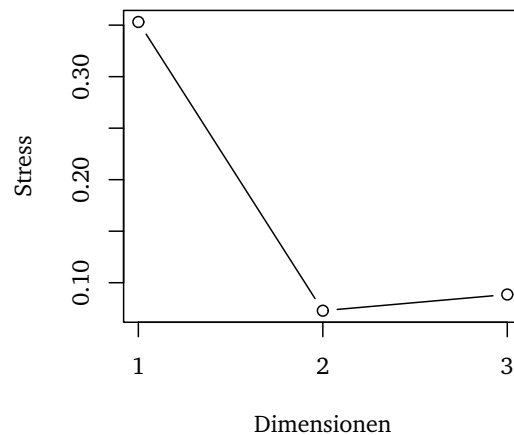


Abbildung 4.8: Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Sozialpolitik mit unterschiedlicher Dimensionenzahl (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

Das Diagramm in Abbildung 4.8 zeigt, dass der Stress der zweidimensionalen Lösung deutlich niedriger ist als der Stress der eindimensionalen Lösung, der mit 0,35 einen recht hohen Wert erreicht. Es ist daher angebracht, der zweidimensionalen gegenüber der eindimensionalen Lösung den Vorzug zu geben, zumal sich beide Dimensionen (nach geeigneter Prokrustes-Rotation) gut interpretieren lassen.

Abbildung 4.9 zeigt die Ergebnisse einer zweidimensionalen Entfaltung dieses Themenbereichs. Erwartungsgemäß bilden „Ausbau des Sozialstaates“ und „Effizienz des Staates“ eindeutig Gegensätze zueinander. Die Abbildung macht allerdings auch deutlich, dass „Soziale Gerechtigkeit“ und „Ausbau des Bildungswesens“ einen weiteren Gegensatz bilden. Dies lässt sich möglicherweise interpretieren als Ausdruck zweier unterschiedlicher Akzentsetzungen der Sozialpolitik: einerseits Sozialpolitik zur Steigerung sozialer Gleichheit und andererseits Sozialpolitik zur Steigerung des Humankapitals der Bevölkerung.

Betrachtet man die Konturkurven in der Abbildung, erkennt man, dass die überaus meisten Wahlprogramme in diesem Themenbereich eine nahezu indifferente Position einnehmen. Die Verteilung der Idealpunkte hat ganz deutlich ein Maximum am Nullpunkt des Koordinatensystems, das durch die beiden Dimensionen aufgespannt wird. Allerdings ist das Politikziel „Ausbau des Sozialstaates“ diesem Nullpunkt näher gelegen als das konträre

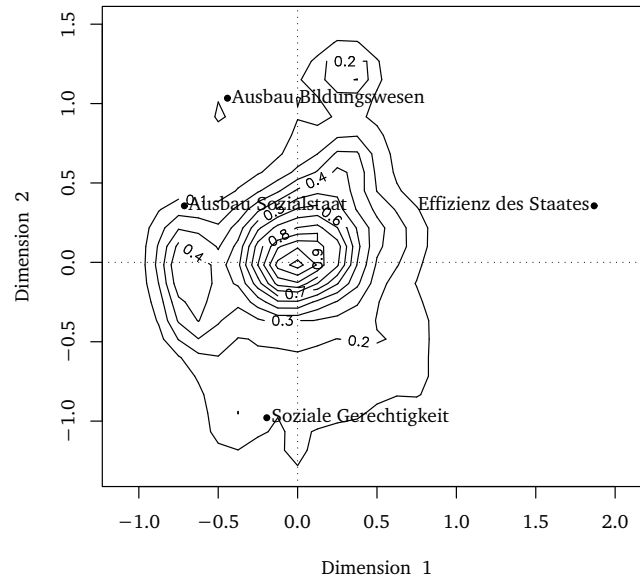


Abbildung 4.9: Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Sozialpolitik mit Prokrustes-Rotation (Streudiagramm der Positionen der Politikziele mit Konturplot der Kernel-Dichte-Schätzung der Verteilung der von Parteien mittels ihrer Wahlprogramme eingenommenen Positionen. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

Ziel „Effizienz des Staates“. Dagegen liegen der Nullpunkt und die meisten Wahlprogramme in der Mitte zwischen den beiden auf der zweiten sozialpolitischen Dimension entgegengesetzten Politikziele. Die Wahlprogramme tendieren dazu, hinsichtlich der Zielsetzung der Sozialpolitik eine neutrale Position einzunehmen, aber den Ausbau des Sozialstaates gegenüber seiner Begrenzung zu Favorisieren.

Wie in den Abbildungen 4.10.a und 4.10.b zu sehen ist, unterscheiden sich die Parteifamilien deutlicher in Hinblick auf die erste Dimension der Sozialpolitik als in Hinblick auf die zweite. Auffällig ist hier die besonders ausgeprägte Position der Agrarparteien zugunsten des Sozialstaats. Kaum weniger als die Agrarparteien sprechen sich die kommunistischen und linkssozialistischen Parteien für den Ausbau des Sozialstaates aus. Auch die sozialdemokratischen Parteien befinden sich noch überwiegend auf der sozialstaatsfreundlichen Seite der ersten Dimension, wenngleich nicht so ausgeprägt wie die vorgenannten Parteifamilien. Auch die Position der rechtspopulistischen Parteien entspricht von Beymes These (1984: 179f), dass die rechtspopulistischen Parteien der Zeit nach dem II. Weltkrieg Unzu-

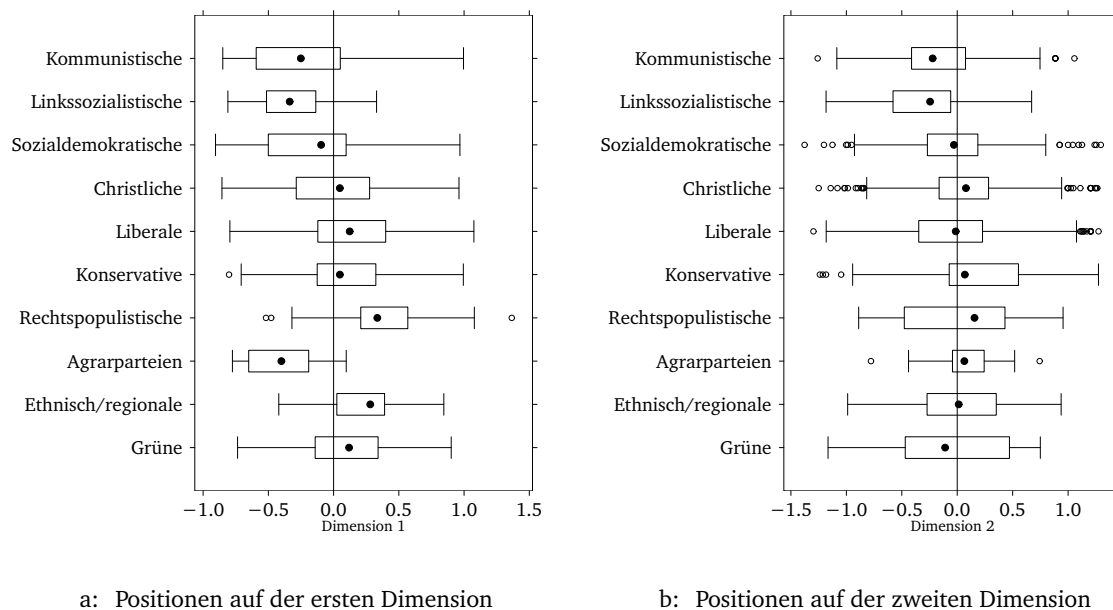


Abbildung 4.10: Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Sozialpolitik (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

friedenheiten (insbesondere in Skandinavien) über die große Abgabenlast artikulieren, die ein ausgebauter Sozialstaat mit sich bringt.

Unterschiede zwischen den Parteifamilien gibt es auch in bezug auf die zweite sozialpolitische Dimension. Hier unterscheiden sich kommunistische und linkssozialistische Parteien recht deutlich von den übrigen Parteifamilien, indem sie eher dazu tendieren, „Soziale Gerechtigkeit“ gegenüber dem „Ausbau des Bildungswesens“ vorzuziehen. Da sich die Parteifamilien also auf beiden Dimensionen unterscheiden, werden beide Dimensionen in den Analysen des folgenden Kapitels berücksichtigt. Dabei wird die erste Dimension des Bereichs der Sozialpolitik als „Sozialstaats-Dimension“ bezeichnet und die zweite Dimension als „Egalitarismus-Dimension“.

4.2.3 Der Themenbereich Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen

Der Themenbereich Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen umfasst explizite Bezugnahmen auf durch ihre Erwerbschancen charakterisierte soziale Kategorien und ihre organisatorischen Interessenvertretungen. Er setzt sich zusammen aus den Politikzielen „Arbeiter(gruppen) positiv“, „Mittelklasse“ und „Bauern und Landwirte“. Die Variable „Arbei-

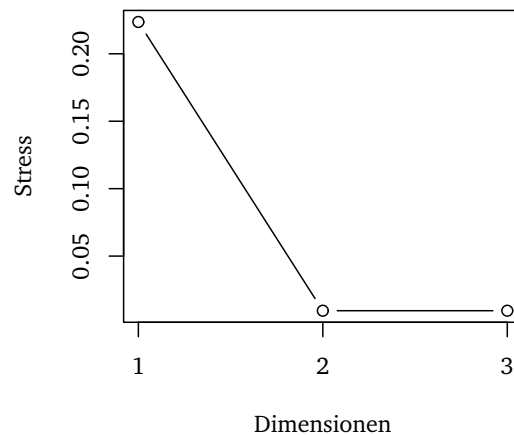


Abbildung 4.11: Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen mit unterschiedlicher Dimensionenzahl (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

ter(gruppen) negativ“ des CMP-Datensatzes gehört im Prinzip auch in diesen Themenbereich. Allerdings wird es so selten in den Wahlprogrammen erwähnt, dass seine Berücksichtigung in den im folgenden Entfaltungsanalysen nicht sinnvoll erscheint. Die Berücksichtigung dieses Politikziels in den Entfaltungsanalysen führte stets zu schwer interpretierbaren Ergebnissen.

Aus Abbildung 4.11 geht hervor, dass schon die zweidimensionale Entfaltung dieses Themenbereichs einen Stress-Wert erhält, der mit knapp über 0,2 recht akzeptabel erscheint. Die Stress-Reduktion durch eine zweite Dimension ist jedoch überdeutlich.

Abbildung 4.12 zeigt die zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen. Die erste Dimension entspricht einem Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und den beiden anderen Klassen, während die zweite Dimension einen Gegensatz zwischen Bürgertum und Landwirten repräsentiert. Die erste Dimension kann als direkter Ausdruck von *cleavages* zwischen Kapital und Arbeit im Sinne von Lipset und Rokkan angesehen werden, während die zweite Dimension als Ausdruck von Stadt-Land-*cleavages* interpretiert werden könnte. Wie der Kontur-Plot aber zeigt, tendieren die meisten Wahlprogramme allerdings dazu, zwischen den drei sozialen Gruppierungen oder

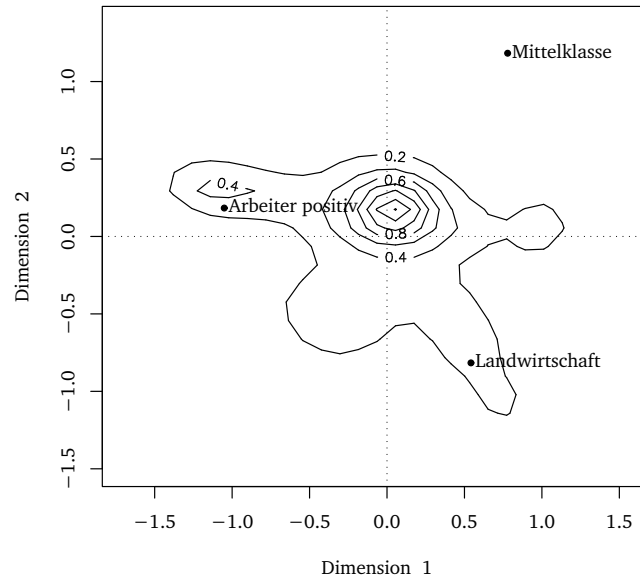


Abbildung 4.12: Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen mit Prokrustes-Rotation (Streudiagramm der Positionen der Politikziele mit Konturplot der Kernel-Dichte-Schätzung der Verteilung der von Parteien mittels ihrer Wahlprogramme eingenommenen Positionen. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

Klassen eine eher indifferente Haltung einzunehmen.

Aus den Abbildungen 4.13.a und 4.13.b wird deutlich, dass es durchaus erwartungsgemäß vor allem die Haltung zur Arbeiterklasse ist, die kommunistische und linkssozialistische Parteien von allen übrigen „bürgerlichen“ Parteien unterscheidet. Nicht so ausgeprägt ist dagegen die Position der sozialdemokratischen Parteien. Akzentuiert auf der dazu entgegengesetzten Seite positionieren sich vor allem die Agrarparteien. Die zweite Dimension unterscheidet nur die Agrarparteien und die ethnisch/regionalen Parteien von allen übrigen Parteien. Die Agrarparteien appellieren, wiederum erwartungsgemäß, vor allem an Landwirte und Bauern, die ethnisch/regionalen Parteien eher weniger an Bauern und Landwirte als an die Mittelklasse.

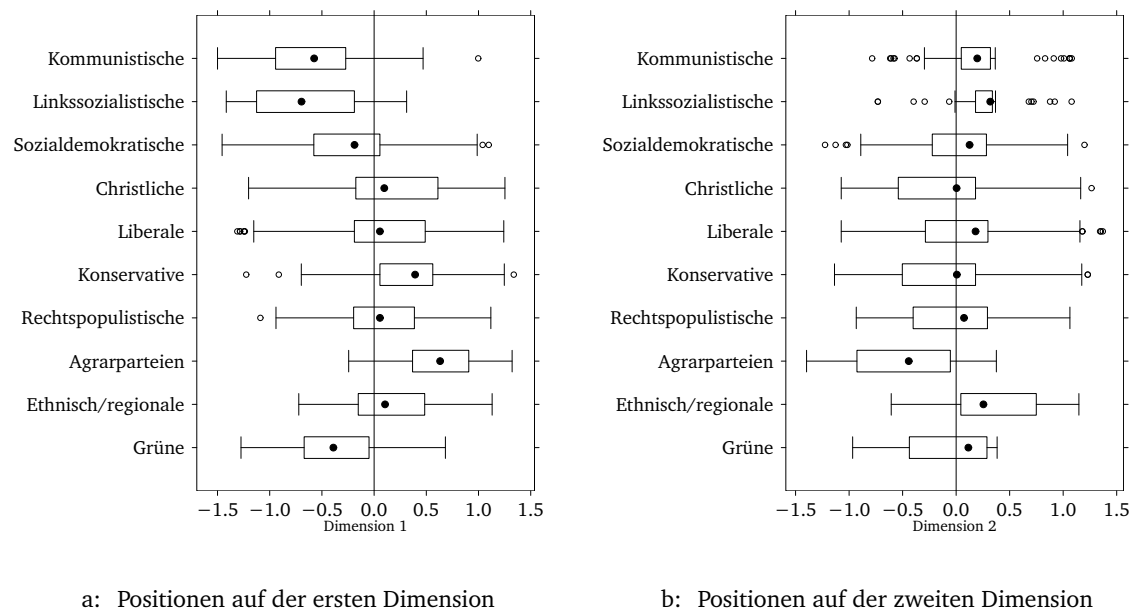


Abbildung 4.13: Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

4.2.4 Der Themenbereich staatliche und traditionelle Autoritäten

Der Themenbereich staatliche und traditionelle Autoritäten umfasst die Politikziele „Recht und Ordnung“, „Traditionelle Lebensweise positiv“, „Nation positiv“, „Militär positiv“, „Militär negativ“, „(Mehr) Demokratie“ und „Frieden/Pazifismus“ und kontrastiert damit Ziele der „Neuen Sozialen Bewegungen“ wie Frieden, Abrüstung und mehr politische Mitsprache mit der Betonung traditioneller Lebensweisen, nationaler Autoritäten und hartem Durchgreifen in der Innenpolitik.

Die Entscheidung über die Anzahl der Dimension der Entfaltung dieses Themenbereichs, die weiteren Analysen zu Grunde liegen soll, ist auf der Grundlage der in Abbildung 4.14 gezeigten Stress-Werte nicht einfach. Die eindimensionale Lösung liefert einen recht hohen Stress-Wert. Jede Erweiterung der Entfaltung um eine Dimension reduziert den Stress-Wert bis der Stress-Wert schließlich bei fünf Dimensionen wieder (wenn auch sehr geringfügig) ansteigt. Das legt eigentlich eine Entscheidung für die vierdimensionale Lösung nahe. Allerdings ist die Konfiguration der Politikziele, die sich bei einer vierdimensionalen (und auch bei einer dreidimensionalen) Entfaltung ergibt, schwer interpretierbar. Daher wurde der zweidimensionalen Entfaltungslösung der Vorzug gegeben.

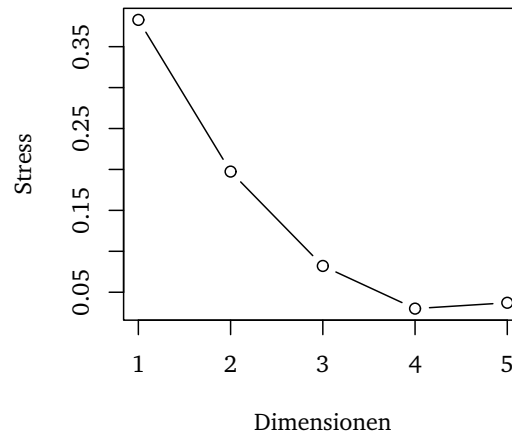


Abbildung 4.14: Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten mit unterschiedlicher Dimensionenzahl (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

Wie Abbildung 4.15 zeigt, scheint es im Themenbereich staatliche und traditionelle Autoritäten eine Art von „linken“, aber zwei Arten von „rechten“ Positionen zu geben. Auf der Seite der Linken finden sich die Politikziele „Militär Negativ“, „Freunden/Pazifismus“ und „(Mehr) Demokratie“. Nach entsprechender Prokrustes-Rotation wird deutlich, dass sich die beiden „rechten“ Seiten dieses Themenbereichs durch die Betonung von „Recht und Ordnung“ einerseits und „Traditionelle Lebensweise“ andererseits unterscheiden. Die erste Dimension lässt sich daher als die Entgegensetzung von Zustimmung zu und Ablehnung von staatlicher Zwangsgewalt interpretieren. Die zweite Dimension ist eher als Entgegensetzung von Zustimmung zur und Ablehnung der Verbindlichkeit traditioneller Lebensweisen zu verstehen.

Die Verteilung der Wahlprogramme im Themenbereich staatliche und traditionelle Autoritäten erweckt den Eindruck, dass es hier eine Möglichkeit gibt, „linke“ Positionen, aber zwei Möglichkeiten, „rechte“ Positionen einzunehmen. Die Kurven in dem Kontur-Plot ähneln einem Dreieck, das eine Ecke im unteren linken Quadranten hat, eine Ecke in der Nähe des Politikziels „Tradition positiv“ und eine Ecke in der Nähe des Politikziels „Recht und Ordnung“. Die „linken“ Positionen betonen eher mehr Demokratie und Pazifismus und lehnen das Militär ab, während die eine Form „rechter“ Positionen „Recht und Ordnung“ hervor-

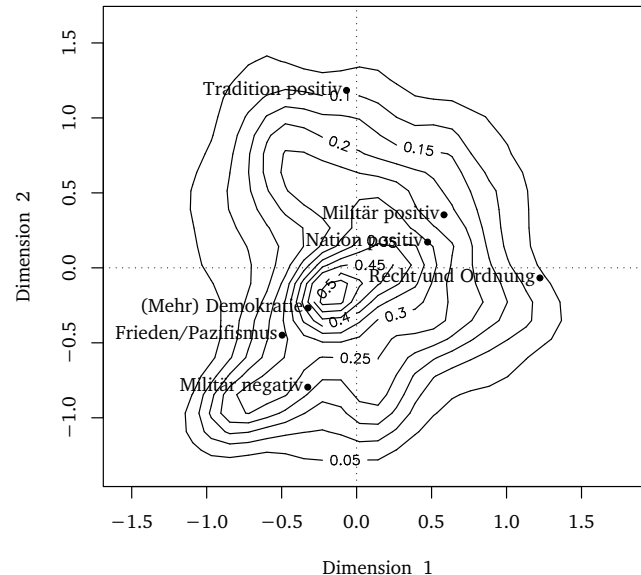


Abbildung 4.15: Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten mit Prokrustes-Rotation (Streudiagramm der Positionen der Politikziele mit Konturplot der Kernel-Dichte-Schätzung der Verteilung der von Parteien mittels ihrer Wahlprogramme eingenommenen Positionen. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

hebt und gegenüber traditionellen Lebensformen indifferent ist, während die andere Form „rechter“ Positionen traditionelle Lebensformen bevorzugt, aber gegenüber „Recht und Ordnung“ indifferent ist. Diese Interpretation wird bestärkt durch die mittleren Positionen der Parteifamilien auf den beiden Dimensionen dieses Themenbereichs, die nun anschließend betrachtet werden.

Abbildung 4.16.a und 4.16.b machen deutlich, dass es durchaus sinnvoll ist, die beiden Dimensionen dieses politischen Themenbereichs zu unterscheiden. Auf der ersten Dimension sind es vor allem die Linksozialisten und Kommunisten einerseits und die Konservativen und Rechtspopulisten andererseits, die in deutlicher Weise Position auf dieser Dimension beziehen, während die anderen Parteifamilien eher eine zentrale Position einnehmen. Auf der zweiten Dimension nehmen dagegen neben Linksozialisten und Kommunisten auch grüne Parteien deutliche Position auf der linken Seite dieser Dimension ein, während die am deutlichsten rechte Position von den christlichen Parteien eingenommen wird. Aber auch Sozi-

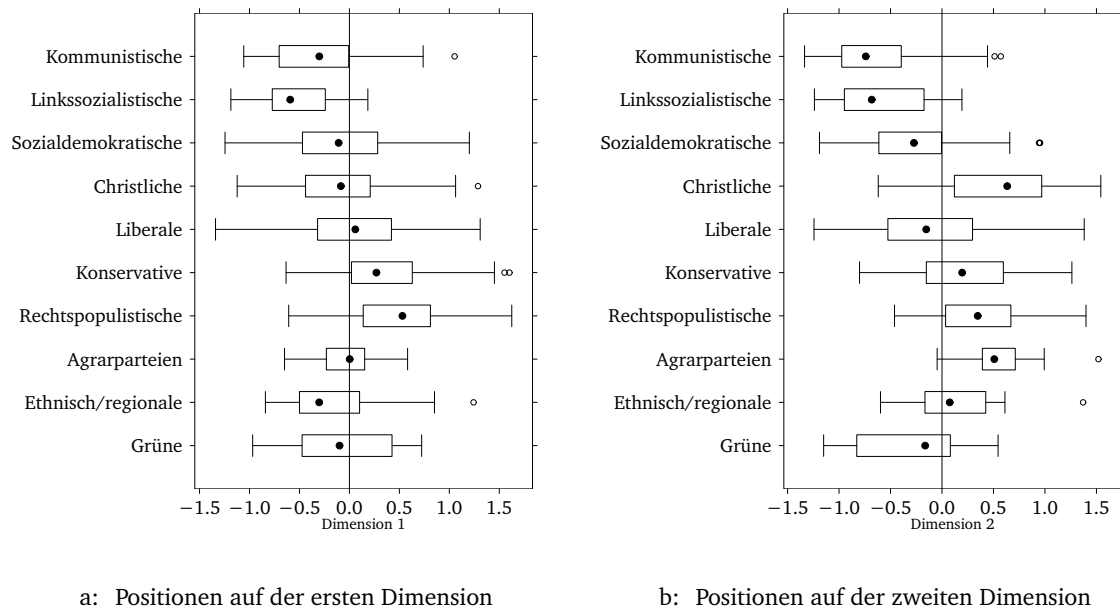


Abbildung 4.16: Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

aldemokraten, Liberale, Konservative, Rechtspopulisten, und Agrarparteien sind in Hinblick auf diese Dimension keineswegs neutral, sondern beziehen immer noch unterscheidbare Positionen auf der Linken und auf der Rechten dieser Dimension.

4.2.5 Der Themenbereich Ökonomie und Ökologie

Der Themenbereich Ökonomie und Ökologie umfasst die Politikziele „Umweltschutz“, „Produktivität“, „Technische Infrastruktur“ und „wirtschaftliche Ziele allgemein“. In diesen Themenbereich hätte noch „Wachstumsbegrenzung“ hereingepasst, allerdings wird dieses Ziel derart selten in Wahlprogrammen erwähnt, dass es seine Berücksichtigungen zu Entfaltungslösungen führt, deren Ergebnisse schwer interpretierbar sind.

Das Stress-Diagramm in Abbildung 4.17 zeigt, dass der Stress-Wert der zweidimensionalen Lösung deutlich niedriger ist als der Stress-Wert der eindimensionalen Lösung. Aus diesem Grund wird der zweidimensionalen Lösung im Folgenden der Vorzug gegeben.

Abbildung 4.18 zeigt die Ergebnisse der zweidimensionalen Entfaltung dieses Themenbereichs. Offensichtlich steht das Ziel „Umweltschutz“ vor allem im Gegensatz zu „Produktivität“, nicht aber zu „Technische Infrastruktur“ oder allgemeinen wirtschaftlichen Zielen.

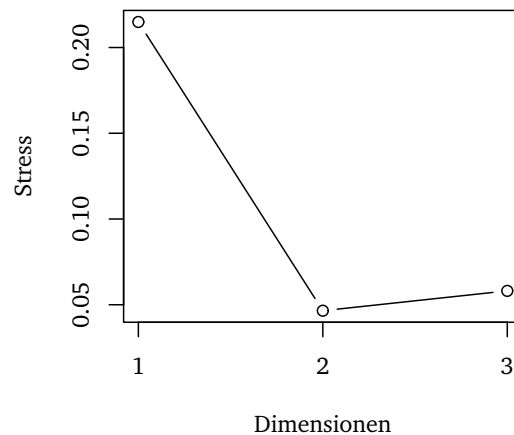


Abbildung 4.17: Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie mit unterschiedlicher Dimensionenzahl (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

Dies ist erstaunlich, da man erwarten könnte, dass Produktivität eher als ein besonders herausragendes allgemeines wirtschaftliches Ziel und dass die Verbesserung technischer Infrastruktur als Mittel zur Steigerung der Produktivität anzusehen wäre. Jene zweite Dimension, die die Politikziele „Technische Infrastruktur“ und „Wirtschaftliche Ziele allgemein“ entgegengesetzt, ist in der Tat schwierig zu interpretieren.

Die Konturen in der Abbildungen zeigen, dass die meisten Wahlprogramme eine indifferente Position zwischen den vier Politikzielen einnehmen. Allerdings erscheint die Streuung entlang der ersten Dimension etwas größer zu sein als entlang der zweiten Dimension.

Wie aus Abbildung 4.19.a ersichtlich ist, werden grüne Parteien in der Tat von den anderen Parteifamilien durch ihre Positionen auf der ersten der beiden Dimensionen unterschieden, welche die Ziele „Produktivität“ und „Umweltschutz“ einander entgegengesetzt. Allerdings zeigen sich auch die linkssozialistischen Parteien dem Ziel des Umweltschutzes eher zugeneigt als die übrigen Parteifamilien. Obzwar schwer zu interpretieren, eignet sich die zweite Dimension dieses Themenbereichs durchaus, die Agrarparteien von den übrigen Parteien abzugrenzen. Diese tendieren eher dazu, die Verbesserung der technischen Infrastruktur anderen allgemein wirtschaftlichen Zielen vorzuziehen. Ähnliches gilt in etwas geringerem Maße auch für die grünen Parteien.

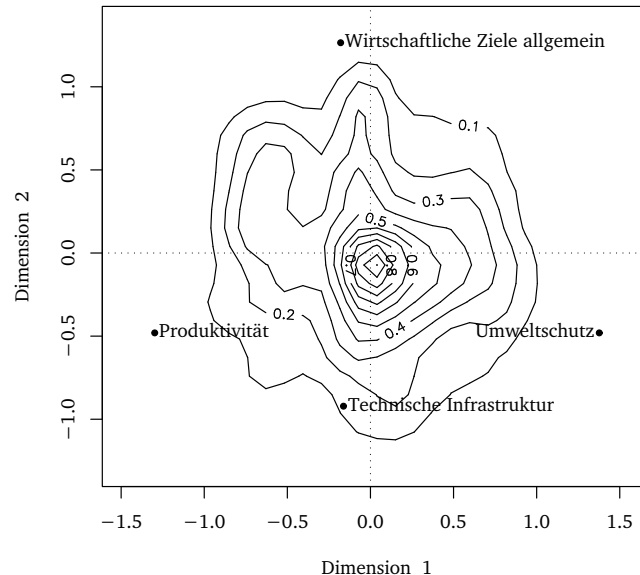


Abbildung 4.18: Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie mit Prokrustes-Rotation (Streudiagramm der Positionen der Politikziele mit Konturplot der Kernel-Dichte-Schätzung der Verteilung der Positionen der Wahlprogramme der Parteien. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

4.2.6 Der Themenbereich Zentrum und Peripherie

Der Themenbereich Zentrum und Peripherie umfasst die Politikziele „Zentralisierung“, „Dezentralisierung“, „Multikulturalismus positiv“ und „Multikulturalismus negativ“. Die ersten beiden dieser Politikziele befassen sich mit dem staatlich-administrativen Aspekt des Gegensatzes zwischen Zentrum und Peripherie, die letzten beiden Politikziele befassen sich mit dem kulturellen Aspekt.

Wie das Stress-Diagramm in Abbildung 4.20 zeigt, ist der Stress-Wert der zweidimensionalen Lösung deutlich geringer als der Stresswert der eindimensionalen Lösung. Deshalb wird die zweidimensionale Lösung weiter untersucht.

Abbildung 4.21 zeigt die zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Zentrum und Peripherie. Offenbar beschreibt die erste Dimension den politisch-administrativen Aspekt des Gegensatzes von Zentrum und Peripherie. Auf dieser Dimension haben die Politikziele „Dezentralisierung“ und „Zentralisierung“ vom Nullpunkt des Koordinatensystems

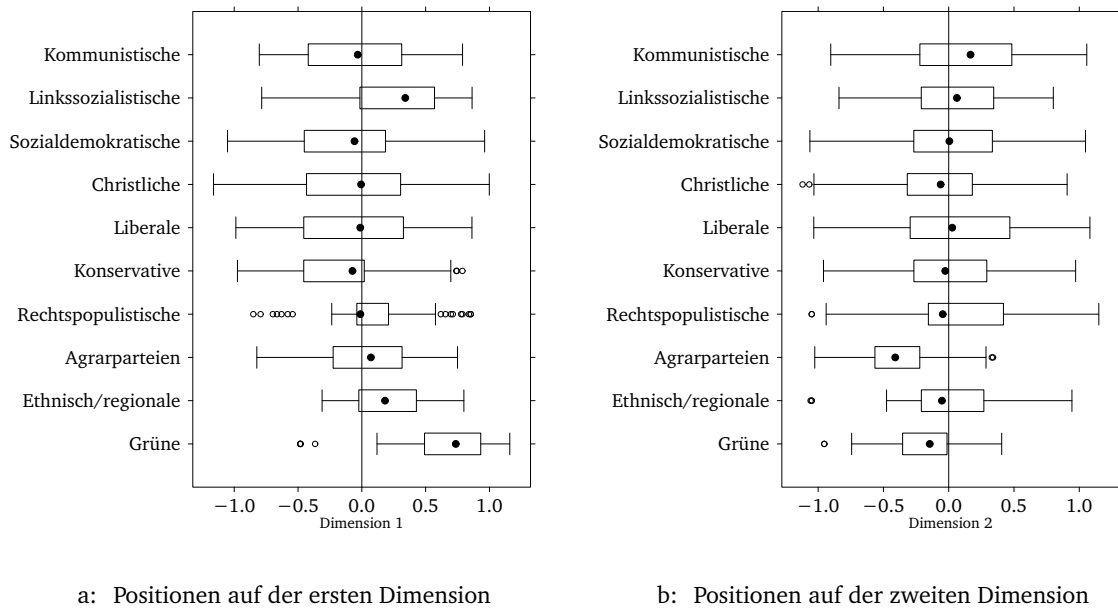


Abbildung 4.19: Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

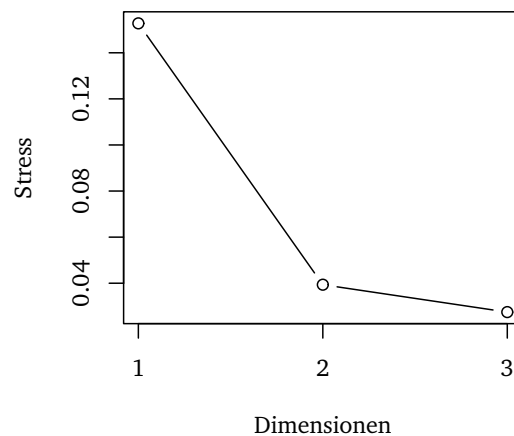


Abbildung 4.20: Stress-Werte für Entfaltungen des Themenbereichs Zentrum und Peripherie mit unterschiedlicher Dimensionenzahl (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

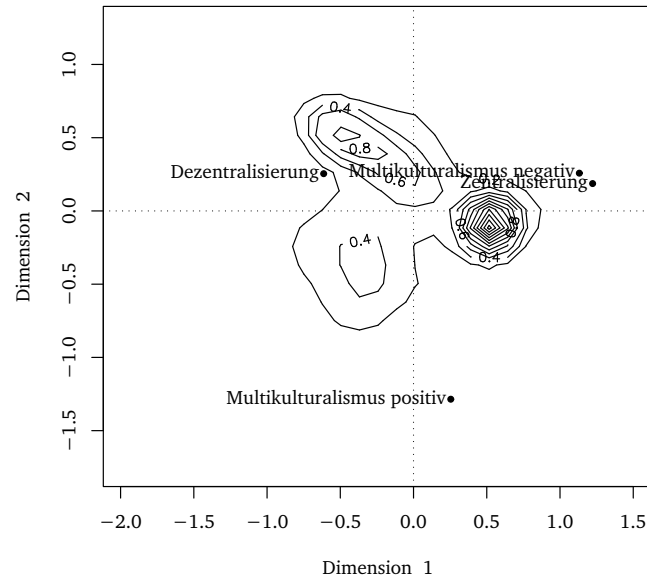


Abbildung 4.21: Zweidimensionale Entfaltungslösung des Themenbereichs Zentrum und Peripherie mit Prokrustes-Rotation (Streudiagramm der Positionen der Politikziele mit Konturplot der Kernel-Dichte-Schätzung der Verteilung der von Parteien mittels ihrer Wahlprogramme eingenommenen Positionen. Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

aus gesehen unterschiedliche Positionen. Die zweite Dimension scheint dagegen einen kulturellen Aspekt des Gegensatzes von Zentrum und Peripherie auszudrücken. Das Politikziel „Multikulturalismus positiv“ steht auf dieser Dimension den drei anderen Politikzielen dieses Themenbereichs gegenüber. Da aber sowohl Dezentralisierung als auch Zentralisierung auf dieser Dimension ähnliche Positionen erhalten, ist eine solche Interpretation aber zweifelhaft. Bei der Kodierung von Wahlprogrammen im Rahmen des *Comparative Manifesto Project* wurde nicht nur Multikulturalismus im zeitgenössischen Sinne unter dieses Politikziel subsumiert, der damit eine Vielfalt ethnischer Kulturen verbindet, sondern auch ein Eintreten für Versäulung im niederländischem Sinne, also eine Separierung der verschiedenen konfessionellen und nicht-konfessionellen Sektoren der niederländischen Gesellschaft (Budge *et al.* 2001: 227). Eine genauere Untersuchung der Positionen einzelner Parteien auf dieser Dimension (hier nicht dargestellt) zeigt, dass vor allem die konfessionellen Parteien der Niederlande (ARP, CHU und KVP) das Politikziel „Multikulturalismus positiv“ betonen. Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass die zweite Dimension eher einen

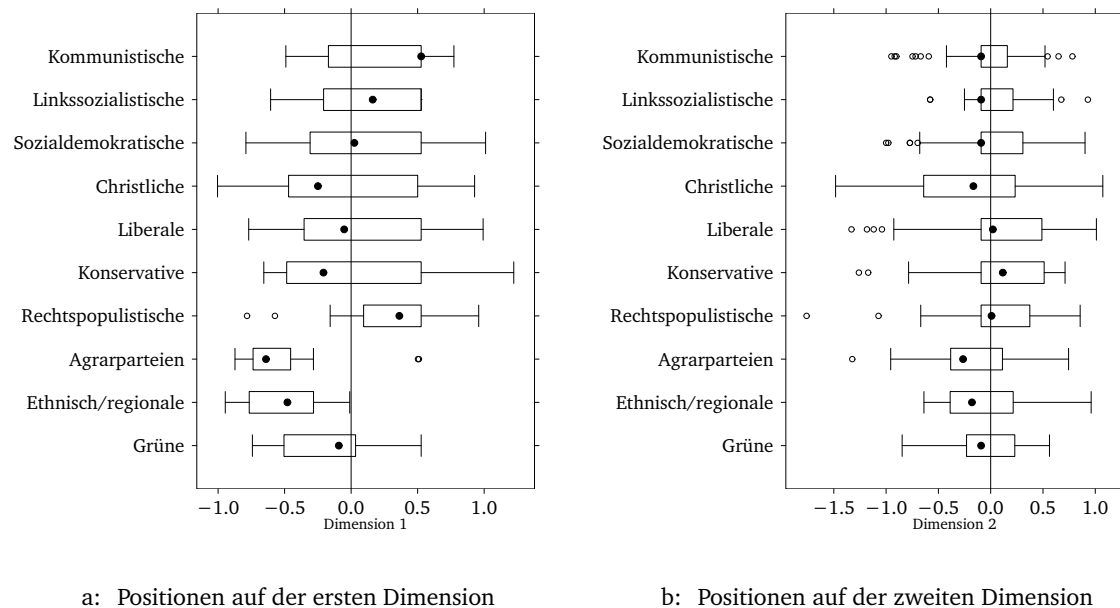


Abbildung 4.22: Positionen von Parteifamilien auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs Zentrum und Peripherie (Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

spezifischen Aspekt der niederländischen Politik reflektiert als einen allgemeinen Aspekt des Gegensatzes von Zentrum und Peripherie.

Wie der Verlauf der Konturen in der Abbildung zeigt, konzentrieren sich die Positionen, der meisten Wahlprogramme in einem Bereich der zwischen den vier Politikzielen liegt. Diese Häufung der Wahlprogramme liegt etwas näher der beiden zentralistischen Politikzielen „Multikulturalismus negativ“ und „Zentralismus“.

Die erste der beiden Dimensionen des Themenbereichs Zentrum-Peripherie ist wesentlich besser geeignet, ethnisch/regionale Parteien von den anderen Parteien zu unterscheiden, als die zweite Dimension, wie in Abbildung 4.22.a und 4.22.b zu erkennen ist. Die ethnisch/regionalen Parteien sind im großen und ganzen recht deutlich auf der „anti-zentralistischen“ Seite dieser Dimension positioniert. Allerdings, haben die Agrarparteien hier eine Position, die nicht weniger „anti-zentralistisch“ ist als die Position der ethnisch/regionalen Parteien. Etwas weniger, aber immer noch anti-zentralistisch positionieren sich die grünen Parteien. Auf der anderen Seite beziehen die rechtspopulistischen Parteien eine ganz klar zentralistische Position.

Wie aus den Positionen der Parteien auf der zweiten Dimension des Themenbereichs be-

stätigt die obigen Überlegungen. Die deutlichsten „multikulturalistischen“ Positionen werden nicht von ethnisch-regionalen Parteien eingenommen, sondern von einigen der christlichen Parteien. Diese zweite Dimension lässt sich daher nicht gut als Aspekt des Gegensatzes von Zentrum und Peripherie interpretieren.

4.2.7 Ein Überblick über alle sechs politische Themenbereiche

Betrachtet man die Positionen der Parteien in den verschiedenen politischen Themenbereichen und auf deren jeweiligen Dimensionen, so wird deutlich, dass ein umfassendes Links-Rechts-Schema (vgl. Laver und Budge 1992, Klingemann *et al.* 1994: 38ff, Volkens 1996, Budge *et al.* 2001: 21ff Klingemann 1995, Gabel und Huber 2000) den politischen Angeboten und Appellen der Parteien nicht gerecht wird und auch nicht die Vorstellung von nur zwei Links-Rechts-Dimensionen, einer materialistisch-wirtschaftspolitischen und einer nichtmaterialistisch-sozialpolitischen (vgl. Laver und Garry 2000: 628f). Stattdessen zeigen die „bürgerlichen“ Mitte-Rechts-Parteien in den einzelnen Themenbereichen recht eigensinnige Muster der Positionierung.

Die traditionell als „links“ bzw. als „rechts“ angesehenen Parteifamilien unterscheiden sich am deutlichsten auf der ersten wirtschaftspolitischen Dimension und auf den beiden Dimensionen des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten. Während die Linksozialisten und Kommunisten auf allen drei Dimensionen eindeutig die am weitesten linke Position einnehmen, variiert die Anordnung der „bürgerlichen“ Parteien auf der rechten Seite zwischen den drei Dimensionen. Auf der wirtschaftspolitischen Links-Rechts-Dimension nehmen die Konservativen die am weitesten rechte Position ein. Auf der ersten Dimension des Themenbereichs staatliche und traditionelle Autoritäten, der Autoritarismus-Dimension, nehmen dagegen die rechtspopulistischen Parteien die am weitesten „rechte“ Position ein. Allerdings nehmen die Konservativen auch hier eine eindeutig „rechte“ Position ein. Auf der zweiten Dimension dieses Themenbereichs, der Traditionalismus-Dimension, nehmen dagegen die christlichen Parteien die äußerste „rechte“ Position ein. Auch die Position der Agrarparteien ist hier sehr ausgeprägt. Andererseits ist die Position dieser beiden Parteifamilien auf der ersten Dimension in etwa so zentral wie die Position der Liberalen, der ethnischen/regionalen Parteien, der Sozialdemokraten und Grünen. Auch auf der ersten wirtschaftspolitischen Dimension positionieren sich die christlichen Parteien eher im Zentrum.

Auch auf den beiden Dimensionen der Sozialpolitik und auf der ersten Dimension des Themenbereichs Arbeitsbeziehungen und Erwerbsklassen nehmen die Familien der Arbeit-

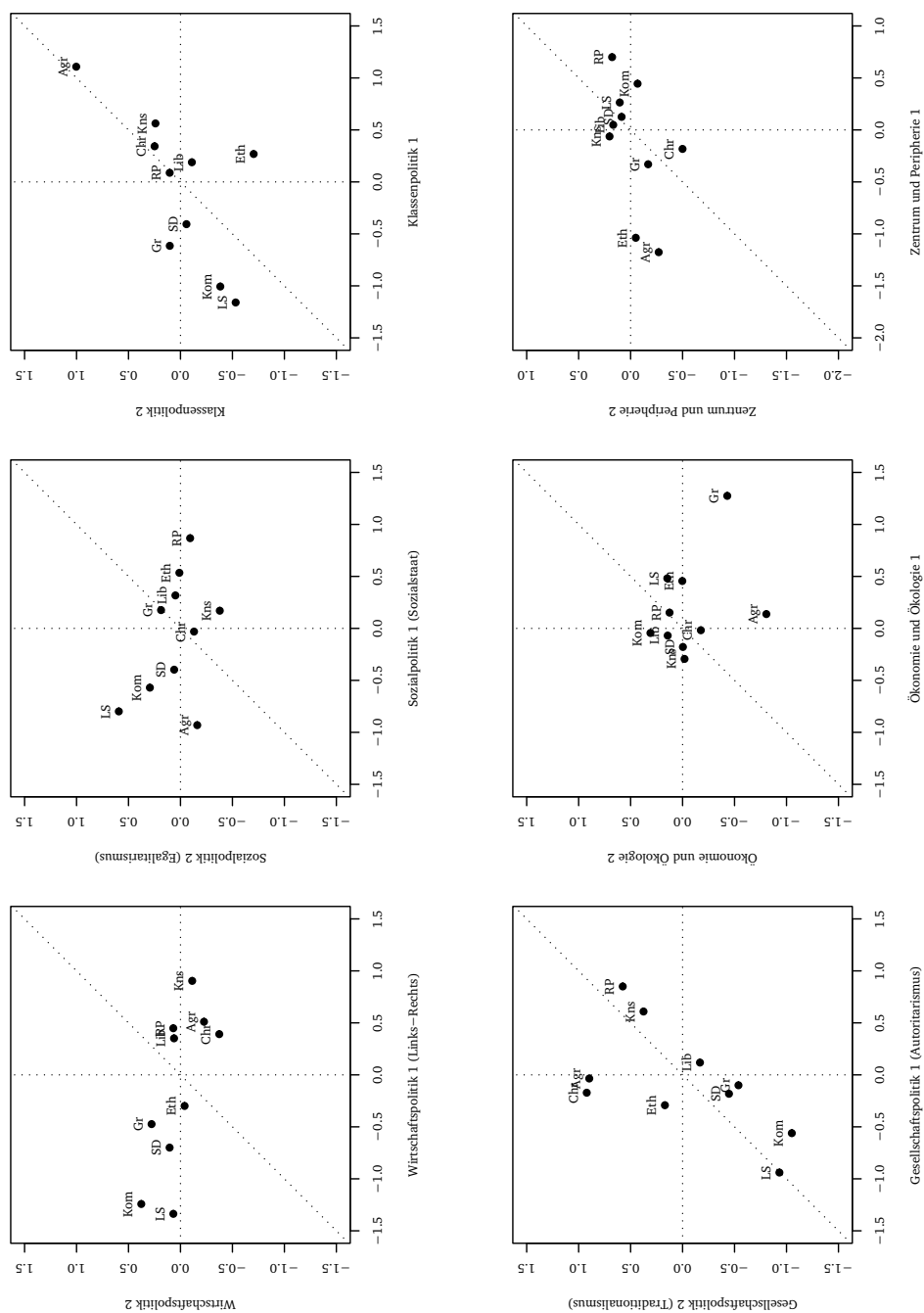


Abbildung 4.23: Mittlere bereinigte Position der Parteifamilien auf den Dimensionen der sechs politischen Themenbereiche (Kom: Kommunisten, LS: Linksozialisten, SD: Sozialdemokraten, Chr: christliche Parteien, Lib: Liberale, Kons: Konservative, RP: Rechtspopulisten, Eth: ethnisch/regionale Parteien, Agr: Agrarparteien, Gr: Grüne; Datenquelle: siehe Abbildung 4.1)

parteien linke Position ein. Allerdings werden sie auf der ersten sozialpolitischen Dimension, der Sozialstaats-Dimension von den Agrarparteien gleichsam links überholt (nicht aber auf der zweiten, der Egalitarismus-Dimension). Auf der ersten klassenpolitischen Dimension nehmen nicht etwa die bürgerlichen Parteien, sondern die Agrarparteien eine zu den Arbeiterparteien entgegengesetzte Position ein.

Im Bereich Ökonomie und Ökologie und der Themenbereich Zentrum und Peripherie setzten sich vor allem Familien der Kleinparteien von den übrigen Parteien ab. Die Grünen und die Agrarparteien haben hier eine ausgeprägt pro-ökologische Position.

Es wird deutlich, dass der Raum, in dem die Parteien Positionen beziehen, mehr als eine Dimension hat. Ideologie ist mehr als nur der Gegensatz zwischen Links und Rechts. Die Muster der Positionierung der Parteifamilien zeigt allerdings mehr Variation auf Seiten der „bürgerlichen“ Parteien und der *special interest*-Parteien. Auch eine Differenzierung in nur zwei Dimensionen wird der Komplexität der Positionen der Parteifamilien gerecht. Der Themenbereich staatliche und traditionelle Autoritäten lässt sich nicht auf eine Dimension reduzieren, die mit dem Gegensatzpaar Tradition und Moderne, Autoritarismus und Liberalismus oder gar Materialismus und Postmaterialismus identifizieren. Vielmehr hat dieser Themenbereich mindestens zwei Dimensionen, wobei Traditionalismus und Autoritarismus zwei voneinander unabhängige Richtungen sind.

Bemerkenswert ist die Positionierung der Familie der Agrarparteien, die sämtliche Vorstellungen eines einzigen Links-Rechts-Gegensatzes überkreuzt. Auf der wirtschaftspolitischen Links-Rechts-Dimension nimmt sie eine Position der rechten Mitte ein, im Bereich der Sozialpolitik ist sie die Parteifamilie, die sich am relativ stärksten für den Ausbau des Sozialstaates einsetzt. Andererseits vertritt sie traditionalistische und auf die Landwirtschaft bezogene Positionen. Darüberhinaus ist sie mindestens so ökologie-orientiert wie die grünen Parteien und so anti-zentralistisch wie die ethnisch/regionalen Parteien.

4.3 Zusammenfassung

Ziel dieses Kapitels war es, Maße für die Angebote und Appelle europäischer Parteien zu entwickeln, die sich für die empirische Analyse ihres Einflusses auf Parteipräferenzen eignen. Es wurde das technische Problem aufgezeigt, dass die Aufbereitung der CMP-Daten für eine Rekonstruktion politischer Positionen von Parteien zu kontroversen politischen Themenbereichen erschwert. Die Beziehungen zwischen den Politikbetonungen in den CMP-Daten sind eindeutig nicht-linear. Traditionelle Verfahren der multivariaten Datenanalyse sind da-

her für die Positionsbestimmung ungeeignet. Jedoch konnte auch dieses Problem durch ein innovatives Verfahren gelöst werden. Dieses Verfahren kombiniert die logarithmische Transformation der Daten mit einer metrischen multidimensionalen Entfaltung. Auf diese Weise können nicht nur die Positionen der Parteien, sondern auch die Positionen der Politikziele in den einzelnen Themenbereichen ermittelt werden. Dadurch lassen sich für die räumlichen Repräsentationen der Themenbereiche Koordinatenachsen bestimmen, die sich substantiell interpretieren lassen.

Einige dieser Koordinatenachsen lassen sich gut als Dimensionen ideologischer Gegensätze interpretieren. So lässt sich dem Gegensatz zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien eine wirtschaftspolitische Links-Rechts-Dimension zuordnen. Dem Gegensatz zwischen den christlichen und den säkularen Parteien entspricht eine Traditionalismus-Dimension. Dem Gegensatz zwischen den ethnisch/regionalen Parteien konnte eine Zentrum-Peripherie-Dimension zugeordnet werden. Dem Gegensatz zwischen den grünen Parteien und den übrigen Parteien konnte schließlich die Ökonomie-Ökologie-Dimension zugeordnet werden.

Es zeigen sich allerdings auch Grenzen bei der Zuordnung von Dimensionen zu ideologischen Gegensätzen. Die ideologischen Unterschiede innerhalb des Lagers der Arbeiterparteien konnten ebensowenig mit einer Koordinatenachse identifiziert werden, wie die Unterschiede zwischen Liberalen, Konservativen und Rechtspopulisten innerhalb des säkularen Segments des bürgerlichen Lagers. Diese Parteifamilien unterscheiden sich untereinander eher in ihren mehr oder weniger extremen Positionen auf den verschiedenen rekonstruierten Dimensionen.

Die Koordinatenwerte auf den Achsen der räumlichen Repräsentationen der verschiedenen Politikfelder lassen sich nun verwenden, um die Bedeutung der in den Wahlprogrammen eingenommenen politischen Positionen der Parteien für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht zu analysieren. Genau dies geschieht in den beiden folgenden Kapiteln.

Die Unterscheidung zwischen Salienzen politischer Themenbereiche und den Positionen innerhalb dieser Themenbereiche war notwendig, um die Struktur der politischen Angebote und Appelle der Parteien überhaupt herausarbeiten zu können. Um aber rekonstruieren zu können, was davon letztendlich bei den Wählern „ankommt“ ist es notwendig, diese Trennung zwischen Salienz und Position rückgängig zu machen. Für die Analysen des folgenden Kapitels wurden die Positionen der Parteien auf den verschiedenen Koordinatenachsen der politischen Themenbereiche mit den Salienzwerten dieser Themenbereiche innerhalb der Wahlprogramme multipliziert.

Vergleicht man die Unterschiede der mittleren Positionen der Parteifamilien entlang der Dimensionen der verschiedenen Dimensionen in den Boxplots in den Abbildungen 4.7, 4.10, 4.13 4.16 4.19 und 4.22 mit den Streuungen der Wahlprogramme innerhalb der Parteifamilien, so fällt auf, dass die Streuung innerhalb der Parteifamilien größer ist als die Streuung der Mittelwerte der Parteifamilien. Eine mögliche Ursache dafür ist, dass die Daten, auf denen die Analysen aufbauen, mit Messfehlern behaftet sind. Eine andere Möglichkeit ist, dass die ideologischen Positionen der Parteien in diesem Zeitraum einen deutlichen Wandel durchmachen. Um unsystematische, möglicherweise durch Messfehler verursachte Fluktuationen aus den Daten herauszufiltern und die, wurden die durch die Entfaltungslösungen rekonstruierten Positionen der Parteien geglättet. Die erwähnte Glättung wurde folgendermaßen vorgenommen. Für jede einzelne Partei wurde die Zeitreihe ihrer in den Wahlprogrammen eingenommenen Positionen zusammengestellt. Für jede dieser Zeitreihe wurde eine *smoothing spline*-Glättung mit fünf Freiheitsgraden (Green und Silverman 1994: 17ff) vorgenommen.⁶ Diese mit den Salienzen multiplizierten und anschließend geglätteten Koordinatenwerte sind es, die – neben den Daten über die Parteipräferenzen und die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten – das Ausgangsmaterial für die Analysen des folgenden Kapitels bilden.

⁶Bei Zeitreihen mit weniger als sieben Datenpunkten wurde die Anzahl der Freiheitsgrade auf $l - 2$ festgelegt, wobei l die Länge der jeweiligen Zeitreihe bezeichnet. Bei Zeitreihen mit weniger als vier Zeitpunkten wurde eine lineare Glättung vorgenommen.

Kapitel 5

Politische Angebote und Appelle, soziale Unterscheidungen und Wahlabsicht

Die Untersuchung der Reaktionen verschiedener sozialer Gruppierungen auf politische Angebote und Appelle von Parteien ist der Kern der vorliegenden Arbeit. Damit soll der wesentliche Beitrag dieser Arbeit zur Kontroverse um den Bedeutungsverlust der *cleavages* geleistet werden. Wie in Kapitel 2 und 3 gezeigt worden ist, kann das Wählerverhalten nicht einfach als von sozialstrukturellen Merkmalen abhängige Variable verstanden werden. Die Strukturen im Wählerverhalten, die gemeinhin mit der Existenz von *cleavages* in Verbindung gebracht werden, sind nach dieser Argumentation vielmehr das Resultat des Zusammenwirkens politischer Angebote und Appelle von Parteien und der unterschiedlichen Ansprechbarkeit verschiedener sozialer Gruppierungen für diese Angebote und Appelle. Mit der Ansprechbarkeit für politischer Angebote und Appelle ist gemeint, dass sich die Wähler dieser sozialen Gruppierungen dazu tendieren, Parteien vorzuziehen, die bestimmte politischer Positionen in ihren Wahlprogrammen vertreten. Sie verhalten sich dann so, als ob sie die Parteien aufgrund ihrer politischen Positionen bevorzugen. In Anbetracht der im Kapitel 3 vorgebrachten Argumentation ist ein solches Verhalten auch dann plausibel, wenn die Wähler nicht über ein explizit ideologisches Politikverständnis oder genaue Kenntnis der Folgend der vorgeschlagenen politischen Maßnahmen verfügen. Sie verhalten sich so, weil bestimmte politische Angebote und Appelle mit ihren materiellen oder immateriellen Interessen und ihren gelebten Wertorientierungen stärker vereinbar sind als andere politische Angebote und Appelle. Im Folgenden wird daher von den *Positionspräferenzen* einer sozialen Gruppierung hinsichtlich eines kontroversen politischen Themenbereichs gesprochen, wenn die Präferenzen der Mitglieder der sozialen Gruppierung für Parteien *im Durchschnitt* von den Positionen der Parteien zu zu Themenbereich beeinflusst wird. Allgemeiner wird auch als *Ansprechbarkeit* der sozialen Gruppierung für bestimmte politische Angebote und Appelle die durchschnittliche Tendenz einer sozialen Gruppierung verstanden, Parteien, die diese politischen Angebote und Appelle an die Wählerschaft richten, gegenüber anderen

Parteien zu bevorzugen.

Wie im vorliegenden Kapitel gezeigt wird, können Unterschiede in den Positionspräferenzen sozialer Gruppierungen empirisch nachgewiesen werden. Es wird aber auch gezeigt, dass keine generellen Trends der Abschwächung der Unterschiede zwischen den durch die beiden zentralen *cleavages* der westeuropäischen Politik unterschiedenen sozialen Gruppierungen nachweisbar sind. Ebenso wenig wie im Zeitverlauf lassen sich Abschwächungstendenzen in der Abfolge der Generationen feststellen. Eine langfristige Entwicklung der Abschwächung der Unterschiede ist also auch dann nicht zu erwarten, wenn ältere Generationen aus den Wählerschaften der westeuropäischen Länder ausscheiden und neue Generationen in die Wählerschaften hineinwachsen. Innerhalb des Untersuchungszeitraumes ist kein Verschwinden der *cleavages* zu festzustellen und auch in näherer Zukunft ist kein solches Verschwinden zu erwarten.

Die Vorgehensweise dieses Kapitels ist die Folgende. Im ersten Abschnitt wird das statistische Modell entwickelt und begründet, das die Positionspräferenzen sozialer Gruppierungen zu analysieren erlaubt. Es ist so konzipiert, dass es der Bildung von Parteipräferenzen als einer Form der *Entscheidung* zwischen mehreren Alternativen Rechnung trägt und dabei die zwei wesentlichen in der Literatur diskutierten Formen berücksichtigt, in denen politische Positionen von Parteien die Wahlentscheidung beeinflussen können. Diese beiden Formen werden durch die Distanztheorie (Davis *et al.* 1970, Enelow und Hinich 1984) und die Richtungstheorie (Rabinowitz und MacDonald 1989) der Wahlentscheidung repräsentiert.

Im zweiten Abschnitt wird dann dieses Modell verwendet, um die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen für die politischen Angebote und Appelle der Parteien zu untersuchen. Er befasst sich mit den Unterschieden zwischen sozialen Gruppierungen in der Ansprechbarkeit für die politischen Angebote und Appelle der Parteien und wendet dazu die im ersten Abschnitt verwendeten Verfahren an. Überprüft wird, ob sich diese sozialen Gruppierungen überhaupt in ihrer Positionspräferenzen unterscheiden, und welche Aspekte der politischen Angebote und Appelle dabei besonders wichtig sind. Es wird untersucht, welche der im vorangegangenen Kapitel herausgearbeiteten politischen Dimensionen für die unterschiedliche Positionspräferenzen überhaupt relevant sind. Auch wird aufgezeigt, in welcher Weise sich die sozialen Gruppierungen in den Positionspräferenzen unterscheiden. Es werden die von den beiden Haupt-*cleavages* der westeuropäischen Politik, dem Kirche-Staat-*cleavage* und dem Arbeit-Kapital-*cleavage*, getrennten sozialen Gruppierungen in den Blick genommen. Diese Gruppierungen sind einerseits unterschiedliche Erwerbsklassen und andererseits Gruppierungen, die auf Grund ihrer Kirchenbindung unterschieden werden können. Schließlich wird noch untersucht, ob sich diese Unterschiede in der Positionspräferenzen

zen der sozialen Gruppierungen mit der Zeit verändern und ob die Unterschiede innerhalb der jüngeren Generationen geringer sind als in den älteren.

Die Untersuchungen bauen auf Tests der jeweiligen Nullhypothese auf, dass keine Unterschiede zwischen den Klassen und zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit für die politischen Angebote und Appelle der Parteien bestehen. Diese Tests sind so angelegt, dass sie die Nullhypothese stark machen. Es werden robuste Varianten von Wald-Tests verwendet, die berücksichtigen, dass die Zahl unabhängiger Informationen über die Positionspräferenzen der sozialen Gruppierungen deutlich geringer ist als die Anzahl der in den Analysen berücksichtigten Wähler. Während die Anzahl der Wähler, die in den Analysen auf der Grundlage eines kumulierten Eurobarometer-Datensatzes berücksichtigt werden können, bis zu 181.054 beträgt, liegen tatsächlich nur bis zu 11.728 Datenpunkte vor, da nur 93 Parteien, 50 Zeitpunkte und maximal fünf verschiedene soziale Gruppierungen berücksichtigt werden können. Die meisten der 93 Parteien stehen den Befragten in mehr als einer Welle des Eurobarometers zur Auswahl. Nicht in den Analysen berücksichtigte Attribute der Parteien können daher die Parteipräferenzen der Wähler an mehr als einem Zeitpunkt beeinflussen. Dadurch sind auch die 11.728 Datenpunkte nicht stochastisch unabhängig von einander. Wenn Parteien sich mehrmals zur Wahl stellen, besteht die Gefahr, dass die Nullhypothese ungerechtfertigt verworfen wird, und damit die Gefahr, dass Unterschiede zwischen sozialen Gruppierungen konstatiert werden, die sich nicht verallgemeinern lassen.

Da die Diskussion, zu der in dieser Arbeit ein Beitrag leisten soll, sich vor allem um *allgemeine* Veränderungen der *cleavages* dreht, bewegen sich die Analysen vor allem auf der Ebene des Durchschnitts der europäischen Länder. Die Beschreibung der Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen innerhalb der einzelnen westeuropäischen Länder oder der Entwicklungen innerhalb der einzelnen Länder wird dagegen ausdrücklich geringere Beachtung geschenkt. Dass überhaupt Daten aus unterschiedlichen westeuropäischen Ländern in die Analyse eingehen, soll nur die Allgemeinheit der Befunde sicherstellen und für eine ausreichende Variabilität der politischen Positionen der in Betracht kommenden Parteien sorgen. Namen von einzelnen Ländern oder einzelnen Parteien werden daher in den Analysen dieses Kapitels kaum vorkommen. Die Heranziehung von Daten aus unterschiedlichen Ländern soll nicht einem Ländervergleich als Selbstzweck dienen. Stattdessen wird, im Sinne von Przeworski und Teune (1970: 25) beabsichtigt, Namen (von Ländern und Parteien) durch Konzepte (politische Angebote und Appelle) zu ersetzen.

5.1 Die Modellierung des Einflusses politischer Angebote und Appelle auf die Wahlentscheidung

Generally, we are not interested in all of the complexities of the process which produced what was observed. Instead, we want to isolate certain pertinent aspects; these will depend on the goal of the study ... , i.e. the problem to be solved, and should still be present if observations were made in other similar circumstances. This is the important simplifying role of models.

(Lindsey 1996: 1)

Die Entscheidung, die ein Wähler in der Wahlkabine fällt, ist eine Auswahl einer von mehreren Alternativen. Wie auch immer geartet die Motivation sein mag, mit der er seine Entscheidung trifft – sei sie zweckrational in Hinblick auf das eigene materielle Wohlergehen oder das seiner Klasse, sei sie wertrational als Ausdruck seiner Unterstützung für den Sozialismus, für individuelle Freiheit oder Ausdruck christlicher Demut, sei sie affektiv bestimmt durch Zuneigung zum Kandidaten der einen Partei und Abneigung zu den Kandidaten anderer Parteien, oder sei sie habituell, indem er sich für die Partei entscheidet, für die er schon immer gestimmt hat – immer sind es irgendwelche *Eigenschaften der Alternativen*, die für ihn dabei den Ausschlag geben. Die Unterschiede der Motivationen bestimmen nicht ob, sondern welche Eigenschaftsdimensionen der Alternativen in die Entscheidung einfließen.

Bei der Wahlentscheidung kann man daher die folgenden Aspekte unterscheiden:

- die Menge der dem einzelnen Wähler zur Auswahl stehenden Parteien, im Folgenden als *choice set* bezeichnet,
- die Eigenschaften der zur Auswahl stehenden Alternativen (Parteien), im Folgenden als *Attribute* bezeichnet,
- die Eigenschaften des Wählers selbst, seine *Charakteristika*,
- und schließlich die Auswahl einer der Alternativen aus dem *choice set* durch den einzelnen Wähler.

Die in diesem Kapitel interessierenden Attribute der Parteien sind die in den Wahlprogrammen zum Ausdruck gebrachten politischen Positionen der Parteien. Die interessierenden Charakteristika der Wähler sind ihre Zugehörigkeit zu den Kategorien der sozialen Merkmale Klassenlage und Kirchgangshäufigkeit. Das jeweilige *choice set* der Wähler ist die Gesamtheit der Parteien, zwischen denen die Befragten zum jeweiligen Zeitpunkt im jeweiligen Land auswählen können. Man muss davon ausgehen, dass die *choice sets* von Land zu

Land unterschiedlich sind. Es gibt keine Partei, die sich in mehr als einem demokratischen Land zur Wahl stellt. Die *choice sets* können aber auch von Zeitpunkt zu Zeitpunkt innerhalb ein und des selben Landes variieren. Parteien können sich auflösen, sich spalten oder fusionieren. So hat zum Beispiel das *choice set*, dem die italienischen Wähler nach 1991 gegenüber stehen, kaum Ähnlichkeiten mit dem *choice set* der italienischen Wähler in den 1970er oder 1980er Jahren. Das italienische Parteiensystem hat sich grundlegend verändert. Kaum eine Partei die in den 1970er Jahren im Parlament vertreten war, existiert noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahren. Italien ist für die westeuropäischen Länder nach dem II. Weltkrieg sicher ein Extremfall, aber auch in anderen Ländern hat sich das *choice set* während des Untersuchungszeitraums geändert (zum Beispiel durch den Zusammenschluss der drei großen konfessionellen Parteien der Niederlande – ARP, CHU und KVP – zum CDA).

5.1.1 Ein *discrete choice*-Modell des Einflusses politischer Angebote auf die Parteipräferenz innerhalb sozialer Kategorien

Statistische Modelle für die Analyse von Entscheidungen von Subjekten zwischen mehreren Alternativen, in denen der Einfluss der Attribute der Alternativen als unabhängige Variable(n) eingebracht wird, werden als *discrete choice*- oder *qualitative choice*-Modelle bezeichnet (McFadden 1974, 1984; Greene 1999: 811,862). Ein mathematisch einfaches *discrete choice*-Modell, das häufig verwendet wird und erlaubt, Wahlentscheidungen mit variierendem *choice set* zu analysieren, ist das *conditional logit*-Modell (McFadden 1974). Die einzige Vorgabe des Modells ist, dass eine von mehreren vorgegebenen Alternativen ausgewählt wird.

Wenn mit Hilfe dieses Modells das Entscheidungsverhalten von Individuen analysiert wird, dann ist die abhängige Variable binär. Sie nimmt für jedes Individuum i und jede Alternative j einen Wert y_{ij} an, der entweder Null oder Eins beträgt. Hat ein Individuum fünf Alternativen zur Auswahl, dann entspricht dem in diesem Modell nicht ein Wert der abhängigen Variable sondern fünf. Jeder dieser fünf Werte der abhängigen Variable zeigt an, ob sich das Individuum für die jeweilige Alternative entschieden hat oder nicht. Das heißt, genau einer der fünf Variablenwerte beträgt Eins, während die anderen vier Variablenwerte den Wert Null erhalten. Wenn also ein Befragter Herr Meyer in einer Umfrage gefragt wird, ob er die CDU, die FDP, die Grünen, die PDS oder die SPD wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, und der besagte Herr Meyer antwortet, die FDP wählen zu wollen, dann erhält die abhängige Variable für die Kombination Meyer-FDP den Wert Eins und für die Kombinationen Meyer-CDU, Meyer-die Grünen, Meyer-PDS und

Meyer-SPD den Wert Null. Im *conditional logit*-Modell wird in diesem Fall die Wahrscheinlichkeit $\hat{y}_{ij} = \pi_{ij} := P(y_{ij} = 1 | \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$ in Abhängigkeit von den Attributen \mathbf{z}_{ij} der Alternativen j und den Charakteristika \mathbf{x}_i der Individuen i modelliert. Diese Wahrscheinlichkeiten sind die vom Modell „gefitteten“ Werte der abhängigen Variable. Im Beispiel des Herrn Meyer spezifiziert das Modell die Wahrscheinlichkeit, dass sich Herr Meyer für die CDU, die FDP, die Grünen, die PDS oder die SPD entscheidet, in Abhängigkeit von den Attributen dieser Parteien (zum Beispiel ihren politischen Angeboten und Appellen, Spitzenkandidaten oder ihren Wahlkampfanstrengungen) und den Charakteristika des Herrn Meyer.

Mit Hilfe des Modells lässt sich aber auch das durchschnittliche Entscheidungsverhalten von Gruppierungen von Individuen untersuchen. Dann nimmt die Abhängige Variable Häufigkeitswerte y_{ij} an, und zwar die Häufigkeiten, mit denen sich die Angehörigen dieser Gruppierung für die einzelnen ihnen zur Auswahl stehenden Alternativen entscheiden (wobei vorausgesetzt wird, dass alle Mitglieder dieser Gruppierung das gleiche *choice set* haben, und die Mitglieder der Gruppierung alle die gleichen Charakteristika aufweisen, deren Einfluss auf das Entscheidungsverhalten untersucht werden soll). Wenn also in einer Umfrage 150 Arbeiter befragt wurden, ob sie die CDU, die FDP, die Grünen, die PDS oder die SPD wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären und 56 der Arbeiter antworten, die CDU wählen zu wollen, 7 antworten, die FDP wählen zu wollen, 8 antworten die Grünen wählen zu wollen, einer antwortet, die PDS wählen zu wollen, und 78 antworten, die SPD wählen zu wollen, dann nimmt die abhängige Variable für die Kombination Arbeiter-CDU den Wert 56, für die Kombination Arbeiter-FDP den Wert 7, für die Kombination Arbeiter-die Grünen den Wert 8, für die Kombination Arbeiter-PDS den Wert Eins und für die Kombination Arbeiter-SPD den Wert 78 an. Das *conditional logit*-Modell spezifiziert hier die zu erwartende Häufigkeit $\hat{y}_{ij} = E(y_{ij} | \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$, mit der die Alternativen j innerhalb der Gruppierung i ausgewählt wird, als „gefitteten“ Wert der abhängigen Variable. Im Beispiel dieses Absatzes ist $E_{ij}(Y) = 150\pi_{ij}$, wenn $\pi_{ij} := P(y_{ij} = 1 | \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$ die von dem Modell spezifizierte Wahrscheinlichkeit ist, dass ein Arbeiter sich für die Partei j ausspricht. Wenn das interessierende Charakteristikum der Wähler, dessen Einfluss auf die Wahlabsicht untersucht werden soll, die Klassenzugehörigkeit ist, dann macht es für das *conditional logit*-Modell keinen Unterschied, ob die Daten, wie in diesem Beispiel, gruppiert sind, oder ob sie, wie im Beispiel des vorangegangenen Absatzes, auf Individualebene disaggregiert sind (vgl. McFadden 1974: 113ff). Die beiden Möglichkeiten der Datenaufbereitung für die Analysen des *conditional logit*-Modells werden anhand der beiden besprochenen Beispiele Tabelle 5.1 veranschaulicht.

Im *conditional logit*-Modell werden die Wahrscheinlichkeiten π_{ij} mit einer Funktion

Tabelle 5.1: Veranschaulichung des Formats der abhängigen Variable in einer *discrete choice*-Analyse mit Individualdaten (a) und gruppierten Daten (b). y_{ij} bezeichnet die Werte der abhängigen Variable, \hat{y}_{ij} die Werte der vom Modell „gefitteten“ Werte der abhängigen Variable, i bezeichnet die Individuen (a) bzw. die Gruppierungen (b). j bezeichnet die als Alternativen zur Auswahl stehenden Parteien.

y_{ij}	\hat{y}_{ij}	i	j	y_{ij}	\hat{y}_{ij}	i	j
0	$\pi_{(\text{Meyer}, \text{CDU})}$	Meyer	CDU	56	$150\pi_{(\text{Arbeiter}, \text{CDU})}$	Arbeiter	CDU
1	$\pi_{(\text{Meyer}, \text{FDP})}$	Meyer	FDP	7	$150\pi_{(\text{Arbeiter}, \text{FDP})}$	Arbeiter	FDP
0	$\pi_{(\text{Meyer}, \text{Die Grünen})}$	Meyer	Die Grünen	8	$150\pi_{(\text{Arbeiter}, \text{Die Grünen})}$	Arbeiter	Die Grünen
0	$\pi_{(\text{Meyer}, \text{PDS})}$	Meyer	PDS	1	$150\pi_{(\text{Arbeiter}, \text{PDS})}$	Arbeiter	PDS
0	$\pi_{(\text{Meyer}, \text{SPD})}$	Meyer	SPD	78	$150\pi_{(\text{Arbeiter}, \text{SPD})}$	Arbeiter	SPD
0	$\pi_{(\text{Schulze}, \text{CDU})}$	Schulze	CDU	14	$39\pi_{(\text{Selbstnd.}, \text{CDU})}$	Selbstnd.	CDU
0	$\pi_{(\text{Schulze}, \text{FDP})}$	Schulze	FDP	12	$39\pi_{(\text{Selbstnd.}, \text{FDP})}$	Selbstnd.	FDP
0	$\pi_{(\text{Schulze}, \text{Die Grünen})}$	Schulze	Die Grünen	5	$39\pi_{(\text{Selbstnd.}, \text{Die Grünen})}$	Selbstnd.	Die Grünen
0	$\pi_{(\text{Schulze}, \text{PDS})}$	Schulze	PDS	0	$39\pi_{(\text{Selbstnd.}, \text{PDS})}$	Selbstnd.	PDS
1	$\pi_{(\text{Schulze}, \text{SPD})}$	Schulze	SPD	8	$39\pi_{(\text{Selbstnd.}, \text{SPD})}$	Selbstnd.	SPD

(a) Individualdaten. Die abhängige Variable gibt an ob ein Individuum (Meyer bzw. Schulze) die betreffende Partei zu wählen beabsichtigt (CDU, FDP, die Grünen, PDS oder SPD)

(b) Gruppierte Daten. Die abhängige Variable gibt die Häufigkeit an mit der Angehörige der Gruppierungen (Arbeiter bzw. Selbstständige) die betreffende Partei zu wählen beabsichtigen (CDU, FDP, die Grünen, PDS oder SPD)

$f(\beta, \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$ der Attribute \mathbf{z}_{ij} der Alternativen, der Charakteristika der Subjekte \mathbf{x}_i und Parametern (Koeffizienten) β in folgender Weise verbunden (zur Notation vgl. Anhang D.1):

$$\pi_{ij} = \frac{\exp(f(\beta, \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i))}{\sum_{k \in S_i} \exp(f(\beta, \mathbf{z}_{ik}, \mathbf{x}_i))} \text{ mit } j \in S_i \quad (5.1)$$

S_i bezeichnet dabei die Menge der dem Individuum oder der Gruppierung i zur Auswahl stehenden Alternativen, das *choice set*. Die Summe im Nenner der rechten Seite der Gleichung ist die Summe der Exponenten aller Funktionswerte $f(\beta, \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$, die den einzelnen Alternativen im *choice set* zugeordnet werden. Der Quotient auf der rechten Seite der Gleichung stellt sicher, dass π_{ij} zwischen Null und Eins liegt, da die Exponentiation der Funktionswerte dafür sorgt, dass der Zähler und der Nenner dieses Quotienten das gleiche, positive Vorzeichen haben. Der Index i des *choice set* S_i drückt aus, dass es von Individuum zu Individuum variieren kann. Weder ist vorgegeben, dass das *choice set* für alle Individuen identisch ist, noch, dass es für alle Individuen gleich groß ist, da das Modell keine Parameter enthält, die vom *choice set* abhängen (es sei, denn sie werden durch die unabhängigen

Variablen explizit in das Modell eingebracht). Es lohnt sich, hier auf diesem Aspekt des Modells aufmerksam zu machen, da *discrete choice*-Modelle in der Wahlforschung bislang in jeweils einem Land zu einem bestimmten Zeitpunkt verwendet wurden (vgl. z. B. Alvarez und Nagler 1998, Alvarez *et al.* 2000, Thurner 2000), so dass die zur Auswahl stehenden Alternativen fest vorgegeben waren.

In der Standardversion des *conditional logit*-Modells (McFadden 1974, 1984) wird angenommen, dass die Funktion $f(\beta, \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$ linear in den Parametern β_1, \dots, β_p ist, d. h. sich in folgender Weise als Linearkombination von Komponenten zerlegen lässt, die nur von den unabhängigen Variablen, nicht aber von den Parametern abhängig sind. Das *conditional logit*-Modell, das bis hierher in einer sehr allgemeinen Form betrachtet wurde, nimmt dann die Form eines verallgemeinerten linearen Modells (McCullagh und Nelder 1989, Fahrmeir 1994) an. Dies lässt sich wie folgt ausdrücken (zur Notation vgl. Anhang D.1):

$$f(\beta, \mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i) = \sum_{q=1}^p \beta_q f_q(\mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i) = \sum_{q=1}^p \beta_q z_{qij}^* = \mathbf{z}_{ij}^{*'} \beta \quad (5.2)$$

Die Vektoren \mathbf{z}_{ij}^* versammeln dann Werte von Variablen, die durch Transformationen der Form $z_{qij}^* := f_q(\mathbf{z}_{ij}, \mathbf{x}_i)$ errechnet worden sind.

Wegen

$$\pi_{ij} = \frac{\exp(\mathbf{z}_{ij}^{*'} \beta)}{\sum_{k \in \mathcal{S}_i} \exp(\mathbf{z}_{ik}^{*'} \beta)} = \prod_{q=1}^p \frac{\exp(\beta_q z_{qij}^*)}{\sum_{k \in \mathcal{S}_i} \exp(\beta_q z_{qik}^*)} \quad (5.3)$$

lassen sich die Wahrscheinlichkeiten π_{ij} in *Effekte* dieser Variablen zerlegen, die durch

$$\text{Effekt}_q := \frac{\exp(\beta_q z_{qij}^*)}{\sum_{k \in \mathcal{S}_i} \exp(\beta_q z_{qik}^*)} \quad (5.4)$$

bestimmt sind. Wenn eine Variable nur durch Transformation der Attribute z_{qij} gebildet wurde, also $z_{qij}^* = f_q(z_{qij})$, dann wird im folgenden von dem Effekt dieser Variablen als einem *Haupteffekt* dieser Attribute gesprochen. Wenn eine Variable durch $z_{qij}^* = f_q(z_{qij}, \mathbf{x}_i)$ gebildet wurde, dann wird ihr Effekt im Folgenden als *Interaktionseffekt* der Attribute z_{qij} mit den Charakteristika \mathbf{x}_i bezeichnet.

Wenn Gleichung 5.2 gilt, ist die die *log likelihood*-Funktion in den Parameterwerten global konkav, d. h. die Matrix der zweiten Ableitungen nach den Parametern ist für jeden Parameterwert negativ definit. Daher gibt es genau ein lokales Maximum (eben das globale Maximum) der *log likelihood*-Funktion. *Maximum likelihood*-Schätzwerte lassen sich deshalb

relativ einfach durch iterative Verfahren bestimmen. Es besteht keine Gefahr, dass die dafür üblichen Newton-Raphson- und Fisher-scoring-Verfahren einem anderen Wert als den *maximum likelihood*-Schätzwert ergeben. Dies ist ein Vorteil dieses Modells gegenüber anderen in der Literatur (Aitchison und Bennet 1970, Hausman und Wise 1978, McFadden 1984, Alvarez und Nagler 1995) vorgeschlagenen *discrete choice*-Modellen.

Vom einigen Autoren wird als Nachteil dieses Modells angesehen, dass ihm die Annahme der Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen (*independence of irrelevant alternatives*, kurz IIA) zu Grunde liegt. Inhaltlich bedeutet die IIA-Annahme, dass es keine Attribute der Alternativen gibt, die das Entscheidungsverhalten der Subjekte beeinflussen, die nicht in dem Modell enthalten sind. Wenn der Einfluss der politischen Positionen der Parteien auf die Zustimmung der Wähler zu diesen Parteien untersucht wird, kann die IIA-Annahme zum Beispiel dadurch verletzt sein, dass einige der Parteien an der Regierung beteiligt sind und die Einschätzung der Regierungstätigkeit in die Zustimmung zu den Parteien einfließt. In einem *discrete choice*-Modell drücken die Koeffizienten den Einfluss der Attribute der Parteien auf ihre Chancen der Zustimmung durch die Wähler aus, die die Parteien *relativ* zueinander haben. Wenn einige der Parteien an einer Regierungskoalition beteiligt sind und andere nicht, dann hat die Beteiligung an der Koalition möglicherweise einen Effekt auf die Chancen der Parteien innerhalb der Koalition relativ zu den Parteien außerhalb der Koalition. Aber sie kann als solche nicht die Chancen der Parteien außerhalb der Koalition beeinflussen. Wenn Beteiligung an einer Regierungskoalition nicht als Attribut in dem betreffenden *discrete choice*-Modell enthalten ist, dann kann dies dazu führen, dass die Schätzwerte der Koeffizienten der im Modell berücksichtigten Attribute verzerrt werden.

Die IIA-Annahme impliziert, dass sich die Schätzwerte des Modells nicht oder nicht deutlich ändern, wenn eine der zur Auswahl stehenden Alternativen aus den Daten herausgenommen wird. Der in diesem Zusammenhang typischerweise verwendete Hausman-Test (Hausman 1978, Hausman und McFadden 1984) überprüft diese Annahme genau dadurch, dass er die Schätzwerte, die auf der Grundlage der vollständigen Alternativen ermittelt werden, mit den Schätzwerten vergleicht, die auf der Grundlage eines reduzierten *choice sets* ermittelt werden. Wenn nur etwa drei, vier oder fünf Alternativen fest vorgegeben sind, dann kann die Verletzung der IIA-Annahme in der Tat zu Verzerrungen führen, wenn zwischen den Alternativen Ähnlichkeitsbeziehungen herrschen, die nicht zu den im Modell berücksichtigten Attributen gehören.

Wenn, wie in den Analysen dieses Kapitels, die Alternativen variieren und von nicht geringer Zahl sind, dann kann dafür argumentiert werden, dass Verzerrungen, die durch die Verletzungen der IIA-Annahme verursacht werden, gering zu veranschlagen sind. Es ist

kaum zu erwarten, dass der Effekt auf die Schätzwerte der Koeffizienten deutlich ausfällt, wenn eine von den 93 Parteien, die in die Analysen dieses Kapitels einbezogen werden, aus den Analysen ausgesondert wird. *Discrete choice*-Modelle, die die IIA-Annahme nicht voraussetzen, wie das *multinomial probit*-Modell (Aitchison und BenNET 1970, Hausman und Wise 1978, Alvarez und Nagler 1998) und das *nested logit*-Modell (McFadden 1984, Thurner 2000), setzten eine feste Anzahl von Alternativen voraus. Für das *nested logit*-Modell muss eine Hierarchie von Ähnlichkeitsbeziehungen zwischen den Alternativen vorgegeben werden, um die Schätzung von Koeffizienten zu ermöglichen. Für das *multinomial probit*-Modell muss für die Fehlerterme, die den Alternativen entsprechen, eine feste Korrelationsstruktur vorgegeben werden, weil sonst das Modell nicht identifiziert, also keine eindeutige Bestimmung der Korrelationen unter den Fehlertermen möglich ist. Das macht diese Modelle für Analysen, wie sie in diesem Kapitel durchgeführt werden, unpraktikabel. Das aus den Parteien bestehende *choice set* schwankt ja von Land zu Land. Es ist daher nicht möglich, eine einheitliche Hierarchie von Ähnlichkeitsbeziehungen oder eine einheitliche Korrelationsstruktur festzulegen. Überdies ist mit diesen Modellen das Problem verbunden, dass die Anzahl der Ähnlichkeits- bzw. Korrelationsparameter mit der Anzahl der Alternativen sehr schnell ansteigt. In gleicher Weise steigt auch die Komplexität der Ähnlichkeitsbeziehungen im *nested logit*-Modell mit der Anzahl der Alternativen. Die Schätzung der Parameter dieser Modelle wird dadurch immer ungenauer. Ein weiteres Problem liegt darin, dass die Spezifikation dieser Modelle von zahlreichen und komplexen technischen Vorentscheidungen abhängen, die nicht immer inhaltlich gerechtfertigt oder statistisch überprüft werden können, die aber dennoch folgenreich für die Schätzergebnisse sein können (vgl. dazu Achen 2002: 445).

Für die *log likelihood*-Funktionen dieser Modelle kann im übrigen, anders als für das *conditional logit*-Modell, nicht nachgewiesen werden, dass sie global konkav sind (McFadden 1984: 1418, 1426). Die *log likelihood*-Funktion dieser Modell kann daher mehrere lokale Maxima aufweisen. Damit ist die *maximum likelihood*-Schätzung für die Koeffizienten dieser Modelle deutlich schwieriger. Die Ergebnisse, die eine nichtlineare Optimierung der *log likelihood*-Funktion liefert, können in diesem Fall von der Wahl der Startwerte beeinflusst sein.

Es kann für die Analysen dieses Kapitels nicht ausgeschlossen werden, dass die IIA-Annahme verletzt ist. Überprüfen lässt sich das aber kaum. Ein Hausman-Test der IIA-Annahme setzt voraus, dass das Modell nicht nur mit der vollständigen Zahl der Alternativen geschätzt wird, sondern nochmal jeweils unter Ausschluss einer einzelnen der Alternativen. Wenn, wie in den Analysen dieses Kapitels bis zu 93 verschiedene Parteien berücksichtigt

werden, müsste für die Überprüfung der IIA-Annahme das Modell 93-Mal erneut berechnet werden, um insgesamt 93-Testgrößen für den Hausman-Test zu liefern. Dann aber ist es sogar sehr wahrscheinlich, dass eine der Testgrößen ein auf Fünf-Prozent-Niveau signifikantes Ergebnis liefert, selbst wenn die IIA-Annahme *nicht* verletzt ist. Wie aber im Anhang E.4 gezeigt wird, können eventuelle Verletzungen der IIA-Annahme durch die Verwendung von *sandwich*-Schätzern der Standardfehler der Koeffizienten der in diesem Kapitel analysierten Modelle aufgefangen werden.

5.1.2 Die Verwendung räumlicher Modelle für die Beschreibung des Einflusses politischer Angebote und Appelle auf Parteipräferenzen

A model *smooths* the observed data to a chosen amount, which may help us to see patterns in them and to understand them. *No model is true.* (Lindsey 1996: 7f, originale Hervorhebung)

Nachdem nun die Grundlagen der statistischen Analyse von Parteipräferenzen in mehreren Ländern gelegt wurden, geht es nun darum, zu beschreiben, wie der Einfluss der politischen Angebote und Appelle der Parteien, die hier als ihre Attribute fungieren, auf die Parteipräferenzen der Wähler modelliert wird. Nachdem im vorangegangenen Kapitel eine Beschreibung der in ihren Wahlprogrammen formulierten Angebote und Appelle der Parteien auf der Grundlage eines räumlichen Modells geliefert wurde, erscheint es nur konsequent, auch für den Einfluss dieser Angebote und Appelle auf die Parteipräferenzen ein räumliches Modell zu verwenden. Es gibt im Wesentlichen zwei Sorten räumlicher Modelle des Wählerverhaltens: Modelle entsprechend der Distanztheorie (Davis *et al.* 1970, Enelow und Hinich 1984) und Modelle entsprechend der Richtungstheorie (Rabinowitz und MacDonald 1989) der Wahlentscheidung, im Folgenden kurz als Distanzmodelle und Richtungsmodelle bezeichnet. Diese beiden Theorien lassen sich durch die folgenden Annahmen charakterisieren:

Annahme 5.1 (Distanztheorie)

Für jeden Wähler gibt es eine politische Position, die er überzeugender als alle anderen findet. Je näher eine Partei dieser optimalen politische Position kommt, desto größer ist ihre Chancen gegenüber den übrigen Parteien, von dem betreffenden Wähler gewählt zu werden. Der Wähler entscheidet sich für die Partei, deren politische Position dieser optimalen Position am ähnlichsten, d. h. nächsten ist. Die Nutzenfunktion über alle möglichen Positionen im politischen Raum hat also genau ein lokales Maximum, das zugleich das globale Maximum ist. Die Nutzenfunktion fällt in alle Richtungen, die von diesem Maximum ausgehen, ab. Der Punkt an dem dieses

Maximum liegt ist der Idealpunkt des Wählers.

Annahme 5.2 (Richtungstheorie)

Für jeden Wähler gibt es eine Richtung (einen Vektor) im politischen Raum, der gegenüber allen anderen Richtungen in der folgenden Weise ausgezeichnet ist: Je weiter (gesehen von einem als Nullpunkt ausgezeichneten Punkt des politischen Raums) die politische Position einer Partei in dieser Richtung liegt, desto größer die Chancen dieser Partei gegenüber den übrigen Parteien, von dem betreffenden Wähler gewählt zu werden. Der Wähler entscheidet sich für die Partei, deren politische Position am weitesten in dieser Richtung liegt.

In der Form, in der sie hier vorgestellt wurden, sind die Annahmen sowohl von Idealpunkt- als auch von Vektormodellen deterministisch. Ein Wähler wird sich für die und nur die Partei entscheiden, die mit ihren politischen Angeboten seinem Idealpunkt am nächsten ist bzw. am weitesten in der von ihm bevorzugten Richtung positioniert ist. In dieser Form ist es nicht nötig, die exakte funktionale Form des Nutzens oder der Attraktivität einer Partei in Abhängigkeit von ihren politischen Angeboten zu spezifizieren. Jede Nutzenfunktion, die genau ein Maximum hat, passt zum deterministischen Idealpunktmodell der Wahlentscheidung, gleichgültig, ob diese Nutzenfunktion stetig und differenzierbar ist oder nicht. Ebenso passt jede Nutzenfunktion, die entlang einer bestimmten Richtung ansteigt, zum deterministischen Vektormodell. Allerdings setzen derartige deterministische Modelle voraus, dass die Wähler bei der Bewertung der Parteien keine Fehler machen, sich über ihre eigenen Präferenzen völlig im Klaren sind und dass auch keine anderen Faktoren auf die Wahlentscheidung einwirken. Aus diesem Grunde erscheinen probabilistische Varianten dieser Modelle plausibler. Deshalb werden sie in diesem Kapitel auch in (probabilistische) *discrete choice*-Modelle übersetzt.

Günstig für die Umsetzung dieser räumlichen Modelle in *discrete choice*-Modelle ist, dass *discrete choice*-Modelle als Zufallsnutzen-Modelle interpretiert werden können (McFadden 1974, 1984). In dieser Interpretation entscheiden sich die Subjekte für die nützlichste oder attraktivste von mehreren vorgegeben Alternativen. Die Nutzen der Alternativen hat dabei eine deterministische Komponente. Die deterministische Komponente enthält die von dem Modell spezifizierten Einflüsse der Attribute der Alternativen und der Charakteristika der Subjekte auf ihre Entscheidungen. Die Zufallskomponente ist eine Zufallsvariable, deren Verteilung durch das *discrete choice*-Modell vorgegeben ist (bezüglich der Verteilungsannahmen in der Zufallsnutzen-Interpretation des *conditional logit*-Modells vgl. McFadden 1974, 1984).

Eine Nutzenfunktion, die einem Vektormodell entspricht, ist

$$U_i(\mathbf{p}_j) = \boldsymbol{\psi}_i' \mathbf{p}_j + C \quad (5.5)$$

In dieser Formulierung bezeichnet der Vektor $\boldsymbol{\psi}_i$ die vom Wähler i bevorzugte Richtung im politischen Raum, während \mathbf{p}_j wiederum die Koordinaten der Position der Partei j repräsentiert. Die Konstante C in dieser Gleichung kann auf Null gesetzt werden, da der Wert der Konstanten für die Nutzenfunktion unerheblich ist.¹

Setzt man in Gleichung 5.2 $\boldsymbol{\psi}_i$ für $\boldsymbol{\beta}$ und \mathbf{p}_j für \mathbf{z}_{ij}^* ein, so erhält man bereits eine Übersetzung des Vektormodells, in dem alle Subjekte die gleichen Richtungsgewichte haben, in ein *conditional logit*-Modell.

Wenn man die Abhängigkeit der Richtungsgewichte des Vektormodells von den Charakteristika \mathbf{x}_i der Subjekte untersucht, so kann man $\boldsymbol{\psi}_i := \boldsymbol{\psi}(\mathbf{x}_i) = \boldsymbol{\Gamma}' \mathbf{x}_i$ setzen sowie $\boldsymbol{\beta} = \text{vec } \boldsymbol{\Gamma}$ und $\mathbf{z}_{ij}^* = \mathbf{p}_j \otimes \mathbf{x}_i$ (\otimes bezeichnet hier das Kronecker-Produkt, vgl. dazu Anhang D.2). Dann ist (vgl. Anhang D.2)

$$\mathbf{z}_{ij}^{*'} \boldsymbol{\beta} = (\mathbf{p}_j \otimes \mathbf{x}_i)' \text{vec } \boldsymbol{\Gamma} = \mathbf{x}_i' \boldsymbol{\Gamma} \mathbf{p}_j = (\boldsymbol{\Gamma}' \mathbf{x}_i)' \mathbf{p}_j = \boldsymbol{\psi}_i' \mathbf{p}_j = U_i(\mathbf{p}_j) - C \quad (5.6)$$

Eine Nutzenfunktion, die einem Idealpunktmodell entspricht, ist (Davis *et al.* 1970: 433):

$$U_i(\mathbf{p}_j) = -(\mathbf{q}_i - \mathbf{p}_j)' \boldsymbol{\Phi}_i (\mathbf{q}_i - \mathbf{p}_j) + C \quad (5.7)$$

In dieser Formulierung bezeichnet \mathbf{q}_i die Koordinaten des Idealpunktes des Wählers i , während \mathbf{p}_j die Koordinaten der Position der Partei j bezeichnet. $\boldsymbol{\Phi}_i$ schließlich ist eine Matrix, die in ihrer Diagonalen die Gewichte der Dimensionen enthält. Die Dimensionsgewichte sind ein Maß dafür, wie wichtig die einzelnen Dimensionen des politischen Raumes für die Wähler sind. Geht man davon aus, dass die nur Diagonalelemente von $\boldsymbol{\Phi}_i$ von Null verschieden sind, dann lässt sich das Modell in der folgenden Weise in ein *discrete choice*-Modell übersetzen.²

¹Eine Nutzenfunktion $U(\cdot)$ eines Akteurs repräsentiert lediglich, die Ordnung seiner Präferenzen über eine Menge von Alternativen $\{a_1, a_2, \dots\}$ so dass $U(a_i) > U(a_j)$ äquivalent damit ist, dass der Akteur die Alternative a_i der Alternative a_j vorzieht. Die Bedingung wird von jeder anderen Funktion $U^* = a \cdot U + b$ (mit $a > 0$) ebenfalls erfüllt.

²Wenn die Dimensionen des politischen Raumes hinsichtlich der Präferenzen der Wähler nicht-separierbar sind (Hinich und Munger 1997), dann sind auch Elemente von $\boldsymbol{\Phi}_i$ außerhalb der Diagonalen von Null verschieden. In diesem Fall ist der Rechenweg komplizierter. Er wird hier nicht behandelt, weil er sich für die Analysen dieses Kapitels als nicht relevant erwiesen hat. Der Rechenweg für diesen allgemeinen Fall kann aber vom Autor dieser Arbeit angefordert werden.

Durch Ausmultiplizieren von 5.7 erhält man

$$\begin{aligned} U_i(\mathbf{p}_j) &= -\mathbf{p}_j' \Phi_i \mathbf{p}_j + 2\mathbf{q}_i' \Phi_i \mathbf{p}_j - \mathbf{q}_i' \Phi_i \mathbf{q}_i + C \\ &= -\mathbf{p}_j' \Phi_i \mathbf{p}_j + \xi_i' \mathbf{p}_j + c_i + C \end{aligned} \quad (5.8)$$

mit $\xi_i := 2\mathbf{q}_i' \Phi_i$ und $c_i := -\mathbf{q}_i' \Phi_i \mathbf{q}_i$. Da Nutzenfunktionen die Konstante bei Nutzenfunktionen irrelevant ist, sei für das Folgende angenommen dass $C = -c_i$. Wenn Φ_i diagonal ist, d. h. $\Phi_i = \text{diag } \phi_i$ dann ist $\mathbf{p}_j' \Phi_i \mathbf{p}_j = \phi_i'(\mathbf{p}_j * \mathbf{p}_j)$, wobei $*$ die elementweise Multiplikation von Vektoren bezeichnet (vgl. Anhang D.2). $\mathbf{p}_j^2 := \mathbf{p}_j * \mathbf{p}_j$ ist also der Vektor, der durch Quadrieren der Elemente von \mathbf{p}_j gebildet wird.

Um die Gewichtungsmatrix Φ_i , die hier als diagonal angenommen wird, und die Lage der Idealpunkte \mathbf{q}_i in Abhängigkeit von den Charakteristika \mathbf{x}_i der Subjekte zu untersuchen, kann man $\xi_i := \xi(\mathbf{x}_i) = \Gamma' \mathbf{x}_i$ und $\phi_i := \phi(\mathbf{x}_i) = \Delta' \mathbf{x}_i$ setzen.

Setzt man jetzt $\beta := \begin{pmatrix} \text{vec } \Gamma \\ \text{vec } \Delta \end{pmatrix}$ und $\mathbf{z}_{ij}^* := \begin{pmatrix} \mathbf{p}_i \otimes \mathbf{x}_i \\ \mathbf{p}_i^2 \otimes \mathbf{x}_i \end{pmatrix}$ dann ist aus den gleichen Gründen wie in Gleichung 5.6:

$$\begin{aligned} \mathbf{z}_{ij}^{*'} \beta &= \begin{pmatrix} \mathbf{p}_j \otimes \mathbf{x}_i \\ \mathbf{p}_j^2 \otimes \mathbf{x}_i \end{pmatrix}' \begin{pmatrix} \text{vec } \Gamma \\ \text{vec } \Delta \end{pmatrix} = (\mathbf{p}_j \otimes \mathbf{x}_i)' \text{vec } \Gamma + (\mathbf{p}_j^2 \otimes \mathbf{x}_i)' \text{vec } \Delta \\ &= \mathbf{x}_i' \Gamma \mathbf{p}_j + \mathbf{x}_i' \Delta \mathbf{p}_j^2 = (\Gamma' \mathbf{x}_i)' \mathbf{p}_j + (\Delta' \mathbf{x}_i)' \mathbf{p}_j^2 \\ &= \xi_i' \mathbf{p}_j + \phi_i' \mathbf{p}_j \\ &= U_i(\mathbf{p}_j) - C - c_i \end{aligned} \quad (5.9)$$

Aus den Koeffizienten β lassen sich die Matrizen Γ und Δ bestimmen und damit die von den Charakteristika \mathbf{x}_i abhängigen Matrizen Φ_i und Vektoren ξ_i . Die von den Charakteristika abhängigen Idealpunkte \mathbf{q}_i lassen sich dann unter der Annahme, dass $c_i + C = 0$ bestimmen durch $\mathbf{q}_i = -\frac{1}{2} \Phi_i^{-1} \xi_i$

Das Kronecker Produkt $\mathbf{a} \otimes \mathbf{b}$ ist nichts weiter als der Vektor, der durch Zusammenfassung der Produkte sämtlicher Elemente des Vektors \mathbf{a} mit sämtlichen Elementen des Vektors \mathbf{b} gebildet wird. Die Spezifikation $\mathbf{z}_{ij}^* = \mathbf{p}_j \otimes \mathbf{x}_i$ besagt demnach, dass die unabhängigen Variablen des *conditional logit*-Modells gebildet werden, indem die Variablen, die die Koordinaten der politischen Positionen enthalten, mit den Variablen multipliziert werden, die die Charakteristika der Wähler repräsentieren. $\mathbf{z}_{ij}^* := \begin{pmatrix} \mathbf{p}_i \otimes \mathbf{x}_i \\ \mathbf{p}_i^2 \otimes \mathbf{x}_i \end{pmatrix}$ besagt dagegen, dass eine Gruppe der

unabhängigen Variablen des *conditional logit*-Modells gebildet wird, indem die Variablen, die die Koordinaten der politischen Positionen enthalten, mit den Variablen multipliziert werden, die die Charakteristika der Wähler repräsentieren, und eine zweite Gruppe, in dem die Variablen, die die *quadrierten* Koordinaten der politischen Positionen enthalten, mit den Variablen multipliziert werden, die die Charakteristika der Wähler repräsentieren. Es ist leicht zu sehen, dass diese zweite Spezifikation die erste als Spezialfall enthält, der dann eintritt, wenn sämtliche Elemente von Δ gleich Null sind. Das ist dann der Fall, wenn die Koeffizienten der Variablen, die aus den Multiplikationen mit den quadrierten Koordinatenwerten gebildet werden, sämtlich gleich Null sind.

Die Gleichungen $\psi(\mathbf{x}_i) = \Gamma' \mathbf{x}_i$, $\zeta(\mathbf{x}_i) = \Gamma' \mathbf{x}_i$ und $\phi(\mathbf{x}_i) = \Delta' \mathbf{x}_i$ lassen sich gewissermaßen als multivariate lineare Regressionsgleichungen deuten. Es spricht nichts dagegen, dass diese multivariaten Regressionen auch eine Regressionskonstante enthalten. In diesem Fall hat die erste Komponente sämtlicher Vektoren \mathbf{x}_i den Wert Eins. Die Designmatrix \mathbf{X} der Charakteristika, die aus den Vektoren gebildet wird (die transponierten Vektoren \mathbf{x}_i' bilden dabei die Zeilen von \mathbf{X}), enthält dann eine Spalte, die nur aus Einsen besteht. Im resultierenden *conditional logit*-Modell werden die durch ihre Koeffizienten bestimmten Effekte der Variablen, die durch die Multiplikation der Koordinaten und der quadrierten Koordinaten der politischen Positionen mit diesem „konstanten Charakteristikum“ gebildet werden, im Folgenden als lineare bzw. quadratische *Haupteffekte* der politischen Angebote und Appelle der Parteien bezeichnet. Wenn die Designmatrix \mathbf{X} entsprechend konstruiert ist (Näheres dazu im folgenden Abschnitt), dann drücken sie das Maß an Ansprechbarkeit aus, das bei allen untersuchten Gruppierungen von Wählern gleich ist. Die von den übrigen Koeffizienten ausgedrückten Effekte werden im Folgenden als lineare bzw. quadratische *Interaktionseffekte* der politischen Angebote und Appelle mit den Merkmalen der Wähler bezeichnet. Sie drücken sich aus, wie sich die sozialen Gruppierungen voneinander in der Positionspräferenzen von einander unterscheiden. Sie drücken also den Einfluss der sozialen Merkmale auf die Positionspräferenzen der Wähler aus.

5.1.3 Zusammenfassung

Wie in dem vorliegenden Abschnitt wurde die Verfahrensweise begründet, der die Untersuchung der Positionspräferenzen sozialer Gruppierungen folgt. Zunächst wurde gezeigt, dass es notwendig ist, Wählerverhalten durch *discrete choice*-Modelle zu beschreiben. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass das *conditional logit*-Modell für eine Untersuchung des Wählerverhalten in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten geeigne-

ter ist als andere, kompliziertere *discrete choice*-Modelle. Schließlich wurde dargestellt, wie sich die zwei Hauptrichtungen der räumlichen Theorie des Wählerverhaltens in *conditional logit*-Modelle übertragen lassen, und zwar in einer Weise, die es ermöglicht, Unterschiede zwischen sozialen Gruppierungen in der Ansprechbarkeit für politische Angebote und Appelle zu berücksichtigen.

5.2 Die Operationalisierung der sozialen Merkmale und die Verknüpfung von Wählerverhalten sozialen Merkmalen und politischen Angeboten und Appellen

Um die Positionspräferenzen von Wählern aus unterschiedlichen sozialen Gruppierungen zu untersuchen, reicht es natürlich nicht aus, nur diese Angebote und Appelle zu kennen, die im vorangegangenen Kapitel herausgearbeitet wurden. Es bedarf auch Informationen über die sozialen Merkmale und die Parteipräferenzen der Wähler. Diese Informationen werden für die Analysen des vorliegenden Kapitels aus den Daten des Eurobarometers entnommen. Der Eurobarometer ist eine Serie von Umfragen, die in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen im Auftrag der Europäischen Kommission in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften bzw. der Europäischen Union und einigen Beitrittskandidaten erhoben wurden. Der Eurobarometer wurde bereits in der Einleitung dieser Arbeit kurz vorgestellt. Die Herkunft der verwendeten Eurobarometer-Daten ist im Anhang A beschrieben.

Im vorliegenden Abschnitt wird die Aufbereitung der aus den Daten des Eurobarometers entnommenen Informationen für die Analysen dieses Kapitels und ihre Verknüpfung mit den Informationen über die politischen Angebote und Appelle der Parteien beschrieben.

5.2.1 Die untersuchten sozialen Merkmale

Zwei Dimensionen sozialer Unterscheidungen werden in den Analysen dieses Kapitels berücksichtigt, die mit den beiden Haupt-*cleavages* der westeuropäischen Politik in Beziehung stehen, die Unterscheidung zwischen Klassen und die Unterscheidung zwischen den Kategorien der Kirchgangshäufigkeit. In den Folgenden wird die hinter diesen Unterscheidungen stehenden Konzeptionen kurz erläutert und ihre Operationalisierung vorgestellt. Des Weiteren wird dargestellt, auf welche Weise diese sozialen Unterscheidungen in den Analysen dieses Kapitels repräsentiert werden.

Das soziale Merkmal, das mit dem Arbeit-Kapital-*cleavage* im Zusammenhang steht ist

die Klassenlage. Eine geeignete Operationalisierung baut auf Webers (1972 [1922]: 177ff) Konzept der Erwerbsklassen auf. In Anlehnung an das EGP-Klassenschema (Erikson *et al.* 1979) und vor dem Hintergrund der Diskussion des zweiten Kapitels ist es sinnvoll folgende Unterscheidung vorzunehmen:

1. Landwirte
2. Selbständige
3. Dienstklasse
4. die Klasse der nicht-manuellen Routine
5. Arbeiterklasse

Die Kategorien, die den beiden Seiten des Arbeit-Kapital-*cleavages* entsprechen, sind einerseits die Arbeiter, d. h. diejenigen Erwerbstätigen, die in Industrie und Bergbau abhängig beschäftigt sind, und andererseits die Selbständigen und, entsprechend der Argumentation Goldthorpes (1982), die Dienstklasse, d. h. Manager und Freiberufler. Die Klasse der nicht-manuellen Routine umfasst verschiedene Kategorien von Angestellten ohne verantwortliche Leitungsfunktion. Obgleich aufgrund ihrer abhängigen Beschäftigung der gleichen Seite auf dem Kapital-Arbeit-*cleavage* wie die Arbeiterklasse zuzuordnen, wurde diese Gruppe in einem dichotomen Klassenschema, wie es etwa dem Alford-Index (Alford 1962, 1963) zugrunde liegt, eher den bürgerlichen Berufen zugerechnet. Auch in der fünfgliedrigen Variante des EGP-Klassenschemas wird die nicht-manuelle Routine mit der Dienstklasse zu den *white collar workers* zusammengefasst. Der Grund dafür dürfte aber eher in Unterschieden der sozialen Wertschätzung liegen, die sich aus den Ausbildungsvoraussetzungen der *routine non-manual*-Berufe herleiten, als in Unterschieden des Beschäftigungsstatus. Wie aus den weiter unten geschilderten Ergebnissen hinsichtlich der Positionspräferenzen der Klassen hervorgeht, ist es aber sinnvoll zwischen der nicht-manuellen Routine und der Dienstklasse zu unterscheiden. Die Landwirte stehen im Prinzip nicht mit dem Kapital-Arbeit-*cleavage* in Beziehung. Ihre Position zeichnet sich eher durch eine Entgegensetzung zu den übrigen Klassen im Stadt-Land-*cleavage* aus. Das heißt aber erst recht, dass die Landwirte von den übrigen Berufsgruppen unterschieden werden müssen.

Soweit es möglich war, werden die Befragten des Eurobarometers entsprechend der Berufskategorie oder entsprechend der Berufskategorie des Haupteerwerbstätigen des Haushalts in eine der oben aufgeführten Erwerbsklassen eingeordnet. Aufgrund der Datenlage ist es aber nicht möglich, die oben vorgestellte Kategorisierung konsequent durchzuhalten. Es ließ sich nicht vermeiden, einen Teil der Dienstklasse, die Eurobarometer-Berufskategorie des „middle management“ mit der Klasse der nicht-manuellen Routine in eine „nicht-manuelle

Zwischenkategorie“ zusammenzufassen. Während in den späteren Eurobarometern zwischen „middle management“ und anderen „employees“ unterschieden wird, sind diese Gruppierungen in den früheren Eurobarometern zu einer Kategorie zusammengefasst. Die einzige Alternative zur Bildung einer solchen ambivalenten Zwischenkategorie wäre gewesen, die nicht-manuelle Routine ganz mit der Dienstklasse zusammenzufassen. Wie sich an den Ergebnissen dieses Kapitels zeigt, wäre dadurch aber zu viel Information verloren gegangen. Hervorzuheben ist aber, dass es auf der Grundlage der Eurobarometer-Daten immer noch möglich ist, diejenigen Gruppierungen deutlich voneinander abzugrenzen, deren Zuordnung zu den beiden Seiten des Kapital-Arbeit-*cleavage* eindeutig ist, die Arbeiterklasse einerseits und die Dienstklasse und die Selbständigen andererseits. Die resultierende Operationalisierung der Klassenlage unterscheidet sich nur unwesentlich von der obigen Aufzählung, sie enthält die Kategorien

1. Arbeiterklasse
2. Zwischenklasse (der nicht-manuellen Routine und der unteren Dienstklasse)
3. (obere) Dienstklasse
4. Selbständige
5. Landwirte

Sofern die Befragten selbst berufstätig waren, wurden sie gemäß dem Berufsgruppenschema des Eurobarometer in eine der Erwerbsklassen eingeordnet. Hausfrauen wurden gemäß dem Beruf ihres Ehemannes den Erwerbsklassen zugeordnet. Personen, die sich im Ruhestand befanden, konnten nur teilweise berücksichtigt werden, da nur in den neueren Eurobarometern Daten zum zuletzt ausgeübten Beruf vorhanden sind. Die Berufsvariablen, aus denen die Klassenlage rekonstruiert wurde, stehen in den Daten des Eurobarometers seit 1975 zur Verfügung und wurden bis zu den letzten in dieser Arbeit berücksichtigten Eurobarometer-Umfragen erhoben. Die Angaben der Nichterwerbstätigen über den zuletzt ausgeübten Beruf wurden seit Eurobarometer 37 erhoben, der auf das Jahr 1992 datiert.

Das soziale Merkmal, das Lipset und Rokkans (1967a) Kirche-Staat-*cleavage* entspricht, ist die Kirchenbindung der Befragten, die mittels ihrer Angaben über die Häufigkeit ihres Kirchgangs gemessen wird. Hierfür wird ein Schema mit drei Kategorien verwendet, wobei wiederum zwei Kategorien polare Positionen auf dem Gegensatz darstellen, während sich dazwischen eine ambivalente Mittelkategorie befindet. Die verwendeten Kategorien sind

1. regelmäßige Kirchgänger, das sind Befragte, die angeben, mindestens einmal in der Woche zur Kirche zu gehen

2. unregelmäßige Kirchgänger, das sind Befragte, die ihren Angaben zufolge weniger als einmal wöchentlich die Kirche besuchen
3. Nicht-Kirchgänger, das sind Befragte, die ihren Angaben zufolge nie zur Kirche gehen oder keiner Konfession angehören.

Die Kirchengangshäufigkeit wird seit den ersten Wellen des Eurobarometers erhoben, in den späteren Wellen aber nicht mehr. Die letzte Welle des Eurobarometers, in der sowohl die Wahlabsicht als auch die Kirchengangshäufigkeit abgefragt wurde, ist der Eurobarometer 40 aus dem Jahr 1994. Schweden und Österreich, die erst ab Eurobarometer 43.1 (1995) berücksichtigt sind, können daher in den Analysen der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit nicht berücksichtigt werden.

Sowohl die Klassenlage als auch die Kirchengangshäufigkeit sind Merkmale mit nominalem oder bestenfalls ordinalem Skalenniveau. Es ist daher kaum sinnvoll Zahlenwerte für die Kategorien dieser Merkmale in den Analysen dieses Kapitels zu verwenden. Die übliche Verfahrensweise in solchen Fällen ist die Konstruktion von dummy-codierten Indikatorvariablen oder Dummy-Variablen (vgl. Suits 1957). In den Analysen, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden, werden allerdings effektcodierte Indikatorvariablen verwendet. Der Unterschied von effektcodierten Indikatorvariablen zu dummy-codierten Indikatorvariablen besteht in der Behandlung der Referenzkategorie der Codierung. Während dummy-codierte Indikatorvariablen den Wert Null annehmen, wenn das codierte Merkmal die Ausprägung annimmt, welche als Referenzkategorie dient, nehmen effektcodierte Indikatorvariablen in diesem Fall den Wert minus Eins an. Die Übersetzung von Klassenlage und Kirchengangshäufigkeit in effektcodierte Indikatorvariablen ist in Tabelle 5.2 dargestellt.

Durch die Verwendung der Effektcodierung lässt sich die durchschnittliche Empfänglichkeit aller in einem Modell berücksichtigten sozialen Gruppierungen für die politischen Angebote und Appelle der Parteien von den für die Gruppierungen spezifischen Empfänglichkeiten trennen. Die Koeffizienten der die politischen Angebote und Appelle ausdrückenden Variablen drückt diese durchschnittliche Empfänglichkeit aus, während die Koeffizienten der Produkte aus Indikatorvariablen und den die politischen Angebote und Appelle repräsentierenden Variablen die Abweichungen der Empfänglichkeit der Gruppierungen von dieser durchschnittlichen Empfänglichkeit ausdrücken. Die Abweichung der sozialen Gruppierung, die als Referenzkategorie der Effektcodierung fungiert, lässt sich über die negative Summe der Koeffizienten dieser Produktvariablen berechnen. Mittels der Delta-Methode (vgl. Anhang E.2) lassen sich hierfür auch Standardfehler berechnen. Würde statt der Effektcodierung die Dummy-Codierung verwendet, dann würden die Koeffizienten der Variablen der

Tabelle 5.2: Schema der Codierung der Klassenlage und der Kirchgangshäufigkeit in effektcodierte Indikatorvariablen: Die Zeilen entsprechen den Ausprägungen des jeweiligen sozialen Merkmals, die Spalten entsprechen den Indikatorvariablen, die die sozialen Merkmale repräsentieren sollen. Jede Zelle in der Tabelle enthält den Wert, den die jeweilige Indikatorvariable annimmt, wenn das betreffende Individuum, die entsprechende Merkmalsausprägung besitzt.

Klasse	x_{i1}	x_{i2}	x_{i3}	x_{i4}	Kirchgang	x_{i1}	x_{i2}
Arbeiterklasse	1	0	0	0	Regelm. Kirchgänger	1	0
Zwischenkategorie	-1	-1	-1	-1	Unregelm. Kirchgänger	-1	-1
Dienstklasse	0	1	0	0	Nicht-Kirchgänger	0	1
Selbständige	0	0	1	0			
Landwirte	0	0	0	1			

politischen Angebote und Appelle die Empfänglichkeit der als Referenzkategorie fungierenden sozialen Gruppierung für politische Angebote und Appelle ausdrücken, während die Koeffizienten der Produktvariablen das Ausmaße ausdrücken, in dem die übrigen sozialen Gruppierungen von der Referenzkategorie hinsichtlich ihrer Empfänglichkeit für politische Angebote und Appelle abweichen (hinsichtlich der Grundlagen von Dummy- und Effektcodierung und ihren Konsequenzen für die Interpretation von Koeffizienten vgl. Suits 1957, Fennessey 1968).

5.2.2 Die Wahlabsicht und ihre Verknüpfung mit den politischen Angeboten und Appellen der Parteien

In den Daten des Eurobarometers sind zwei das Wählerverhalten charakterisierende Variablen enthalten, die Wahlabsicht, das sind die Angaben der Wähler darüber welche Partei sie Wählen würden, wenn demnächst allgemeine Parlamentswahlen wären, und die Angaben der Befragten, für welche Partei sie sich bei den letzten allgemeinen Wahlen entschieden haben. Aus zwei Gründen wurde der Wahlabsicht gegenüber der berichteten letzten Wahlentscheidung der Vorzug gegeben. Der erste Grund ist, dass die Wahlabsicht in viel mehr Eurobarometer-Umfragen erhoben wurde als die letzte Wahlentscheidung. Es stehen durch die Entscheidung für diese Variable mehr Daten für die Analyse zur Verfügung. Der zweite Grund ist, dass die Rückerinnerung über die zuletzt getroffene Wahlentscheidung durch die aktuellen Parteipräferenzen verzerrt wird (Weir 1975). Die Rückerinnerungsfrage nach der

letzten Wahlentscheidung wird daher nicht viel andere Ergebnisse liefern als die Frage nach der Wahlabsicht.

In den Analysen dieses Kapitels werden nur die Individuen berücksichtigt, die eine Angabe über eine zu wählende Partei machten. Eine Analyse der Unentschiedenen war auf der Grundlage der Eurobarometer-Daten nicht möglich, da nicht konsequent zwischen Personen ohne Parteipräferenz, Personen, die die Antwort auf die Frage nach der Wahlabsicht verweigerten, und Personen, die aus sonstigen Fällen fehlende Werte für die Variable der Wahlabsicht lieferten, unterschieden wird.

In den Fragen nach der Wahlabsicht wurden den Befragten stets eine Reihe von Parteien vorgegeben. Diese vorgegebenen Alternativen konstituieren das jeweilige *choice set* der befragten Individuen. Diese Vorgaben variieren natürlich von Land zu Land. Sie variieren aber auch von Befragungszeitpunkt zu Befragungszeitpunkt. Es hätte wenig Sinn, in allen Ländern und zu allen Zeitpunkten die gleichen Alternativen vorzugeben. Das würde zum Beispiel darauf hinauslaufen, dass die Befragten in Deutschland nicht nur danach gefragt werden, ob sie die CDU, die FDP, die Grünen, die PDS oder die SPD wählen würden, sondern auch ob sie die *Labour Party*, die *Alliance* oder die *Conservative Party* wählen würden. Es würde auch bedeuten, dass niederländische Wähler auch noch in den neunziger Jahren gefragt würden, ob sie die ARP, die CHU oder die KVP wählen würden.

Wie schon anfangs des ersten Abschnitts dieses Kapitels dargelegt, gibt es zwei Möglichkeiten, derartige Daten für die Analyse von Parteipräferenzen mit einem *discrete choice*-Modell aufzubereiten. Die erste Möglichkeit besteht darin, die Daten so zu expandieren, dass daraus ein Datensatz resultiert, in dem für jedes Individuum so viele „Fälle“ im Datensatz stehen, wie ihm in der Frage nach der Wahlabsicht Parteien als Alternativen vorgegeben wurden. Ein Datensatz, in dem mehr als 100.000 Befragte Angaben zu ihrer Wahlabsicht machen und dabei im Durchschnitt etwa fünf Alternativen zur Auswahl haben, hätte in seiner expandierten Form etwa eine halbe Million Fälle. Wenn dann den einzelnen Alternativen noch die von ihnen ausgehenden politischen Angebote und Appelle zugeordnet werden, die als Positionen in einem politischen Raum mit acht Dimensionen gemessen werden, und wenn dann noch die Produkte dieser Variablen mit den Indikatorvariablen sozialer Kategorien gebildet werden, die ermöglichen sollen, den Einfluss sozialer Merkmale auf die Positionspräferenzen zu analysieren, dann entsteht ein Datensatz, der derart umfangreich ist, dass Modellschätzungen auf dieser Grundlage kaum praktikabel sind.

Allerdings ist eine solche Verfahrensweise ineffizient. Fünfhundert Fälle, die die Entscheidungen von hundert regelmäßigen Kirchgängern für eine von fünf vorgegebenen Alternativen während einer Umfrage des Eurobarometers in einem bestimmten Land beschreiben,

enthalten nicht mehr Informationen als fünf Fälle in einer aggregierten Form der Daten, die die Häufigkeiten enthalten, mit denen sich diese fünf Arbeiter für die einzelnen Parteien entscheiden. Eine derartige Aggregation entspricht der zweiten oben in Abschnitt 5.1 vorgestellten Weise, die Daten für ein *discrete choice*-Modell aufzubereiten. Da nicht die von den Individuen geschätzten politischen Positionen der Parteien als Attribute analysiert werden, wie in den Arbeiten von Alvarez und Nagler (1998), Alvarez *et al.* (2000) und Thurner (2000), sondern die tatsächlichen politischen Angebote und Appelle der Parteien, die sie anlässlich der letzten Wahl an die Wähler gerichtet haben, entsteht kein Informationsverlust, wenn die Wahlabsichten, die die Angehörigen einer sozialen Kategorie während einer Welle des Eurobarometers geäußert haben, zu Häufigkeiten aggregiert werden.

Die sozialen Merkmale und Wahlabsichten der Befragten des Eurobarometers werden daher in der folgenden Weise mit den politischen Angeboten und Appellen der Parteien verknüpft:

1. Die Individualdaten werden zu Häufigkeitsdaten zusammengefasst, in der jede Zeile der Datenmatrix aus den folgenden Elementen besteht:
 - a) die Identifikationsnummer für eines der untersuchten Länder,
 - b) die Identifikationsnummer für eine der berücksichtigten Wellen des Eurobarometers,
 - c) den Zahlencode für eine der untersuchten sozialen Kategorien,
 - d) die Identifikationsnummer für eine der Parteien, die bei der Frage nach der Wahlabsicht in der betreffenden Welle des Eurobarometers in dem betreffenden Land zur Auswahl standen,
 - e) eine Identifikationsnummer, die diese Parteien zu einem *choice set* zusammenfasst,
 - f) die Häufigkeit, mit der sich die Angehörigen der betreffenden sozialen Kategorie in der Frage nach der Wahlabsicht für die betreffende Partei entscheiden.
2. Jeder Zeile dieses zusammenfassenden Datensatzes werden die politischen Angebote und Appelle der durch die Zeile bezeichnete Partei zugeordnet,
 - a) die sie anlässlich der *letzten* allgemeinen Parlamentswahl an die Wähler gerichtet hat, die dem Erhebungszeitraum des Eurobarometers vorausgeht, der dieser Zeile des Datensatzes entspricht, wenn während des Erhebungszeitraumes in dem betreffenden Land keine allgemeinen Parlamentswahlen stattgefunden haben, bzw.

- b) die sie anlässlich der allgemeinen Parlamentswahl an die Wähler richtet, die während des Erhebungszeitraumes des Eurobarometers in dem betreffenden Land stattfindet.

Den Parteien werden also die politischen Angebote und Appelle zugeordnet, die die Wähler während der Befragung oder zuletzt vor der Befragung zur Kenntnis genommen haben oder zur Kenntnis hätten nehmen können.

Analysen, die auf diesem Format aufbauen, implizieren somit teilweise eine prospektive und teilweise eine retrospektive Bewertung der politischen Angebote und Appelle der Parteien. Zur Veranschaulichung enthält Tabelle 5.3 einen Ausschnitt aus den für die Analyse des Einflusses der Klassenlage auf die Positionspräferenzen aufbereiteten Daten.

5.3 Soziale Kategorien und ihr Einfluss auf die Präferenzen von politischen Angeboten

Nachdem nun die technischen Grundlagen für die Analysen gelegt sind, kann nun zur eigentlichen Fragestellung dieses Kapitels übergegangen werden, auf Frage nach den Unterschieden zwischen sozialen Gruppierungen in den Positionspräferenzen.

Der springende Punkt der im zweiten Kapitel geschilderten Kontroverse um den Wandel und Konstanz des *class voting* ist die Frage, ob die festgestellten Veränderungen im *class voting* auf Veränderungen universellen Charakters auf der Ebene der Individuen zurückzuführen sind oder auf kontext- und zeitspezifische Einflüsse, die insbesondere auf der Ebene des politischen Systems anzusiedeln sind. Gleichwohl sind auch andere radikale Standpunkte vertreten worden, einerseits, dass sozialstrukturelle Unterschiede für die Wahlentscheidung überhaupt keine Rolle mehr spielen, andererseits, dass sich kaum Veränderungen, zumindest keine Abschwächungen, im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zeigen.

Im jüngeren Verlauf dieser Diskussion ist des öfteren behauptet oder vermutet worden, dass Veränderungen im politischen Angebot für die Veränderungen in den Strukturen des Wählerverhaltens verantwortlich sind. Vor dem Hintergrund der Erörterungen des dritten Kapitels heißt das, dass die Veränderungen der ideologischen Ausrichtungen der Parteien und ihrer politischen Angebote und Appelle an die Wähler für diese Veränderungen verantwortlich sind. Dies setzt voraus, dass diese politischen Angebote und Appelle überhaupt für die Wähler relevant sind, und vor allem, dass Wähler unterschiedlicher sozialer Grup-

Tabelle 5.3: Ein Ausschnitt aus den für die Analysen dieses Kapitels aufbereiteten Daten (Datenquelle: Eurobarometer; *Comparative Manifesto Project*)

Land	EB	Jahr	Klasse	choice set	Häufigk.	Partei	Ökonom. L.-R.	Traditionalismus
Westdeutschland	350	1991	Arbeiter	1646	145	SPD	-0,18	-0,49
Westdeutschland	350	1991	Arbeiter	1646	71	CDU	0,19	0,73
Westdeutschland	350	1991	Arbeiter	1646	14	FDP	0,16	-0,46
Westdeutschland	350	1991	Arbeiter	1646	9	B'90/Grüne	-0,41	-1,39
Westdeutschland	350	1991	Arbeiter	1646	3	PDS	-0,46	-1,19
Westdeutschland	350	1991	Zwischenkategorie	1647	109	SPD	-0,18	-0,49
Westdeutschland	350	1991	Zwischenkategorie	1647	101	CDU	0,19	0,73
Westdeutschland	350	1991	Zwischenkategorie	1647	17	FDP	0,16	-0,46
Westdeutschland	350	1991	Zwischenkategorie	1647	21	B'90/Grüne	-0,41	-1,39
Westdeutschland	350	1991	Zwischenkategorie	1647	1	PDS	-0,46	-1,19
Westdeutschland	350	1991	Dienstklasse	1648	27	SPD	-0,18	-0,49
Westdeutschland	350	1991	Dienstklasse	1648	32	CDU	0,19	0,73
Westdeutschland	350	1991	Dienstklasse	1648	18	FDP	0,16	-0,46
Westdeutschland	350	1991	Dienstklasse	1648	6	B'90/Grüne	-0,41	-1,39
Westdeutschland	350	1991	Dienstklasse	1648	0	PDS	-0,46	-1,19
Westdeutschland	350	1991	Selbständige	1649	14	SPD	-0,18	-0,49
Westdeutschland	350	1991	Selbständige	1649	34	CDU	0,19	0,73
Westdeutschland	350	1991	Selbständige	1649	6	FDP	0,16	-0,46
Westdeutschland	350	1991	Selbständige	1649	4	B'90/Grüne	-0,41	-1,39
Westdeutschland	350	1991	Selbständige	1649	0	PDS	-0,46	-1,19
Westdeutschland	350	1991	Landwirte	1650	5	SPD	-0,18	-0,49
Westdeutschland	350	1991	Landwirte	1650	5	CDU	0,19	0,73
Westdeutschland	350	1991	Landwirte	1650	1	FDP	0,16	-0,46
Westdeutschland	350	1991	Landwirte	1650	1	B'90/Grüne	-0,41	-1,39
Westdeutschland	350	1991	Landwirte	1650	0	PDS	-0,46	-1,19

pierungen für diese politischen Angebote und Appelle in unterschiedlicher Weise ansprechbar sind. Diese unterschiedlichen Positionspräferenzen herauszuarbeiten und zu testen, ist Aufgabe der nun folgenden beiden Unterabschnitte. Der erste Unterabschnitt befasst sich mit den Unterschieden in den Positionspräferenzen der Klassen, während sich der zweite Unterabschnitt mit den Unterschieden der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit befasst.

Wenn aber genuine Veränderungen im Wählerverhalten stattfinden, vor allem, wenn ein Rückgang der Unterschiede zwischen sozialen Gruppierungen stattfindet, der *nicht* auf die Veränderungen in den politischen Angeboten und Appellen zurückführbar ist, dann sollten sich die sozialen Gruppierungen in ihren Positionspräferenzen einander annähern. Die Überprüfung dieser Möglichkeit ist Inhalt des vierten Unterabschnitts. Der fünfte Unterabschnitt befasst sich mit der Möglichkeit, dass Veränderungen in den Strukturen der Parteipräferenz stattfinden, die derart langfristiger Natur sind, dass sie in dem Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit noch nicht voll zum Tragen kommen können, sich aber in Unterschieden zwischen den Generationen zeigen. Wenn es systematische Unterschiede zwischen den Generationen gibt, derart, dass, je später die Wähler geboren sind und in das Elektorat eintreten, desto geringer die Unterschiede zwischen den Klassen oder zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit hinsichtlich der Positionspräferenzen sind, dann ist langfristig ein Rückgang dieser Unterschiede in der gesamten Wählerschaft zu erwarten, selbst wenn sich dies innerhalb des Untersuchungszeitraums noch nicht feststellen lässt.

5.3.1 Klassen und ihre Reaktionen auf die politischen Angebote der Parteien

Im vierten Kapitel wurden acht politische Dimensionen herausgearbeitet, mit deren Hilfe die sich die durch die Parteien in ihren Wahlprogrammen vertretenen politischen Positionen und damit ihre politischen Angebote und Appelle an die Wähler beschreiben lassen. Aber nur eine der politischen Dimensionen reicht aus, um die unterschiedliche Positionspräferenzen der Klassen für die politischen Angebote und Appelle der Parteien zu beschreiben. Diese politische Dimension ist die ökonomische Links-Rechts-Dimension, auf der staatsinterventionistische Ziele markoliberalen Zielen gegenüber stehen. Die Positionspräferenzen der Klassen entspricht dabei dem Richtungsmodell der Wahlentscheidung und nicht Distanzmodell. Die Angehörigen der Arbeiterklasse und der Zwischenkategorie sind vor allem für Angebote und Appelle der ökonomischen Linken empfänglich, während Selbständige und Landwirte eher für ökonomisch rechten Positionen zuneigen. Dies wird aus der in Abbildung 5.1 aufgeführten graphischen Darstellung von Koeffizienten des entsprechenden

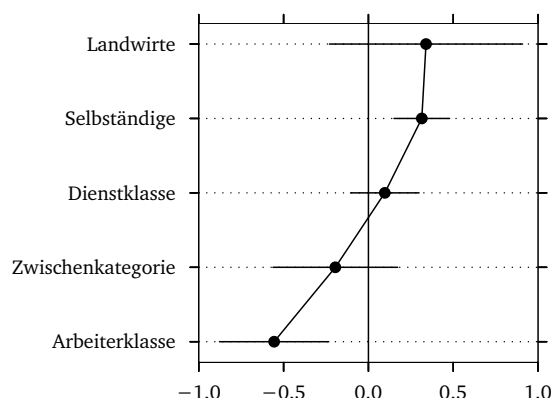


Abbildung 5.1: Intensität und Richtung der Positionspräferenzen der Wähler aus unterschiedlichen Klassen auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension (Koeffizienten und ihre Konfidenzintervalle eines *conditional logit*-Modells der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998. Datenquelle: Eurobarometer. Effektive Fallzahl: N=181054)

discrete choice-Modells deutlich. Zwar lassen sich die Positionspräferenzen der Klassen nicht immer paarweise klar von einander abgrenzen, aber auf jeden Fall ist der Unterschied der Arbeiterklasse zur Dienstklasse und zu den Selbständigen deutlich. Es besteht hier keine Überlappung der 95-Prozent-Konfidenzintervalle.³

Wie aus Tabelle 5.4 hervorgeht, beeinflussen die Positionen der Parteien auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension die Parteipräferenzen der Wähler kaum, wenn man für ihre Klassenzugehörigkeit kontrolliert.⁴ Der Haupteffekt der ökonomischen Links-Rechts-Dimension liegt sehr nahe bei Null. Aus der Tabelle geht aber auch hervor, dass die Wäh-

³Die in der Abbildung eingezeichneten Konfidenzintervalle sind deshalb so breit, weil ihnen robuste Standardfehler zu Grunde liegen. Klassische, auf der Informationsmatrix des Modells basierende Standardfehler liefern deutlich schmalere Konfidenzintervalle. Sie überlappen sich nicht wie die auf den robusten Standardfehlern basierenden.

⁴In dieser und sämtlichen folgenden Tabellen, die statistische Schätz- und Testergebnisse berichten, wird bewusst auf die verbreiteten Signifikanzsymbole (*, **, *** usw.) verzichtet. Die starre Fixierung auf die konventionellen Fünf- und Einprozent-Signifikanz-Niveaus beruht auf einer inkonsistenten Vermischung des Fisher- und des Neyman-Pearson-Paradigmas der Interpretation statistischer Hypothesentests (Gill 1999, Gigerenzer *et al.* 1990: 128ff). Ohnehin kann man fragen „[o]n what basis do we decide that $p = 0.051$ is unacceptable but $p = 0.049$ is cause for rejoice?“ (Gill 1999: 659). Entsprechend Gills Empfehlung werden in den Tabellen, die Schätzergebnisse berichten, stattdessen Konfidenzintervalle angegeben. Soweit in der Folge auf die Ergebnisse von statistischen Hypothesentests eingegangen wird, folgt die Interpretation dem Fisher-Paradigma. Das von einer Testgröße jeweils erreichte Signifikanzniveau entspricht danach dem Ausmaß an Evidenz für oder gegen die jeweilige Nullhypothese. Dabei kann auf eine *a priori*-Festlegung des Signifikanzniveaus verzichtet werden.

Tabelle 5.4: Schätzung eines *conditional logit*-Modells der Wahlabsicht für Wähler unterschiedlicher Klassen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

Koeffizienten	Schätzung	Std.	z	p	U. G.	O. G.
Ökonomisch Links-Rechts						
Haupteffekt	−0,05	0,29	−0,18	0,86	−0,62	0,52
× Arbeiterklasse	−0,56	0,16	−3,38	0,00	−0,88	−0,23
× Zwischenkategorie	−0,19	0,19	−1,04	0,30	−0,56	0,17
× Dienstklasse	0,10	0,10	0,94	0,35	−0,11	0,30
× Selbständige	0,31	0,08	3,77	0,00	0,15	0,48
× Landwirte	0,34	0,29	1,17	0,24	−0,23	0,91
Traditionalismus						
Haupteffekt	0,30	0,30	0,99	0,32	−0,29	0,88
Traditionalismus, quadriert						
Haupteffekt	−0,23	0,14	−1,67	0,09	−0,50	0,04

Anmerkung: Der Koeffizient für die Zwischenklasse wurde aus den Koeffizienten der Indikatorvariablen für die übrigen Klassen errechnet. Sein Standardfehler wurde mittels der Delta-Methode (vgl. Anhang E.2) bestimmt.

Datenquelle: Eurobarometer und Comparative Manifestos Project. Effektive Fallzahl: N=181054
Abkürzungen: Std.: robuster (Huber-White-)Standardfehler; z: Wald-z-Statistik; p: α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“); U. G.: Untere Grenze des Konfidenzintervalls; O. G.: Obere Grenze des Konfidenzintervalls

ler auf politische Angebote und Appelle entlang der Traditionalismus-Dimension reagieren. Die Reaktionen der Wähler auf Positionen der Parteien auf dieser Dimension folgt dem Distanzmodell. Anders als der quadratische Haupteffekt der ökonomischen Links-Rechts-Dimension erhält der quadratische Haupteffekt der Traditionalismus-Dimension einen Signifikanzwert von unter 10 Prozent. Ob die Wähler aber eher traditionalistisch oder eher nicht-traditionalistisch positionierte Parteien bevorzugen, wird nicht deutlich. Aufgrund seines hohen Standardfehlers kann die Richtung des Haupeffekts der Traditionalismus-Dimension nicht mit ausreichender Genauigkeit bestimmt werden.

In den vorangegangenen Absätzen wurden die Endergebnisse der für diesen Unterabschnitt durchgeführten Analysen präsentiert, bevor der Weg zu diesen Ergebnissen beschrieben wurde. Der Grund dafür liegt darin, dass sich der Weg zu diesen Ergebnissen dadurch knapper darstellen lässt. Ausgangspunkt dieses Weges sind Analysen von eines sehr umfangrei-

chen Modells mit sehr vielen Koeffizienten, die sich kaum in eine Tabelle zusammenfassen lassen. Der Weg zu den Endergebnissen wurde beschritten, indem aus jenem umfangreichen Modell schrittweise die Koeffizienten entfernt wurden, für die die Testgröße eines Wald-Tests einen Wert erhält, der unter der Gültigkeit der Nullhypothese, dass die entsprechenden Variablen keinen Effekt ausüben, wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich ist, die also wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich nur Stichprobenfehler reflektieren.

Das Modell, das den Ausgangspunkt für die Analysen dieses Unterabschnitts bildet, ist ein Modell, das die linearen und die quadratischen Effekte aller acht politischen Dimensionen einbezieht. Es berücksichtigt sowohl die Haupteffekte dieser Dimensionen als auch ihre Interaktionseffekte mit der Klassenzugehörigkeit der Wähler. Die Haupteffekte repräsentieren die Reaktionen der Wähler auf die politischen Angebote und Appelle der Parteien, die für die Klassenzugehörigkeit der Wähler kontrolliert sind. Die Interaktionseffekte repräsentieren die Unterschiede zwischen den Klassen hinsichtlich der Positionspräferenzen.

Für jede einzelne dieser politischen Dimensionen wurde die statistische Signifikanz der linearen und quadratischen Haupt- und Interaktionseffekte getestet. Dazu wurden robuste Versionen von Wald-Tests (vgl. Anhang E.1) durchgeführt. Gegenüber *likelihood ratio*-Tests haben Wald-Tests den Vorteil, dass nicht nur robuste Versionen dieser Tests existieren, sondern dass das Modell nur einmal für diese Tests geschätzt werden muss. Für jeden *likelihood ratio*-Test muss das Modell dagegen noch einmal zusätzlich in einer Version geschätzt werden, in dem die zu testenden Koeffizienten auf Null festgelegt sind. Die Ergebnisse der Wald-Tests der Haupt- und Interaktionseffekte der Angebote und Appelle auf den verschiedenen politischen Dimensionen sind in Tabelle 5.5 zusammengestellt.

Kollinearität unter den Daten über die politischen Angebote und Appelle kann die Testergebnisse verzerren. Sie führt einerseits zu vergrößerten Standardfehlern, und andererseits dazu, dass sich die Relevanzen der einzelnen politischen Dimensionen nicht auftrennen lassen. Um sicherzugehen, dass die Testergebnisse für die einzelnen politischen Dimensionen nicht durch Kollinearität mit anderen politischen Dimensionen verzerrt werden, wurde die Datenmatrix der politischen Angebote und Appelle mit Hilfe der QR-Dekomposition orthogonalisiert (Harville 1997: 66). Durch diese Dekomposition wurde die Datenmatrix Z der politischen Angebote und Appelle in das Produkt QR einer Matrix Q , mit gleicher Zeilen- und Spaltenzahl wie Z und einer quadratischen Matrix R , deren Zeilen- und Spaltenzahl der Spaltenzahl von Z entspricht. R ist dagegen eine Dreiecksmatrix, deren Elemente oberhalb der Diagonalen Null sind. Q ist eine orthogonale Matrix, eine Matrix, deren Spalten unkorreliert sind. In den Tests wurde die Matrix Z durch ihre orthogonalisierte Version Q vertreten. Die Spalten dieser Matrix sind die gleichsam von ihren Korrelationen bereinigten

Tabelle 5.5: Wald-Tests für die Bedeutsamkeit der politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Klassen auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

Dimension	Lineare Effekte			Quadratische Effekte		
	\mathcal{W}	df	p	\mathcal{W}	df	p
Haupteffekte						
Ökonomisch Links-Rechts	0,7	1	0,414	0,0	1	0,914
Sozialstaat	0,0	1	0,912	0,2	1	0,694
Egalitarismus	0,0	1	0,941	0,1	1	0,711
Klassen	0,0	1	0,874	0,1	1	0,793
Autoritarismus	1,1	1	0,299	0,1	1	0,750
Traditionalismus	0,4	1	0,538	2,8	1	0,095
Ökologie	0,1	1	0,744	0,1	1	0,784
Zentrum-Peripherie	0,5	1	0,490	0,3	1	0,575
Interaktionseffekte						
Ökonomisch Links-Rechts	30,7	4	0,000	0,7	4	0,957
Sozialstaat	3,6	4	0,469	3,9	4	0,427
Egalitarismus	1,2	4	0,881	5,2	4	0,266
Klassen	5,1	4	0,282	2,4	4	0,667
Autoritarismus	2,1	4	0,712	1,1	4	0,899
Traditionalismus	10,0	4	0,040	1,2	4	0,881
Ökologie	0,2	4	0,994	0,8	4	0,938
Zentrum-Peripherie	6,4	4	0,171	6,8	4	0,149

Datenquelle: Eurobarometer und Comparative Manifestos Project. Effektive Fallzahl: N=181054

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald- χ^2 -Statistik auf der Basis von robusten (Huber-White-)Standardfehlern; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

politischen Angebote und Appelle der Parteien.

Wie aus Tabelle 5.5 hervorgeht, sind die festzustellenden Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension und auf der Traditionalismus-Dimension kaum mit einer entsprechenden Null-Hypothese vereinbar. Der quadratische Haupteffekt von Positionen auf der Traditionalismus-Dimension erreicht ein Signifikanzniveau von immerhin unter 10 Prozent. Andererseits kann auf die Berück-

sichtigung von fünf der acht politischen Dimensionen verzichtet werden, auf die Sozialstaats-Dimension, die Egalitarismus-Dimension, die Klassen-Dimension, die Autoritarismus-Dimension und die Ökologie-Dimension. Die auf diese jeweiligen Dimensionen bezogene Nullhypothese, dass die Positionen der Parteien auf der jeweiligen Dimension für die Parteipräferenz unerheblich ist, wenn die übrigen Dimensionen berücksichtigt werden, wird nicht nur nicht widerlegt, die für diese Dimensionen erreichten Werte der Testgröße sind unter der Nullhypothese sogar sehr wahrscheinlich.

5.3.2 Kategorien der Kirchengangshäufigkeit und ihre Reaktionen auf die politischen Angebote der Parteien

Von den acht politischen Dimensionen, die in den Analysen dieses Kapitels in Betracht gezogen werden, ist nur die Traditionalismus-Dimension nötig, um die Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in den Positionspräferenzen zu beschreiben. Die Reaktionen der Wähler auf die Appelle entlang der Traditionalismus-Dimension folgen, wie auch schon im vorangegangenen Unterabschnitt gesehen, dem Distanz-Modell der Wahlentscheidung. Abbildung 5.2 zeigt die Lage der Idealpunkte der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Traditionalismus-Dimension. Wie der Abbildung zu entnehmen ist, bevorzugen regelmäßige Kirchgänger bei den Parteien eindeutig traditionalistische Positionen, während Nicht-Kirchgänger nicht-traditionalistische Positionen bevorzugen. Die unregelmäßigen Kirchgänger bevorzugen ebenfalls traditionalistische Positionen, aber nicht so ausgeprägte Positionen wie die unregelmäßigen Kirchgänger. Die Konfidenzintervalle der Idealpunkte sind allerdings sehr weit. Sie überlappen sich gegenseitig. Dies liegt vor allem an der Schätzunsicherheit des quadratischen Haupteffekts der Traditionalismus-Dimension (siehe dazu die Diskussion im nächsten Absatz). Wird nur die Schätzunsicherheit der linearen Haupt- und Interaktionseffekte der Traditionalismus-Dimension bei der Berechnung von Konfidenzintervallen berücksichtigt, so überlappen sich diese Konfidenzintervalle nicht. Die Konfidenzintervalle, die nur die Schätzunsicherheit der linearen Haupt- und Interaktionseffekte berücksichtigen, sind in der Abbildung durch die dicken Linien dargestellt.

Die Idealpunkte und die zugehörigen Konfidenzintervalle wurden auf der Grundlage eines *discrete choice*-Modells berechnet, dessen Koeffizienten in Tabelle 5.6 dargestellt sind. Wie aus der Tabelle hervorgeht, sind die Unterschiede der Nicht-Kirchgänger bzw. der regelmäßigen Kirchgänger zu der mittleren Kategorie der unregelmäßigen Kirchgänger deutlich feststellbar und haben ein starkes Signifikanzniveau. Allerdings reichen die Daten nicht aus, um die Reaktionen der Wähler auf die politischen Angebote und Appelle auf der

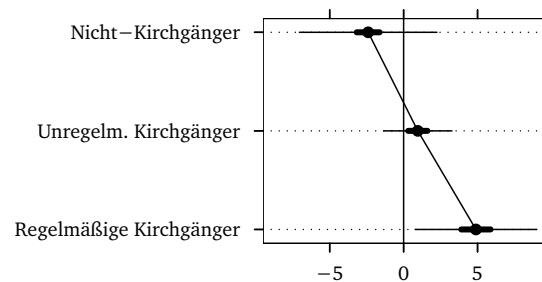


Abbildung 5.2: Intensität und Richtung der Positionspräferenzen der Wähler mit unterschiedlicher Häufigkeit des Kirchgangs auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension (Idealpunkte und ihre Konfidenzintervalle eines *conditional logit*-Modells der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994. Datenquelle: Eurobarometer. Effektive Fallzahl: N=117221)

Traditionalismus-Dimension zu ermitteln, wenn für die Kirchgangshäufigkeit kontrolliert wird. Der geschätzte Haupteffekt der Traditionalismus-Dimension ist deutlich von Null verschieden, hat aber aufgrund des großen Standardfehlers ein sehr breites Konfidenzintervall. Der quadratische Haupt-Effekt der Traditionalismus-Dimension erreicht ein Signifikanzniveau von knapp unter 10 Prozent. Wenn man ein 95-Prozent-Konfidenz-Intervall zu Grunde legt, kann eigentlich nicht mit großer Sicherheit behauptet werden, dass die Reaktionen der Wähler auf die Positionen auf der Traditionalismus-Dimensionen dem Distanz-Modell folgen. Aber die Behauptung ist zumindest insoweit plausibel, als der größere Teil des Konfidenzintervalls im negativen Bereich liegt.

Am Anfang der Analysen für diesen Unterabschnitt stand wieder eine Überprüfung der Bedeutsamkeit aller acht politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Wähler. In der gleichen Weise wie im vorangegangenen Unterabschnitt bildete wieder ein Modell den Ausgangspunkt, das die linearen und quadratischen Haupt- und Interaktionseffekte aller acht politischen Dimensionen enthält. Die Ergebnisse der robusten Wald-Tests für die statistische Signifikanz der Effekte dieser politischen Dimensionen sind in Tabelle 5.7 zusammengestellt. Auch diesen Tests liegt eine orthogonalisierte Version der politischen Angebote und Appelle zu Grunde.

Die in der Tabelle zusammengestellten Ergebnisse zeigen in eindeutiger Weise, dass auf die Traditionalismus-Dimension nicht verzichtet werden kann, wenn es darum geht, Unter-

Tabelle 5.6: Schätzung eines *conditional logit*-Modells der Wahlabsicht für Wähler mit unterschiedlicher Häufigkeit des Kirchgangs aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

Koeffizienten	Schätzung	Std.	z	p	U. G.	O. G.
Traditionalismus						
Haupteffekt	0,28	0,36	0,77	0,44	−0,42	0,97
× Regelm. Kirchgänger	0,90	0,24	3,68	0,00	0,42	1,37
× Unregelm. Kirchgänger	−0,05	0,19	−0,24	0,81	−0,42	0,33
× Nicht-Kirchgänger	−0,85	0,22	−3,89	0,00	−1,28	−0,42
Traditionalismus, quadriert						
Haupteffekt	−0,24	0,14	−1,76	0,08	−0,51	0,03

Anmerkung: Der Koeffizient für die unregelmäßigen Kirchgänger wurde aus den Koeffizienten der Indikatorvariablen für die übrigen Kategorien der Kirchgangshäufigkeit errechnet. Sein Standardfehler wurde mittels der Delta-Methode (vgl. Anhang E.2) bestimmt.

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=117221

Abkürzungen: Std.: robuster (Huber-White-)Standardfehler; z: Wald-z-Statistik; p: α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“); U. G.: Untere Grenze des Konfidenzintervalls; O. G.: Obere Grenze des Konfidenzintervalls

schiede zwischen den Positionspräferenzen der Kirchgangskategorien zu beschreiben. Die Testgröße für die Interaktionseffekte dieser politischen Dimension mit der Kirchgangshäufigkeit erreicht ein hochgradiges Signifikanzniveau. Etwas schwächere Signifikanzniveaus erreichen der quadratische Haupteffekt der Traditionalismus-Dimension und die Interaktionseffekte der ökonomischen Links-Rechts- und der Erwerbsklassen-Dimension. Für die übrigen Dimensionen können die Nullhypothesen, dass ihre linearen Haupt- und Interaktionseffekte und die quadratischen Haupt- und Interaktionseffekte gleich Null sind, offenbar aufrecht erhalten werden. Sie konnten also aus dem Modell entfernt werden.

Der nächste Schritt bestand in der Überprüfung der Effekte der drei politischen Dimensionen, die nun im Modell verblieben sind, um zu klären, ob es noch weiter vereinfacht werden kann. Tabelle 5.8 enthält die Ergebnisse der entsprechenden Wald-Tests. Aus diesen Testwerten geht hervor, dass eigentlich nur die Traditionalismus-Tradition im Modell verbleiben muss. Augenscheinlich kann auch der lineare Haupteffekt dieser Dimension aus dem Modell entfernt werden. Da jedoch der lineare Interaktionseffekt dieser Dimension im Modell verbleibt, sollten entsprechend dem Prinzip der Marginalität (Fox 1997: 149) auch der lineare Haupteffekt im Modell verbleiben. Der quadratische Haupteffekt erreicht nahezu

Tabelle 5.7: Wald-Tests für die Bedeutsamkeit der politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

Dimension	Lineare Effekte			Quadratische Effekte		
	\mathcal{W}	df	p	\mathcal{W}	df	p
Haupteffekte						
Ökonomisch Links-Rechts	0,1	1	0,776	0,1	1	0,735
Sozialstaat	1,9	1	0,167	0,3	1	0,605
Egalitarismus	0,0	1	0,950	0,0	1	0,998
Klassen	0,0	1	0,893	0,5	1	0,480
Autoritarismus	0,5	1	0,462	0,0	1	0,882
Traditionalismus	1,7	1	0,198	3,6	1	0,058
Ökologie	1,4	1	0,236	0,4	1	0,509
Zentrum-Peripherie	0,5	1	0,474	1,3	1	0,261
Interaktionseffekte						
Ökonomisch Links-Rechts	7,2	2	0,028	0,5	2	0,789
Sozialstaat	0,9	2	0,635	0,1	2	0,943
Egalitarismus	3,0	2	0,227	0,3	2	0,848
Klassen	8,4	2	0,015	0,6	2	0,759
Autoritarismus	1,1	2	0,578	2,6	2	0,276
Traditionalismus	19,6	2	0,000	0,2	2	0,907
Ökologie	0,7	2	0,689	0,2	2	0,906
Zentrum-Peripherie	1,1	2	0,574	1,0	2	0,602

Datenquelle: Eurobarometer und Comparative Manifestos Project. Effektive Fallzahl: N=117221

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald- χ^2 -Statistik auf der Basis von robusten (Huber-White-)Standardfehlern; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

ein Signifikanzniveau von fünf Prozent. Das resultierende entgültige Modell enthält somit den quadratischen Haupteffekt und die linearen Haupt- und Interaktionseffekte der Traditionalismus-Dimension. Dieses Modell ist das Modell, das am Anfang dieses Unterabschnitts diskutiert wurde.

Tabelle 5.8: Wald-Tests für die Bedeutsamkeit der politischen Dimensionen für die Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

Dimension	Lineare Effekte			Quadratische Effekte		
	\mathcal{W}	df	p	\mathcal{W}	df	p
Haupteffekte						
Ökonomisch Links-Rechts	0,3	1	0,557	0,2	1	0,675
Klassen	0,7	1	0,412	0,9	1	0,350
Traditionalismus	1,2	1	0,267	3,5	1	0,063
Interaktionseffekte						
Ökonomisch Links-Rechts	0,5	2	0,773	0,4	2	0,826
Klassen	2,7	2	0,262	0,2	2	0,894
Traditionalismus	18,1	2	0,000	2,7	2	0,259

Datenquelle: Eurobarometer und Comparative Manifestos Project. Effektive Fallzahl: N=117221

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald- χ^2 -Statistik auf der Basis von robusten (Huber-White-)Standardfehlern; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

5.3.3 Stabilität oder Wandel?

Im vorangegangenen Unterabschnitt wurde festgestellt, dass sich die Klassen und die Kategorien der Kirchgangshäufigkeit in Positionspräferenzen unterscheiden. Damit ist aber noch nicht nachgewiesen, dass diese Unterschiede unveränderlich sind. Gerade die Frage nach der Konstanz oder dem Wandel dieser Unterschiede ist entscheidend für die Bewertung der verschiedenen Standpunkte in der Diskussion um den Wandel der Strukturen des Wählerverhaltens. Sind die dort festgestellten Veränderungen nur Ausdruck trendloser Fluktuationen, die ausgelöst werden durch Ereignisse im Bereich des politischen Systems? Ein Typ derartiger Ereignisse könnten Veränderungen der politischen Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler sein. Wenn es nur solche trendlosen Fluktuationen sind, dann sollten sich keine Veränderungen in den Unterschieden der Positionspräferenzen der sozialen Gruppierungen zeigen.

Wenn aber umgekehrt hinter den Veränderungen der Strukturen des Wählerverhaltens ein genuiner, in den Veränderungen der Sozialstruktur gründender Wandel steht, derart,

dass die Unterschiede zwischen Klassen oder zwischen traditionell religiösen und nicht-religiösen Menschen verschwinden, dann sollten sich die Klassen bzw. die Kategorien der Kirchengangshäufigkeit hinsichtlich ihrer Positionspräferenzen einander angleichen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, ist Gegenstand der Untersuchungen, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden.

Diese Untersuchungen bauen darauf auf, dass die Variablen, die die politischen Angebote und Appelle repräsentieren, nicht nur mit den Indikatorvariablen für die Klassenlage und für die Kirchengangshäufigkeit verknüpft werden, sondern auch mit den Produkten dieser Indikatorvariablen mit einer Variablen, die den Ablauf der Zeit repräsentiert. Die Koeffizienten dieser Variablen im *discrete choice*-Modell, lassen sich als Interaktionseffekte der Klassenlage bzw. der Kirchengangshäufigkeit mit der Zeit auf die Positionspräferenzen interpretieren.

Zwei verschiedene Zeitvariablen werden in diesem Unterabschnitt verwendet: einerseits eine Zeitvariable, die eine lineare Funktion des Untersuchungszeitpunktes der jeweiligen Eurobarometer-Umfragen ist und andererseits eine negativ-exponentielle Funktion der linearen Zeitvariablen. Die lineare Zeitvariable ist so konstruiert, dass die Differenz zwischen dem ersten und dem letzten Zeitpunkt Eins beträgt und die Mitte des Untersuchungsraums den Wert null erhält. Die zweite Zeitvariable wird aus der ersten Variable gemäß $t_2 = 1 - \exp(-t_1)$ gebildet. Auch diese Variable ist zentriert, sie ermöglicht es aber, die gegenseitige Annäherung der Positionspräferenzen verschiedener sozialer Kategorien in der Mitte einer politischen Dimension zu modellieren. Abbildung 5.3 veranschaulicht den Vorteil einer derart gebildeten Zeitvariablen.

Um zeitliche Veränderungen in den Klassenunterscheiden der Positionspräferenzen zu untersuchen, wurde das in Tabelle 5.4 dargestellte Modell mit den Haupt- und Interaktionseffekten einerseits der linearen Zeitvariablen und andererseits der negativ-exponentiellen Zeitvariablen auf die Positionspräferenzen erweitert. Sodann wurde die statistische Signifikanz dieser Haupt- und Interaktionseffekte getestet. In gleicher Weise wurde das Modell 5.6 erweitert, um Veränderungen in den Unterschieden zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit zu testen. Die daraus resultierenden Testergebnisse sind in Tabelle 5.9 zusammengefasst. In diesen Tests wurden nur Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande und (West-)Deutschland berücksichtigt weil nur für diese Länder Daten über die Parteipräferenzen vorliegen, die den gesamten Zeitraum von 1975 bis 1998 umfassen.

Weder hinsichtlich der Unterschiede der Klassen noch hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit lassen sich Veränderungen in den Positionspräferenzen nachweisen, und zwar unabhängig davon, ob man die lineare oder die negativ-

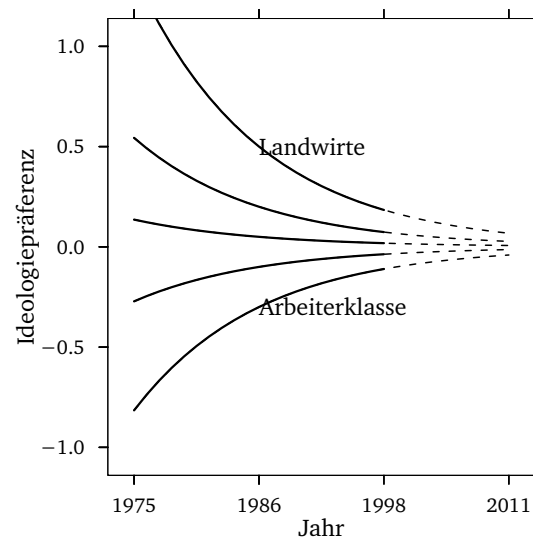


Abbildung 5.3: Hypothetisches Beispiel für die durch eine exponentielle Zeitvariable beschriebene Entwicklung der Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen (Datenquelle: Simulation)

exponentielle Zeitvariable in Betracht zieht. Es ist offenbar nicht der Fall, dass es genuine Annäherungstendenzen zwischen den Klassen bzw. zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit gibt. Dies spricht zunächst für die Schlussfolgerung, dass, wenn Veränderungen in den Strukturen des Wählerverhaltens stattfinden, diese nicht auf ein Verschwinden von Unterschieden zwischen sozialen Gruppierungen zurückzuführen sind, sondern auf Veränderungen im politischen Angebot.

Aber möglicherweise ist der Untersuchungszeitraum nur zu kurz, oder die Anzahl der Zeitpunkte zu gering, als dass sich ein tatsächlich sich langfristig vollziehender Wandel zeigen könnte. Auf die Möglichkeit, dass unter der Oberfläche scheinbarer Kontinuität dennoch strukturelle Veränderungstendenzen ablaufen, die sich in Unterschieden zwischen den Generationen manifestieren, wird in dem nun folgenden Unterabschnitt eingegangen.

5.3.4 Intergenerationelle Veränderungen

Einige Autoren, die eine Abschwächung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten feststellen, heben die Rolle des intergenerationellen Wandels⁵ hervor (z. B.

⁵Damit sind die Veränderungen in der Verteilung von und in Zusammenhängen zwischen Merkmalen in der Bevölkerung gemeint, die durch die sich wandelnde Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich Geburts-

Tabelle 5.9: Wald-Tests für Veränderungen der Positionspräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht

Getesteter Effekt	\mathcal{W}	df	p
Klassenunterschiede			
Zeitliche Veränderungen	3,2	7	0,864
Zeitliche Veränderungen (negativ-exponentiell)	3,5	7	0,836
Unterschiede der Kirchengangskategorien			
Zeitliche Veränderungen	6,8	4	0,145
Zeitliche Veränderungen (negativ-exponentiell)	6,6	4	0,159

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Berücksichtigt wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum für die Entwicklung der Klassenunterschiede reicht von 1975 bis 1998, für die Entwicklung der Unterschiede der Kirchengangskategorien reicht er von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl für die Untersuchung der Veränderungen der Positionspräferenzen der Klassen beträgt $N=169304$, für die Untersuchung der Veränderungen der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit beträgt er $N=111633$.

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald- χ^2 -Statistik auf der Basis von robusten (Huber-White-)Standardfehlern; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

Abramson 1971, Thorburn 1977). Aber auch *dealignment*-Prozesse sind zumindest teilweise durch einen intergenerationellen Wandel charakterisiert (Carmines *et al.* 1987 vgl. dagegen aber Mattei und Niemi 1991). Es stellt sich daher die Frage, ob es Unterschiede zwischen den Generationen einerseits hinsichtlich der Positionspräferenzen oder andererseits in den Ausmaßen der Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen bzw. zwischen den Positionspräferenzen der Kirchengang-Kategorien bestehen.

Im Anschluss an van den Broek (1996: 82) kann man, je nachdem, in welcher Phase der Nachkriegszeit die Wähler aufgewachsen sind, unterscheiden zwischen

1. der Vorkriegsgeneration, denjenigen, die ihre Jugend vor dem Ende des zweiten Weltkriegs durchlebt haben,

jahrgängen gemeint. Man kann mit Mannheim (1928) dafür argumentieren, dass eine politische Generation mehr ist als ein Aggregat von Geburtsjahrgängen. Diese Sichtweise wird hier jedoch nicht verfolgt. „Generation“ wird hier als kürzere Redeweise für „Geburtsjahrgang“ oder „Geburtskohorte“ (auch im Gegensatz zu „Altersgruppe“ oder „Alterskohorte“) gebraucht.

2. der „Stillen Generation“, denjenigen, die ihre Jugend während der politisch relativ ruhigen Jahrzehnten unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg durchlebt haben,
3. der Protestgeneration, die während der politisch turbulenten Zeit der späten sechziger und frühen siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts aufgewachsen sind,
4. der „Verlorenen Generation“, die während der von ökonomischen Krisen geprägten späten 1970er und frühen 1980er Jahre aufgewachsen sind
5. und der „Pragmatischen Generation“, die in den späten 1980er und den 1990er Jahren aufgewachsen sind.

In den Analysen dieses Abschnittes wird die Generationenzugehörigkeit durch effektcodierte Indikatorvariablen repräsentiert. Die Referenzkategorie ist dabei die Vorkriegsgeneration. Die Spanne in Jahren, die diese fünf Generationen umfassen, ist weiter als die Spanne des Untersuchungszeitraumes. Sollte die Kürze des Untersuchungszeitraumes der Grund dafür sein, dass keine zeitlichen Veränderungen in den Positionspräferenzen der Wähler statistisch abgesichert werden konnten, dann sind intergenerationelle Veränderungen davon möglicherweise nicht betroffen.

Um den Einfluss der Generationenzugehörigkeit zu untersuchen, werden die in den Tabellen 5.4 und 5.4 dargestellten Modelle erweitert, und zwar um Interaktionseffekte erster Ordnung der Generationenzugehörigkeit mit den in den Modellen enthaltenen politischen Dimensionen und um Interaktionseffekte zweiter Ordnung der Generationenzugehörigkeit mit den in den Modellen enthaltenen politischen Dimensionen *und* den sozialen Kategorien. Die Koeffizienten der Variablen, die durch die Multiplikation der Koordinaten der Positionen der Parteien auf den in den Modellen enthaltenen politischen Dimensionen mit effektcodierten Indikatorvariablen für die Generationszugehörigkeit gebildet werden, vertreten in diesen Modellen die Interaktionseffekten erster Ordnung. Die Variablen, die durch die Multiplikation der Koordinatwerte mit den Indikatorvariablen der sozialen Kategorien und den Indikatorvariablen der Generationszugehörigkeit gebildet werden, repräsentieren in diesen Modellen die Interaktionseffekte zweiter Ordnung.

Diese erweiterten Modelle erlauben es nun, den Einfluss der Generationszugehörigkeit mit Hilfe von Wald-Tests zu überprüfen. Wenn die Interaktionseffekte zweiter Ordnung ein hohes Signifikanzniveau erreichen, dann ist damit ein Einfluss der Generationenzugehörigkeit auf die Unterschiede zwischen den Klassen bzw. zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit nachgewiesen. Wenn die Unterschiede zwischen den Klassen bzw. zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Abfolge der Generationen geringer werden, dann sollte ein solcher Einfluss der Generationenzugehörigkeit nachweisbar sein. Wenn da-

Tabelle 5.10: Wald-Tests für einen intergenerationellen Wandel der Positionspräferenzen und der Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht

Getesteter Effekt	\mathcal{W}	df	p
Klassenunterschiede			
Interaktionseffekte zweiter Ordnung	20,3	16	0,209
Interaktionseffekte erster Ordnung mit ökon. Links-Rechts	3,0	4	0,553
Interaktionseffekte erster Ordnung mit Traditionalismus	12,1	4	0,016
Unterschiede der Kirchengangskategorien			
Interaktionseffekte zweiter Ordnung	6,3	8	0,609
Interaktionseffekte erster Ordnung	9,7	4	0,046

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Der Untersuchungszeitraum für die Klassenunterschiede reicht von 1975 bis 1998. Berücksichtigt wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Die effektive Fallzahl $N=168858$. Der Untersuchungszeitraum für die Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit reicht von 1975 bis 1994. Berücksichtigt wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen und (West-)Deutschland. Die effektive Fallzahl $N=115939$.

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald- χ^2 -Statistik auf der Basis von robusten (Huber-White-)Standardfehlern; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

gegen nur die Interaktionseffekte erster Ordnung ein hohes Signifikanzniveau erreichen, dann kann daraus nur gefolgert werden, dass die Generationen sich in den Positionspräferenzen unterscheiden. Die Ergebnisse dieser Wald-Tests sind in Tabelle 5.10 zusammengestellt.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, erreicht die Testgröße für die Interaktionseffekte zweiter Ordnung keine hohes Signifikanzniveau, weder in Bezug auf die Klassenunterschiede, noch in Bezug auf die Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit. Es kann also nicht nachgewiesen werden, dass sich die Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Klassen und die Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Generationenfolge verändern. Wenn es keine solchen Veränderungen gibt, kann natürlich auch nicht die Rede davon sein, dass der Einfluss der Klassenlage oder der Kirchengangshäufigkeit auf die Ansprechbarkeit für politische Angebote und Appelle in der Generationenfolge nachlässt.

Allerdings erreichen Interaktionseffekte erster Ordnung ein hohes Signifikanzniveau. Da-

bei handelt es sich aber nur um Interaktionseffekte, die die Positionspräferenzen entlang der Traditionalismus-Dimension betreffen. Es verändern sich in der Generationenfolge also nur die Reaktionen auf traditionalistische oder nicht-traditionalistische Appelle, nicht aber auf ökonomisch linke oder rechte Angebote und Appelle. Um diese Veränderungen in der Generationenfolge eingehender zu betrachten, werden im Folgenden die einzelnen Effekte der Generationen untersucht. Dazu werden die Koeffizienten von Modellen geschätzt, die den Effekten entsprechen, die sich in den soeben besprochenen Wald-Tests ein hohes Signifikanzniveau erhalten haben.

Die Koeffizientenschätzungen für das Modell der Klassenunterschiede, das um die Unterschiede zwischen den Generationen erweitert wurde, zeigt die Tabelle 5.11. Wie aus den Standardfehlern für die Koeffizienten, die die Unterschiede zwischen den Generationen in der Ansprechbarkeit für traditionalistische oder nicht-traditionalistische Appelle ausdrücken, hervorgeht, lassen sich die Effekte der einzelnen Generationen nicht sehr genau bestimmen, obgleich der Effekt der Generationenzugehörigkeit insgesamt ein hohes Signifikanzniveau erreicht hat. Aus den Vorzeichen der Koeffizienten könnte man allerdings ableiten, dass der wichtigste Generationenunterschied zwischen der Vorkriegsgeneration und der Stillen Generation einerseits und den beiden nachfolgenden Generationen andererseits besteht. Offenbar ist es dieser Unterschied, der für das hochsignifikante Ergebnis des Wald-Tests für die Generationenunterschiede verantwortlich ist.

In Tabelle 5.12 sind die Koeffizientenschätzungen für das um die Unterschiede zwischen den Generationen erweiterte Modell der Unterschiede zwischen den Kirchengangskategorien dargestellt. Auch hier haben die einzelnen Koeffizienten der Generationen, trotz des hochsignifikanten Ergebnisses des Wald-Tests, recht weite Konfidenzintervalle. Einer der Koeffizienten hat aber ein Signifikanzniveau von nahezu zehn Prozent, der Koeffizient der Protestgeneration. Auch zeigen die Koeffizienten der Generationen das gleiche Muster an Vorzeichen wie in Tabelle 5.11. Vergleicht man die Beträge der Koeffizienten mit den Beträgen der Koeffizienten der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit, so wird deutlich, dass Unterschiede zwischen den Generationen deutlich niedriger sind. Auch sind die Koeffizienten der Generationenzugehörigkeit vom Betrag her niedriger als in Tabelle 5.11.

Das legt die Interpretation nahe, dass die Unterschiede zwischen den Generationen, die in Tabelle 5.11 zu finden sind, darauf zurückzuführen sind, dass die Kirchengangshäufigkeit mit der Generationenfolge zurückgeht, wie der Abbildung 5.4 zu entnehmen ist.

Welche Faktoren für die festgestellten Generationenunterschiede verantwortlich sind, ist eine Forschungsfrage, die für sich genommen lohnend erscheint. Sie geht jedoch über die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit hinaus und wird daher nicht weiter verfolgt. Wie

Tabelle 5.11: Schätzung eines *conditional logit*-Modells der Wahlabsicht für Wähler unterschiedlicher Klassen und unterschiedlicher Generationen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

Koeffizienten	Schätzung	Std.	z	p	U. G.	O. G.
Ökonomisch Links-Rechts						
Haupteffekt	−0,07	0,29	−0,23	0,82	−0,63	0,50
× Arbeiter	−0,55	0,17	−3,22	0,00	−0,89	−0,22
× Zwischenkategorie	−0,18	0,20	−0,92	0,36	−0,58	0,21
× Diensklasse	0,09	0,10	0,93	0,35	−0,10	0,28
× Selbständige	0,32	0,09	3,69	0,00	0,15	0,48
× Landwirte	0,33	0,31	1,07	0,28	−0,27	0,93
Traditionalismus						
Haupteffekt	0,33	0,37	0,88	0,38	−0,40	1,06
× Vorkriegsgeneration	0,18	0,38	0,48	0,63	−0,57	0,94
× Stille Generation	0,11	0,16	0,67	0,50	−0,20	0,41
× Protestgeneration	−0,16	0,18	−0,91	0,36	−0,51	0,19
× Verlorene Generation	−0,16	0,14	−1,13	0,26	−0,44	0,12
× Pragmatische Generation	0,04	0,81	0,04	0,96	−1,55	1,62
Traditionalismus quadriert						
Haupteffekt	−0,24	0,14	−1,71	0,09	−0,51	0,03

Anmerkung: Die Koeffizienten für die Zwischenklasse und die Vorkriegsgeneration wurde aus den Koeffizienten der Indikatorvariablen für die übrigen Klassen bzw. der übrigen Generationen errechnet. Ihre Standardfehler wurden mittels der Delta-Methode (vgl. Anhang E.2) bestimmt.

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=168858

Abkürzungen: Std.: robuster (Huber-White-)Standardfehler; z: Wald-z-Statistik; p: α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“); U. G.: Untere Grenze des Konfidenzintervalls; O. G.: Obere Grenze des Konfidenzintervalls

auch genau die Unterschiede zwischen den Generationen zu deuten sind, eins bleibt festzuhalten: Es gibt offenbar keinen intergenerationellen Wandel zu geringeren Unterschieden zwischen den Klassen oder zwischen den Kategorien der Kirchgangshäufigkeit in den Positionspräferenzen. Die Unterschiede zwischen den Generationen, die tatsächlich feststellbar sind, betreffen weniger Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen in der Ansprechbarkeit als das Ausmaß der Ansprechbarkeit der Generationen für bestimmte politische Angebote und Appelle selbst. Diese Unterschiede betreffen vor allem die Positionsprä-

Tabelle 5.12: Schätzung eines *conditional logit*-Modells der Wahlabsicht für Wähler unterschiedlicher Kirchengangshäufigkeit und unterschiedlicher Generationen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-) Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

Koeffizienten	Schätzung	Std.	z	p	U. G.	O. G.
Traditionalismus						
Haupteffekt	0,29	0,41	0,72	0,47	−0,51	1,09
× Regelmäßige Kirchgänger	0,88	0,26	3,31	0,00	0,36	1,39
× Unregelmäßige Kirchgänger	−0,04	0,20	−0,18	0,86	−0,44	0,36
× Nicht-Kirchgänger	−0,84	0,21	−3,94	0,00	−1,26	−0,42
× Vorkriegsgeneration	0,05	0,34	0,16	0,88	−0,61	0,72
× Stille Generation	0,07	0,08	0,84	0,40	−0,09	0,23
× Protestgeneration	−0,12	0,08	−1,52	0,13	−0,28	0,04
× Verlorene Generation	−0,07	0,09	−0,77	0,44	−0,25	0,11
× Pragmatische Generation	0,07	0,40	0,17	0,86	−0,71	0,85
Traditionalismus quadriert						
Haupteffekt	−0,24	0,14	−1,76	0,08	−0,51	0,03

Anmerkung: Die Koeffizienten für die unregelmäßigen Kirchgänger und die Vorkriegsgeneration wurde aus den Koeffizienten der Indikatorvariablen für die übrigen Kategorien der Kirchengangshäufigkeit bzw. der übrigen Generationen errechnet. Ihre Standardfehler wurden mittels der Delta-Methode (vgl. Anhang E.2) bestimmt.

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=115939

Abkürzungen: Std.: robuster (Huber-White-)Standardfehler; z: Wald-z-Statistik; p: α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“); U. G.: Untere Grenze des Konfidenzintervalls; O. G.: Obere Grenze des Konfidenzintervalls

ferenzen entlang der Traditionalismus-Dimension. Je später die Wähler geboren sind und ins Elektorat eintreten desto weniger sind sie geneigt, positiv auf traditionalistische Appelle zu reagieren. Teilweise, aber nicht vollständig, stehen diese Tendenzen offenbar damit in Verbindung, dass die späteren Generationen weniger Kirchengebunden sind als die früheren Generationen.

5.4 Zusammenfassung

In vergleichenden Analysen wurde der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteipräferenz stets so aufgefasst, dass Wähler, die unterschiedlichen sozialen Kategorien angehören, Parteien relativ häufiger präferieren, die bestimmten Parteifamilien angehören.

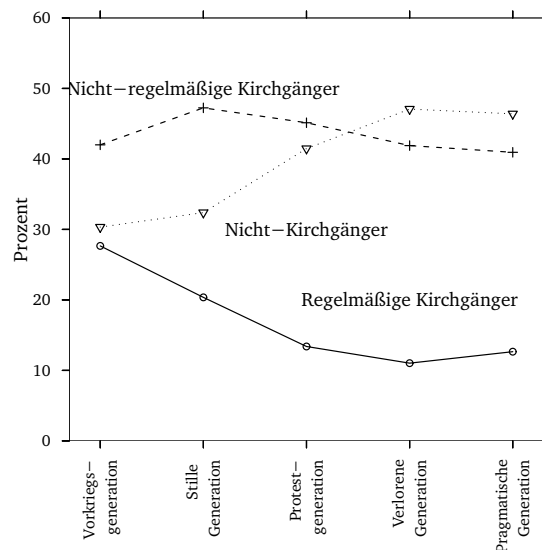


Abbildung 5.4: Kirchgangshäufigkeit nach Generationenzugehörigkeit (Prozent der Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994. Datenquelle: Eurobarometer. Effektive Fallzahl: N=115939)

Diese Parteifamilien sind nach gängiger Auffassung durch gemeinsame Herkunft und Ideologie gekennzeichnet. Auch wenn immer wieder ein Rückgang dieses Zusammenhangs behauptet wird, steht dennoch außer Frage, dass in den meisten europäischen Nationen sich ähnliche Muster des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und der Präferenz für Parteifamilien zeigen, die allenfalls in der Stärke des Zusammenhangs variieren. Die naheliegende Erklärung dafür liegt darin, dass eine Verbindung besteht zwischen der eine Parteifamilie charakterisierenden politischen Ausrichtung und den Bemühungen der Parteien, bestimmte Gruppierungen oder Kategorien von Wählern besonders anzusprechen. Im zweiten und dritten Kapitel ist dafür argumentiert worden, dass diese Verbindung durch die politischen Angebote und Appelle an die Wähler hergestellt wird, die die für die Mitglieder dieser sozialen Gruppierungen typischen Interessen und Wertorientierungen in spezifischer Weise ansprechen. Im Sinne dieser Argumentation untersucht das vorliegende Kapitel, wie die politischen Angebote und Appelle auf die Parteipräferenzen von Wählern aus unterschiedlichen Gruppierungen einwirken.

Dafür wird in diesem Kapitel ein Modell für die Verknüpfung der politischen Angebote und Appelle von Parteien, der Zugehörigkeit der Wähler zu bestimmten sozialen Grup-

pierungen und ihrer Parteipräferenz entwickelt. Einerseits werden die diesem Modell zu Grunde liegenden Annahmen spezifiziert, andererseits seine formal-mathematischen Eigenschaften charakterisiert. In der Beschreibung jener Verknüpfung bewährt sich das Modell. Mit seiner Hilfe ist eine recht knappe und eindeutige Beschreibung der Art und Weise möglich, wie Wähler die verschiedenen sozialen Kategorien zugehören, auf politische Angebote reagieren. Die Klassen unterscheiden sich eindeutig darin, wie sie auf die Positionen der Parteien auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension reagieren, während die Kategorien der Kirchengangshäufigkeit sich eindeutig darin unterscheiden, wie sie auf Positionen von Parteien auf der Traditionalismus-Dimension reagieren.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur ist es aufschlussreich zu untersuchen, ob die Reaktionen der Wähler der unterschiedlichen sozialen Gruppierungen auf die politischen Angebote und Appelle gleichbleiben oder einen Wandel durchlaufen, insbesondere, ob die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen in dieser Hinsicht geringer werden. Wie die Testergebnisse am Ende des letzten Abschnitts dieses Kapitels zeigen, ist dies nicht der Fall. Auch ist kein Rückgang der Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen in der Abfolge der Generationen nachweisbar. Zwar unterscheiden sich die Generationen in ihren Reaktionen auf die politischen Angebote und Appelle der Parteien, aber diese Generationenunterschiede betreffen nicht die Unterschiede zwischen Wählern aus verschiedenen sozialen Gruppierungen *innerhalb* der jeweiligen Generationen. Die für die erwähnte Diskussion relevante Schlussfolgerung aus diesen Ergebnissen ist, dass, wenn sich Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zeigen, diese auf veränderte politische Angebote der Parteien zurückführbar sein müssten. Von Veränderungen im Wahlverhalten auf Veränderungen in den Einstellungen und Interessen der Mitglieder der verschiedenen sozialen Kategorien zu schließen, ist dagegen voreilig.

Kapitel 6

Die Erklärungskraft politischer Angebote und Appelle von Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenz

Im überwiegenden Anteil der international vergleichenden Forschungsliteratur zum Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Wahlverhalten oder Parteipräferenzen wurde der Einfluss der sozialen Merkmale auf die Zustimmung zu Parteien *als Angehörige einer Parteifamilie* analysiert. Meist bildete dabei eine dichotome Klassifikation der Parteien in „linke“ und „rechte“ Parteien (Alford 1962, 1963) oder in Arbeiterparteien und bürgerliche Parteien (Bartolini und Mair 1990) die Grundlage. Erst in letzter Zeit wurde ein detaillierteres Schema von Parteifamilien verwendet (Nieuwbeerta und Manza 2002). Die Zugehörigkeit einer Partei zu einer Parteifamilie hängt wiederum zusammen mit ihrer Herkunft und ihrer ideologischen Ausrichtung. Im dritten Kapitel ist dafür argumentiert worden, dass die von ihren ideologischen Ausrichtungen beeinflussten politischen Angebote und Appelle der Parteien für den unterschiedlichen Erfolg der Parteien in verschiedenen sozialen Gruppierungen verantwortlich sein können.

Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt worden ist, unterschieden sich die Kategorien der sozialen Merkmale Klassenlage und Kirchengangshäufigkeit in systematischer und interpretierbarer Weise darin, wie sie auf die politischen Angebote der Parteien reagieren. Ob und wie sehr ein Wähler eine Partei bevorzugt, die auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension links oder rechts steht, hängt davon ab, welcher Klasse er zugehört. Ob und wie sehr ein Wähler eine Partei bevorzugt, die eher traditionelle oder nicht-traditionelle Positionen vertritt, hängt davon ab, wie sehr er der Kirche verbunden ist. Der unterschiedliche Erfolg, den Parteien verschiedener Parteifamilien in den Klassen oder Kirchengangskategorien haben, kann also tatsächlich darauf zurückzuführen sein, dass sie sich in den politischen Angeboten und Appellen, die sie an die Wähler richten, voneinander unterscheiden. Eben dies zu untersuchen, ist die Aufgabe dieses Kapitels. Sie läuft darauf hinaus, zu überprüfen,

ob Unterschiede zwischen den Klassen und zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Unterstützung für die verschiedenen Parteifamilien von den Positionspräferenzen dieser sozialen Gruppierungen richtig vorhergesagt wird.

Vor dem Hintergrund der Kontroverse um den Rückgang des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten ist dabei auch von Interesse, ob *Veränderungen* in der Zustimmung zu den Parteifamilien richtig vorhergesagt werden. Im vorangegangenen Kapitel hatte sich ergeben, dass die Auffassung keine Unterstützung durch die Daten erhalten hat, nach der jene Veränderungen von einem genuinen Wandel der Einstellungen und Interessen von Klassen und Kirchengangskategorien verursacht werden. Die These, dass jene Veränderungen nicht auf einen universellen Prozess hindeuten, sondern trendlose Fluktuationen darstellen, die von veränderlichen politischen Angeboten der Parteien ausgelöst oder zumindest veranlasst werden, würde deutliche Unterstützung erhalten, wenn die politischen Angebote und Appelle und Positionspräferenzen jene Veränderungen richtig vorhersagen können.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wird zunächst erläutert, was unter dem Einfluss der Sozialstruktur in der bislang in der Literatur vorherrschenden Perspektive zu verstehen ist und wie er dabei gewöhnlich gemessen wird. Das gewöhnliche Messverfahren behandelt die Parteipräferenz allerdings als ein Merkmal der Individuen, dass von ihren sozialen Merkmalen beeinflusst wird. Es berücksichtigt nicht, dass, wie schon mehrfach dargelegt, die Parteipräferenz eine Entscheidung zwischen Alternativen ist. Die Zugehörigkeit der Parteien zu Parteifamilien ist ein Attribut der zur Auswahl stehenden Alternativen. Im gewöhnlichen Messverfahren zur Untersuchung der Zustimmung zu den verschiedenen Parteifamilien wird die Zugehörigkeit der von den Individuen präferierten Partei zu einer Parteifamilie aber wie ein Merkmal der Individuen selbst analysiert, was dem Wahlakt bzw. den Eigenheiten von Parteipräferenzen nicht angemessen ist. Daher wird in diesem Abschnitt ein Verfahren vorgeschlagen, dass von diesem Problem nicht betroffen ist.

Der zweite Abschnitt befasst sich mit der Erklärungskraft der politischen Positionen der Parteien für den unterschiedlichen Erfolg von Parteifamilien in den verschiedenen sozialen Gruppierungen. Zunächst wird dabei gezeigt, dass das zu untersuchende Phänomen überhaupt (noch) existiert. Anschließend wird deutlich gemacht, dass es durch die politischen Angebote und Appelle der Parteien und die Positionspräferenzen der sozialen Gruppierungen tatsächlich bis auf zufällige Abweichungen richtig vorhergesagt wird.

Des Weiteren werden die Veränderungen im Einfluss der sozialen Merkmale während des Analysezeitraums dieser Arbeit betrachtet. Es wird dabei deutlich gemacht, dass die Unterschiede des Erfolges der Parteifamilien innerhalb der verschiedenen sozialen Gruppierungen

ziemlich stabil sind. Die Veränderungen, die tatsächlich stattfinden, sind, abgesehen von zufälligen Abweichungen, durch die Veränderungen in den politischen Positionen der Parteien oder durch die Transformation der Parteiensysteme selbst zu erklären.

Schließlich wird auf die Konsequenzen des intergenerationellen Wandels eingegangen. Es wird gezeigt, dass die Parteifamilien in den verschiedenen Generationen unterschiedlich erfolgreich sind, dass aber die Bedeutung der sozialen Unterschiede für die Zustimmung zu den Parteifamilien in der Generationenfolge nicht abnimmt. Das Ausscheiden früherer Generationen aus dem Elektorat und dem Nachwachsen neuer Generationen hat Konsequenzen für den mittleren Erfolg von Parteien unterschiedlicher Parteifamilien, aber nicht für den Einfluss der sozialen Merkmale auf die Parteipräferenz. Diese Veränderungen werden durch die politischen Angebote und Appelle der Parteien und die Positionspräferenzen der sozialen Gruppierungen und Generationen richtig vorhergesagt. In den nachwachsenden Generationen ist die Bedeutung der politischen Angebote und Appelle der Parteien relativ zu vorgeprägten Parteibindungen offenbar sogar größer als in den früheren Generationen.

6.1 Grundlagen

Bevor die Frage nach der Erklärungskraft politischer Angebote für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenz in konventioneller Perspektive angegangen wird, muss natürlich zunächst geklärt werden, was unter diesem Zusammenhang zu verstehen ist und wie dieser statistisch zu analysieren ist. Die notwendige Begriffsklärung wird in dem ersten Unterabschnitt vorgenommen. Der zweite Unterabschnitt beschreibt dann die sich daraus ergebende Vorgehensweise der Analysen dieses Kapitels

6.1.1 Der Einfluss der Sozialstruktur auf die Parteipräferenz in „konventioneller“ Perspektive

Die Unterstützung die eine Partei oder eine Parteifamilie in der Wählerschaft im Sinne von Parteipräferenzen (Wahlabsichten oder Wahlentscheidungen) zugunsten der Partei bzw. der Parteien, die der Parteifamilie zugehörig sind, lässt sich in zwei Komponenten zerlegen. Die erste Komponente ist das Ausmaß an Unterstützung, das die Partei in allen sozialen Kategorien gleichermaßen erhält. In dieser allgemeinen Unterstützung reflektiert sich das Ausmaß an Zustimmung zu der jeweiligen Partei, das unabhängig davon ist, in welchem Maße sie einzelne soziale Gruppierungen für sich mobilisieren kann. Sie kann beeinflusst sein durch die Attraktivität von Spitzenkandidaten, durch den Regierungserfolg oder -misserfolg bei

der Bewältigung wirtschaftlicher oder anderer Krisen, durch mehr oder weniger erfolgreiche Selbstdarstellung in den Medien, oder auch durch strategische Überlegungen der Wähler angesichts der Wirkungsweise des Wahlsystems. Die zweite Komponente ist das Ausmaß, in dem die Unterstützung einer Partei oder Parteifamilie innerhalb der verschiedenen sozialen Kategorien von dieser generellen Unterstützung abweicht. Man kann das Ausmaß dieser Abweichung als die *relative Unterstützung* der Partei bzw. der Parteifamilie innerhalb der jeweiligen sozialen Kategorie bezeichnen. In der relativen Unterstützung spiegelt sich wider, in welchem Maße eine Partei bzw. Parteifamilie bestimmte soziale Kategorien stärker für sich mobilisieren kann als andere soziale Kategorien.

In der vergleichenden Erforschung des Wählerverhaltens wird meist nicht die Präferenz der Wähler zugunsten der einzelnen Parteien analysiert. Die Parteien werden stattdessen als Repräsentanten von Parteifamilien angesehen und es wird das Ausmaß der Zustimmung untersucht, das die Parteifamilien in den einzelnen sozialen Kategorien insgesamt erhalten. Häufig wird dabei nur ein dichotomes Schema von Parteifamilien verwendet: Linke Parteien vs. Parteien der Mitte und Rechten oder Arbeiterparteien vs. bürgerliche Parteien (z. B. Alford 1963, Lipset 1981, Franklin *et al.* 1992, Bartolini und Mair 1990). Die Zustimmung zu den Parteifamilien wird dann durch die Summe der Prozentwerte der Zustimmung der einzelnen Parteien berechnet, die der jeweiligen Parteifamilie angehören.

Wähler entscheiden aber nicht zwischen Parteifamilien, sondern zwischen Parteien. Es mag für die Wähler von Bedeutung sein, welchen Parteifamilien die zur Auswahl stehenden Parteien angehören.¹ Dies ist aber nur ein Attribut der zur Auswahl stehenden Parteien, zu dem noch andere, eher parteispezifische Attribute hinzu treten, wie etwa die Attraktivität der Kandidaten oder der Erfolg vergangener Regierungstätigkeit.

Hinter der Praxis, die Wahlabsichten zugunsten der einzelnen Parteien in eine Wahlabsicht zugunsten einer Parteifamilie aufzusummieren und diese aufsummierten Wahlabsichten dann als von den sozialen Merkmalen abhängige Variable zu analysieren, steht die Auffassung, dass die politischen Positionen der Parteien, die sie für die verschiedenen sozialen Kategorien unterschiedlich attraktiv machen, mit ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Parteifamilien zusammenhängen (Lipset 1981). Im vierten Kapitel war zu sehen, dass tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft einer Partei in einer der Parteifamilien und den in ihren Wahlprogrammen vertretenen politischen Positionen besteht.

¹Wenn die Argumentation der vorangegangenen Kapitel zutrifft, spielt die Zugehörigkeit der Parteien zu Parteifamilien nicht unmittelbar eine Rolle für die Wähler, sondern ihre politische Positionen. Allerdings besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen den politischen Positionen der Parteien und ihrer Einordnung in eine der Parteifamilien.

Allerdings vermischt die Praxis des Aufsummierens von Wahlabsichten Eigenschaften, die mit der Mitgliedschaft der Parteien in Parteifamilien zusammenhängen, mit den Eigenschaften, die für den davon unabhängigen Erfolg der Parteien wirksam sind. Für die Analyse der Zustimmung der verschiedenen sozialen Gruppierungen zu den Parteifamilien ist es daher besser, nicht die aufsummierte Zustimmung zu den Parteifamilien zu betrachten, sondern die durchschnittliche Zustimmung zu den Parteien, die einer Parteifamilie angehören. Diese durchschnittliche Zustimmung zu den Parteien, die einer Parteifamilie angehören, wird im folgenden in Abgrenzung von der Parteipräferenz als *Parteifamilienpräferenz* bezeichnet.

6.1.2 Methodische Grundlagen der Analysen

Für die Analyse von Parteifamilienpräferenzen ist wieder das *conditional logit*-Modell das geeignete Modell. Im Unterschied zu den Analysen des vorangegangenen Kapitels sind hier die berücksichtigten Attribute der Alternativen aber nicht die politischen Positionen der Parteien, sondern ihre Zugehörigkeit zu einer der Parteifamilien. Die Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien ist aber ein Merkmal mit nominalen Skalenniveau. Es hat zehn verschiedene Ausprägungen, die auch keine intrinsische Ordnung aufweisen. Die geeignete Berücksichtigung dieses Merkmals in einem statistischen Modell ist die Verwendung von Indikatorvariablen. Auch in diesem Kapitel werden hierfür effektcodierte Indikatorvariablen verwendet. Dazu muss wieder eine Referenzkategorie festgelegt werden. Um länderübergreifende Analysen zu ermöglichen, sollte eine Parteifamilie als Referenzkategorie verwendet werden, die in allen untersuchten Ländern durch Parteien vertreten ist. Die in den Analysen dieses Kapitels verwendete Referenzkategorie der Indikatorvariablen für die Zugehörigkeit zu Parteifamilien ist die Familie der liberalen Parteien. Die Codierung der Zugehörigkeit der Parteien zu Parteifamilien in Indikatorvariablen ist in Tabelle 6.1 dargestellt.

Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen in der Zustimmung zu den Parteifamilien werden in den *conditional logit*-Modellen dieses Kapitels von den Interaktionseffekten der Zugehörigkeit der zur Auswahl stehenden Parteien zu Parteifamilien mit der Zugehörigkeit der Wähler zu den sozialen Gruppierungen repräsentiert. Diese Interaktionseffekte werden also durch die Koeffizienten von Variablen beschrieben, die durch Multiplikation der Indikatorvariablen für die Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien mit Indikatorvariablen für die Zugehörigkeit zu den sozialen Gruppierungen gebildet werden. Neben diesen Interaktionseffekten sind in den Modellen stets auch die Haupteffekte der Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien enthalten.

Diese Koeffizienten haben die folgende Interpretation. Sei zum Beispiel β_f der Koeffizient

Tabelle 6.1: Schema der Codierung der Zugehörigkeit von Parteien zu Parteifamilien in Indikatorvariablen: Die Zeilen entsprechen den Parteifamilien, die Spalten entsprechen den Indikatorvariablen, die die Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien repräsentieren sollen. Jede Zelle in der Tabelle enthält den Wert, den die jeweilige Indikatorvariable annimmt, wenn eine Partei, die ein Individuum zur Auswahl hat, zur jeweiligen Parteifamilie gehört.

Parteifamilie	z_{ij1}	z_{ij2}	z_{ij3}	z_{ij4}	z_{ij5}	z_{ij6}	z_{ij7}	z_{ij8}	z_{ij9}
Kommunisten	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Linksozialisten	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Sozialdemokraten	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Christliche	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Liberales	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1
Konservative	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Rechtspopulisten	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Agrarparteien	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Ethnisch/Regionale	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Grüne	0	0	0	0	0	0	0	0	1

der Dummy-Variable für die Zugehörigkeit der Parteien zur Parteifamilie f . Sei weiterhin β_{fi} der Koeffizient des Produktes der Dummy-Variable für die Zugehörigkeit der Partei zur Parteifamilie f und der Dummy-Variable für die Zugehörigkeit der Befragten zur sozialen Kategorie i . Der vom Modell vorhergesagte *odds* für zwei Parteien j und j' , die den Parteifamilien f und f' zugehören, von Angehörigen der sozialen Kategorie i gewählt zu werden ist dann

$$\frac{\pi_{fij}}{\pi_{f'ij'}} = \frac{\exp(\beta_f + \beta_{fi})}{\exp(\beta_{f'} + \beta_{f'i})} = \exp((\beta_f + \beta_{fi}) - (\beta_{f'} + \beta_{f'i})) \quad (6.1)$$

Der zugehörige *log odds-ratio* für die Chancen der beiden Parteien in den sozialen Kategorien i und i' ist dann

$$\frac{\pi_{fij}/\pi_{f'ij'}}{\pi_{f'i'j}/\pi_{f'i'j'}} = \frac{\exp(\beta_{fi} - \beta_{f'i})}{\exp(\beta_{f'i'} - \beta_{f'i'})} = \exp((\beta_{fi} - \beta_{f'i}) - (\beta_{f'i'} - \beta_{f'i'})) \quad (6.2)$$

Eine Eigenschaft dieses Modells ist es, dass der *odds* für zwei Parteien, die sich im gleichen *choice set* befinden und derselben Parteifamilie zugehören, gleich Eins ist. Das heißt, zwei Parteien, die zur gleichen Zeit im einem Land zur Wahl stehen und zur gleichen Parteifamilie gehören, erhalten in allen sozialen Kategorien die gleiche Zustimmung. Dies ist

sicherlich eine problematische Beschränkung dieses Modells, da es durchaus möglich ist, dass in einem Land zwei oder mehr Parteien zur Wahl stehen können, die der gleichen Parteifamilie angehören, aber sehr unterschiedlichen Erfolg bei den Wählern haben. Aber dieser unterschiedliche Erfolg ist es gerade, der auf die Zugehörigkeit der Wähler zu den sozialen Gruppierungen *nicht* zurückgeführt werden kann.

Für den Zweck der Untersuchungen ist dies aber kein Mangel. Was hier interessiert, ist es der *Unterschied zwischen den verschiedenen sozialen Kategorien* hinsichtlich der Unterstützung für die Parteien und nicht die Unterstützung für die Parteien insgesamt. Und genau dies wird durch die Modelle gemäß Gleichung 6.2 ausgedrückt. Eine Berücksichtigung der Heterogenität der Unterstützung der einzelnen Parteien in den Modellen mit Hilfe Dummy-Variablen würde dagegen die Anzahl der im Modell zu schätzenden Parameter enorm erhöhen und deren Schätzung nahezu unmöglich machen.

Wenn die nicht modellierte Heterogenität der Parteien mit den Variablen im Modell unkorreliert ist, dann ist die Konsequenz der Heterogenität in erster Linie, dass die nach den Standardverfahren der *maximum-likelihood*-Theorie berechneten Standardfehler und *likelihood ratio*-Tests unkorrekt sind (Huber 1967, White 1982, Kent 1982). Durch die Verwendung von *sandwich*-Schätzungen der Standardfehler (Huber 1967, White 1982) sowie durch robuste Versionen von Tests (Kent 1982), kann dem aber wie schon im vorangegangenen Kapitel Abhilfe geschaffen werden (vgl. dazu Anhang E.1 und E.3). Die Annahme ist durchaus plausibel, dass die Heterogenität mit der Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien unkorreliert ist. Wenn diese Heterogenität mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteifamilie korreliert ist, dann heißt das, dass die (zu weiteren zur Wahl stehenden Parteien anderer Parteifamilien) relative Zustimmung zu den meisten Parteien einer bestimmten Parteifamilie höher ist, als durch den Koeffizienten für diese Parteifamilie im Modell impliziert. Dies ist aber unmöglich, da ja der Koeffizient für diese Parteifamilie die *mittlere* relative Zustimmung zu dieser Parteifamilie ausdrückt. Die einzige mögliche Folge der Heterogenität ist dagegen, dass sich die relative Zustimmung zu den Parteien innerhalb einer Parteifamilie weiter streut als es durch das Modell impliziert ist. Die erwähnten robusten Standardfehler und Tests korrigieren gerade für diese übermäßige Streuung.

Es ist kaum damit zu rechnen, dass diese Vorhersage perfekt ist, da gewissermaßen jedes statistische Modell falsch ist (Lindsey 1996: 8). Überdies wird jede endliche Stichprobe in zufälliger Weise selbst von einem statistischen Modell abweichen, dass den datengenerierenden Prozess vollständig beschreibt. Eine perfekte Übereinstimmung zwischen Daten und Modell wäre umgekehrt Anlass für die Frage, ob sich die für das Modell ermittelten Schätzergebnisse über die untersuchte Stichprobe hinaus verallgemeinern lassen.

Die Frage nach der Erklärungskraft politischer Angebote ist also weniger die Frage, ob die beobachteten Strukturen der Präferenz für Parteien unterschiedlicher Parteifamilien mehr oder weniger perfekt vorhergesagt werden können, sondern die Frage, ob sich systematische, über den Zufall hinausgehende Abweichungen von der Vorhersage der Modelle der politischen Angebote und Appelle zeigen. Es stellt sich also die Frage nach der statistischen Signifikanz gewisser Abweichungen von der Vorhersage. Das geeignete Verfahren zur Beantwortung dieser Frage besteht in der Verwendung von Lagrange-Multiplikatoren-Tests.

Im Falle von *conditional logit*-Modellen der Art, wie sie in dieser Arbeit verwendet werden, überprüfen Lagrange-Multiplikatoren-Tests (im Folgenden kurz als LM-Tests bezeichnet) die statistische Signifikanz von Ausdrücken der Form

$$\mathbf{g} = \sum_{i=1}^N \sum_{j \in \mathcal{S}_i} (y_{ij} - \hat{y}_i) \mathbf{w}_{ij} \quad (6.3)$$

Der LM-Test überprüft also die statistische Signifikanz der gewichteten Summe von Abweichungen zwischen den Vorhersagen \hat{y}_{ij} des Modells und den empirischen Daten y_{ij} (vgl. dazu Anhang E.4).

Der LM-Test ist insbesondere geeignet, um die statistische Signifikanz der Effekte von Variablen zu überprüfen, die nicht in dem betreffenden Modell enthalten sind. Wenn es sich dabei um die linearen Effekte dieser Variablen handelt, dann sind die Gewichte \mathbf{w}_{ij} genau die Werte dieser Variablen. Der LM-Test für den linearen Effekt einer Dummy-Variablen ist dementsprechend der Test der statistischen Signifikanz der Summe der Abweichungen der empirischen Werte der abhängigen Variable von den vorhergesagten Werten. Indem die statistische Signifikanz von Variablen getestet wird, die nicht in einem Modell enthalten sind, wird gleichzeitig die statistische Signifikanz von systematischen Abweichungen der Daten von den Vorhersagen dieses Modells überprüft.

Um die Vorhersagen der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen für die Parteifamilienpräferenzen zu veranschaulichen, werden Durchschnittswerte der vorhergesagten und empirischen relativen Unterstützung der Parteien in den sozialen Gruppierungen für die verschiedenen Parteifamilien berechnet. Wenn π_{ijt} die vorhergesagten relativen Häufigkeiten sind, mit denen eine Partei j in dem durch t gekennzeichneten Zeitpunkt-Länderkontext in den m durch ein soziales Merkmal definierten Kategorien präferiert wird, dann lässt sich die generelle, für das soziale Merkmal kontrollierte vorhergesagte Un-

terstützung für diesen Kontext durch

$$\bar{\pi}_{jt} := \frac{1}{m} \sum_{i=1}^m \pi_{ijt} \quad (6.4)$$

quantifizieren. Die vorhergesagte *relative Unterstützung* der Partei j in den einzelnen sozialen Kategorien i lässt sich dann bestimmen durch:

$$\pi_{ijt}^* := \frac{\pi_{ijt} - \bar{\pi}_{jt}}{\bar{\pi}_{jt}} \quad (6.5)$$

Der Nenner im Ausdruck auf der rechten Seite der Gleichung dient dazu, die relative Zustimmung zu Parteien mit großer oder weniger großer genereller Zustimmung vergleichbar zu machen. Die vorhergesagte durchschnittliche relative Unterstützung für Parteien der Parteifamilie \mathcal{F}_f in der sozialen Kategorie i lässt sich dann durch

$$\bar{\pi}_{fi}^* := \frac{\sum_{j \in \mathcal{F}_f} \sum_{t \in \mathcal{T}_j} \pi_{ijt}^*}{\sum_{j \in \mathcal{F}_f} |\mathcal{T}_j|} \quad (6.6)$$

berechnen, wobei \mathcal{T}_j die Menge der Zeitpunkte, in denen die Partei j den Wähler zur Auswahl stand, und $|\mathcal{T}_j|$ die Anzahl dieser Zeitpunkte bezeichnet. Dieser Wert sagt aus, wie sehr oder wie wenig die Wähler der sozialen Kategorie i Parteien der Parteifamilie \mathcal{F}_f entsprechend den Vorhersagen ihrer Positionspräferenzen und der politischen Angebote und Appelle und der Parteien stärker bevorzugen als der Durchschnitt aller m sozialen Kategorien.

In gleicher Weise lassen sich die entsprechenden empirischen Werte errechnen, wenn für die vorhergesagten relativen Häufigkeiten π_{ij} die empirischen relativen Häufigkeiten

$$p_{ijt} = \frac{y_{ijt}}{\sum_{k \in \mathcal{S}_i} y_{ikt}} \quad (6.7)$$

eingesetzt werden. y_{ijt} bezeichnet hier die Häufigkeit, mit denen sich die Angehörigen der sozialen Kategorie i zu einem gegebenen Zeitpunkt in einem gegebenen Land für die Partei j entscheiden.

6.2 Der Einfluss sozialer Merkmale auf die Parteipräferenz und die Erklärungskraft politischer Angebote

Nachdem die konzeptionellen und technischen Grundlagen gelegt sind, kann nun zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen hinsichtlich ihrer Parteifamilienpräferenzen und der Erklärungskraft der politischen Angebote und Appelle für diese Unterschiede übergegangen werden. Zunächst wird untersucht, ob diese Unterschiede noch existent sind und ob sie von den politischen Angeboten und Appellen der Parteien richtig vorhergesagt werden. In dem darauffolgenden Abschnitt wird untersucht, ob und welche Veränderungen in diesen Unterschieden sich während des Untersuchungszeitraums feststellen lassen und ob auch diese Veränderungen durch die politischen Angebote und Appelle erklären lassen. Es wird dabei auch auf unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern eingegangen. Der dritte Unterschied befasst sich mit Unterschieden zwischen den Generationen. Hier wird überprüft, ob die Unterschiede zwischen den Klassen und zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Folge der Generationen abnehmen und welche Rolle die politischen Angebote und Appelle dafür spielen.

6.2.1 Der Einfluss der Klassenlage und der Kirchengangshäufigkeit auf die Unterstützung von Parteien verschiedener Parteifamilien

Die erste Frage, die in diesem Abschnitt beantwortet werden soll, ist die, ob überhaupt noch ein Zusammenhang besteht zwischen der Zugehörigkeit von Parteien zu einer der Parteifamilien und den Unterschieden zwischen den sozialen Kategorien in der Präferenz für diese Parteien. Wie bereits erwähnt wird diese Frage durch die in Teilen der Literatur (Franklin *et al.* 1992, Lane und Ersson 1997) vertretene These aufgeworfen, dass die „sozialen *cleavages*“ nicht nur an Einfluss auf die Wahlentscheidung verlieren, sondern für sie gänzlich irrelevant geworden sind. Hierzu wurden die Interaktionseffekte der Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien mit der Zugehörigkeit der Wähler zu den Klassen bzw. zu den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf die Parteipräferenz getestet.

Tabelle 6.2 zeigt die Ergebnisse robuster Wald-Tests und für die Klassenunterschiede und die Unterschiede zwischen den Kirchengangskategorien in der durchschnittlichen Zustimmung zu Parteien unterschiedlicher Parteifamilien in westeuropäischen Ländern im Zeitraum von 1975 bis 1998 bzw. 1994. Dabei wurden die Klassenunterschiede einmal einschließlich der Landwirte und einmal ohne die Landwirte getestet. Wie weiter unten ersichtlich wird, unterscheiden sich die Landwirte nämlich deutlich von den übrigen Klassen in der relativen

Tabelle 6.2: Wald-Tests für Parteifamilienpräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

Modell	\mathcal{W}	df	p
Klassenunterschiede mit Landwirten	583,6	36	0,000
Klassenunterschiede ohne Landwirte	362,4	27	0,000
Unterschiede der Kirchengangskategorien	197,5	18	0,000

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Für die Klassenunterschiede wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland, für die Unterschiede der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen und (West-)Deutschland berücksichtigt. Der Untersuchungszeitraum für die Klassenunterschiede reicht von 1975 bis 1998, für die Unterschiede der Kirchengangskategorien reicht er von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl für die Untersuchung der Klassen beträgt $N=189054$, für die Untersuchung der der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit beträgt er $N=117221$.

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald-Statistik; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

Unterstützung verschiedener Parteifamilien. Versteht man Klassenunterschiede in der Parteipräferenz als Ausdruck des Arbeit-Kapital-*cleavage*, dann sollte ein Befund über diesen Einfluss nicht zu sehr von abweichenden Parteipräferenzen der Landwirte beeinflusst sein.

Aus der Tabelle geht hervor, dass die Unterschiede zwischen den Klassen und zwischen den Kirchengangskategorien ein hohes Signifikanzniveau haben, selbst wenn durch die Verwendung robuster Standardfehler die Variation des Einflusses von Partei zu Partei und von Zeitpunkt zu Zeitpunkt berücksichtigt wird. Das Testergebnis zeigt an, dass sich selbst dann Unterschiede zwischen den sozialen Kategorien hinsichtlich der Präferenz von Parteien verschiedener Parteifamilien zeigen, wenn nicht nur die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der befragten Wähler, sondern auch hinsichtlich der berücksichtigten Parteien und Zeitpunkte verändert. Es deutet auf eine weite Verallgemeinerbarkeit des Einflusses der sozialen Merkmale hin.

Wie gut können nun diese Zusammenhänge durch die politischen Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler erklärt werden? Oder besser – wie gut können die Unterschiede

Tabelle 6.3: Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Klassen für die Klassenunterschiede der Parteifamilienpräferenz für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

	Robust			Klassisch		
	\mathcal{L}	df	p	\mathcal{L}	df	p
Kommunisten	0,00	4	0,999	0,10	4	0,999
Linkssozialisten	0,00	4	0,999	0,47	4	0,977
Sozialdemokraten	0,00	4	0,999	0,08	4	0,999
Christliche	0,00	4	0,999	0,13	4	0,998
Liberale	0,00	4	0,999	0,86	4	0,930
Konservative	0,00	4	0,999	0,72	4	0,948
Rechtspopulisten	0,00	4	0,999	0,23	4	0,994
Agrarparteien	0,00	4	0,999	0,02	4	0,999
Ethnisch/regionale	0,00	4	0,999	0,15	4	0,997
Grüne	0,00	4	0,999	0,04	4	0,999
Gesamt	0,24	36	0,999	21,42	36	0,974

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=181054

Abkürzungen: \mathcal{L} : Statistik des Lagrange-Multiplikatoren-Tests; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

zwischen den Klassen und zwischen den Kirchengangskategorien hinsichtlich der relativen Unterstützung der Parteien verschiedener Parteifamilien durch die politischen Angebote und Appelle der Parteien und die Positionspräferenzen der sozialen Gruppierungen richtig vorhergesagt werden?

Tabelle 6.3 zeigt die Ergebnisse der Tests der Nullhypothese, dass es keine Klassenunterschiede in der Zustimmung zu den Parteien unterschiedlicher Parteifamilien gibt, die nicht durch Reaktionen der Wähler der verschiedenen Klassen auf die politischen Angebote zurückgehen. Diese Tests wurden einerseits separat für die Daten jedes einzelnen untersuchten Landes sowie für den gesamten Datensatz durchgeführt. Dabei kamen die Tests jeweils in zwei Varianten zum Einsatz, einerseits in ihrer robusten Form, unter Verwendung von *sandwich*-Schätzungen der Varianz der Abweichungen, andererseits in ihrer klassischen, nicht-robusten Form (zu dieser Unterscheidung vgl. Anhang E.1). Die Ergebnisse der robusten Variante sind insofern weiter verallgemeinerbar als die Ergebnisse der konventionellen Va-

riante, als dass hier die Heterogenität der Parteien und der Zeitpunkte berücksichtigt wird. Die Alternativhypothese in diesen Tests besagt, dass es systematische Abweichungen gegenüber dem getesteten Modell auch dann gibt, wenn andere Parteien und andere Zeitpunkte berücksichtigt würden. Die konventionellen Variante der Tests ist insofern schärfer, als hier dem Test eine geringere Schätzunsicherheit der Abweichungen von dem getesteten Modell zugrunde gelegt wird. Die Alternativhypothese in dieser Variante ist, dass sich systematische Abweichungen zumindest immer dann zeigen, wenn andere Wähler in die Stichprobe gelangen, während die berücksichtigten Parteien und Zeitpunkte gleich bleiben.

Sowohl in der robusten Variante als auch in der klassischen Variante des Tests führt dieser nicht zur Verwerfung der Nullhypothese, weder bezüglich eines der berücksichtigten Länder noch bezüglich des gesamten Datensatzes. Die α -Fehlerwahrscheinlichkeiten sind nicht nur weit entfernt vom konventionellen 5-Prozent-Niveau, sie liegen sogar sehr nahe bei hundert Prozent.

Wie aus Tabelle 6.4 hervorgeht, gilt auch für den Einfluss der Kirchengangshäufigkeit auf die Parteifamilienpräferenz, dass es keine über den Zufall hinausgehende systematische Abweichungen von den Vorhersagen des Modells der politischen Angebote gibt. Sowohl in der robusten als auch in der klassischen Variante des Tests erreicht die Testgröße Werte, die unter der Nullhypothese sogar sehr wahrscheinlich sind.

Nachdem nun gezeigt wurde, dass sich mit Hilfe der politischen Angebote die Unterschiede zwischen den Klassen und den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Unterstützung für die verschiedenen Parteifamilien der Tendenz nach richtig vorhergesagt werden, stellt sich natürlich nun die Frage, wie diese Vorhersagen aussehen. Wie aus Abbildung 6.1 hervorgeht, sagen die politischen Angebote der Parteien vorher, dass die Kommunisten, Linkssozialisten und Sozialdemokraten, aber auch die grünen Parteien, von Arbeitern die relativ größte und von Landwirten die relativ geringste Unterstützung erhalten, und dass es sich bei den christlichen, liberalen und den konservativen Parteien umgekehrt verhält.

Aus der Abbildung gehen aber auch einige Abweichungen der Daten von dieser Vorhersage hervor. Zunächst einmal ist die relative Unterstützung der Sozialdemokraten durch die Angehörigen der Arbeiterklasse in den Daten höher als vorhergesagt, ebenso ist die Unterstützung durch die Landwirte eindeutig niedriger. Des Weiteren sind deutliche Abweichungen von der Vorhersage hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Landwirten und den übrigen Klassen hinsichtlich der Unterstützung der christlichen und die Agrarparteien sichtbar. Schließlich ist die relative Unterstützung der grünen Parteien eindeutig niedriger als von den hier berücksichtigten Aspekten der politischen Angebote und Appelle der Parteien – ihren Positionen auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension – zu erwarten ist.

Tabelle 6.4: Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchgangshäufigkeiten für die Unterschiede der Parteifamilienpräferenz nach Kirchgangshäufigkeit für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

	Robust			Klassisch		
	\mathcal{L}	df	p	\mathcal{L}	df	p
Kommunisten	0,00	2	0,999	0,01	2	0,994
Linksozialisten	0,00	2	0,999	0,02	2	0,989
Sozialdemokraten	0,00	2	0,999	0,00	2	0,998
Christliche	0,00	2	0,999	0,01	2	0,996
Liberale	0,00	2	0,999	0,04	2	0,978
Konservative	0,00	2	0,999	0,12	2	0,942
Rechtspopulisten	0,00	2	0,999	0,00	2	0,999
Agrarparteien	0,00	2	0,999	0,00	2	0,999
Ethnisch/regionale	0,00	2	0,999	0,00	2	0,999
Grüne	0,00	2	0,999	0,01	2	0,996
Gesamt	0,03	18	0,999	12,03	18	0,846

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=117221

Abkürzungen: \mathcal{L} : Statistik des Lagrange-Multiplikatoren-Tests; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

Die Abweichungen fallen geringer aus, wenn man die Landwirte aus der Betrachtung ausschließt, wie aus Abbildung 6.2 hervorgeht. Die Übereinstimmung der Vorhersagen mit den Daten ist nun bezüglich der christlichen und der konservativen Parteien nahezu perfekt. Allerdings treten jetzt die Abweichungen von den Vorhersagen für die Unterstützung der Familien kleinerer Parteien deutlicher zutage. Unter anderem wird deutlich, dass in den Daten die Arbeiter die liberalen Parteien deutlich weniger unterstützen als von ihrer Empfänglichkeit für politische Angebote und Appelle vorhergesagt.

Nachdem nun die Vorhersagen über die Parteifamilienpräferenzen der Angehörigen der unterschiedlichen Klassen mit deren empirischen Parteifamilienpräferenzen verglichen wurden, werden nun in gleicher Weise die Parteifamilienpräferenzen der Angehörigen der verschiedenen Kategorien der Kirchgangshäufigkeit in Betracht gezogen. Abbildung 6.3 stellt die Vorhersagen über die relative Unterstützung der Kirchgangskategorien für die Parteifa-

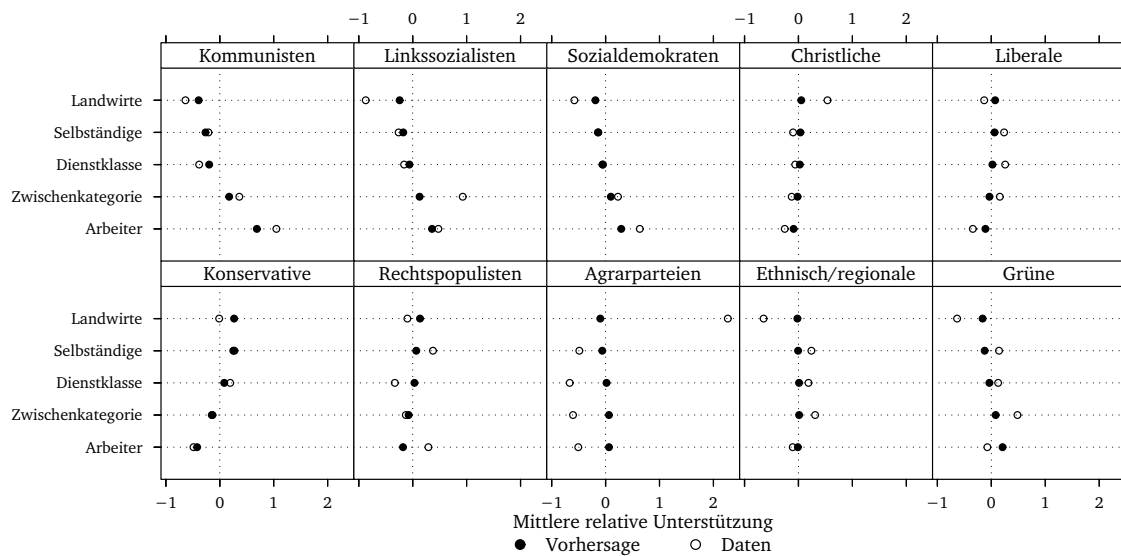


Abbildung 6.1: Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Klassen vorhergesagte und empirische relative Unterstützung der Parteifamilien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1998. Die effektive Fallzahl beträgt $N=189054$.

milien dar und vergleicht sie mit den empirischen Befunden.

Wie die Abbildung zeigt, steigt mit der Kirchengangshäufigkeit sowohl die vorhergesagte als auch die empirische Unterstützung insbesondere der christlichen, aber auch der konservativen Parteien. Die Unterstützung der meisten übrigen Parteifamilien nimmt dagegen mit der Kirchengangshäufigkeit ab. Die Unterstützung der Agrarparteien und der ethnisch/regionalen Parteien wird dagegen offenbar nicht in systematischer Weise von der Kirchengangshäufigkeit beeinflusst. Hinsichtlich des Einflusses der Kirchengangshäufigkeit auf die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien weichen die Vorhersagen und der empirische Befund allerdings deutlich voneinander ab. Von den politischen Angeboten und Appellen her ist zu erwarten, dass die Unterstützung für die Rechtspopulisten mit der Kirchengangshäufigkeit zunimmt. Der empirische Befund führt aber zu einer entgegengesetzten Schlussfolgerung. Darüber hinaus ist erkennbar, dass die Unterschiede zwischen den Kirchengangs-Kategorien hinsichtlich der Unterstützung der Kommunisten, Linkssozialisten, und christlichen Parteien in den Daten größer sind als die von den politischen Angeboten vorhergesagten Unterschiede.

Es ist wohl unvermeidlich, dass die von einem probabilistischen Modell – wie dem *condi-*

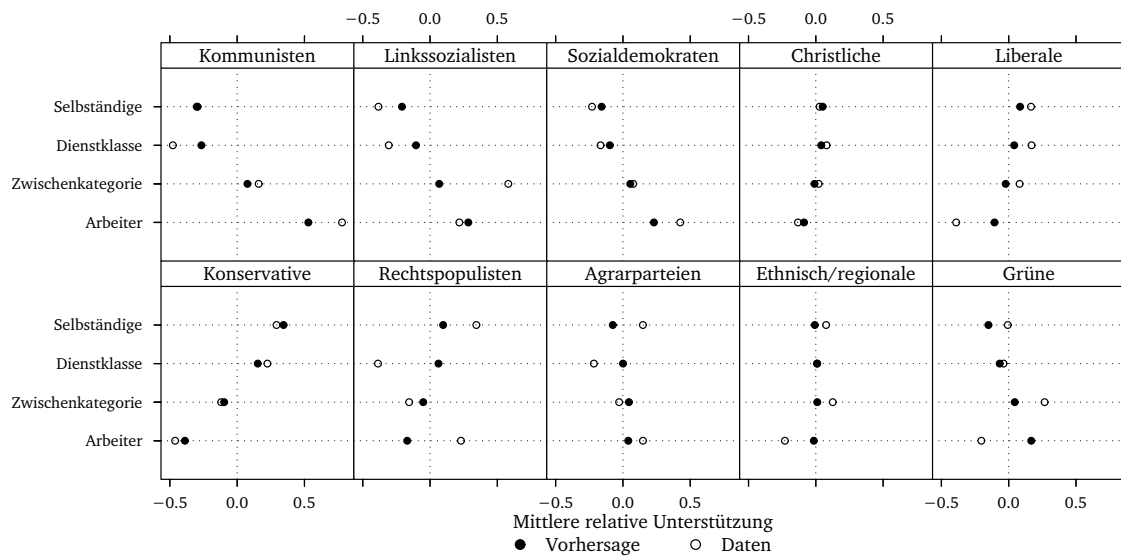


Abbildung 6.2: Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Klassen (ohne Landwirte) vorhergesagte und empirische relative Unterstützung der Parteifamilien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1998. Die effektive Fallzahl beträgt $N=174212$.

tional logit-Modell – der politischen Angebote und Appelle und der Reaktionen der sozialen Gruppierungen auf die Angebote und Appelle vorhergesagten Unterschiede in der Unterstützung für Parteien geringer ausfallen als die empirischen Unterschiede. Es ist aber auch zu bemerken, dass die Abweichungen von den Vorhersagen der politischen Angebote vor allem Familien „kleiner“ Parteien betreffen, also die kommunistischen, linksozialistischen, rechtspopulistischen und grünen Parteien sowie die Agrarparteien. Es ist durchaus denkbar, dass systematische Abweichungen von den Vorhersagen der politischen Angebote mit hohem Signifikanzniveau auftreten, wenn durch ein entsprechendes Erhebungsdesign ausreichend Daten über die Unterstützer dieser Parteien vorliegen. Jedoch wird es dann vielleicht auch möglich sein, die Aspekte der politischen Angebote und Appelle von Parteien besser herauszupräparieren, die für Unterschiede in der Unterstützung dieser kleineren Parteien verantwortlich sind. Angesichts der gegebenen Datenlage ist jedoch festzuhalten, dass von systematischen Abweichungen noch nicht die Rede sein kann, da die bereits präsentierten Tests für systematische Abweichungen kein hochsignifikantes Ergebnis geliefert haben.

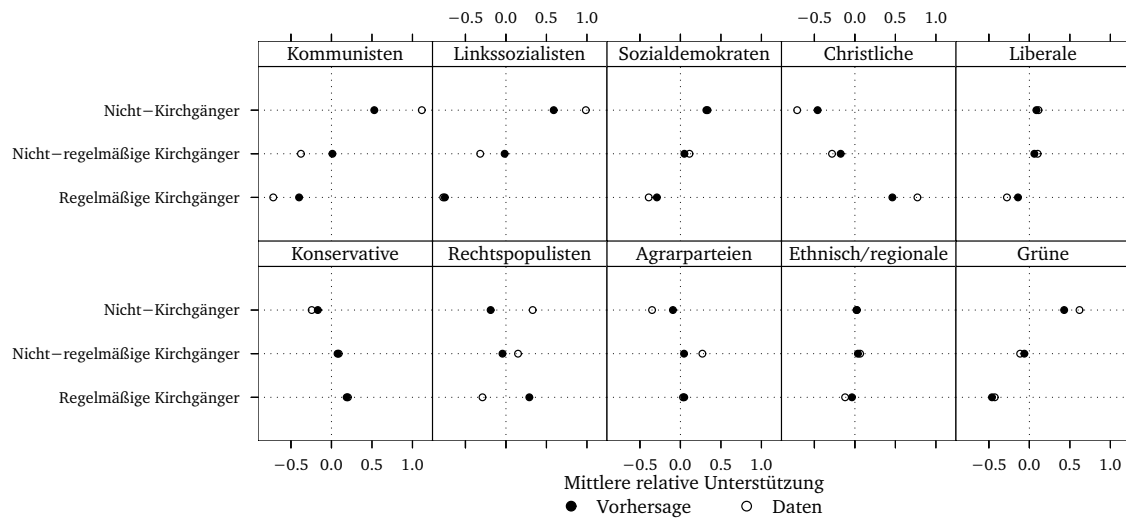


Abbildung 6.3: Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit vorhergesagte und empirische relative Unterstützung der Parteifamilien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlande, Norwegen und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl beträgt $N=117221$.

6.2.2 Veränderungen im Einfluss sozialer Merkmale

Wesentlich heftiger als über die Frage, ob es überhaupt noch einen Einfluss sozialer Merkmale auf die Parteipräferenz gibt, wird darüber diskutiert, ob der Einfluss sozialer Merkmale auf die Parteipräferenz abnimmt. Inwieweit ein solcher Rückgang tatsächlich zu beobachten ist und ob sich ein solcher Rückgang durch die politischen Angebote der Parteien erklären lässt, ist nun Gegenstand der Untersuchung.

Zunächst geht es darum, zu überprüfen, ob sich tatsächlich zeitliche Veränderungen im Einfluss der Klassenlage bzw. der Kirchgangshäufigkeit auf die Parteifamilienpräferenzen feststellbar sind. Wenn der Einfluss sozialer Merkmale auf die Parteifamilienpräferenzen generell zurückgeht, sollten sich deutliche zeitliche Veränderungen im Einfluss der Klassenlage und der Kirchgangshäufigkeit nachweisen lassen.

Zumindest für die Unterschiede zwischen den Klassen lassen sich Veränderungen in der relativen Unterstützung der verschiedenen Parteifamilien nachweisen. Aber auch in Bezug auf die Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchgangshäufigkeit sind Veränderun-

Tabelle 6.5: Wald-Tests für Veränderungen der Parteifamilienpräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht

Modell	\mathcal{W}	df	p
Klassenunterschiede mit Landwirten	56,3	40	0,046
Klassenunterschiede ohne Landwirte	42,4	32	0,104
Unterschiede der Kirchengangskategorien	27,1	24	0,300

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Berücksichtigt wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum für die Klassenunterschiede reicht von 1975 bis 1998, für die Unterschiede der Kirchengangskategorien reicht er von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl für die Untersuchung der Veränderungen der Parteifamilienpräferenzen der Klassen beträgt $N=169304$, für die Untersuchung der Veränderungen der Parteifamilienpräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit beträgt er $N=111636$.

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald-Statistik; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

gen nicht ganz auszuschließen. Tabelle 6.5 berichtet die Ergebnisse der Wald-Tests für die soeben besprochenen Veränderungen im Einfluss der Klassenzugehörigkeit bzw. der Kirchengangshäufigkeit. Wenn die Landwirte mit einbezogen werden, dann sind die Veränderungen im Einfluss der Klassenzugehörigkeit offensichtlich hochsignifikant. Aber auch wenn die Landwirte nicht berücksichtigt werden, dann beträgt die der Testgröße zugeordnete α -Fehlerwahrscheinlichkeit nur etwa zehn Prozent. Es muss daher damit gerechnet werden, dass sich Veränderungen im Einfluss der Klassenlage auf die Präferenz von Parteien unterschiedlicher Parteifamilien vollziehen. Weniger Eindeutig fällt das Testergebnis der Koeffizienten aus, die Veränderungen im Einfluss der Kirchengangshäufigkeit beschreiben. Zwar ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Testgröße durch Zufall einen Betrag wie den in der Tabelle berichteten erreicht, mit weniger als ein Drittel nicht sehr hoch, aber diese Wahrscheinlichkeit verfehlt sehr deutlich das konventionelle Fünf-Prozent-Signifikanzniveau. Veränderungen im Einfluss der Kirchengangshäufigkeit sind daher nicht ganz auszuschließen aber auch nicht gesichert.

Im vorangegangenen Kapitel ließen sich keine Veränderungen in Positionspräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit nachweisen. Dieses Ergebnis spricht gegen die These, dass hinter den Veränderungen im Wählerverhalten ein genuiner Wandel

der sozialen Lage und der Einstellung der Wähler steht. Dieser Befund erhält im Folgenden eine nochmalige Bestätigung, wenn überprüft wird, ob die Vorhersagen des im vorigen Kapitel entwickelten Modells der gleichbleibenden Positionspräferenzen mit den empirischen Wahlabsichten verglichen werden. Wenn es keine systematischen Abweichungen von den Vorhersagen eines Modells gibt, in dem die Positionspräferenzen der Klassen bzw. der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit als konstant angenommen wird, dann kann man davon ausgehen, dass die Veränderungen im Zusammenhang zwischen diesen sozialen Merkmalen der Wähler und ihrer Unterstützung für die verschiedenen Parteifamilien auf die veränderlichen politischen Angeboten und Appellen der Parteien zurückzuführen sind.

Wenn die die Positionspräferenzen der Klassen und Kategorien der Kirchengangshäufigkeit unveränderlich bleiben, aber die politischen Angebote und Appelle der Parteien die Veränderungen in den Präferenzen der Wähler aus diesen sozialen Gruppierungen erklären können sollen, dann setzt das voraus, dass die sich in den Angeboten und Appellen manifestierenden politischen Positionen der Parteien während des Untersuchungszeitraumes verändern. Wie aus Abbildung 6.4 deutlich wird, verändern sich diese Positionen tatsächlich. Die Positionen der Arbeiterparteien, d. h. der Kommunisten, Linkssozialisten und Sozialdemokraten bewegen sich entlang der ökonomischen Links-Rechts-Dimension auf deren „Mitte“ zu. Die übrigen Parteifamilien bewegen sich etwas nach rechts, mit Ausnahme der Konservativen, die ihre Position nach einer vorherigen Rechtsbewegung etwas in mittlere Richtung verlagern. Auch die Positionen auf der Traditionalismus-Dimension zeigen Veränderungen. Linkssozialisten, Sozialdemokraten, christliche Parteien und rechtspopulistische Parteien bewegen sich in eine traditionalistische, die Agrarparteien dagegen in die entgegengesetzte Richtung.

Ob die politischen Angebote und Appelle der Parteien diese Veränderungen ausreichend erklären können, wird wieder mit Hilfe von Lagrange-Multiplikatoren-Tests überprüft. Mit den soeben besprochenen Wald-Tests wurde überprüft, ob sich Veränderungen im Einfluss der Klassenlage oder der Kirchengangshäufigkeit nachweisen lassen. Mit den im Folgenden besprochenen LM-Tests wird dagegen überprüft, ob es systematische Abweichungen von der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle hinsichtlich der Entwicklung des Einflusses der Klassenlage bzw. der Kirchengangshäufigkeit auf Zustimmung zu den Parteien gibt. Wie aus den Tabellen 6.6 und 6.7 hervorgeht, ist dies aber nicht der Fall.

Tabelle 6.6 zeigt die Ergebnisse von LM-Tests, die die Vorhersage der politischen Angebote und Appelle auf systematische Abweichungen in Hinblick auf die Veränderungen der Klassenunterschiede in der Unterstützung für die verschiedenen Parteifamilien untersuchen. Die Nullhypothese dieser Tests ist, dass es keine systematischen Abweichungen gibt. Weder

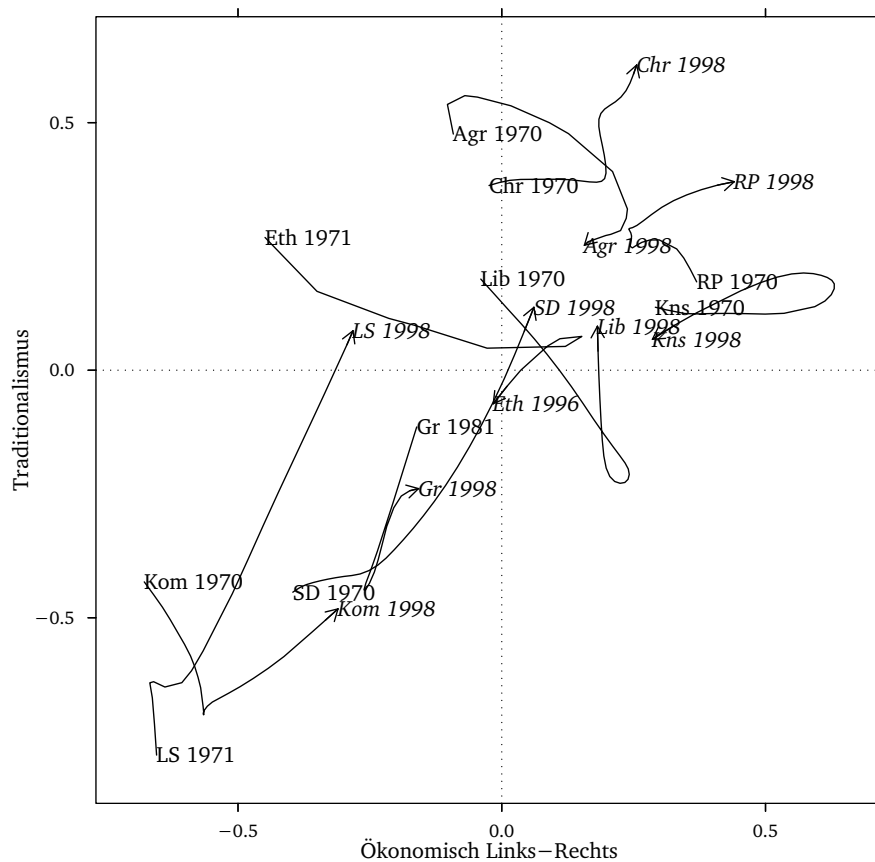


Abbildung 6.4: Veränderungen der mittleren politischen Positionen der Parteifamilien auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension und der Traditionalismus-Dimension im Zeitraum von 1970 bis 1998 (Kom: Kommunisten, LS: Linkssozialisten, SD: Sozialdemokraten, Chr: christliche Parteien, Lib: Liberale, Kns: Konservative, RP: Rechtspopulisten, Eth: ethnisch/regionale Parteien, Agr: Agrarparteien, Gr: Grüne; *Smoothing spline*-Glättungen mit vier Freiheitsgraden. Quelle: *Comparative Manifesto Project*. Daten für Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Effektive Fallzahl: N=603)

in der robusten noch in der klassischen Variante ergeben die Tests Werte für die Testgröße, die für die Widerlegung der Nullhypothese sprechen. Von den Vorhersagen der politischen Angebote und Appelle abweichende Entwicklungen in den Klassenunterschieden der Unterstützung der verschiedenen Parteifamilien gibt es keine über den Zufall hinausgehenden Abweichungen.

Tabelle 6.6: Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Klassen für die Veränderungen der Klassenunterschiede in der Parteifamilienpräferenz für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, und (West-) Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

	Robust			Klassisch		
	\mathcal{L}	df	p	\mathcal{L}	df	p
Kommunisten	0,00	4	0,999	0,11	4	0,999
Linksozialisten	0,00	4	0,999	0,04	4	0,999
Sozialdemokraten	0,00	4	0,999	0,39	4	0,983
Christliche	0,00	4	0,999	0,26	4	0,992
Liberales	0,00	4	0,999	0,77	4	0,942
Konservative	0,00	4	0,999	0,08	4	0,999
Rechtspopulisten	0,00	4	0,999	0,00	4	0,999
Agrarparteien	0,00	4	0,999	0,01	4	0,999
Ethnisch/regionale	0,00	4	0,999	0,06	4	0,999
Grüne	0,00	4	0,999	0,11	4	0,998
Gesamt	0,05	36	0,999	1,02	36	0,999

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=169304

Abkürzungen: \mathcal{L} : Statistik des Lagrange-Multiplikatoren-Tests; df: Freiheitsgrade des Tests; p: α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

Wie aus Tabelle 6.7 hervorgeht, ist auch für die Entwicklung der Unterschiede der Parteifamilienpräferenzen der Kirchgangskategorien keine systematische Abweichung von den Vorhersagen der politischen Angebote und Appelle festzustellen. Wiederum gelangt keiner der berechneten Werte der Testgröße auch nur in die Nähe konventioneller Schwellen der Signifikanz. Die berichteten Testergebnisse besagen, dass, abgesehen von zufälligen Fluktuationen, die politischen Angebote der Parteien die Veränderungen der Parteipräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit richtig vorhersagen, zumindest soweit es die Unterschiede zwischen den Klassen und den Kirchgangskategorien betrifft.

Festhalten lässt sich also, dass es einerseits mehr oder weniger deutliche Veränderungen in den Unterschieden zwischen den Klassen und zwischen den Kategorien der Kirchgangshäufigkeit hinsichtlich ihrer Unterstützung unterschiedlicher Parteifamilien gibt, und dass diese Veränderungen offenbar auf die veränderlichen politischen Angebote und Appelle der

Tabelle 6.7: Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit für die Veränderungen der Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit in der Parteifamilienpräferenz für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

	Robust			Klassisch		
	\mathcal{L}	df	p	\mathcal{L}	df	p
Kommunisten	0,00	2	0,999	0,00	2	0,998
Linksozialisten	0,00	2	0,999	0,02	2	0,989
Sozialdemokraten	0,00	2	0,999	0,01	2	0,996
Christliche	0,00	2	0,999	0,01	2	0,993
Liberale	0,00	2	0,999	0,11	2	0,946
Konservative	0,00	2	0,999	0,04	2	0,978
Rechtspopulisten	0,00	2	0,999	0,01	2	0,993
Agrarparteien	0,00	2	0,999	0,00	2	0,998
Ethnisch/regionale	0,00	2	0,999	0,00	2	0,999
Grüne	0,00	2	0,999	0,01	2	0,997
Gesamt	0,02	18	0,999	2,31	18	0,999

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=111636

Abkürzungen: \mathcal{L} : Statistik des Lagrange-Multiplikatoren-Tests; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

Parteien zurückzuführen sind. Veränderungen von Unterschieden bedeuten allerdings noch keinen Rückgang von Unterschieden. Ob also die Unterschiede zwischen den Klassen und zwischen den Kategorien der Kirchengangshäufigkeit zurückgehen, wird nun folgend erörtert.

Abbildung 6.5 zeigt die von den politischen Angeboten und Appellen vorhergesagten Veränderungstendenzen in den Klassenunterschieden hinsichtlich der Unterstützung der verschiedenen Parteifamilien zusammen mit den empirischen Veränderungstendenzen. Bei diesen Veränderungstendenzen handelt es sich um die durch lineare Regression geglätteten Werte der relativen Unterstützung für die Parteien der verschiedenen Parteifamilien durch die fünf Klassen. Dazu wurden lineare Regressionen der vorhergesagten und der empirischen relativen Unterstützung von Parteien nach der Zeit berechnet, und zwar separat für jede Kombination von Klasse und Parteifamilie. Die Pfeile verbinden die durch die linea-

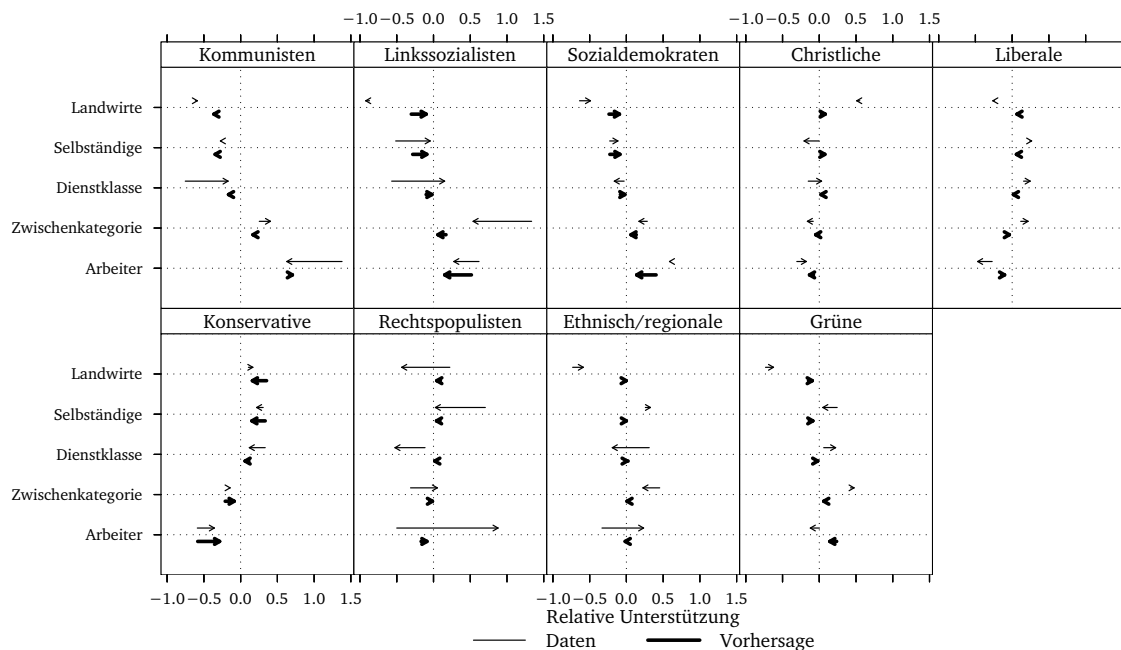


Abbildung 6.5: Von den politischen Angeboten und Appellen der Parteien und Positionspräferenzen der Klassen vorhergesagte und empirische relative Veränderungen der Unterstützung der Parteifamilien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlande und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl beträgt $N=169304$.

ren Regressionen geglätteten Werte für den ersten Zeitpunkt (1975, für die grünen Parteien 1982) der relativen Unterstützung mit dem für den letzten Zeitpunkt (1998).

Wie aus der Abbildung zu entnehmen ist, sind die von den politischen Angeboten und Appellen vorhergesagten Veränderungen nicht gerade sehr ausgeprägt. Dies gilt aber größtenteils auch für die empirischen Veränderungen. Stärkere Veränderungen zeigen die Daten nur für Parteifamilien, deren Parteien typischerweise nicht sehr hohe Stimmenzahlen erreichen. Angesichts der bereits berichteten Testergebnisse ist davon auszugehen, dass es sich dabei größtenteils um die Effekte von Stichprobenfehlern handelt. Diese Veränderungen zeigen überdies auch keine systematische Entwicklung zu einer Verstärkung oder Abschwächung der Klassenunterschiede. Für die Entwicklung der Klassenunterschiede in der Zustimmung zu den sozialdemokratischen und konservativen Parteien sagen die politischen Angebote und Appelle dagegen eine Verringerung voraus. Und diese Voraussage steht offenbar auch

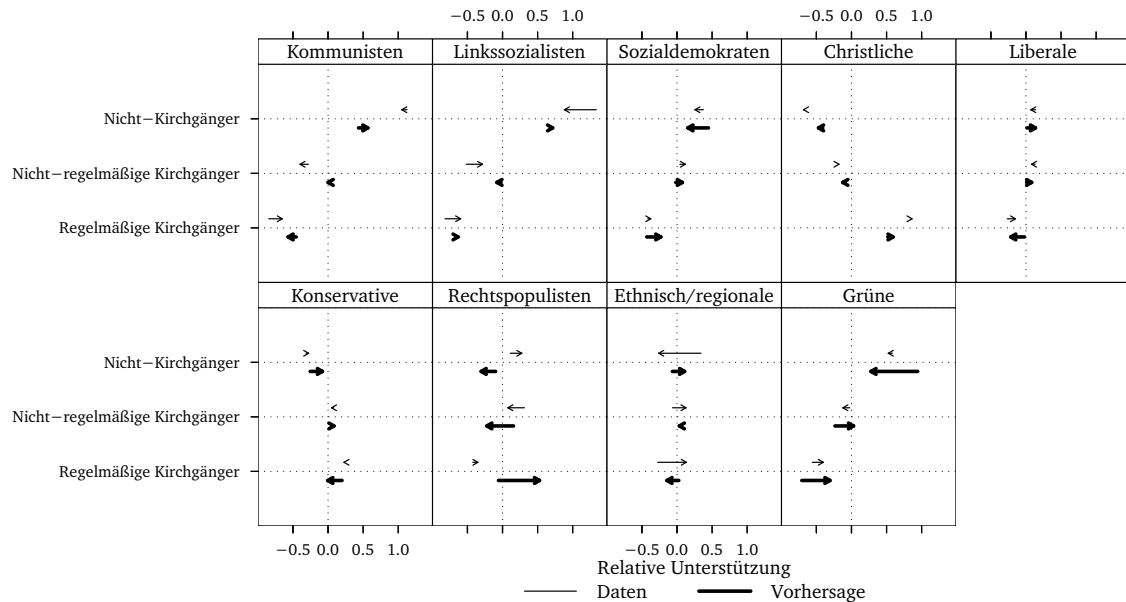


Abbildung 6.6: Von den politischen Angebote und Appelle der Parteien und Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit vorhergesagte und empirische Veränderungen der relativen Unterstützung der Parteifamilien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlande und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl beträgt $N=111636$

im Einklang mit den in den Daten vorfindlichen Veränderungstendenzen.

Veränderungen in den Unterschieden zwischen den Klassen hinsichtlich der relativen Unterstützung der verschiedenen Parteifamilien sind also nicht sehr ausgeprägt, wenn man von Stichprobenfehlern absieht. Es lassen sich leichte Tendenzen der Abschwächung von Klassenunterschieden feststellen, die aber offenbar auf die politischen Angebote und Appelle und die Positionspräferenzen der Klassen zurückgeführt werden können. Ob sich ein ähnlicher Befund auch für die Unterschiede zwischen den Kategorien der Kirchgangshäufigkeit ergibt, wird nun anschließend betrachtet.

Wie im vorangegangenen Abschnitt festgestellt, zeichnet sich die christliche Parteifamilie gegenüber den anderen Parteifamilien dadurch aus, dass die Unterstützung für sie am deutlichsten mit der Kirchgangshäufigkeit steigt. Wie aus der Abbildung 6.6 zu ersehen ist, sind die Unterschiede zwischen den Kirchgangskategorien in der Unterstützung für diese Parteifamilie auch durchaus stabil. Weder sagen die politischen Angebote eine Verringerung die-

ser Unterschiede voraus, noch ist in den Daten selbst eine solche Verringerung festzustellen. Die minimalen Veränderungen der Unterschiede der Kirchengangskategorien, die überhaupt festzustellen sind, weisen sogar in die Richtung einer Vergrößerung der Unterschiede.

Eine Verringerung von Unterschieden zwischen den Kirchengangskategorien wird dagegen hinsichtlich der Unterstützung der Sozialdemokraten, Konservativen und Grünen vorhergesagt. Das Ausmaß der vorhergesagten Veränderungen ist dabei allerdings größer als die aus den Daten selbst zu entnehmenden Veränderungen. Dem Ausmaß nach stärker als die Veränderungen in den Daten sind auch die vorhergesagten Veränderungen in der Zustimmung zu den Rechtspopulisten. Darüber hinaus weicht die Vorhersage von den Daten auch der Richtung nach ab. Bei den Kommunisten, Linkssozialisten und ethnisch/regionalen Parteien sind dagegen die aus den Daten zu entnehmenden Veränderungen der Unterschiede zwischen den Kirchengangskategorien größer als die vorhergesagten Veränderungen. Bei den Kommunisten und Linkssozialisten läuft dies aber darauf hinaus, dass sich vorhergesagte und in den Daten vorfindliche Unterschiede zwischen den Kirchengangskategorien einander annähern.

Insgesamt kann aber festgestellt werden, dass weder vorhergesagte noch empirische Veränderungen im Einfluss der sozialen Merkmale auf dessen dramatischen Rückgang hindeuten. Sowohl der Einfluss der Klassenlage auf die Präferenz sozialdemokratischer Parteien als auch der Einfluss der Kirchengangshäufigkeit auf die Präferenz christlicher Parteien erweist sich als relativ stabil. Zwar lässt sich ein leichter Rückgang der Klassenunterschiede feststellen, dieser wird aber von den politischen Angeboten auch so vorhergesagt. In den Daten zeigen sich stärkere Veränderungen im Einfluss der sozialen Merkmale vor allem in Hinblick auf die Familien eher kleiner Parteien, der Familien der Kommunisten, Linkssozialisten, Rechtspopulisten, der ethnisch/regionalen und grünen Parteien. Eben weil die Stimmenanteile dieser Parteien in den Stichproben eher gering sind, ist es möglich, dass die in den Daten vorfindlichen Veränderungen vor allem auf Stichprobenfehler zurückgehen. Auf jeden Fall erreichen die hier beobachteten Abweichungen von der Vorhersage keine statistische Signifikanz.²

6.2.3 Intergenerationelle Unterschiede im Einfluss sozialer Merkmale

Im vorigen Abschnitt wurden Veränderungen des Einflusses sozialer Merkmale auf Parteipräferenzen im Zeitverlauf betrachtet. Im Widerspruch zu einigen gängigen Thesen hat sich

²Auch Untersuchungen von Veränderungen innerhalb der einzelnen Länder liefern kein anderes Ergebnis. Sie sind hier deshalb nicht dargestellt, können aber vom Autor dieser Arbeit angefordert werden.

dabei herausgestellt, dass dieser Einfluss recht stabil ist. Darüber hinaus lassen sich kaum systematische Abweichungen von den Veränderungen feststellen, die von den politischen Angeboten und Appellen der Parteien und den Positionspräferenzen der Wähler vorhergesagt werden.

Möglicherweise ist aber der Wandel der Parteipräferenzen viel längerfristiger Natur, als dass er in der kurzen Zeitspanne des Untersuchungszeitraumes nachweisbar ist. Einige Theorien langfristigen politischen Wandels (Inglehart 1977: z. B.) postulieren, dass sich Veränderungen in den politischen Einstellungen in der Abfolge der Generationen vollziehen. Langfristig ändert sich das Verhalten von Wählerschaften in westlichen Demokratien, weil frühere Generationen wegsterben, während neue Generationen nachwachsen, die sich in mehr oder weniger deutlicher Weise von den Vorgängergenerationen unterscheiden.

Einen positiven Anhaltspunkt für diese Vermutung hat sich am Ende des letzten Kapitels ergeben. Sowohl, wenn die Klassenlage, als auch, wenn die Kirchengangshäufigkeit der Wähler berücksichtigt wird, zeigen sich Unterschiede zwischen den Positionspräferenzen der Generationen, die vor allem politische Positionen entlang der Traditionalismus-Dimension betreffen. Aus diesem Grunde ist es zu erwarten, dass sich auch Unterschiede zwischen den Generationen hinsichtlich ihrer Parteifamilienpräferenzen zeigen. Und wie aus der Tabelle 6.8 hervorgeht, ist dies tatsächlich der Fall.

Tabelle 6.8 zeigt die Wald-Tests für verschiedene Effekte in zwei *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht. Das erste Modell beschreibt den Einfluss von Generationenzugehörigkeit und von Klassenlage auf die Parteifamilienpräferenz. Das zweite Modell beschreibt den Einfluss von Generationenzugehörigkeit und Kirchengangshäufigkeit auf die Parteifamilienpräferenz. Für jedes dieser beiden Modelle werden drei Wald-Tests durchgeführt. Zuerst wird der Interaktionseffekt der Zugehörigkeit der Parteien zu den Parteifamilien mit der Zugehörigkeit der Wähler zu den Generationen, d. h. der Einfluss der Generationenzugehörigkeit auf die Parteifamilienpräferenz, getestet. Anschließend wird der Interaktionseffekt der Parteifamilienzugehörigkeit der Parteien mit der Zugehörigkeit zu den Kategorien des jeweiligen sozialen Merkmals (Klassenlage bzw. Kirchengangshäufigkeit), d. h. der Einfluss dieses sozialen Merkmals auf die Parteifamilienpräferenz, getestet. Der dritte Test überprüft die jeweiligen Interaktionseffekte dritter Ordnung zwischen der Parteifamilienzugehörigkeit, der Generationszugehörigkeit und dem betreffenden sozialen Merkmal, d. h. die Existenz von Unterschieden zwischen den Generationen hinsichtlich des Einflusses des sozialen Merkmals auf die Parteifamilienpräferenz.

Die Ergebnisse der Wald-Tests des Haupteffektes der Generationszugehörigkeit zeigen, dass sehr wohl mit Unterschieden zwischen den Generationen in der Parteifamilienpräfe-

Tabelle 6.8: Wald-Tests für Generationenunterschiede der Parteifamilienpräferenzen der Klassen und der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit auf der Basis von *conditional logit*-Modellen der Wahlabsicht für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

Interaktionseffekte der Parteifamilien	Klassenlage			Kirchgang		
	\mathcal{W}	df	p	\mathcal{W}	df	p
mit Generationen	335,56	36	0,000	199,96	36	0,000
mit sozialem Merkmal	532,63	36	0,000	185,06	18	0,000
Interaktionseffekt zweiter Ordnung	17,13	125	1,000	22,78	72	1,000

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Für die Klassenunterschiede wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland, für die Unterschiede der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit wurden Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Norwegen und (West-)Deutschland berücksichtigt. Der Untersuchungszeitraum für die Klassenunterschiede reicht von 1975 bis 1998, für die Unterschiede der Kirchgangskategorien reicht er von 1975 bis 1994. Die effektive Fallzahl für die Untersuchung der Klassen beträgt $N=168858$, für die Untersuchung der der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit beträgt er $N=115939$.

Abkürzungen: \mathcal{W} : Wald-Statistik; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

renz gerechnet werden muss, dass aber die Generationenzugehörigkeit weder den Einfluss der Klassenlage noch der Kirchgangshäufigkeit auf die Parteifamilienpräferenz „wegerklärt“. Die Zugehörigkeit der Wähler zu verschiedenen Generationen hat aber offensichtlich keine Wirkung darauf, wie stark die sozialen Merkmale auf die Parteifamilien-Präferenz Einfluss nehmen. Die Interaktionseffekte zweiter Ordnung sind weit entfernt davon, ein annehmbares Signifikanzniveau zu erreichen. Die α -Irrtumswahrscheinlichkeit liegt hier bei fast einhundert Prozent. Es ist also nicht mit einer infolge des Generationenwechsels langfristigen Abschwächung des Einflusses der sozialen Merkmale zu rechnen. Gleichwohl ist damit zu rechnen, dass sich in Folge der Ersetzung älterer durch nachwachsende Generationen der Erfolg der Parteifamilien in der Wählerschaft verändert.

Die Frage, die sich nun stellt, ist, ob die intergenerationellen Unterschiede in der Parteifamilienpräferenz durch die generationsspezifischen Positionspräferenzen erklärt werden können. Dies wird durch LM-Tests der am Ende des letzten Kapitels entwickelten Modelle der gruppierungs- und generationsspezifischen Positionspräferenzen überprüft. Getestet wird dabei statistische Signifikanz der Interaktionseffekte der Parteifamilienzugehörigkeit mit der Generationenzugehörigkeit, wenn man sie den Modellen der politischen Angebo-

Tabelle 6.9: Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Klassen und Generationen für intergenerationelle Veränderungen der Klassenunterschiede in der Parteifamilienpräferenz für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1998

	Robust			Klassisch		
	\mathcal{L}	df	p	\mathcal{L}	df	p
Vorkriegsgeneration	0,01	9	0,999	22,24	9	0,008
Stille Generation	0,00	9	0,999	14,37	9	0,110
Protestgeneration	0,00	9	0,999	3,69	9	0,931
Verlorene Generation	0,00	9	0,999	3,43	9	0,945
Pragmatische Generation	0,00	9	0,999	2,80	9	0,972
Gesamt	0,93	36	0,999	77,17	36	0,000

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=168858

Abkürzungen: \mathcal{L} : Statistik des Lagrange-Multiplikatoren-Tests; df: Freiheitsgrade des Tests; p : α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

te und Appelle und Positionspräferenzen hinzufügt. Wie die Tabellen 6.9 und 6.10 zeigen, hängt die Antwort auf die Frage davon ab, ob die Klassenlage oder die Kirchengangshäufigkeit kontrolliert wird und ob die robuste oder die konventionelle Variante des LM-Tests zu Grunde gelegt wird.

Wenn man von der robusten Variante der LM-Tests ausgeht, kommt man zur Schlussfolgerung, dass keine einzelne Generation von der Vorhersage mit hoher statistischer Signifikanz abweicht. Die berechneten Testgrößen sind im sehr niedrig und weit entfernt von hohen Signifikanzniveaus. Wird dagegen die klassische Variante der LM-Tests betrachtet, dann zeigen sich bei den für die Klassenlage kontrollierten Unterschieden zwischen den Generationen hochsignifikante Abweichungen von der Vorhersage der politischen Angebote (letzte Zeile von Tabelle 6.9). Diese scheinen sich allerdings auf die Vorkriegs- und die Stille Generation zu beschränken. Nur für diese beiden Generationen ergeben sich Werte für die Testgröße, denen eine α -Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als neunzig Prozent entspricht. Der Wert der Testgröße für die Stille Generation ist nahe der statistischen Signifikanz, der Wert für die Vorkriegsgeneration ist mit einer α -Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent statistisch hoch signifikant.

Tabelle 6.10: Lagrange-Multiplikatoren-Tests für systematische Abweichungen der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit und Generationen für intergenerationelle Veränderungen der Unterschiede zwischen der Parteifamilienpräferenz der Kategorien der Kirchengangshäufigkeit für Wähler aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen und (West-)Deutschland und den Zeitraum von 1975 bis 1994

	Robust			Klassisch		
	\mathcal{L}	df	p	\mathcal{L}	df	p
Vorkriegsgeneration	0,00	9	0,999	2,59	9	0,978
Stille Generation	0,00	9	0,999	2,87	9	0,969
Protestgeneration	0,00	9	0,999	0,89	9	0,999
Verlorene Generation	0,00	9	0,999	1,28	9	0,998
Pragmatische Generation	0,00	9	0,999	1,44	9	0,998
Gesamt	0,13	36	0,999	2,98	36	0,999

Datenquelle: Eurobarometer und *Comparative Manifestos Project*. Effektive Fallzahl: N=115939

Abkürzungen: \mathcal{L} : Statistik des Lagrange-Multiplikatoren-Tests; df: Freiheitsgrade des Tests; p: α -Fehlerwahrscheinlichkeit („Signifikanzniveau“)

Wie lässt sich dieses eher zweideutige Ergebnis interpretieren? Dass sich nur dann statistisch hochsignifikante Abweichungen ergeben, wenn nicht die robuste Variante des LM-Tests verwendet wird, bedeutet, dass sich die Abweichungen offenbar auf einige wenige Parteien konzentrieren. Die robuste Variante des LM-Tests berücksichtigt hier ja die Zufallsfluktuationen, die darauf zurückzuführen sind, dass die in den Daten vorfindlichen Parteien gewissermaßen eine Zufallsstichprobe aus dem Universum möglicher Parteien darstellen. Testergebnisse, die nur dann hochsignifikant sind, wenn dies nicht berücksichtigt wird, lassen sich daher nicht auf den (freilich hypothetischen) Fall verallgemeinern, dass sich andere Parteien mit ihren politischen Angeboten und Appellen um die Wählergunst bemühen als diejenigen, die in den untersuchten Ländern vorzufinden sind.

Abbildung 6.7 zeigt die Abweichungen der Daten von den Vorhersagen der politischen Angebote und Appelle und der klassen- und generationsspezifischen Positionspräferenzen für die Parteifamilienpräferenz, und zwar aufgeschlüsselt nach der Generationszugehörigkeit der Wähler. Wie aus der Abbildung zu entnehmen ist, gehen die Abweichungen von der Vorhersage für die Wahlabsichten zugunsten fünf der zehn Parteifamilien in der Generatio-

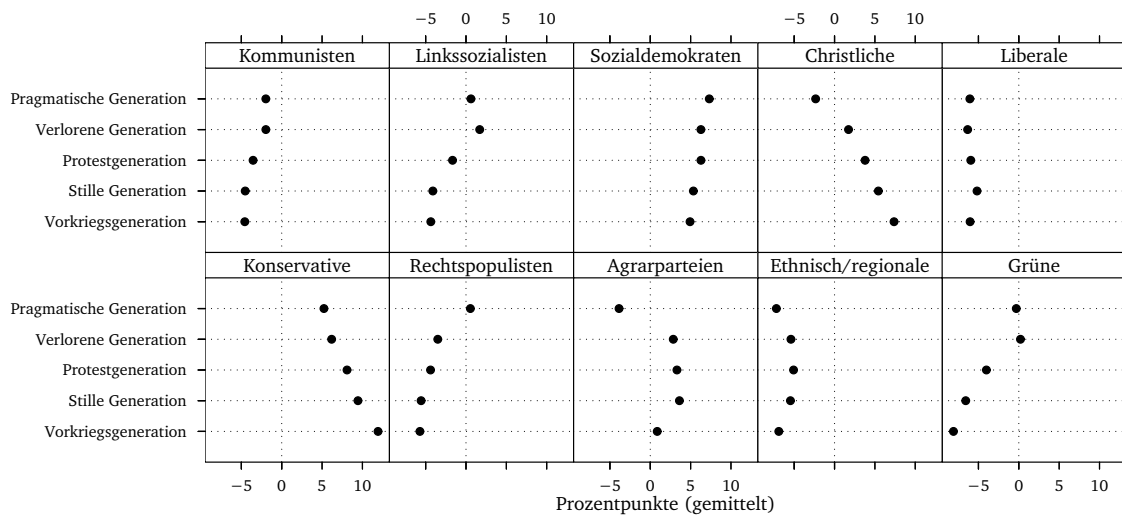


Abbildung 6.7: Abweichungen (in Prozentpunkten) von der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle der Parteien und der Positionspräferenzen der Klassen und Generationen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1998. Die effektive Fallzahl beträgt $N=168858$

nenfolge von der Vorkriegs- zur Pragmatischen Generation eindeutig zurück. Es handelt sich dabei um die Kommunisten, Linkssozialisten, Konservativen, Rechtspopulisten, und Grünen. Bei den Kommunisten, Linkssozialisten, Rechtspopulisten und Grünen bestehen diese Abweichungen vor allem darin, dass die Zustimmung zu diesen Parteien in den Daten niedriger ist als aufgrund der politischen Angebote der Parteien vorhergesagt wird. Bei den Konservativen bestehen die Abweichungen dagegen darin, dass die Zustimmung zu dieser Parteifamilie in den Daten höher ist als vorhergesagt. Hinsichtlich der Abweichungen der Daten von der Vorhersage über die Zustimmung zu den christlichen Parteien zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei den Konservativen. Auch hier ist die Zustimmung in den älteren Generationen in den Daten höher als vorhergesagt. Die Zustimmung zu den sozialdemokratischen Parteien wird in allen Generationen gegenüber den Daten als zu niedrig vorhergesagt. Die Abweichungen nehmen hier über die Generationenfolge sogar etwas zu. Bei den Liberalen und den ethnisch/regionalen Parteien ist keine derartige Veränderungstendenz in den Abweichungen gegenüber der Vorhersage zu entdecken. In allen Generationen wird die Zustimmung zu den Parteien dieser Familien tendenziell zu hoch vorhergesagt. Die empirische Zustimmung zu den Agrarparteien ist in den ersten vier Generationen höher als die vorhergesagte Zustimmung, in der Pragmatischen Generation ist sie niedriger. Mögli-

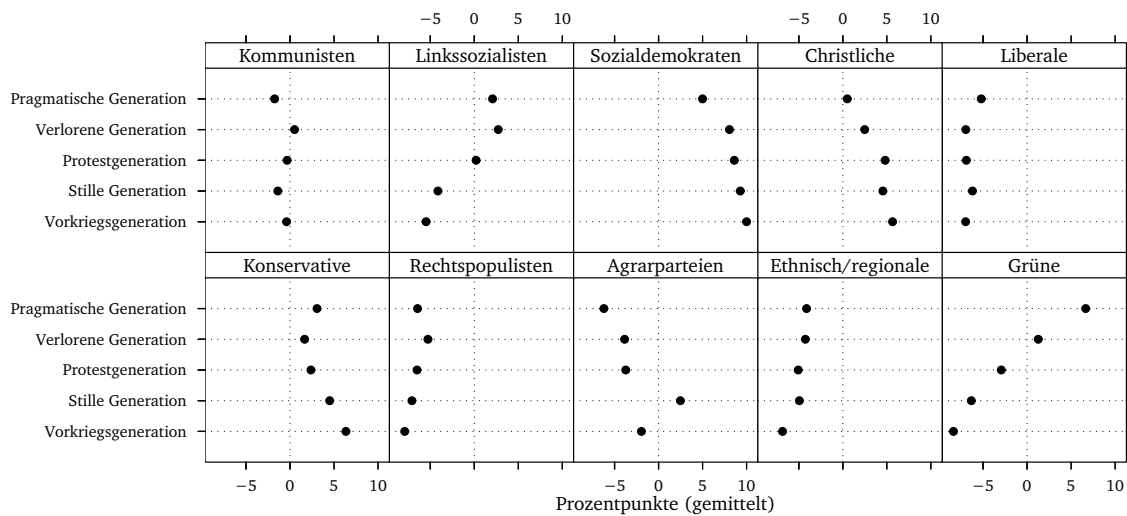


Abbildung 6.8: Abweichungen (in Prozentpunkten) von der Vorhersage der politischen Angebote und Appelle der Parteien und der Positionspräferenzen der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit und Generationen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden und (West-)Deutschland. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1975 bis 1998. Die effektive Fallzahl beträgt $N=115939$

cherweise sind die älteren Generationen in einer Weise zugunsten der christlichen und der konservativen Parteien disponiert, die nicht auf die politischen Angebote und die Positionspräferenzen der Klassen und Generationen zurückzuführen sind. Diese Disposition wirkt sich offenbar zu Ungunsten der Unterstützung „linker“ Parteien, der Kommunisten, Linksozialisten Sozialdemokraten und Grünen, aber auch der Rechtspopulisten aus, denen die späteren Generationen offenbar stärker zugeneigt sind als die früheren.

Abbildung 6.8 zeigt die Abweichungen der Daten von den Vorhersagen der politischen Angebote und Appelle und der Positionspräferenzen der Generationen und der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit für die Parteifamilienpräferenz, und zwar aufgeschlüsselt nach der Generationszugehörigkeit der Wähler. Wie zu erkennen ist, zeigen früheren Generationen in den Daten eine von der Vorhersage der politischen Angebote und der Positionspräferenzen der Generationen und Kirchgangskategorien abweichende höhere Zustimmung zu den Konservativen und christlichen Parteien und eine abweichend niedrigere Zustimmung zu den Linksozialisten und Grünen. Da die Kirchgangshäufigkeit sich vor allem positiv auf die Unterstützung der christlichen und konservativen Parteien und negativ auf die Unterstützung der Linksozialisten und der Grünen auswirkt, dürften sich in Abbildung 6.8 keine

Abweichungen in den beiden ältesten Generationen zeigen, wenn die Abweichungen dieser Generationen in der Abbildung 6.8 allein auf die höhere Kirchengangshäufigkeit innerhalb dieser Generationen zurückzuführen sind. Andererseits spricht für diese Interpretation, dass die in Abbildung 6.8 dargestellten Abweichungen kein hohes Signifikanzniveau erreichen.

Am Ende des vorigen Kapitels ist festgestellt worden, dass die fünf Generationen sich in ihren Positionspräferenzen hinsichtlich der Traditionalismus-Dimension unterscheiden, und zwar sowohl, wenn die Positionspräferenzen der Klassen, als auch, wenn die Positionspräferenzen der Kirchengangskategorien berücksichtigt werden. Aber anscheinend reichen die Positionspräferenzen der Generationen nicht vollständig aus, um die Unterschiede zwischen den Generationen in der Zustimmung zu den Linkssozialisten, den Grünen, den christlichen und den konservativen Parteien zu erklären. Eine Möglichkeit besteht darin, dass sich die Generationen in den Positionspräferenzen entlang anderer Dimensionen als der ökonomischen Links-Rechts-Dimension oder der Traditionalismus-Dimension unterscheiden.³ Möglicherweise kann es sich dabei auch um Aspekte der politischen Angebote handeln, die in den Daten des *Comparative Manifesto Project* nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Es ist aber genauso möglich, dass die zumindest die Unterschiede zwischen den Generationen in der Zustimmung zu den linkssozialistischen und grünen Parteien damit zusammenhängen, dass diese Parteien größtenteils erst in jüngerer Zeit (in den 1970er und 1980er Jahren) entstanden sind, so dass ihnen jüngere Wähler, die noch keine feste Bindungen an bestimmte Parteien entwickelt haben, offener gegenüber stehen.

6.3 Zusammenfassung

Soziale Merkmale sind immer noch dafür von Bedeutung, welche Parteien von den Wählern bevorzugt werden. Insbesondere wirken sich diese sozialen Merkmale darauf aus, welche Parteifamilien Wähler besonders bevorzugen. Die Klassenlage ist immer noch relevant dafür, in welchem Maße Wähler z. B. sozialdemokratische Parteien bevorzugen, und ebenso ist die Verbundenheit der Wähler mit der Kirche dafür bedeutsam, wie sehr sie christliche Parteien bevorzugen.

Die Veränderungen im Einfluss der sozialen Merkmale sind eher begrenzt. Insbesondere die Klassenunterschiede in der Zustimmung zu den Sozialdemokraten und die Unterschiede zwischen den Kirchengangskategorien in der Zustimmung zu den christlichen Parteien

³Nahe liegend wären unterschiedliche Positionspräferenzen entlang der Autoritarismus- oder der ökologischen Dimension. Entsprechende Wald-Tests auf derartige unterschiedliche Positionspräferenz haben aber kein Ergebnis von ausreichender Signifikanz geliefert.

gehen nur geringfügig zurück. Die größten in den Umfragedaten des Eurobarometers beobachtbaren Veränderungen der Klassenunterschiede oder der Unterschiede zwischen den Kirchengangskategorien betreffen die Zustimmung zu Parteien, die tendenziell eher geringere Stimmenanteile erreichen.

Es bestehen offenbar Unterschiede zwischen den Generationen hinsichtlich der Unterstützung der Parteien verschiedener Parteifamilien. Insbesondere wird deutlich, dass sich die Generationen um so mehr den Grünen, den Kommunisten, Linkssozialisten und Rechtspopulisten zu- und von den konservativen und christlichen Parteien abwenden, je später sie geboren sind.

Sowohl die Unterschiede zwischen den Klassen und Kirchengangskategorien als auch die Veränderungen in diesen Unterschieden werden von den politischen Angeboten und den Positionspräferenzen der Wähler richtig vorhergesagt. Signifikante Abweichungen von den Vorhersagen gibt es höchstens in Hinblick auf das absolute Niveau der Zustimmung zu den verschiedenen Parteifamilien. Diese Abweichungen zeigen sich vor allem bei den früher geborenen Generationen. Offenbar wirken sich bei diesen älteren Generationen Parteibindungen auf die Wahlabsichten aus, die bereits vor Beginn des Untersuchungszeitraumes etabliert wurden. Das heißt aber umgekehrt, dass die Parteipräferenzen durch die politischen Angebote um so besser erklärt werden, je später die betreffenden Wähler geboren wurden und je später sie ins Elektorat eintraten. Die jüngeren Wähler haben offensichtlich noch keine Bindungen an bestimmte Parteien entwickelt und lassen sich daher stärker von deren politischen Angeboten und Appellen leiten.

Daraus ergibt sich eine interessante Schlussfolgerung. Es kann durchaus sein, dass sich Wähler stärker an politischen Inhalten und weniger an vorgeprägten Parteibindungen orientieren und dass „[v]oters begin to choose“ (Rose und McAllister 1986). Das heißt aber in keiner Weise, dass deshalb der Einfluss der sozialen Merkmale der Wähler zurückgeht. Es bedeutet vielmehr, dass die soziale Lage weniger über sozialisierte oder sonst vorgeprägte Bindungen an bestimmte Parteien auf die Wahlentscheidung einwirkt, sondern zunehmend über durch die soziale Lage mitbestimmten Positionspräferenzen.

Insgesamt bedeuten die Ergebnisse dieses Kapitels eine Widerlegung der Auffassung, dass Veränderungen im Einfluss sozialer Merkmale der Wähler auf ihre Parteipräferenzen darauf zurückzuführen sind, dass soziale Unterscheidungen generell an Bedeutung verlieren. Vielmehr bestätigen sie die Auffassung, dass Veränderungen der den Wählern zur Auswahl stehenden Alternativen eine entscheidende Rolle für diese Veränderungen spielen.

Kapitel 7

Zusammenfassung und Diskussion

Anlass der vorliegenden Studie ist die wissenschaftliche Kontroverse über die Entwicklungen des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung. In dieser Kontroverse haben sich zwei Grundpositionen herauskristallisiert, die sich mit einer gewissen Überspitzung wie folgt zusammenfassen lassen:

- Nach der ersten Grundposition ist die Stärke des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur generell rückläufig, wenn dieser Zusammenhang nicht sogar gänzlich verschwunden ist. Die sozialen *cleavages* mögen in der Vergangenheit eine gewisse Rolle für das Wahlverhalten gespielt haben, sie sind aber nunmehr nahezu irrelevant geworden. Hintergrund dieser Veränderungen sind generelle Prozesse des sozialen Wandels, die sich auf die Interessen, Einstellungen und Wertorientierungen der Wähler auswirken. Sofern sich Nationen in den dort beobachteten Zusammenhängen zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten unterscheiden, dann zeigt das nur, dass sie in dem allgemeinen Wandlungsprozess unterschiedlich weit fortgeschritten sind.
- Die zweite Grundposition gesteht durchaus ein, dass der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten in einigen Nationen zurückgegangen ist, wendet sich aber gegen die Auffassung, dass es sich dabei um einen universellen und unumkehrbaren Prozess handelt. Die beobachtbaren Veränderungen sind vielmehr Fluktuationen ohne generellen Trend. Diese Fluktuationen mögen unterschiedliche Auslöser haben, aber eine zentrale Rolle kommt dabei der Ebene der Parteienkonkurrenz zu. Parteien sind nicht einfach passive Medien der Aggregation von Interessen verschiedener sozialer Gruppierungen. Sie ringen aktiv um Stimmen, indem sie ihren potentiellen Wählern politische Angebote machen und Appelle an sie richten. Verändern einzelne oder gar alle Parteien ihre Strategie der Stimmenwerbung und -mobilisierung, dann kann das auch Folgen für die Stärke des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten haben. Aus diesem Grund ist damit zu rechnen, dass Veränderungen

in den Strategien der Parteien die beobachteten Veränderungen in den Strukturen der Parteipräferenzen (mit-)verursacht haben.

Es ist das zentrale Anliegen dieser Studie, einen Beitrag zur Beantwortung der Frage zu leisten, welche dieser beiden Positionen der Wirklichkeit näher kommt, und deshalb stellt sie die Rolle der politischen Angebote und Appelle für den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung in den Mittelpunkt der Betrachtung. Wie im zweiten Kapitel angemerkt, ist sie nicht die erste Arbeit, die sich mit dem Einfluss beschäftigt, der von politischen Angeboten und Appellen der Parteien auf den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung ausgeht. Allerdings nimmt sie einen wichtigen Perspektivwechsel vor: Die politischen Angebote und Appelle sind kein Einflussfaktor, der gleichsam von außen die Stärke des Zusammenhangs modifiziert. Stattdessen räumt sie den politischen Angeboten und Appellen eine entscheidende Rolle für die Existenz dieser Zusammenhänge ein. Die Grundannahme ist die, dass der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht gerade dadurch zustande kommt, dass Parteien sich in ihren politischen Angeboten und Appellen unterscheiden und dabei an die Interessen und Wertorientierungen unterschiedlicher sozialer Gruppierungen appellieren. *Politische Angebote und Appelle von Parteien treten nicht von außen zu dem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung hinzu, sie sind das Band, mit dem dieser Zusammenhang erst geknüpft wird.*

Auch wenn die für diese Arbeit zentrale Annahme, dass die politischen Angebote der Parteien und die unterschiedliche Empfänglichkeit sozialer Gruppierungen für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen schon in Arbeiten wie etwa Lipset (1981) eine wichtige Rolle spielt, wurde sie selten explizit genung formuliert oder gar begründet. Im dritten Kapitel dieser Arbeit ist diese Begründung geliefert worden. Politische Ideologien sind essentiell für die Politisierung sozialer Unterscheidungen und für die Parteienkonkurrenz überhaupt. Trotz ihrer begrenzten Kenntnisse über politische Streitfragen und ihrer beschränkten ideologischen Konzeptualisierung sind Wähler sehr wohl in der Lage, auf die politischen Angebote und Appelle der Parteien zu reagieren. Hierbei helfen ihnen kognitive Heuristiken und die Orientierung an politisch kompetenteren Meinungsführern. Des Weiteren gibt es auch politische Streitfragen, die die Interessen und Wertorientierungen der Wähler mit ausreichender Unmittelbarkeit berühren, dass sie diese auch ohne genaue politische Detailkenntnis und ohne tiefergehendes ideologisches Verständnis beurteilen können.

Der Akzent dieser Arbeit liegt aber nicht auf dieser theoretischen Untermauerung, sondern auf der empirischen Beantwortung der in der Einleitung formulierten Leitfragen nach

den wichtigsten Aspekten der politischen Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler, nach den Reaktionen verschiedener sozialer Gruppierungen auf diese Angebote und Appelle und nach deren Erklärungskraft für den Einfluss sozialer Merkmale auf Parteipräferenz unter dem Aspekt der Unterstützung verschiedener Parteifamilien.

Die Leitfrage nach den wichtigsten Aspekten der politischen Angebote und Appelle der Parteien an die Wähler wurde in Kapitel 4 beantwortet. Auf der Grundlage der Daten des *Comparative Manifesto Project* wurden aus den Wahlprogrammen westeuropäischer Parteien quantitative Maße entwickelt, mit deren Hilfe sich ihre politischen Angebote und Appelle an die Wähler beschreiben lassen. Auf diese Weise konnten die kontroversen Positionen von Parteien zu einer Reihe von politischen Themenfeldern herausgearbeitet werden, deren Relevanz für die Parteipräferenzen der Wähler dann im fünften Kapitel überprüft wurde. Grundlage hierfür ist eine Verknüpfung dieser politischen Positionen mit den im Rahmen der Unfrageserie des Eurobarometers erhobenen Parteipräferenzen und sozialen Merkmalen von Wählern. Dabei ergab sich, dass sich Klassen vor allem darin unterscheiden, wie sie auf die Positionen der Parteien auf einer wirtschaftspolitischen Links-Rechts-Dimension reagieren. Regelmäßige Kirchgänger, unregelmäßige Kirchgänger und Nicht-Kirchgänger dagegen unterscheiden sich vor allem darin, wie sie auf die Positionen der Parteien zum Gegensatz zwischen traditionellen und modernen Lebensweisen reagieren. Hier ist auch das für die Diskussion um den Wandel oder die Kontinuität des Zusammenhangs zwischen sozialen Merkmalen und Wahlverhalten höchst relevante Ergebnis hervorzuheben, *dass keine Veränderungen in den Unterschieden zwischen den Reaktionstendenzen der sozialen Gruppierungen auf die Positionen der Parteien nachweisbar sind*. Wie schließlich in Kapitel 6 gezeigt werden konnte, *können sowohl der Zusammenhang der sozialen Merkmale mit den Präferenzen der Wähler für Parteien aus unterschiedlichen Parteifamilien als auch Veränderungen in diesem Zusammenhang mittels der politischen Angebote und Appelle der Parteien und den für die sozialen Gruppierungen spezifischen Reaktionsweisen recht gut vorhergesagt werden*.

Zusammengenommen stellen die Ergebnisse dieser Arbeit eindeutig eine Unterstützung der zweiten der beiden eingangs formulierten Grundpositionen dar. Für Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht sind Veränderungen auf *politischer Ebene* verantwortlich und nicht etwa sozialstrukturelle Veränderungen, wie etwa ein Verschwimmen von Klassenunterschieden oder von Unterschieden zwischen religiösen und säkular orientierten Wählern. Wenn man, wie Lipset mit seiner These vom Ende des amerikanischen Ekzeptionalismus (Lipset 2001), dafür argumentiert, dass sich die Parteien, insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, ideologisch umorientieren und sich zunehmend der Programmatik der beiden großen US-amerikanischen Parteien annähern, dann kann

man daraus durchaus folgern, dass mit einem generellen Rückgang des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zu rechnen ist. Lipset kann dafür aber nur Veränderungen anführen, die in den letzten fünf bis zehn Jahren stattgefunden haben. Wenn man aber davon ausgeht, wie im dritten Kapitel nahegelegt wird, dass sich Parteien in einem Spannungsfeld zwischen Opportunitäten und Restriktionen bewegen, die sich einerseits aus Wählerpotentialen jenseits der jeweiligen „Stammklientel“ ergeben und andererseits aus Notwendigkeit, die eigene ideologischen *raison d'être* sowie die eigene Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit aufrechtzuerhalten, dann ist nicht auszuschließen, dass sich die sozialdemokratischen Parteien veranlasst sehen können, zu ihren früheren Positionen zurückzukehren. Dann aber sind die Veränderungen der letzten fünf bis zehn Jahre umkehrbar.

Natürlich gibt es die Möglichkeit, dass Parteien, Parteiführer und Spitzenkandidaten eine „downsianische“ Strategie verwenden, wenn sie stärker an Ämtern als an der „Reinheit“ der Parteiideologie interessiert sind. Schröders „Neue Mitte“, Blairs „New Labour“ und auch der zentristische Kurs Clintons lassen sich in diesem Sinne interpretieren. Die im dritten Kapitel vorgebrachte Argumentation schließt ja nicht aus, dass einige Parteiaktivisten an Anderem als nur der Verwirklichung der Ideologie interessiert sind. May's „law of curvilinear disparity“ (1973) sagt genau dieses voraus: Die engagierteren Parteiaktivisten sind zwar stärker ideologisch motiviert als bloß passive Mitglieder, aber um an die Spitze einer Partei zu gelangen, bedarf es ausgewiesener Wahlerfolge und daher einer „pragmatischeren“ Auffassung der Parteiideologie (vgl. dagegen aber Iversen 1994, Norris 1995). Aber eine solche Strategie birgt Risiken. Sie kann einerseits zu parteiinternen Spannungen führen (Rose und Mackie 1988, Aldrich 1983) und zu einem Verlust an Reputation (Alesina 1988, Hinich und Munger 1994: 72ff). Wenn andererseits die „pragmatische“ Strategie weniger im Aufgeben bisheriger Ziele, als in einer stärkeren Betonung politisch „konsensueller“ Ziele besteht, z. B. die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Überwindung einer Wirtschaftskrise, kann eine dadurch an die Regierung gelangte Partei „zum Erfolg verdammt“ sein. Sie muss dann während ihrer Regierungstätigkeit Erfolge beim Lösen von Problemen aufweisen können, die die Zurückstellung ideologischer Desiderata aufwiegen zu können. Damit macht sie sich aber stärker von den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Steuerung abhängig. Sogar wenn sie ein Scheitern in der Verwirklichung „pragmatischer“ Problemlösungen nichts selbst zu verantworten hat, kann sich dies in doppelter Weise zuungunsten der Partei auswirken. Nicht nur hat sie dann die Wähler enttäuscht, die sie durch das Versprechen pragmatischer Problemlösungen gewonnen hat, sondern auch ihre Stammklientel, die sie unter Hinweis auf die pragmatisch zu lösenden Probleme hinsichtlich der Verwirklichung der „eigentlichen“, ideologischen Ziele der Partei vertröstet hat. Unterm Strich kann sich eine „nüchterne Sach-

politik“ als für den mittel- oder langfristigen Erfolg der Partei als ebenso riskante Strategie erwiesen wie das Beharren auf der eigenen ideologischen Identität.

Inwieweit eine Partei langfristig durch ideologische Mäßigung gewinnen oder verlieren kann, ist allerdings vor dem Hintergrund der Ergebnisse dieser Arbeit noch nicht zu entscheiden. Sie hat nur den Einfluss der Positionen der Parteien auf die Präferenzen von Wählern mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen untersucht, aber nicht den Einfluss von *Veränderungen* in den Positionen. Indem sie aber den Einfluss von politischen Positionen von Parteien aufgezeigt hat, hat diese Arbeit zumindest deutlich gemacht, dass eine solche Untersuchung lohnend ist.

Anhang A

Datengrundlage

Die in dieser Arbeit verwendeten Individualdaten stammen aus der Umfrageserie des *Eurobarometer*. Es handelt sich dabei um regelmäßig in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union durchgeführte mündliche Befragungen. Primärforscher des Eurobarometers ist die Europäische Kommission. Die verwendeten Eurobarometer-Studien reichen von Eurobarometer 3 bis Eurobarometer 49. Sie sind vom *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung* (ZA) an der Universität zu Köln in einer CD-ROM-Edition erhältlich. Die Fassung der Eurobarometer-Daten, die den Analysen der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegen, stammen aus einer Zusammenstellung und Harmonisierung der Daten, die vom Autor dieser Arbeit für das Forschungsprojekt *Politisches Interesse, Engagement und Betroffenheit in repräsentativen Demokratien* (PIEB) erstellt wurde (vgl. van Deth und Elff 2000, 2001), das unter der Leitung von Professor Dr. Jan W. van Deth von 1996 bis 2000 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführt und von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG) unter der Nummer DE 630/2-1 gefördert wurde. Die Eurobarometerstudien 3 bis 44.1 stammen aus den Beständen des ehemaligen „Zentrum für Europäische Umfragen und Studien“ (ZEUS), das bis 1995 beim „Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung“ (MZES) angesiedelt war. Die Eurobarometerstudien 46 und 48 wurden vom „Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung“ an der Universität zu Köln bereitgestellt (Studiennummern: ZA 2892 und ZA 2959). Die Daten des Eurobarometer 49 wurden von INRA (Brüssel) für das PIEB-Projekt zur Verfügung gestellt. Zu den Einzelheiten der Eurobarometer-Studien vgl. van Deth und Elff (2000) sowie Moschner (2002). Weder die Primärforscher des Eurobarometers noch eine der datengebenden Institutionen tragen die Verantwortung für die vorgenommenen Harmonisierung und die darauf aufbauenden Analysen.

Die Quelle für die Daten über die Wahlprogramme ist der Datensatz des *Comparative Manifesto Project* in der Version von 2001. Es handelt sich dabei um eine der Veröffentlichung von Budge *et al.* (2001) beiliegende CD-ROM-Edition. Die in dieser Ausgabe berücksichtigte

Zeitraum reicht von 1945 bis 1998. Der Datensatz basiert auf handcodierten Wahlprogrammen, die für das *Comparative Manifesto Project* gesammelt wurden. Die berücksichtigten Wahlprogramme, das verwendete Codierungsverfahren und die resultierenden Variablen des Datensatzes sind in Budge *et al.* (2001: Kap. 4, Appendix I, II und III) erläutert. Für die Analysen in Kapitel 5 wurden nur die Daten verwendet, die sich auf Wahlprogramme von Parteien aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden und Westdeutschland beziehen.

Anhang B

Operationalisierung von Klassenlage und Kirchenbindung

In den Analysen in Kapitel 5 und 6 der vorliegenden Arbeit wurde die Wahlabsichten nach zwei sozialen Merkmalen differenziert betrachtet, nach der Erwerbsklassenlage und nach der Kirchenbindung. Die Erwerbsklassenlage wurde auf der Basis der in den Eurobarometern erhobenen Berufe der Befragten ermittelt. Tabelle B.1 listet die Zuordnung der Berufskategorien der Eurobarometer-Umfragen zu den Kategorien des hier verwendeten Erwerbsklassenschemas. Sofern entsprechende Informationen vorhanden waren (ab Eurobarometer 30) wurden Arbeitslose und Ruheständler entsprechend ihrem zuletzt ausgeübten Beruf klassifiziert. Nichterwerbstätige Hausfrauen wurden entsprechend dem Beruf ihres Ehemanns klassifiziert. Erwerbstätige Ehefrauen wurden entsprechend Erikson's (1984) Dominanzprinzip entweder entsprechend ihrem eigenen Beruf oder dem Beruf ihres Ehemanns klassifiziert, je nachdem, welcher der beiden Ehepartner einen höher qualifizierten Beruf ausübt. Tabelle B.2 zeigt die dem Dominanzprinzip entsprechenden Recodierungen. Die Tabellenspalten entsprechen der ursprünglichen Klassifikation der Berufe der Ehefrauen, die Tabellenzeilen entsprechen der Klassifikation der Berufe ihrer Ehemänner. Die Zellen im Tabellenkörper enthalten die daraus resultierenden Klassifikation der Ehefrauen.

In den einzelnen Umfragen des Eurobarometers wurden nicht immer dieselben Kategorien der Kirchengangshäufigkeit verwendet. Die Anzahl der verwendeten Kategorien schwankte dabei zwischen drei und fünf. Es war daher notwendig, die Kirchengangshäufigkeit in ein Schema mit drei Kategorien zu recodieren. In den Datensätzen von Umfragewellen des Eurobarometers, in denen neben der Kirchengangshäufigkeit auch die Konfessionszugehörigkeit erhoben ist, erhalten die Konfessionslosen für die Kirchengangshäufigkeit den Wert „nicht zutreffend“. Diese Befragten wurden für die Analysen der vorliegenden Arbeit als Nicht-Kirchgänger klassifiziert. Die entsprechende Zuordnung der Original-Kategorien des Eurobarometers zu den Kategorien des hier verwendeten Schemas zeigt Tabelle B.3.

Tabelle B.1: Die Einordnung der Berufskategorien des Eurobarometers in Erwerbsklassen

Klasse	Eurobarometer-Berufskategorien
Manuelle Arbeiter	„Manual workers in general“, „Supervisors and foremen“, „Skilled workers“, „Other workers“
Nicht-manuelle Zwischenkategorie	„Employees in general“, „Office and non-office employees“, „Service-employees“, „Middle management“
Dienstklasse	„General management“, „Executives“, „Employed professionals“
Selbständige	„Owners of shops“, „Owners of a company“, „Self-employed professionals“, „Craftsmen“
Landwirte	„Farmers, Fishermen, skippers etc.“

Tabelle B.2: Die Einordnung von Verheirateten entsprechend Eriksons Dominanzprinzip.

Die eingeklammerten Ziffern bezeichnen die Codierungen der Variablen, die als Ausgangspunkt der Zusammenfassung dienen. Die Ziffern im Tabellenkörper bezeichnen die Codes, die die resultierende Variable für die Wertekombinationen der beiden Ausgangsvariablen erhält. Die Codes haben die Bedeutung „1“ für die Arbeiterklasse, „2“ für die Zwischenkategorie, „3“ für die Dienstklasse, „4“ für die Selbständigen und „5“ für die Landwirte.

		Klasse Ehefrau					
		Manuelle Arbeiter (1)	Zwischenkategorie (2)	Dienstklasse (3)	Selbständige (4)	Landwirte (5)	Nicht erwerbstätig (6)
Klasse Ehemann							
Manuelle Arbeiter	(1)	1	1	3	4	5	1
Zwischenkategorie	(2)	2	2	3	4	5	2
Dienstklasse	(3)	3	3	3	4	5	3
Selbständige	(4)	4	4	4	4	5	4
Landwirte	(5)	5	5	5	5	5	5

Tabelle B.3: Die Zusammenfassung der Kategorien der Kirchgangshäufigkeit.

Kategorien in der Vorliegenden Arbeit	Eurobarometer-Kategorien
Regelmäßige Kirchgänger	„Several times a week“, „Once a week“
Unregelmäßige Kirchgänger	„Once a year“, „Few times a year“
Nicht-Kirchgänger	„Never“; Konfession: „No religion“

Anhang C

Einordnung der Parteien in Parteifamilien

Die Parteien, deren Wahlprogramme in Kapitel 4 analysiert und die auch den Wählern in den Eurobarometerumfragen in der Frage nach der Wahlabsicht zur Auswahl gestellt wurden, wurden für einige Analysen der vorliegenden Studie in Parteifamilien eingeordnet. Bei der Einordnung der Parteien in die Parteifamilien wurde folgendermaßen vorgegangen:

1. Wenn die zu Rate gezogene Literatur in der Einordnung einer Partei in eine der Parteifamilien einig ist, wurden diese Einordnung in die Analysen der vorliegenden Arbeit übernommen.
2. Wenn eine Partei in der Literatur unterschiedlich eingeordnet wurde, dann wurde die Partei entsprechend ihrer Herkunft (durch Abspaltung von anderen Parteien, wie im Fall der DS' 70) oder entsprechend ihrer, in einem späteren Zusammenschluss mit anderen Parteien zum Ausdruck gebrachten, ideologischen Grundrichtung (wie im Falle der britischen SDP) in eine Parteifamilie eingeordnet.
3. Parteien, die unmittelbare Nachfolger anderer Parteien oder durch einfaches Umbenennen entstanden sind, wurden entsprechend ihrer Vorgängerparteien eingeordnet.

Grundlage der Einordnung nach dem ersten Kriterium sind von Beyme (1984), Hearl (1988), Lane *et al.* (1997), Lane und Ersson (1994), Mair (1991), Müller-Rommel (1991), und Smith (1972, 1980, 1989). Grundlage der Einordnung entsprechend der beiden anderen Kriterien sind vor allem Mackie und Rose (1991) und ergänzend Bille (1995), Deruette (1996), Deruette und Loeb-Mayer (1992), Fallend (1997), Heidar (1997), Ignazi (1993, 1996), Lucardie und Voerman (1995), Mackie (1991), Mackie (1993), Müller (1995), Pierre und Widfeldt (1992, 1997) Ysmal (1992, 1994). Die Tabellen C.1 bis C.1 listen auf, welche Parteien in welche Parteifamilien eingeordnet wurden.

Tabelle C.1: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Belgien

Parteifamilie	Parteien
Sozialdemokraten	Belgische Socialistische Partij - BSP; Socialistische Partij; Parti socialiste - PS
Christliche	Christelijke Volkspartij - CVP; Parti social chrétien - PSC
Liberale	Partij voor Vrijheid en Vooruitgang - PVV; Vlaamse Liberale Democraten - VLD; Parti de la Liberté et du Progrès - PLP; Parti des réformes et de la liberté de Wallonie - PRLW; Parti réformateur liberal - PRL; Parti libéral; Parti libéral démocrate et pluraliste - PLDP
Rechtspopulisten	Vlaams Blok; Front National - Nationaal Front
Ethnisch; regionale	Volksunie; Front démocratique des Bruxellois francophones - FDF; Rassemblement wallon; Deutsche Minderheit; Partei der Deutschsprachigen Belgier
Grüne	Écolo; Agalev

Tabelle C.2: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Dänemark

Parteifamilie	Parteien
Linkssozialisten	Socialisk Folkeparti; Venstresocialisterne; Faelles Kurs
Sozialdemokraten	Socialdemokratiet
Christliche	Kristeligt Folkeparti
Liberale	Det Radikale Venstre; Venstre; Retsforbundet; Centrum-Demokraterne
Konservative	Konservative Folkeparti
Rechtspopulisten	Fremkridtspartiet
Grüne	De Grønne

Tabelle C.3: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Frankreich

Parteifamilie	Parteien
Kommunisten	Parti communiste Française
Linkssozialisten	
Sozialdemokraten	Parti socialiste - PS
Christliche	Centre démocrate; Centre du progrès et de la démocratie moderne; Mouvement réformateur; Centre démocrate social - CDS
Liberale	Parti républicain radical et radical socialiste; Parti radical; Centre démocratie et progrès - CDP; Mouvement des radicaux de gauche - MRG
Konservative	Centre national des indépendants et paysans - CNIP; Union démocrates pour la République - UDR; Rassemblement pour la République; Fédération nationale des républicains indépendants - FNRI; Parti républicaine - PR; Union pour la démocratie Française - UDF
Rechtspopulisten	Front national
Grüne	Écologistes; Les Verts

Tabelle C.4: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Großbritannien

Parteifamilie	Parteien
Sozialdemokraten	Labour Party
Liberale	Liberal Party; Social Democratic Party; The Alliance; Liberal Democrats
Konservative	Conservative Party
Agrarparteien	
Ethnisch; regionale	Scottish National Party; Plaid Cymru

Tabelle C.5: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Italien

Parteifamilie	Parteien
Kommunisten	Partito Comunista Italiano; Partito Democratico della Sinistra; Rifondazione comunista
Linkssozialisten	Lotta Continua; Avanguardia Operaia; Democrazia Proletaria - DP
Sozialdemokraten	Partito Socialista Italiano - PSI; Partito Socialista Democratico Italiano - PSDI; Alleanza Democratica
Christliche	Democrazia Cristiana - DC; Partito Popolare Italiano; Patto Segni; Centro Cristiano Democratico; Cristiani Democratici Uniti; Popolari (Bianco); Patto per l'Italia
Liberale	Partito Repubblicano Italiano; Partito Liberale Italiano - PLI; Partito Radicale - PR; Lista Panella; Lista Panella-Sgarbi; La Rete
Konservative	Forza Italia
Rechtspopulisten	Movimento Sociale Italiano - MSI; Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale - MSI-DN; Alleanza Nazionale; Movimento Sociale - Fiamma Tricolore
Ethnisch; regionale	Lega Nord
Grüne	Federazione delle Liste Verdi

Tabelle C.6: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Niederlande

Parteifamilie	Parteien
Sozialdemokraten	Partij van der Arbeid - PvdA; Democratische Socialisten '70 - DS'70
Christliche	Anti-Revolutionaire Partij; Katholieke Volkspartij - KVP; Christelijk-Historische Unie - CHU; Staatkundig Gereformeerde Partij - SGP; Gereformerd Politiek Verbond; Rooms-Katholieke Partij Nederland; Christen Democratisch Appel; Reformatorische Politieke Federatie; Evangelische Volkspartij - EVP
Liberale	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie - VVD; Democraten '66 - D'66; Politieke Partij Radicalen
Grüne	Groen Links

Tabelle C.7: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Norwegen

Parteifamilie	Parteien
Linkssozialisten	Sosialistisk Folkeparti; Sosialistisk Venstreparti
Sozialdemokraten	Det Norske Arbeiderparti - DNA
Christliche	Kristelig Folkeparti
Liberale	Venstre; Det Nye Folkepartiet; Det Liberale Folkeparti
Konservative	Høyre
Rechtspopulisten	Anders Langes Parti; Fremskrittsparti
Agrarparteien	Senterpartiet

Tabelle C.8: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Österreich

Parteifamilie	Parteien
Sozialdemokraten	Sozialistische Partei Österreichs - SPÖ
Christliche	Österreichische Volkspartei - ÖVP
Liberale	Liberales Forum - LiF
Rechtspopulisten	Freiheitliche Partei Österreichs - FPÖ
Grüne	Vereinigte Grüne Österreichs - VGÖ; Alternative Liste Österreichs - ALÖ; Die Grüne Alternative; Die Grünen

Tabelle C.9: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien: Schweden

Parteifamilie	Parteien
Kommunisten	Vänsterpartiet Kommunisterna
Sozialdemokraten	Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti
Christliche	Kristen Demokratisk Samling
Liberale	Folkpartiet
Konservative	Moderate Samlingspartiet
Agrarparteien	Centerpartiet
Grüne	Miljöpartiet; Miljöpartiet de Gröna

Tabelle C.10: Die Einordnung von Parteien in Parteifamilien Westdeutschland

Parteifamilie	Parteien
Kommunisten	Deutsche Kommunistische Partei - DKP; Partei des Demokratischen Sozialismus - PDS
Sozialdemokraten	Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD
Christliche	Christlich Demokratische Union - CDU; Christlich Soziale Union - CSU
Liberale	Freie Demokratische Partei Deutschlands - FDP
Grüne	Die Grünen; Bündnis 90 - Die Grünen

Anhang D

Mathematische Notation

In der vorliegenden Arbeit wurde an verschiedenen Stellen ausführlicher Gebrauch von mathematischer Notation gemacht. Dabei wurden auch einige Ausdrücke verwendet, die nicht sehr geläufig sind. Im ersten der folgenden Abschnitte wird eine besondere Verwendung des Summenzeichens erläutert, in dem der Summationsindex nicht über eine vorgegebene Reihe von Zahlen läuft. Im zweiten Abschnitt wird die in dieser Arbeit verwendete Notation der Matrixalgebra erläutert. Desweiteren wird das Kronecker-Produkt und der vec-Operator vorgestellt.

D.1 Summe über eine Indexmenge

Neben der Verwendung von Summenzeichen, deren Laufindex eine feste Folge von Zahlen durchläuft, werden in der Literatur über *discrete choice*-Modelle, und auch an einigen Stellen in der vorliegenden Arbeit Summenausdrücke verwendet, in denen der Laufindex nicht eine feste Folge von Zahlen durchläuft, sondern die Elemente einer Menge. Die Bedeutung derartiger Summenausdrücke lässt sich an dem folgenden Beispiel verdeutlichen:

$$\text{Wenn } S = \{a, b, c, d\}, \text{ dann ist } \sum_{i \in S} x_i = x_a + x_b + x_c + x_d \quad (\text{D.1})$$

D.2 Matrixalgebra

In den Kapiteln 5 und 6 und auch in den folgenden Anhängen wird intensiver Gebrauch der Matrixalgebra gemacht (eine grundlegenden Einführung in die Matrixalgebra gibt Nambodiri 1984). Im folgenden soll die hier verwendete Notation erläutert werden und einige weniger geläufige Matrixoperationen vorgestellt werden.

D.2.1 Elementare Notation

Matrizen werden durch fette große Buchstaben bezeichnet, wenn sie mehr als eine Spalte oder eine Reihe enthalten, z. B. \mathbf{A} , \mathbf{B} , $\mathbf{\Gamma}$, $\mathbf{\Delta}$ oder $\mathbf{\Phi}$. Vektoren, d. h. Matrizen die genau aus einer Spalte bestehen, werden durch kleine fette Buchstaben bezeichnet, z. B. \mathbf{a} , \mathbf{b} , \mathbf{x} , \mathbf{y} , \mathbf{z} , $\boldsymbol{\pi}$ oder $\boldsymbol{\psi}$. Skalare, also Zahlenwerte, die keine Matrizen oder Vektoren sind, werden durch kleine nicht-fette Buchstaben dargestellt.

Eine transponierte Matrix \mathbf{A} wird mit \mathbf{A}' bezeichnet. Die Inverse einer nicht-singulären quadratischen Matrix \mathbf{A} wird wie üblich mit \mathbf{A}^{-1} bezeichnet. Die generalisierte Inverse einer Matrix \mathbf{A} , die auch singulär oder nicht-quadratisch sein kann, wird mit \mathbf{A}^- bezeichnet. Jede Matrix hat eine generalisierte Inverse, außer dem Spezialfall von nicht-singulären quadratischen Matrizen, hat jede Matrix sogar unendlich viele generalisierte Inverse (Harville 1997: 107ff). Wenn \mathbf{G} eine generalisierte Inverse einer Matrix \mathbf{A} ist, dann gilt $\mathbf{AGA} = \mathbf{A}$.

An verschiedenen Stellen dieser Arbeit wird folgende Eigenschaft der Matrixmultiplikation verwendet. Wenn \mathbf{x} und \mathbf{y} Vektoren und \mathbf{A} eine quadratische Matrix ist, dann sind $\mathbf{x}'\mathbf{y}$ und $\mathbf{x}'\mathbf{A}\mathbf{y}$ Skalare (Harville 1997: 208ff). *Positiv definit* heißt eine Matrix \mathbf{A} , wenn für alle Vektoren \mathbf{x} gilt $\mathbf{x}'\mathbf{A}\mathbf{x} > 0$; *negativ definit* heißt dagegen eine Matrix \mathbf{A} wenn für alle Vektoren \mathbf{x} gilt $\mathbf{x}'\mathbf{A}\mathbf{x} < 0$ (Harville 1997: 210). Das Skalarprodukt oder innere Produkt zweier Vektoren \mathbf{x} und \mathbf{y} ist übrigens identisch mit $\mathbf{x}'\mathbf{y}$ (Harville 1997: 56ff).

In Kapitel 5 wird mit der elementweisen Multiplikation zweier Vektoren eine Matrixoperation eingeführt, die nicht standard, aber für die Formulierung der dort verwendeten Modelle nützlich ist. Sie wird hier definiert durch:

$$\begin{pmatrix} x_1 \\ x_2 \\ \vdots \\ x_n \end{pmatrix} * \begin{pmatrix} y_1 \\ y_2 \\ \vdots \\ y_n \end{pmatrix} := \begin{pmatrix} x_1 y_1 \\ x_2 y_2 \\ \vdots \\ x_n y_n \end{pmatrix} \quad (\text{D.2})$$

Das elementweise Quadrat eines Vektors wird definiert durch:

$$\begin{pmatrix} x_1 \\ x_2 \\ \vdots \\ x_n \end{pmatrix}^2 := \begin{pmatrix} x_1 \\ x_2 \\ \vdots \\ x_n \end{pmatrix} * \begin{pmatrix} x_1 \\ x_2 \\ \vdots \\ x_n \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} x_1^2 \\ x_2^2 \\ \vdots \\ x_n^2 \end{pmatrix} \quad (\text{D.3})$$

Eine Matrix kann in mehrere Teilmatrizen zerlegt werden, die jeweils nur einen Teil ihre

Zeilen und Spalten enthalten. Eine Zerlegung einer Matrix \mathbf{A} in $p \times q$ Teilmatrizen \mathbf{A}_{ij} wird durch

$$\mathbf{A} = \begin{pmatrix} \mathbf{A}_{11} & \mathbf{A}_{12} & \cdots & \mathbf{A}_{1q} \\ \mathbf{A}_{21} & \mathbf{A}_{22} & \cdots & \mathbf{A}_{2q} \\ \vdots & \vdots & & \vdots \\ \mathbf{A}_{p1} & \mathbf{A}_{p2} & \cdots & \mathbf{A}_{pq} \end{pmatrix} \quad (\text{D.4})$$

ausgedrückt. Teilmatrizen, die dabei den gleichen Zeilenindex haben, enthalten Teile der gleichen Zeilen von \mathbf{A} . Teilmatrizen, die den gleichen Spaltenindex haben, enthalten Teile der gleichen Spalten von \mathbf{A} .

Die „Aufstapelung“ zweier Vektoren \mathbf{a} und \mathbf{b} wird durch $\begin{pmatrix} \mathbf{a} \\ \mathbf{b} \end{pmatrix}$ ausgedrückt. Wenn zum

Beispiel $\mathbf{a} = \begin{pmatrix} a_1 \\ a_2 \end{pmatrix}$ und $\mathbf{b} = \begin{pmatrix} b_1 \\ b_2 \end{pmatrix}$ dann ist $\begin{pmatrix} \mathbf{a} \\ \mathbf{b} \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} a_1 \\ a_2 \\ b_1 \\ b_2 \end{pmatrix}$

Eine quadratische Matrix, die als Diagonale die Elemente eines Vektors \mathbf{a} enthält und deren andere Elemente gleich Null sind wird mit $\text{diag } \mathbf{a}$ bezeichnet, z. B. ist

$$\text{diag} \begin{pmatrix} a_1 \\ a_2 \\ a_3 \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} a_1 & 0 & 0 \\ 0 & a_2 & 0 \\ 0 & 0 & a_3 \end{pmatrix} \quad (\text{D.5})$$

D.2.2 Kronecker-Produkt und vec-Operator

Das Kronecker-Produkt zweier Matrizen \mathbf{A} und \mathbf{B} ist wie folgt definiert:

$$\text{Wenn } \mathbf{A} = \begin{pmatrix} a_{11} & a_{12} & \cdots & a_{1n} \\ a_{21} & a_{22} & \cdots & a_{2n} \\ \vdots & \vdots & & \vdots \\ a_{m1} & a_{m2} & \cdots & a_{mn} \end{pmatrix} \text{ dann ist } \mathbf{A} \otimes \mathbf{B} = \begin{pmatrix} a_{11}\mathbf{B} & a_{12}\mathbf{B} & \cdots & a_{1n}\mathbf{B} \\ a_{21}\mathbf{B} & a_{22}\mathbf{B} & \cdots & a_{2n}\mathbf{B} \\ \vdots & \vdots & & \vdots \\ a_{m1}\mathbf{B} & a_{m2}\mathbf{B} & \cdots & a_{mn}\mathbf{B} \end{pmatrix} \quad (\text{D.6})$$

Wenn \mathbf{A} m Zeilen und n Spalten hat und \mathbf{B} p Zeilen und q Spalten hat, dann hat $\mathbf{A} \otimes \mathbf{B}$ mp Zeilen und nq Spalten. Für Vektoren bedeutet dies:

$$\begin{pmatrix} a_1 \\ a_2 \\ \vdots \\ a_{n-1} \\ a_n \end{pmatrix} \otimes \begin{pmatrix} b_1 \\ b_2 \\ \vdots \\ b_{p-1} \\ b_p \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} a_1 \mathbf{b} \\ a_2 \mathbf{b} \\ \vdots \\ a_{n-1} \mathbf{b} \\ a_n \mathbf{b} \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} a_1 b_1 \\ a_1 b_2 \\ \vdots \\ a_n b_{p-1} \\ a_n b_p \end{pmatrix} \quad (\text{D.7})$$

Für das Kronecker-Produkt gilt unter anderem $(\mathbf{A} \otimes \mathbf{B})' = \mathbf{A}' \otimes \mathbf{B}'$

Wenn \mathbf{A} eine Matrix ist, dann ist $\text{vec} \mathbf{A}$ der Vektor, der durch „Aufstapeln“ Spalten der Matrix \mathbf{A} entsteht, also

$$\text{vec} \mathbf{A} = \text{vec} \begin{pmatrix} a_{11} & a_{12} & \cdots & a_{1n} \\ a_{21} & a_{22} & \cdots & a_{2n} \\ \vdots & \vdots & & \vdots \\ a_{m1} & a_{m2} & \cdots & a_{mn} \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} a_{11} \\ a_{21} \\ a_{31} \\ \vdots \\ a_{m,n-1} \\ a_{mn} \end{pmatrix} \quad (\text{D.8})$$

Wenn man die Matrix \mathbf{A} in ihre Spaltenvektoren, d. h. in die Vektoren, die Elemente von jeweils einer Spalte der Matrix enthalten, zerlegt betrachtet, dann lässt sich dies auch wie folgt ausdrücken:

$$\text{vec} \mathbf{A} = \text{vec} \begin{pmatrix} \mathbf{a}_1 & \mathbf{a}_2 & \cdots & \mathbf{a}_n \end{pmatrix} = \begin{pmatrix} \mathbf{a}_1 \\ \mathbf{a}_2 \\ \vdots \\ \mathbf{a}_n \end{pmatrix} \quad (\text{D.9})$$

Trivialerweise gilt für Skalare $\text{vec} a = a$ und für Vektoren $\text{vec} \mathbf{a} = \mathbf{a}$

Theorem 16.2.1 in Harville (1997: 341) besagt, dass für Matrizen \mathbf{A} , \mathbf{B} und \mathbf{C} mit passenden Zeilen- und Spaltenzahlen gilt

$$\text{vec}(\mathbf{ABC}) = (\mathbf{C}' \otimes \mathbf{A}) \text{vec} \mathbf{B} \quad (\text{D.10})$$

In Kapitel 5 wurde der folgende Spezialfall des Theorems angewendet: Sei \mathbf{a} ein Vektor mit n Elementen und \mathbf{b} ein Vektor mit m Elementen und \mathbf{C} eine Matrix mit m Zeilen und n

Spalten, dann gilt

$$(\mathbf{a} \otimes \mathbf{b})' \text{vec } \mathbf{C} = (\mathbf{a}' \otimes \mathbf{b}') \text{vec } \mathbf{C} = \text{vec}(\mathbf{b}' \mathbf{C} \mathbf{a}) = \mathbf{b}' \mathbf{C} \mathbf{a} \quad (\text{D.11})$$

da der Ausdruck auf der linken wie auf der rechten Seite einen Skalar ergibt.

Anhang E

Statistische Verfahren und Software

Ein Teil der Argumentation und Vorgehensweise der Kapitel 5 und 6 basiert auf einigen besonderen Eigenschaften robuster und konventioneller Standardfehler und von Wald- und Lagrange-Multiplikatoren-Tests. Diese Eigenschaften werden im Folgenden erläutert.

E.1 Klassische und Robuste Standardfehler

Die Schätzung von Parametern β eines statistischen Modells erfolgt üblicherweise durch das Aufsuchen des globalen Maximums der *log likelihood*-Funktion des Modells. Sie wird mit $\ell(\beta)$ bezeichnet. Dies geschieht dadurch, dass ein Wert $\hat{\beta}$ für β gesucht wird, für den gilt:

$$\frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta}) = \mathbf{0} \quad \text{mit} \quad \frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \quad \text{ist negativ definit} \quad (\text{E.1})$$

($\mathbf{0}$ bezeichnet einen Vektor dessen sämtliche Elemente Null sind).

Wenn die Verteilung der abhängigen Variable von dem Modell korrekt spezifiziert ist, dann nähert sich die Kovarianzmatrix der Schätzwerte $\hat{\beta}$ mit dem Umfang der Stichprobe der folgenden *asymptotische Kovarianzmatrix* der Schätzwerte (vgl. dazu z. B. Greene 1999: 137 und Lindsey 1996: 98):

$$\text{ACOV}(\hat{\beta}) = -E\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta})\right)^{-1} \quad (\text{E.2})$$

wobei E für den Erwartungswert steht. Die Matrix, die auf der rechten Seite dieser Gleichung invertiert wird, ist die *Fisher-Informationsmatrix* des Modells. Die klassischen Standardfehler von $\hat{\beta}$ auf der Basis der Theorie der ML-Schätzung sind demnach die Quadratwurzeln der Diagonalelemente von $\text{ACOV}(\hat{\beta})$ bzw. einer empirischen Schätzung $\widehat{\text{ACOV}}(\hat{\beta})$ dieser Matrix.

Wenn das Modell nur die Erwartungswerte der abhängigen Variable in Abhängigkeit von den Parametern und den unabhängigen Variablen des Modells richtig spezifiziert, aber nicht

die korrekte Verteilung der abhängigen Variable, dann ist diese asymptotische Kovarianzmatrix und sind die daraus gewonnenen Standardfehler inkorrekt. Huber (1967) und White (1982) haben dafür die grundlegende Theorie herausgearbeitet und eine robuste Version der asymptotischen Kovarianzmatrix vorgeschlagen, die so genannte *sandwich*-Schätzung der Kovarianzmatrix, Binder (1983) hat die Verwendung dieser *sandwich*-Schätzung für komplexe Stichproben vorgeschlagen und (Royall 1986) ihre Verwendung für robuste Konfidenzintervalle. Sie wird folgendermaßen berechnet:

$$\text{ACOV}(\hat{\beta}) = E\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta})\right)^{-1} E\left(\frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta}) \left[\frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta})\right]'\right) E\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta})\right)^{-1} \quad (\text{E.3})$$

Aus den Quadratwurzeln der Diagonalelemente einer empirischen Schätzung $\widehat{\text{ACOV}}(\hat{\beta})$ dieser Matrix können dann *robuste* Standardfehler für $\hat{\beta}$ ermittelt werden.

Eine empirische Schätzung dieser Matrix für ein *conditional logit*-Modell mit klumpigen Daten, wie es in den Kapiteln 5 und 6 verwendet wird, lässt sich wie folgt konstruieren. Zunächst gilt für das *conditional logit*-Modell, wie auch für die lineare und die logistische Regression (und für alle generalisierten linearen Modelle mit kanonischer *link*-Funktion vgl. McCullagh und Nelder 1989: 43),

$$E\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta})\right) = \frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \quad (\text{E.4})$$

Seien die Beiträge der einzelnen Fälle der Daten zum Gradienten der *log-likelihood*-Funktion mit \mathbf{g}_i bezeichnet, so dass

$$\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i = \frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta}) = 0 \quad (\text{E.5})$$

dann lässt sich als empirische Schätzung der Matrix in der Mitte des Produktes in Gleichung E.3 die folgende Matrix verwenden (vgl. dazu Binder 1983):

$$\begin{aligned} \hat{E}\left(\frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta}) \left[\frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta})\right]'\right) &= \hat{E}\left(\left[\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right] \left[\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right]'\right) = \\ &= \hat{E}\left(\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right) \hat{E}\left(\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right)' + \widehat{\text{COV}}\left(\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right) \\ &= \widehat{\text{COV}}\left(\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right) \text{ wegen } \sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i = 0 \text{ (Gleichung E.5)} \end{aligned} \quad (\text{E.6})$$

Angenommen sei nun, es bestehen L Ebenen der Klumpung der Daten, die Klumpen werden für jede Ebene l mit $\mathcal{K}_1^{(l)}, \mathcal{K}_2^{(l)}, \dots, \mathcal{K}_{k_l}^{(l)}$ bezeichnet und die Klumpen sind hierarchisch geschachtelt, d. h. für jeden Klumpen $\mathcal{K}_h^{(l)}$ gibt es genau einen Klumpen $\mathcal{K}_j^{(l+1)}$ der nächst höheren Hierarchiestufe, so dass gilt: $\mathcal{K}_h^{(l)} \subseteq \mathcal{K}_j^{(l+1)}$.

Mit den Klumpen-Mittelwerten

$$\bar{\mathbf{g}}_h^{(l)} := \frac{1}{|\mathcal{K}_h^{(l)}|} \sum_{i \in \mathcal{K}_h^{(l)}} \mathbf{g}_i \quad (\text{E.7})$$

der Gradientenbeiträge lässt sich für $i \in \mathcal{K}_{j_1}^{(1)} \subseteq \mathcal{K}_{j_2}^{(2)} \subseteq \dots \subseteq \mathcal{K}_{j_{L-1}}^{(L-1)} \subseteq \mathcal{K}_{j_L}^{(L)}$ jeder einzelne Gradienten-Beitrag in Komponenten, die den Klumpen der verschiedenen Ebenen entsprechen, und eine Restkomponente zerlegen:

$$\mathbf{g}_i = (\mathbf{g}_i - \bar{\mathbf{g}}_{j_1}^{(1)}) + (\bar{\mathbf{g}}_{j_1}^{(1)} - \bar{\mathbf{g}}_{j_2}^{(2)}) + \dots + (\bar{\mathbf{g}}_{j_{L-1}}^{(L-1)} - \bar{\mathbf{g}}_{j_L}^{(L)}) + \bar{\mathbf{g}}_{j_L}^{(L)} \quad (\text{E.8})$$

Definiert man nun

$$\tilde{\mathbf{g}}_h^{(l)} := \begin{cases} \sum_{i \in \mathcal{K}_h^{(1)}} (\mathbf{g}_i - \bar{\mathbf{g}}_j^{(1)}) & \text{wenn } l = 0 \\ |\mathcal{K}_h^{(l)}| (\bar{\mathbf{g}}_h^{(l)} - \bar{\mathbf{g}}_j^{(l+1)}) & \text{wenn } 1 \leq l < L \text{ mit } \mathcal{K}_h^{(l)} \subseteq \mathcal{K}_j^{(l+1)} \\ |\mathcal{K}_h^{(L)}| \bar{\mathbf{g}}_h^{(L)} & \text{wenn } l = L + 1 \end{cases} \quad (\text{E.9})$$

dann ist, weil die Summe der Abweichungen $\tilde{\mathbf{g}}_h^{(l)}$ für einen Klumpen der Ebene $l + 1$ zwangsläufig Null ist, die folgende Zerlegung der Varianz-Kovarianz-Matrix in Gleichung E.6 möglich:

$$\begin{aligned} \widehat{\text{COV}}\left(\sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i\right) &= \sum_{i=1}^N \tilde{\mathbf{g}}_1^{(0)} \tilde{\mathbf{g}}_1^{(0)'} + \sum_{h=1}^{k_1} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(1)} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(1)'} + \sum_{h=1}^{k_2} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)'} + \dots + \sum_{h=1}^{k_L} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(L)} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(L)'} \\ &= \sum_{i=1}^N \tilde{\mathbf{G}}_1^{(0)} + \sum_{h=1}^{k_1} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(1)} + \sum_{h=1}^{k_2} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(2)} + \dots + \sum_{h=1}^{k_L} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(L)} \text{ mit } \tilde{\mathbf{G}}_h^{(l)} := \tilde{\mathbf{g}}_h^{(l)} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(l)'} \end{aligned} \quad (\text{E.10})$$

Bei der Konstruktion der *sandwich*-Schätzungen der asymptotischen Kovarianzmatrix der Parameter der *conditional logit*-Modelle in Kapitel 5 und 6 wurden zwei Ebenen der Klum-

pung berücksichtigt. Die untere Ebene der Klumpung der Daten sind die Zeitpunkte, die obere Ebene sind die Parteien. Es erscheint naheliegend, die untersuchten Länder als dritte Ebene der Klumpung zu berücksichtigen, allerdings ist die Heterogenität der Daten, die durch die Länderkontexte entsteht, bereits durch die Parteien aufgefangen. Die Einführung der Länder als weitere Ebene der Klumpung hat daher kaum einen Effekt auf die Errechneten Standardfehler. Die *sandwich*-Schätzung der Kovarianzmatrix hat in den Analysen der beiden Kapitel die Form

$$\begin{aligned}
 \text{ACOV}(\hat{\beta}) &= \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \left(\sum_{i=1}^N \tilde{\mathbf{G}}_1^{(0)} + \sum_{h=1}^{k_1} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(1)} + \sum_{h=1}^{k_2} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(2)} \right) \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \quad (\text{E.11}) \\
 &= \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \left(\sum_{i=1}^N \tilde{\mathbf{G}}_1^{(0)} \right) \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \\
 &\quad + \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \left(\sum_{h=1}^{k_1} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(1)} \right) \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \\
 &\quad + \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \left(\sum_{h=1}^{k_2} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(2)} \right) \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1}
 \end{aligned}$$

Wie nun gezeigt werden soll, berücksichtigt diese *sandwich*-Schätzung der Kovarianzmatrix der Koeffizienten β die Variabilität der Koeffizientenschätzung, die durch ein Herausnehmen einzelner Parteien aus den Daten des der Analysen in Kapitel 5 und 6 entsteht. Die Variabilität der Koeffizienten, die auf Klumpung der Daten durch die Parteien zurückgeht, lässt sich weiter zerlegen:

$$\begin{aligned}
 &\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \left(\sum_{h=1}^{k_2} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(2)} \right) \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \quad (\text{E.12}) \\
 &= \sum_{h=1}^{k_2} \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \tilde{\mathbf{G}}_h^{(2)} \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \\
 &= \sum_{h=1}^{k_2} \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)'} \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \\
 &= \sum_{h=1}^{k_2} \left[\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)} \right] \left[\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)} \right]'
 \end{aligned}$$

Wegen (vgl. Lindsey 1996: 198)

$$\frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\beta^*) \approx \frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) (\beta^* - \hat{\beta}) \Rightarrow \beta^* \approx \hat{\beta} - \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\beta^*) \quad (\text{E.13})$$

und

$$\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \frac{\partial}{\partial \beta} \ell(\hat{\beta}) = \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \sum_{i=1}^N \mathbf{g}_i = \sum_{i=1}^N \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \mathbf{g}_i \quad (\text{E.14})$$

lassen sich die Summanden auf der rechten Seite dieser Gleichung als die Effekte interpretieren, die die Auslassung eines jeweiligen Falles aus den Daten auf den Schätzwert der Parameter des Modells hätte (vgl. auch Davison und Hinkley 1997: 50). Wegen

$$\left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \tilde{\mathbf{g}}_h^{(2)} = \sum_{i \in \mathcal{K}_h^{(2)}} \left(\frac{\partial^2}{\partial \beta \partial \beta'} \ell(\hat{\beta}) \right)^{-1} \mathbf{g}_i \quad (\text{E.15})$$

fasst der in Gleichung E.12 beschriebene Anteil an der *sandwich*-Schätzung der Kovarianzmatrix der Parameter der in Kapitel 5 und 6 die Effekte auf die Schätzwerte der Parameter zusammen, die durch die Auslassung einzelner Parteien aus den Daten entstehen. Daher ist es plausibel, davon auszugehen, dass durch die Verwendung einer solchen *sandwich*-Schätzung die möglichen Effekte der Verletzung der IIA-Annahme in den Modellen von Kapitel 5 und 6 berücksichtigt wird.

E.2 Delta-Methode

In Kapitel 5 wird von der Delta-Methode Gebrauch gemacht, um die Standardfehler eines aus den Koeffizienten errechneten Wertes zu bestimmen. Handelt es sich bei diesem Wert um eine lineare Transformation der Koeffizienten, dann ist die Delta-Methode recht einfach. Sei $\hat{\beta}$ der geschätzte Koeffizientenvektor eines Modells und $\widehat{\text{ACOV}}(\beta)$ die zugehörige Kovarianzmatrix der Schätzwerte, und die zu errechnenden Werte β^* durch $\beta^* = A\beta + c$, mit vorgegebener Matrix A und vorgegebenem Vektor c dann ist wegen $\frac{\partial}{\partial \beta} \beta^* = A$ (vgl. Greene 1999: 118)

$$\widehat{\text{ACOV}}(\beta^*) = A \widehat{\text{ACOV}}(\beta) A' \quad (\text{E.16})$$

Wenn der gesuchte Wert ein Skalar ist, z. B. der Wert für einen Koeffizienten, der den Effekt einer Basiskategorie einer Effektcodierung eines kategorialen Merkmals repräsentiert, also

$\beta^* = \alpha' \hat{\beta}$ dann ist

$$\widehat{\text{ACOV}}(\beta^*) = \alpha' \widehat{\text{ACOV}}(\beta) \alpha \quad (\text{E.17})$$

E.3 Wald- und Lagrange-Multiplikatoren-Tests

Wald-Tests erlauben es, Hypothesen über die Parameter eines Modells auf der Basis ihrer empirischen Schätzwerte und der Kovarianzmatrix der Schätzwerte zu testen. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, zu testen, ob sämtliche oder einige Parameter Null sind, oder ob eine lineare Funktion der Parameter einen bestimmten Wert hat. Wenn die zu testende Hypothese die Form $R\beta = q$ hat, dann wird die zugehörige Testgröße wie folgt berechnet (vgl. Greene 1999: 154):

$$\mathcal{W} = (R\hat{\beta} - q)' (R \widehat{\text{ACOV}}(\hat{\beta}) R')^{-1} (R\hat{\beta} - q) \quad (\text{E.18})$$

Wenn die zu testenden Hypothese zutrifft, dann hat \mathcal{W} eine χ^2 -Verteilung, deren Anzahl an Freiheitsgraden dem Rang von $R \widehat{\text{ACOV}}(\hat{\beta}) R'$ entspricht.

Die Gültigkeit des Tests setzt natürlich voraus, dass die Kovarianzmatrix $\widehat{\text{ACOV}}(\hat{\beta})$ korrekt ist. In der klassischen Form wird für bei der Verwendung von ML-Schätzwerten die in Gleichung E.2 bezeichnete Kovarianzmatrix verwendet. Wenn die Verteilungsannahmen des Modells nicht zutreffen, muss stattdessen die eine alternative Schätzung der Kovarianzmatrix verwendet werden. Wird hierfür die *sandwich*-Kovarianzmatrix eingesetzt, so erhält man eine robuste Version des Wald-Tests, den von Kent (1982) so bezeichneten *union intersection*-Wald-Test.

Der Lagrange-Multiplikatoren-Test, manchmal auch als Rao-Gradienten-Test bezeichnet, ist geeignet, um Hypothesen zu testen, die statistische Parameter betreffen, die in dem verwendeten Modell nicht enthalten sind bzw. implizit oder explizit gleich Null gesetzt sind. Die wesentliche Voraussetzung für diesen Test ist, dass die *log likelihood*-Funktion nach den Parametern, über die die zu testende Hypothese formuliert ist, abgeleitet werden kann.

Wenn β die freien, empirischen zu schätzenden Parameters des betreffenden statistischen Modells bezeichnet und γ die Parameter, die bei der Schätzung der freien Parameter implizit oder explizit gleich Null gesetzt werden, dann ist die klassische Form des Tests für die Hypothese $\gamma = 0$:

$$\mathcal{L} = g(\gamma)' E(g(\gamma)g(\gamma)') g(\gamma) \text{ oder } \mathcal{L} = g(\gamma)' I(\gamma) g(\gamma) \quad (\text{E.19})$$

mit

$$\mathbf{g}(\gamma) = \frac{\partial}{\partial \gamma} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \Big|_{\gamma=0} \quad \text{und} \quad \mathbf{I}(\gamma) = \mathbf{E} \left(\frac{\partial^2}{\partial \gamma \partial \gamma'} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \right) \Big|_{\gamma=0} \quad (\text{E.20})$$

Wenn die Verteilungsannahme des betreffenden Modells nicht zutreffen, dann ist auch dieser Test nicht korrekt. Kent (1982) schlägt auch für diesen Test eine robuste Variante vor und zwar (die Notation ist hier etwas anders als bei Kent):

$$\mathcal{L} = \mathbf{g}(\gamma)' \mathbf{H}(\boldsymbol{\beta}, \gamma)_{\gamma\gamma}^{-1} (\mathbf{H}(\boldsymbol{\beta}, \gamma)^{-1} \mathbf{J}(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \mathbf{H}(\boldsymbol{\beta}, \gamma)^{-1})_{\gamma\gamma}^{-1} \mathbf{H}(\boldsymbol{\beta}, \gamma)_{\gamma\gamma}^{-1} \mathbf{g}(\gamma) \quad (\text{E.21})$$

mit

$$\mathbf{H}(\boldsymbol{\beta}, \gamma) = \mathbf{E} \left(\begin{pmatrix} \frac{\partial^2}{\partial \boldsymbol{\beta} \partial \boldsymbol{\beta}'} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) & \frac{\partial^2}{\partial \boldsymbol{\beta} \partial \gamma'} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \\ \frac{\partial^2}{\partial \gamma \partial \boldsymbol{\beta}'} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) & \frac{\partial^2}{\partial \gamma \partial \gamma'} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \end{pmatrix} \right) \Big|_{\gamma=0} \quad (\text{E.22})$$

und

$$\mathbf{J}(\boldsymbol{\beta}, \gamma) = \mathbf{E} \left(\left(\begin{pmatrix} \frac{\partial}{\partial \boldsymbol{\beta}} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \\ \frac{\partial}{\partial \gamma} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \end{pmatrix} \begin{pmatrix} \frac{\partial}{\partial \boldsymbol{\beta}} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \\ \frac{\partial}{\partial \gamma} \ell(\boldsymbol{\beta}, \gamma) \end{pmatrix}' \right) \right) \Big|_{\gamma=0} \quad (\text{E.23})$$

wobei $\mathbf{A}_{\gamma\gamma}^{-1}$ die mit Submatrix von \mathbf{A}^{-1} bezeichnet, die aus den Zeilen und Spalten besteht, die in den beiden vorangegangenen Gleichungen γ entsprechen.

E.4 Lagrange-Multiplikatoren-Tests als Tests für systematische Abweichungen vom *conditional logit*-Modell

In Kapitel 5 wurden zwei Weisen besprochen, Daten für Analysen mit *conditional logit*-Modellen aufzubereiten. Die erste Weise war die Expansion der Individualdaten in alle Kombinationen von Individuen und den ihnen zur Auswahl stehenden Alternativen. Die zweite Weise bestand darin, die Daten informationserhaltend zu aggregieren. Für jede Gruppierung von Individuen mit gleichen sozialen Charakteristika und gleichem *choice set* (und, für die Berechnung von robusten Standardfehlern und Hypothesentests, gleicher Klumpenzugehörigkeit) werden die Häufigkeiten der auf die Alternativen entfallenden Entscheidungen berechnet und den Alternativen und Charakteristika (und Klumpen) zugeordnet. In diesem Fall lässt sich die *log likelihood*-Funktion in Summanden zerlegen, die diesen Gruppierungen entsprechen:

$$\ell(\boldsymbol{\beta}) = \sum_{i=1}^n \ell_i(\boldsymbol{\beta}) \quad (\text{E.24})$$

Unter der Annahme, dass Gleichung 5.2 in Kapitel 5 gilt lassen sich die Summanden wie folgt darstellen:

$$\ell_i(\boldsymbol{\beta}) = \sum_{j \in \mathcal{S}_i} y_{ij} \ln \pi_{ij} + C_i = \sum_{j \in \mathcal{S}_i} y_{ij} \mathbf{z}_{ij}^{*'} \boldsymbol{\beta} - \sum_{j \in \mathcal{S}_i} y_{ij} \ln \left(\sum_{k \in \mathcal{S}_i} \exp(\mathbf{z}_{ik}^{*'} \boldsymbol{\beta}) \right) + C_i \quad (\text{E.25})$$

wobei C_i eine Konstante ist, die nicht von den Modellkoeffizienten $\boldsymbol{\beta}$ abhängt. Die Ableitung der Summanden nach den Koeffizienten hat dann die Form (vgl. McFadden 1974: 115):

$$\begin{aligned} \frac{\partial}{\partial \boldsymbol{\beta}} \ell_i(\boldsymbol{\beta}) &= \sum_{j \in \mathcal{S}_i} y_{ij} \frac{\partial}{\partial \boldsymbol{\beta}} \mathbf{z}_{ij}^{*'} \boldsymbol{\beta} - \sum_{j \in \mathcal{S}_i} y_{ij} \frac{\partial}{\partial \boldsymbol{\beta}} \ln \left(\sum_{k \in \mathcal{S}_i} \exp(\mathbf{z}_{ik}^{*'} \boldsymbol{\beta}) \right) \\ &= \sum_{j \in \mathcal{S}_i} y_{ij} \mathbf{z}_{ij}^* - \left(\sum_{k \in \mathcal{S}_i} y_{ik} \right) \left(\sum_{k \in \mathcal{S}_i} \pi_{ik} \mathbf{z}_{ik}^* \right) \\ &= \sum_{j \in \mathcal{S}_i} \left[y_{ij} - \left(\sum_{k \in \mathcal{S}_i} y_{ik} \right) \pi_{ij} \right] \mathbf{z}_{ij}^* \\ &= \sum_{j \in \mathcal{S}_i} [y_{ij} - \tilde{y}_i \pi_{ij}] \mathbf{z}_{ij}^* = \sum_{j \in \mathcal{S}_i} [y_{ij} - \hat{y}_i] \mathbf{z}_{ij}^* \quad \text{mit } \tilde{y}_i := \sum_{k \in \mathcal{S}_i} y_{ik} \text{ und } \hat{y}_i := \tilde{y}_i \pi_{ij} \\ &= \tilde{y}_i \sum_{j \in \mathcal{S}_i} [p_{ij} - \pi_{ij}] \mathbf{z}_{ij}^* \quad \text{mit } p_{ij} := y_{ij} / \tilde{y}_i \end{aligned} \quad (\text{E.26})$$

Der Gradient der *log likelihood*-Funktion vergleicht also (mit Gewichtung) die vom Modell vorhergesagten relative Häufigkeiten π_{ij} mit den empirischen relativen Häufigkeiten p_{ij} .

Auch die erste obengenannte Weise der Aufbereitung von Daten für die Analyse mit einem *conditional logit*-Modell resultiert in diesen Gleichungen. Der Unterschied ist hier nur dass die y_{ij} entweder Null oder eins sind und $\tilde{y}_i = 1$ für alle i . Dies ermöglicht weitere Vereinfachungen (vgl. Greene 1999: 864).

Angenommen die mit einem Lagrange-Multiplikatoren für ein Modell mit den Koeffizienten $\boldsymbol{\beta}$ und den unabhängigen Variablen \mathbf{z}_{ij}^* getestete Hypothese ist, dass die Koeffizienten $\boldsymbol{\gamma}$ von weiteren unabhängigen Variablen \mathbf{w}_{ij} gleich Null sind. Der Gradient der *log likelihood*-Funktion nach den Koeffizienten $\boldsymbol{\gamma}$ hat dann die Form:

$$\frac{\partial}{\partial \boldsymbol{\gamma}} \ell(\boldsymbol{\beta}, \boldsymbol{\gamma}) = \sum_{i=1}^n \sum_{j \in \mathcal{S}_i} [y_{ij} - \tilde{y}_i \pi_{ij}] \mathbf{w}_{ij} = \sum_{i=1}^n \tilde{y}_i \sum_{j \in \mathcal{S}_i} [p_{ij} - \pi_{ij}] \mathbf{w}_{ij} \quad (\text{E.27})$$

Eine geeignete Wahl oder Konstruktion der zusätzlichen unabhängigen Variablen \mathbf{w}_{ij} lässt sich daher nutzen, um systematische Abweichungen der empirischen Daten von den vorher-

sagen des Modells zu überprüfen. In Kapitel 6 wurde zum Beispiel überprüft, ob die empirische Zustimmung zu bestimmten Parteifamilien signifikant größer ist als von den in Kapitel 5 entwickelten Modellen vorhergesagt, in dem als zusätzliche unabhängige Variablen w_{ij} Indikatorvariablen für die Zugehörigkeit der Parteien zu Parteifamilien konstruiert wurden. Wenn also mit dem Lagrange-Multiplikatoren-Test der Koeffizient einer Indikatorvariablen getestet wird, die die Mitgliedschaft von Parteien in der Familie der sozialdemokratischen Parteien repräsentiert, dann ist der zugehörige Gradient gleich der mit der Größe der Stichprobe multiplizierten Differenz zwischen der mittleren vorhergesagten Zustimmung und der mittleren empirischen Zustimmung zu Parteien dieser Familie. In ähnlicher Weise kann auch untersucht werden, ob es signifikante Abweichungen in den untersuchten Daten gibt hinsichtlich der Unterschiede zwischen Klassen in der Zustimmung zu den sozialdemokratischen Parteien. Dazu testet man mit Hilfe des Lagrange-Multiplikatoren-Tests die Koeffizienten von Variablen, die durch Multiplikation der Indikatorvariable für die Zugehörigkeit der Parteien zur sozialdemokratischen Parteifamilie mit effektcodierten Indikatorvariablen für die Zugehörigkeit der Wähler zu den verschiedenen Klassen. In dieser Weise wurden denn auch die Hypothesen-Tests in Kapitel 6 durchgeführt und interpretiert.

E.5 Die verwendete Software

Die in Kapitel 4, 5, und 6 verwendeten Auswertungsverfahren wurden ebenso wie die in Kapitel 4 dargestellten Simulationen in der frei verfügbaren Statistik-Programmiersprache *R* (Ihaka und Gentleman 1996, R Development Core Team 2003) programmiert. *R* ist unter der Internet-Adresse <http://www.r-project.org> erhältlich. Die Programme für die verwendeten Auswertungsverfahren und Simulationen sind beim Autor der Arbeit erhältlich.

Literaturverzeichnis

- Abramson, Paul R. 1971. Social Class and Political Change in Western Europe: A Cross-National Longitudinal Analysis. *Comparative Political Studies* 4: 131–155.
- Achen, Christopher H. 1975. Mass Political Behavior and the Survey Response. *American Political Science Review* 69: 1218–1231.
- Achen, Christopher H. 1991. What Does ‘Explained Variance Explain?: Reply. *Political Analysis* 2: 173–184.
- Achen, Christopher H. 2002. Toward a New Political Methodology: Microfoundations and ART. *Annual Review Political Science* 5: 423–450.
- Adams, James und Samuel Merrill. 1999. Modelling Party Strategies and Policy Representation in Multiparty Elections: Why Are Strategies So Extreme? *American Journal of Political Science* 43: 765–791.
- Aitchison, J. und J. A. Bennet. 1970. Polychotomous Quantal Response by Maximum Indicant. *Biometrika* 57: 253–262.
- Akerlof, George A. 1970. The Market for “Lemons”: Quality Uncertainty and the Market Mechanism. *Quarterly Journal of Economics* 84: 488–500.
- Aldrich, John H. 1983. A Downsian Spatial Model with Party Activism. *American Political Science Review* 77: 974–990.
- Alesina, Alberto. 1988. Credibility and Policy Convergence in a Two-Party System with Rational Voters. *American Economic Review* 78: 796–805.
- Alford, Robert R. 1962. A Suggested Index of the Association of Social Class and Voting. *Public Opinion Quarterly* 26: 417–425.
- Alford, Robert R. 1963. *Party and Society. The Anglo-American Democracies*. Chicago: Rand & McNally.
- Alvarez, R. Michael und Jonathan Nagler. 1995. Economics, Issues and the Perot Candidacy: Voter Choice in the 1992 Presidential Election. *American Journal of Political Science* 39: 714–744.
- Alvarez, R. Michael und Jonathan Nagler. 1998. When Politics and Models Collide: Estimating Models of Multiparty Elections. *American Journal of Political Science* 42: 55–96.
- Alvarez, R. Michael, Jonathan Nagler und Shaun Bowler. 2000. Issues, Economics, and the Dynamics of Multiparty Elections: The British 1987 General Election. *American Political Science Review* 94: 131–149.

- Anderson, Dewey und Percy Davidson. 1943. *Ballots and the Democratic Class Struggle*. Stanford: Stanford University Press.
- Bartolini, Stefano und Peter Mair. 1990. *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885–1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Beck, Paul Allen, Russel J. Dalton, Steven Greene und Robert Huckfeldt. 2002. The Social Calculus of Voting: Interpersonal, Media, and Organisational Influences on Presidential Choices. *American Political Science Review* 96: 57–73.
- Beck, Ulrich. 1983. Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35–74 in Kreckel, Reinhard (Hg.) *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt Sonderband 2*. Göttingen: Schwartz.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berelson, Bernard R., Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee. 1954. *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Berger, Mark M., Michael C. Munger und Richard F. Potthoff. 2000. Expository Note: The Downsian Model Predicts Divergence. *Journal of Theoretical Politics* 12: 228–240.
- Bille, Lars. 1995. Denmark. *European Journal of Political Research* 28: 313–321.
- Binder, David A. 1983. On the Variance of Asymptotically Normal Estimators from Complex Surveys. *International Statistical Review* 51: 279–92.
- Black, Duncan. 1958. *The Theory of Committees and Elections*. New York: Cambridge University Press.
- Borg, Ingwer und Patrick Groenen. 1997. *Modern Multidimensional Scaling: Theory and Applications*. New York: Springer.
- Broughton, David und Hans-Martien ten Napel. 2000. *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London und New York: Routledge.
- Budge, Ian. 1987. The Internal Analysis of Election Programmes. S. 15–38 in Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl (Hg.) *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Budge, Ian und Dennis Farlie. 1977. *Voting and Party Competition: A Theoretical Critique and Synthesis Applied to Surveys From Ten Democracies*. London, New York, Sidney, Toronto: Wiley.
- Budge, Ian und Dennis Farlie. 1983a. Party Competition Selective Emphasis or Direct Confrontation? An Alternative View with Data. S. 265–305 in Daalder, Hans und Peter Mair (Hg.) *Western European Party Systems Continuity and Change*. Beverly Hills: Sage.
- Budge, Ian und Dennis J. Farlie. 1983b. *Explaining and Predicting Elections: Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies*. London: George Allen & Unwin.

- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens und Judith Bara. 2001. *Mapping Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-98*. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl. 1987. *Ideology, Strategy, and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programs in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bürklin, Wilhelm und Markus Klein. 1998. *Wahlen und Wählerverhalten*. Opladen: Leske und Budrich.
- Calvert, Randall L. 1985. Robustness of the Multidimensional Voting Model: Candidate Motivation, Uncertainty, and Convergence. *American Political Science Review* 29: 69–95.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller. 1954. *The Voter Decides*. Evanston, Ill.: Row and Peterson.
- Carmines, Edward G., John P. McIver und James A. Stimson. 1987. Unrealized Partisanship: A Theory of Dealignment. *Journal of Politics* 49: 376–400.
- Carmines, Edward G. und James A. Stimson. 1980. The Two Faces of Issue Voting. *American Political Science Review* 74: 78–91.
- Chappel, Henry W. und William R. Keech. 1986. Policy Motivation and Party Differences in a Dynamic Spatial Model of Party Competition. *American Political Science Review* 80: 881–899.
- Clark, Terry Nichols. 2001. The Debate over “Are Social Classes Dying?”. S. 273–320 in Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset (Hg.) *The Breakdown of Class Politics: A Debate on Post-Industrial Stratification*. Washington, Baltimore und London: Woodrow Wilson Center Press und Johns Hopkins University Press.
- Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset. 1991. Are Social Classes Dying? *International Sociology* 6: 397–410.
- Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset. 1993. The Declining Political Significance of Class. *International Sociology* 6: 397–410.
- Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset. 2001. *The Breakdown of Class Politics: A Debate on Post-Industrial Stratification*. Washington, Baltimore und London: Woodrow Wilson Center Press und Johns Hopkins University Press.
- Coleman, James S. 1990. *Foundation of Social Theory*. Cambridge, Ma. und London: Belknap Press of Harvard University Press.
- Conover, Pamela Johnston und Stanley Feldman. 1989. Candidate Perceptions in an Ambiguous World: Campaigns, Cues, and Inference Processes. *American Journal of Political Science* 33: 912–940.
- Converse, Philip E. 1964. The Nature of Belief Systems in Mass Publics. S. 206–261 in Apter, David E. (Hg.) *Ideology and Discontent*. New York: The Free Press.

- Converse, Philip E. 1970. Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue. S. 168–189 in Tufte, Edward R. (Hg.) *The Quantitative Analysis of Social Problems*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Coombs, Clyde H. 1964. *A Theory of Data*. New York: Wiley.
- Cox, Trevor F. und Michael A. A. Cox. 1994. *Multidimensional Scaling*. London: Chapman & Hall.
- Crewe, Ivor. 1986. On the Death and Resurrection of Class Voting: Some Comments on “How Britain Votes”. *Political Studies* 34: 620–638.
- Crewe, Ivor und David Denver (Hg.). 1985. *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility*. London and Sydney: Croom Helm.
- Crewe, Ivor, Bo Särilvik und James Alt. 1977. Partisan Dealignment in Britain 1964–1974. *British Journal of Political Science* 7: 129–190.
- Crompton, Rosemary. 1993. *Class and Stratification: An Introduction to Current Debates*. Cambridge: Polity Press.
- Dalton, Russel J. 1984. Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies. *Journal of Politics* 46: 264–284.
- Dalton, Russel J. 1990. Religion and Party Alignments. S. 66–88 in Sänkiahho, Risto (Hg.) *People and their Politics*. Jyväskylä: Finnish Political Science Association.
- Dalton, Russel J. 1996a. *Citizen Politics in Western Democracies: Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France. Second Edition*. Chatham, New Jersey: Chatham House Publishers.
- Dalton, Russel J. 1996b. Political Cleavages, Issues, and Electoral Change. S. 319–342 in Le Duc, Lawrence, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hg.) *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Dalton, Russel J., Scott C. Flanagan und Paul Allen Beck (Hg.). 1984. *Electoral Change: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Democracies*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Davis, Otta A., Melvin J. Hinich und Peter C. Ordeshook. 1970. An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process. *American Political Science Review* 64: 426–448.
- Davison, A. C. und D. H. Hinkley. 1997. *Bootstrap Methods and their Application*. Cambridge: Cambridge University Press.
- de Graaf, Nan Dirk, Anthony Heath und Ariana Need. 2001. Declining Cleavages and Political Choices: The Interplay of Social and Political Factors in the Netherlands. *Electoral Studies* 20: 1–15.
- de Graaf, Nan Dirk, Paul Nieuwbeerta und Anthony Heath. 1995. Class Mobility and Political Preference: Individual and Contextual Effects. *American Journal of Sociology* 100: 997–1027.
- Denzau, Arthur T. und Douglass C. North. 2000. Shared Mental Models: Ideologies and Institutions. S. 23–46 in Lupia, Arthur, Mathew D. McCubbins und Samuel L. Popkin (Hg.) *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Deruette, Serge. 1996. Belgium. *European Journal of Political Research* 30: 287–298.
- Deruette, Serge und Nicole Loeb-Mayer. 1992. Belgium. *European Journal of Political Research* 22: 363–372.
- Dogan, Mattei. 1995. Erosion of Class Voting and of the Religious Vote in Western Europe. *International Social Science Journal* 146: 525–538.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harber & Row.
- Dunleavy, Patrick. 1979. The Urban Basis of Political Alignment: Social Class, Domestic Property Ownership, and State Intervention in Consumption Processes. *British Journal of Political Science* 9: 409–443.
- Dunleavy, Patrick. 1980a. The Political Implication of Sectoral Cleavages and the Growth of State Employment: Part 1, The Analysis of Production Cleavages. *Political Studies* 28: 364–383.
- Dunleavy, Patrick. 1980b. The Political Implication of Sectoral Cleavages and the Growth of State Employment: Part 2, Cleavage Structures and Political Alignment. *Political Studies* 28: 527–549.
- Dunleavy, Patrick. 1987. Class Dealignment in Britain Revisited. *West European Politics* 10: 400–419.
- Duverger, Maurice. 1959 [1951]. *Die Politischen Parteien*. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Döring, Herbert. 1990. Wählen Industriearbeiter zunehmend konservativ? Die Bundesrepublik Deutschland im westeuropäischen Vergleich. S. 31–88 in Max, Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.) *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Eaton, B. Curtis und Richard G. Lipsey. 1975. The Principle of Minimum Differentiation Reconsidered: Some New Developments in the Theory of Spatial Competition. *Review of Economic Studies* 42: 27–49.
- Eckstein, Harry. 1966. *Division and Cohesion in Democracy: A Study of Norway*. Princeton: Princeton University Press.
- Elff, Martin. 2002. Parteiensystem, Sozialstruktur und Wahlabsicht. S. 279–313 in Brettschneider, Frank, Jan W. van Deth und Edeltraud Roller (Hg.) *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich.
- Enelow, James M. und Melvin J. Hinich. 1984. *The Spatial Theory of Voting: An Introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Erikson, Robert. 1984. Social Class of Men, Women and Families. *Sociology* 18: 500–514.
- Erikson, Robert und John H. Goldthorpe. 1992. *The Constant Flux*. Oxford: Clarendon Press.
- Erikson, Robert, John H. Goldthorpe und Lucienne Portocarero. 1979. Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies: England, France and Sweden. *British Journal of Sociology* 30: 413–439.

- Evans, Geoffrey. 1993. The Decline of Class Divisions in Britain? Class and Ideological Preferences in the 1960s and the 1980s. *British Journal of Sociology* 44: 447–471.
- Evans, Geoffrey. 1999a. Class and Vote: Disrupting the Orthodoxy. S. 323–334 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Evans, Geoffrey (Hg.). 1999b. *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Evans, Geoffrey, Anthony Heath und Clive Payne. 1999. Class: Labour as a Catch-All Party? S. 87–101 in Evans, Geoffrey und Pippa Norris (Hg.) *Critical Elections. British Parties and Voters in Long-Term Perspective*. London, Thousand Oaks, New Delhi: Sage.
- Evans, Geoffrey und Stephen Whitefield. 1999. The Emergence of Class Politics and Class Voting in Post-communist Russia. S. 254–277 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Fahrmeir, Ludwig Tutz Gerhard. 1994. *Multivariate Statistical Modelling Based on Generalized Linear Models*. New York: Springer.
- Fallend, Franz. 1997. Austria. *European Journal of Political Research* 32: 311–323.
- Fehr, Ernst und Urs Fischbacher. 2003. The Nature of Human Altruism. *Nature* 425: 785–791.
- Fehr, Ernst und Simon Gächter. 2000. Cooperation and Punishment in Public Goods Experiments. *American Economic Review* 90: 980–994.
- Feldman, Stanley. 1982. Economic Self-Interest and Political Behavior. *American Journal of Political Science* 26: 446–466.
- Fennessey, James. 1968. The General Linear Model: A New Perspective on Some Familiar Topics. *American Journal of Sociology* 72: 1–27.
- Finifter, Ada W. 1974. The Friendship Group as a Protective Environment for Political Deviants. *American Political Science Review* 68: 607–625.
- Fiorina, Morris P. 1981. *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven und London: Yale University Press.
- Fox, John. 1997. *Applied Regression Analysis, Linear Models, and Related Methods*. Thousand Oaks und London und New Delhi: Sage.
- Frank, Robert H. 1988. *Passions within Reasons: The Strategic Role of the Emotions*. New York: Norton & Co.
- Franklin, Mark N. 1985. *The Decline of Class Voting in Britain. Changes in the Basis of Electoral Choice 1964-1983*. Oxford: Clarendon Press.
- Franklin, Mark N., Thomas T. Mackie und Henry Valen. 1992. *Electoral Change: Response to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Friedman, Milton. 1953. The Methodology of Positive Economics. Kap. 1, S. 3–43 in *Essays in Positive Economics*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gabel, Mathew und John Huber. 2000. Putting Parties in Their Place: Inferring Party Left-Right Ideological Positions from Party Manifestos Data. *American Journal of Political Science* 44: 94–103.
- Gallagher, Michael, Michael Laver und Peter Mair. 1997. *Representative Government in Modern Europe*. New York: McGraw-Hill.
- Gigerenzer, Gerd, Zeno Sijtink, Theodore Porter, Lorraine Daston, John Beatty und Lorenz Krüger. 1990. *Das Reich des Zufalls: Wissen zwischen Wahrscheinlichkeiten, Häufigkeiten und Unschärfen*. Heidelberg u. Berlin: Spektrum Akademischer Verlag.
- Gigon, Olof (Hg.). 1973. *Aristoteles: Politik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Gill, Jeff. 1999. The Insignificance of Null Hypothesis Significance Testing. *Political Research Quarterly* 52: 647–674.
- Gintis, Herbert. 2003. Solving the Puzzle of Prosociality. *Rationality and Society* 15: 155–187.
- Gold, E. Mark. 1973. Metric Unfolding: Data Requirement for Unique Solution & Clarification of Schönemann's Algorithm. *Psychometrika* 38: 555–569.
- Goldthorpe, John. 1999. Modelling the Pattern of Class Voting in British Elections, 1964–1992. S. 59–82 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Goldthorpe, John H. 1982. On the Service Class: Its Formation and Future. S. 162–185 in Giddens, Anthony und G. Mackenzie (Hg.) *Social Class and the Division of Labour*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Goldthorpe, John H. 1995. The Service Class Revisited. S. 313–329 in Butler, Tim und Mike Savage (Hg.) *Social Change and the Middle Classes*. London: UCL Press.
- Goldthorpe, John H. 1996. Class and Politics in Advanced Industrial Societies. S. 196–208 in Lee, David J. und Bryan S. Turner (Hg.) *Conflicts about Class*. London: Longman.
- Green, Donald P. und Ian Shapiro. 1994. *Pathologies of Rational Choice Theory: A Critique of Applications in Political Science*. New Haven and London: Yale University Press.
- Green, Peter J. und Bernard Silverman. 1994. *Nonparametric Regression and Generalized Linear Models: A Roughness Penalty Approach*. Boca Raton: Chapman and Hall.
- Greenacre, Michael J. und Michael W. Browne. 1986. An Efficient Alternating Least-Squares Algorithm to Perform Multidimensional Unfolding. *Psychometrika* 51: 241–250.
- Greene, William H. 1999. *Econometric Analysis*. Upper Saddle River: Prentice Hall, 4. auflage Aufl.
- Harville, David A. 1997. *Matrix Algebra From a Statistician's Perspective*. New York: Springer.
- Hausman, Jerry. 1978. Specification Tests in Econometrics. *Econometrica* 46: 1251–1271.

- Hausman, Jerry und Daniel McFadden. 1984. A Specification Test for the Multinomial Logit Model. *Econometrica* 52: 1219–1240.
- Hausman, Jerry A. und David Wise. 1978. A Conditional Probit Model for Qualitative Choice: Discrete Decisions Recognizing Interdependence and Heterogeneous Preferences. *Econometrica* 46: 403–426.
- Hearl, Derek. 1988. Ambivalence Revisited: An Analysis of Liberal Party Manifestos since 1945. S. 436–455 in Kirchner, Emil (Hg.) *Liberal Parties in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heath, Anthony und Roger Jowell. 1987. Trendless Fluctuation: A Reply to Crewe. *Political Studies* 35: 256–277.
- Heath, Anthony, Roger Jowell und John Curtice. 1988. Class Dealignment and the Explanation of Political Change: A Reply to Dunleavy. *West European Politics* 11: 146–148.
- Heath, Anthony, Roger Jowell, John Curtice, Geoff Evans, Julia Field und Sharon Witherspoon. 1991. *Understanding Political Change. The British Voter 1964–1987*. Oxford: Pergamon Press.
- Heath, Anthony F., Roger Jowell und John Curtice. 1985. *How Britain Votes*. Oxford: Pergamon Press.
- Heidar, Knut. 1997. Norway. *European Journal of Political Research* 32: 463–468.
- Henrich, Joseph, Robert Boyd, Samuel Bowles, Colin Camerer, Ernst Fehr, Herbert Gintis und Richard McElreath. 2001. In Search of Homo Economicus: Behavioral Experiments in 15 Small-Scale Societies. *American Economic Review* 91: 73–78.
- Hill, Jennifer L. und Hanspeter Kriesi. 2001. An Extension and Test of Converse's 'Black and White' Model of Response Stability. *American Political Science Review* 95: 397–413.
- Hinich, Melvin. 1977. Equilibrium Spatial Voting: The Median Voter Result Is an Artefact. *Journal of Economic Theory* 16: 208–219.
- Hinich, Melvin J. und Michael C. Munger. 1994. *Ideology and the Theory of Political Choice*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Hinich, Melvin J. und Michael C. Munger. 1997. *Analytical Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hotelling, Harold. 1929. Stability in Competition. *Economic Journal* 39: 41–57.
- Hout, Michael, Clem Brooks und Jeff Manza. 1985. The Democratic Class Struggle in the United States, 1948–1992. *American Sociological Review* 60: 805–28.
- Hout, Michael, Clem Brooks und Jeff Manza. 1993. The Persistence of Class in Post-Industrial Societies. *International Sociology* 8: 259–277.
- Hout, Michael, Jeff Manza und Clem Brooks. 1999. Classes, Unions, and the Realignment of US Presidential Voting, 1952–1992. S. 83–96 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.

- Huber, Peter J. 1967. The Behavior of Maximum Likelihood Estimators under Non-standard Conditions. S. 221–233 in LeCam, Lucien M. (Hg.) *Proceedings of the 5. Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability, held at the Statistical Laboratory University of California June 21 - July 18, 1965 and Dec. 27, 1965 - Jan. 7, 1966*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Huckfeldt, R. Robert und John Sprague. 1987. Networks in Context: The Social Flow of Political Information. *American Political Science Review* 81: 1197–1216.
- Huckfeldt, Robert und John Sprague. 1988. Choice, Social Structure, and Political Information: The Information Coercion of Minorities. *American Journal of Political Science* 32: 467–482.
- Huckfeldt, Robert und John Sprague. 1995. *Citizens, Politics, and Social Communication. Information and Influence in an Election Campaign*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ignazi, Piero. 1993. Italy. *European Journal of Political Research* 24: 475–483.
- Ignazi, Piero. 1996. Italy. *European Journal of Political Research* 30: 393–398.
- Ihaka, Ross und Robert Gentleman. 1996. R: A Language for Data Analysis and Graphics. *Journal of Computational and Graphical Statistics* 5: 299–314.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles in Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1984. The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society. S. 25–69 in Dalton, Russel J., Scott C. Flanagan und Paul Allen Beck (Hg.) *Electoral Change: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Democracies*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1997. *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald und Scott C. Flanagan. 1987. Value Change in Industrial Societies. *American Political Science Review* 81: 1289–1349.
- Inglehart, Ronald und Jacques René Rabier. 1986. Political Realignment in Advanced Industrial Society: From Class-Based Politics to Quality-of-Life Politics. *Government and Opposition* 21: 457–479.
- Iversen, Torben. 1994. The Logics of Electoral Politics: Spatial, Directional, and Mobilizational Effects. *Comparative Political Studies* 27: 155–189.
- Jagodzinski, Wolfgang und Markus Quandt. 1997. Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese: Anmerkungen zu dem Beitrag von Schnell und Kohler. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 761–782.
- Janda, Kenneth, Robert Harmel, Christine Edens und Patricia Goff. 1995. Changes in Party Identity: Evidence from Party Manifestos. *Party Politics* 1: 171–198.
- Janowitz, Morris und David R. Segal. 1967. Social Cleavage and Party Affiliation: Germany, Great Britain, and the United States. *American Journal of Sociology* 72: 601–618.

- Kent, John T. 1982. Robust Properties of Likelihood Ratio Tests. *Biometrika* 69: 19–27.
- Key, Jr., V. O. 1966. *The Responsible Electorate: Rationality in Presidential Voting 1936-1960*. Cambridge, Mass.: Belknap Press of Harvard University Press.
- Kinder, Donald R. und D. Roderik Kiewiet. 1979. Economic Grievances and Political Behavior: The Role of Personal Discontents and Collective Judgements in Congressional Voting. *American Journal of Political Science* 23: 495–527.
- Kinder, Donald R. und D. Roderik Kiewiet. 1981. Sociotropic Politics: The American Case. *British Journal of Political Science* 11: 129–162.
- King, Gary. 1986. How Not to Lie with Statistics: Avoiding Common Mistakes in Quantitative Political Science. *American Journal of Political Science* 30: 666–687.
- Kirchheimer, Otto. 1965. Der Wandel des Europäischen Parteiensystems. *Politische Vierteljahresschrift* 6: 20–41.
- Kitschelt, Herbert P. 1988. Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems. *World Politics* S. 194–234.
- Kitschelt, Herbert P. 1994. *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1995. Party Positions and Voter Orientations. S. 183–205 in Klingemann, Hans-Dieter und Dieter Fuchs (Hg.) *Citizens and the State*. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert und Ian Budge. 1994. *Parties, Policies, and Democracy*. Boulder: Westview.
- Knutsen, Oddbjørn. 1988. The Impact of Structural and Ideological Party Cleavages in West European Democracies: A Comparative Empirical Analysis. *British Journal of Political Science* 18: 323–352.
- Knutsen, Oddbjørn. 1989. Cleavage Dimensions in Ten West European Countries: A Comparative Empirical Analysis. *Comparative Political Studies* 21: 495–534.
- Knutsen, Oddbjørn und Elinor Scarbrough. 1995. Cleavage Politics. S. 492–524 in van Deth, Jan W. und Elinor Scarbrough (Hg.) *The Impact of Values. Beliefs in Government Volume Four*. Oxford: Oxford University Press.
- Kohler, Ulrich. 2002. *Der demokratische Klassenkampf: Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt am Main: Campus.
- Korpi, Walter. 1974. Some Problems in the Measurement of Class Voting. *American Journal of Sociology* 78: 627–642.
- Kotler-Berkowitz, Laurence A. 2001. Religion and Voting Behaviour in Great Britain: A Reassessment. *British Journal of Political Science* 31: 523–554.
- Kriesi, Hanspeter. 1998. The Transformation of Cleavage Politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture. *European Journal of Political Research* 33: 165–185.

- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson. 1997. Parties and Voters: What Creates the Ties? *Scandinavian Political Studies* 20: 179–196.
- Lane, Jan-Erik und Swante O. Ersson. 1994. *Politics and Society in Western Europe*. London: Sage Publications, dritte auflage Aufl.
- Lane, Jan-Erik, David H. MacKay und Kenneth Newton. 1997. *Political Data Handbook: OECD Countries*. Oxford: Oxford University Press, 2. Aufl.
- Lane, Robert E. 1965. The Politics of Consensus in an Age of Affluence. *American Political Science Review* 54: 874–895.
- Laver, Michael. 2001. Position and Salience in the Policies of Political Actors. S. 66–75 in Laver, Michael (Hg.) *Estimating the Policy Positions of Political Actors*. London and New York: Routledge.
- Laver, Michael J. und Ian Budge. 1992. Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation. S. 15–40 in Laver, Michael J. und Ian Budge (Hg.) *Party Policy and Government Coalitions*. New York: St. Martin's Press.
- Laver, Michael J. und John Garry. 2000. Estimating Policy Positions from Political Texts. *American Journal of Political Science* 44: 619–634.
- Lazarsfeld, Paul F, Bernard Berelson und Hazel Gaudet. 1968 [1948]. *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind In A Presidential Campaign*. New York and London: Columbia University Press, third edition Aufl.
- Le Duc, Lawrence, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hg.) . 1996. *Political Cleavages, Issues, and Electoral Change*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Lijphart, Arend. 1971a. *Class Voting and Religious Voting in European Democracies*. Glasgow: University of Strathclyde.
- Lijphart, Arend. 1971b. Class Voting and Religious Voting in European Democracies: A Preliminary Report. *Acta Politica* 6: 158–171.
- Lijphart, Arend. 1977. *Democracy in Plural Societies*. New Haven and London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend. 1979. Religious vs. Linguistic vs. Class Voting. The “Crucial Experiment” of Comparing Belgium, Canada, South Africa, and Switzerland. *American Political Science Review* 73: 442–458.
- Lindsey, James K. 1996. *Parametric Statistical Inference*. Oxford: Clarendon Press.
- Lipset, Seymour Martin. 1964. The Changing Class Structure and Contemporary European Politics. *Daedalus* 93: 271–303.
- Lipset, Seymour Martin. 1981. *Political Man. The Social Basis of Politics*. Baltimore, Maryland: John Hopkins University Press, expanded edition Aufl.
- Lipset, Seymour Martin. 2001. The Decline of Class Ideologies: The End of Political Exceptionalism? S. 249–272 in Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset (Hg.) *The Breakdown of Class Politics: A Debate on Post-Industrial Stratification*. Washington, Baltimore und London: Woodrow Wilson Center Press und Johns Hopkins University Press.

- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan. 1967a. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. S. 1–64 in Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (Hg.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press.
- Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (Hg.). 1967b. *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: Free Press.
- Lucardie, Paul und Gerrit Voerman. 1995. The Netherlands. *European Journal of Political Research* 28: 427–436.
- Lupia, Arthur und Mathew D. McCubbins. 1998. *The Democratic Dilemma: Can Citizens Learn What They Need To Know?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Luskin, Robert C. 1991. Abusus Non Tollit Usum: Standardized Coefficients, Correlations, and R^2 s. *American Journal of Political Science* 35: 1032–1046.
- Luskin, Robert C., John P. McIver und Edward G. Carmines. 1989. Issues and the Transmission of Partisanship. *American Journal of Political Science* 33: 440–458.
- Lybeck, Johan A. 1985. Is the Lipset-Rokkan Hypothesis Testable? *Scandinavian Political Studies* 8: 105–113.
- MacDonald, Stuart Elaine, Ola Listhaug und George Rabinowitz. 1991. Issues and Party Support in Multiparty Systems. *American Political Science Review* 85: 1107–1131.
- MacDonald, Stuart Elaine und George Rabinowitz. 1998. Solving the Paradox of Nonconvergence: Valence, Position, and Direction in Democratic Politics. *Electoral Studies* 17: 281–300.
- Mackie, Thomas und Richard Rose. 1991. *The International Almanac of Electoral History*. Basingstoke, Hampshire & London: MacMillan, fully revised 3. edition Aufl.
- Mackie, Thomas T. 1991. General Elections in Western Nations during 1989. *European Journal of Political Research* 19: 157–162.
- Mackie, Thomas T. 1993. United Kingdom. *European Journal of Political Research* 24: 555–562.
- Madeley, John. 2000. Reading the Runes: The Religious Factor in Scandinavian Electoral Politics. S. 28–43 in Broughton, David und Hans-Martien ten Napel (Hg.) *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London und New York: Routledge.
- Maguire, Maria. 1983. Is There Still Persistence? Electoral Change in Western Europe, 1948–1979. S. 67–94 in Hans, Daalder und Peter Mair (Hg.) *Western European Party Systems. Continuity & Change*. London: Sage Publications.
- Mair, Peter. 1991. The Electoral Universe of Small Parties in Postwar Western Europe. S. 41–70 in Müller-Rommel, Ferdinand und Geoffrey Pridham (Hg.) *Small Parties in Western Europe: Comparative and National Perspectives*. London: Sage.
- Mair, Peter. 1993. Myths of Electoral Change and the Survival of Traditional Parties. The 1992 Stein Rokkan Lecture. *European Journal of Political Research* 24: 121–133.
- Mair, Peter. 1997. *Party System Change: Approaches and Interpretations*. Oxford: Clarendon Press.

- Mair, Peter. 1999. The Freezing Hypothesis: An Evaluation. S. 27–44 in Karvonen, Lauri und Stein Kuhnle (Hg.) *Party Systems and Voter Alignments Revisited (With an Introduction by Seymour Martin Lipset)*. London & New York: Routledge.
- Mair, Peter und Richard S. Katz. 1995. Changing Models of Party Organisation and Party Democracy. *Party Politics* 1: 5–28.
- Mair, Peter, Seymour Martin Lipset, Michael Hout und John H. Goldthorpe. 1999. Critical Commentary: Four Perspectives on The End of Class Politics? S. 308–322 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Mair, Peter und Cas Mudde. 1998. The Party Family and Its Study. *Annual Review of Political Science* 1: 211–229.
- Mannheim, Karl. 1928. Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 7: 157–185, 309–330.
- Mannheim, Karl. 1930. *Ideologie und Utopie*. Bonn: Cohen, 2. auflage Aufl.
- Manza, Jeff, Michael Hout und Clem Brooks. 1995. Class Voting in Capitalist Democracies since World War II: Dealignment, Realignment, or Trendless Fluctuation? *Annual Review of Sociology* 21: 137–162.
- Markus, Gregory B. und Philip E. Converse. 1979. A Dynamic Simultaneous Equation Model of Electoral Choice. *American Political Science Review* 73: 4.
- Marx, Karl. 1964 [1959]. Zur Kritik der politischen Ökonomie. S. 7–160 in *Karl Marx und Friedrich Engels. Werke* Bd. 13. Berlin: Dietz.
- Mateju, Petr, Blanka Rehakova und Geoffrey Evans. 1999. The Politics of Interests and Class Realignment in the Czech Republic, 1992–1996. S. 231–253 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford University Press.
- Mattei, Franco und Richard G. Niemi. 1991. Unrealized Partisans, Realized Independents, and the Intergenerational Transmission of Partisan Identification. *Journal of Politics* 53: 161–174.
- May, John D. 1973. Opinion Structure of Political Parties: The Special Law of Curvilinear Disparity. *Political Studies* 21: 135–51.
- McCullagh, P und J. A. Nelder. 1989. *Generalized Linear Models. Second Edition*. London, New York: Chapman and Hall.
- McFadden, Daniel. 1974. Conditional Logit Analysis of Qualitative Choice Behaviour. S. 105–142 in Zarembka, Paul (Hg.) *Frontiers in Econometrics*. New York: Academic Press.
- McFadden, Daniel L. 1984. Econometric Analysis of Qualitative Response Models. S. 1395–1457 in Griliches, Zvi und Michael D. Intriligator (Hg.) *Handbook of Econometrics*. Bd. II. Amsterdam: Elsevier.
- McKenzie, Robert und Allan Silver. 1968. *Angels in Marble: Working Class Conservatives in Urban England*. Chicago and London: University of Chicago Press.

- Merrill, Samuel, Bernard Grofman und James Adams. 2001. Assimilation and Contrast Effects in Voter Projections of Party Locations: Evidence from Norway, France, and the USA. *European Journal of Political Research* 40: 199–221.
- Miller, Arthur H., Warren E. Miller, Alden S. Raine und Thad A. Brown. 1976. A Majority Party in Disarray: Policy Polarization in the 1972 Election. *American Political Science Review* 70: 753–778.
- Miller, Arthur H., Christopher Wlezien und Anne Hildreth. 1991. A Reference Group Theory of Partisan Coalitions. *Journal of Politics* 53: 1143–1149.
- Montero, José Ramón und Kerman Calvo. 2000. Religiosity and Party Choice in Spain: An Elusive Cleavage? S. 118–139 in Broughton, David und Hans-Martien ten Napel (Hg.) *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London und New York: Routledge.
- Moschner, Meinhard. 2002. Standard Eurobarometer Study Profiles. Techn. Ber., Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln.
URL http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/standard_eb_profiles/index.htm
- Mueller, Dennis C. 2003. *Public Choice III*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mutz, Diana C. und Jeffery J. Mondak. 1997. Dimensions of Sociotropic Behavior: Group-Based Judgements of Fairness and Well-Being. *American Journal of Political Science* 41: 284–308.
- Müller, Walter. 1997. Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 747–760.
- Müller, Walter. 1998. Klassenstruktur und Parteiensystem. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 3–46.
- Müller, Walter. 1999. Class Cleavages in Party Preferences in Germany - Old and New. S. 137–180 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Müller, Wolfgang C. 1995. Austria. *European Journal of Political Research* 28: 277–289.
- Müller-Rommel, Ferdinand. 1991. Small Parties in Comparative Perspective: The State of the Art. S. 1–22 in Müller-Rommel, Ferdinand und Geoffrey Pridham (Hg.) *Small Parties in Western Europe: Comparative and National Perspectives*. London: Sage.
- Namboodiri, Narayanan Krishnan. 1984. *Matrix Algebra: An Introduction*. Beverly Hills: Sage.
- Neuman, Russel W. 1986. *The Paradox of Mass Politics: Knowledge and Opinion in the American Electorate*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Nie, Norman H. und Kristi Andersen. 1974. Mass Belief Systems Revisited: Political Change and Attitude Structure. *Journal of Politics* 36: 540–591.
- Nie, Norman H., Sidney Verba und John R. Petrocik. 1979. *The Changing American Voter*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, enlarged edition Aufl.

- Niemi, Richard G. und M. Kent Jennings. 1991. Issues and Inheritance in the Formation of Party Identification. *American Journal of Political Science* 35: 970–988.
- Nieuwbeerta, Paul. 1995. *The Democratic Class Struggle in Twenty Countries 1945–1990*. Amsterdam: Thesis Publishers.
- Nieuwbeerta, Paul und Nan Dirk de Graaf. 1999. Traditional Class Voting in Twenty Postwar Societies. S. 23–56 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Nieuwbeerta, Paul, Nan Dirk de Graaf und Wout Ultee. 2000. The Effects of Class Mobility on Class Voting in Post-War Western Industrialized Countries. *European Sociological Review* 16: 327–348.
- Nieuwbeerta, Paul und Jeff Manza. 2002. Klassen-, Religions- und Geschlechterspaltungen: Parteien und Gesellschaften in vergleichender Perspektive. S. 279–314 in *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske+Budrich.
- Nieuwbeerta, Paul und Wout Ultee. 1999. Class Voting in Western Industrialized Countries, 1945–1990: Systematizing and Testing Explanations. *European Journal of Political Research* 35: 123–160.
- Norris, Pippa. 1995. May's Law of Curvilinear Disparity Revisited: Leaders, Officers, Members and Voters in British Political Parties. *Party Politics* 1: 29–47.
- Olson, Mancur. 1968. *Die Logik des kollektiven Handelns*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pappi, Franz Urban. 1977. Sozialstruktur, Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 195–229.
- Pappi, Franz Urban. 1985. Die konfessionell-religiöse Spannungslinie in der deutschen Wählerschaft: Entstehung, Stabilität, Wandel. S. 263–290 in Oberndörfer, Dieter, Hans Rattinger und Karl Schmitt (Hg.) *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Pappi, Franz Urban. 1990. Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel. S. 15–30 in Kaase, Max und Hans-Dieter Klingemann (Hg.) *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban. 2000. Zur Theorie des Parteienwettbewerbs. S. 85–105 in Klein, Markus, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hg.) *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Parkin, Frank. 1979. *Marxism and Class Theory: A Bourgeois Critique*. London: Tavistock.
- Pedersen, Mogens N. 1983. Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948–1977: Explorations in Explanation. S. 29–66 in Hans, Daalder und Peter Mair (Hg.) *Western European Party Systems. Continuity & Change*. London: Sage Publications.
- Pierre, Jon und Anders Widfeldt. 1992. Sweden. *European Journal of Political Research* 22: 519–526.
- Pierre, Jon und Anders Widfeldt. 1997. Sweden. *European Journal of Political Research* 32: 495–500.

- Pomper, Gerald M. 1972. From Confusion to Clarity: Issues and American Voters, 1956-1968. *American Political Science Review* 66: 415–428.
- Popkin, Samuel, John W. Gorman, Charles Phillips und Jeffrey A. Smith. 1976. Comment: What Have You Done for Me Lately? Toward An Investment Theory of Voting. *American Political Science Review* 70: 779–805.
- Popkin, Samuel L. 1991. *The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*. Chicago: University of Chicago Press.
- Powell, G. Bingham Jr. 1976. Political Cleavage, Cross-Pressure Processes and Partisanship: An Empirical Test of the Theory. *American Journal of Political Science* 20: 1–23.
- Powell, G. Bingham Jr. 1987. Comparative Voting Behavior: Cleavages, Partisanship and Accountability. *Research in Micropolitics* 2: 233–264.
- Pradeep, Chhibber und Mariano Torcal. 1997. Elite Strategy, Social Cleavages, and Party Systems in a New Democracy: Spain. *Comparative Political Studies* 30: 27–54.
- Przeworski, Adam. 1985. *Capitalism and Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam und John Sprague. 1986. *Paper Stones: A History of Electoral Socialism*. Chicago: University of Chicago Press.
- Przeworski, Adam und Henry Teune. 1970. *The Logic of Comparative Social Inquiry*. New York: Wiley.
- R Development Core Team. 2003. *R: A language and environment for statistical computing*. R Foundation for Statistical Computing, Vienna, Austria. ISBN 3-900051-00-3.
URL <http://www.R-project.org>
- Rabinowitz, George und Stuart Elaine MacDonald. 1989. A Directional Theory of Issue Voting. *American Political Science Review* 83: 93–121.
- Rae, Douglas W. und Michael Taylor. 1970. *The Analysis of Political Cleavages*. New Haven & London: Yale University Press.
- Robertson, David. 1967. *A Theory of Party Competition*. London: Wiley.
- Rose, Richard und Thomas T. Mackie. 1988. Do Parties Persist or Fail? The Big Trade-off Facing Parties. S. 533–558 in Lawson, Kay und Peter H. Merkl (Hg.) *When Parties Fail: Emerging Alternative Organizations*. Princeton: Princeton University Press.
- Rose, Richard und Ian McAllister. 1986. *Voters Begin to Choose: From Closed-Class to Open Elections in Britain*. London: Sage.
- Rose, Richard und Derek W. Urwin. 1969. Social Cohesion, Political Parties and Strains in Regimes. *Comparative Political Studies* 2: 7–67.
- Rose, Richard und Derek W. Urwin. 1970. Persistence and Change in Western Party Systems since 1945. *Political Studies* 18: 287–319.

- Royall, Richard M. 1986. Model Robust Confidence Intervals Using Maximum Likelihood Estimators. *International Statistical Review* 54: 221–226.
- Römmele, Andrea. 1999. Cleavage Structures and Party Systems in East and Central Europe. S. 3–17 in Lawson, Kay, Andrea Römmele und Georgi Karasimeonov (Hg.) *Cleavages, Parties, and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*. Westport, Ct. and London: Praeger.
- Sainsbury, Diane. 1990. Party Strategies and the Electoral Trade-off of Class-based Parties. A Critique and Application of the 'Dilemma of Electoral Socialism'. *European Journal of Political Research* 18: 29–50.
- Sartori, Giovanni. 1969a. From the Sociology of Politics to Political Sociology. S. 65–100 in Lipset, Seymour Martin (Hg.) *Politics and the Social Sciences*. Oxford: Oxford University Press.
- Sartori, Giovanni. 1969b. Politics, Ideology, and Belief Systems. *American Political Science Review* 63: 398–411.
- Scarborough, Elinor. 1984. *Political Ideology and Voting*. Oxford: Clarendon Press.
- Schattschneider, Elmer E. 1964. *The Semisovereign People: A Realist's View of Democracy in America*. New York: Holt.
- Schmitt, Karl. 1997. Sozialstruktur und Wählerverhalten. S. 425–448 in Gabriel, Oskar W. (Hg.) *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2003. Mass Communication, Personal Communication and Vote Choice: The Filter Hypothesis of Media Influence in Comparative Perspective. *British Journal of Political Science* 33: 233–259.
- Schnell, Rainer und Ulrich Kohler. 1995. Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47: 634–657.
- Schönemann, Peter H. 1970. On Metric Multidimensional Unfolding. *Psychometrika* 35: 349–366.
- Seawright, David. 2000. A Confessional Cleavage Resurrected? The Denominational Vote in Britain. S. 44–60 in Broughton, David und Hans-Martien ten Napel (Hg.) *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London und New York: Routledge.
- Shamir, Michal. 1984. Are Western Party Systems "Frozen"? A Comparative Dynamic Analysis. *Comparative Political Studies* 17: 35–79.
- Shepsle, Kenneth A. 1991. *Models of Multiparty Electoral Competition*. Chur: Harwood Academic Publishers.
- Shepsle, Kenneth A. und Mark S. Bonchek. 1997. *Analyzing Politics. Rationality, Behaviour and Institutions*. New York: Norton.
- Skyrms, Brian. 1996. *Evolution of the Social Contract*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Smith, Gordon. 1972. *Politics in Western Europe*. London: Heimmann, 1st Aufl.
- Smith, Gordon. 1980. *Politics in Western Europe*. London: Heimmann, 3. Aufl.
- Smith, Gordon. 1989. *Politics in Western Europe*. London: Heimmann, 5. Aufl.
- Sniderman, Paul M., Richard Brody und Philip E. Tetlock. 1991. *Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stinchcombe, Arthur L. 1975. Social Structure and Politics. S. 557–622 in Greenstein, Fred I. und Nelson W. Polsby (Hg.) *Macropolitical Theory*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Suits, Daniel B. 1957. Use of Dummy Variables in Regression Equations. *Journal of the American Statistical Association* 52: 548–551.
- Thorburn, Phyllis. 1977. Political Generations: The Case of Class and Party in Britain. *European Journal of Political Research* 5: 135–148.
- Thurner, Paul W. 2000. The Empirical Application of the Spatial Theory of Voting in Multiparty Systems with Random Utility Models. *Electoral Studies* 19: 493–517.
- Tingsten, Herbert. 1963 [1937]. *Political Behavior: Studies in Election Statistics*. Totowa, NJ: Bedminster Press. First published in 1937 as volume 7 of Stockholm Economic Studies.
- Torcal, Mariano und Scott Mainwaring. 2003. The Political Recrafting of Social Bases of Party Competition: Chile, 1973–95. *British Journal of Political Science* 33: 55–84.
- van den Broek, Andries. 1996. *Politics and Generations*. Tilburg: Tilburg University Press.
- van der Brug, Wouter. 2001. Analysing Party Dynamics by Taking Partially Overlapping Snapshots. S. 115–132 in Laver, Michael (Hg.) *Estimating the Policy Positions of Political Actors*. London and New York: Routledge.
- van Deth, Jan W. und Martin Elff. 2000. Political Involvement and Apathy in Europe, 1973–1998. *MZES Working Papers* 33.
- van Deth, Jan W. und Martin Elff. 2001. Politicisation and Political Interest in Europe: A Multi-Level Approach. *MZES Working Papers* 36.
- van Holsteyn, Joop J. M. und Galen A. Irwin. 2000. The Bells Toll No More: The Declining Influence of Religion on Voting Behaviour in the Netherlands. S. 75–96 in Broughton, David und Hans-Martien ten Napel (Hg.) *Religion and Mass Electoral Behaviour in Europe*. London und New York: Routledge.
- van Wijnen, Pieter. 2001. *Policy Voting in Advanced Industrial Democracies: The Case of the Netherlands 1971–1998*. Twente: University of Twente.
- Venables, William N. und Brian D. Ripley. 2002. *Modern Applied Statistics with S*. New York und Berlin: Springer, 4. auflage Aufl.
- Volkens, Andrea. 1996. Parteiprogramme und Polarisierung. S. 215–236 in Niedermayer, Oskar (Hg.) *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

- von Beyme, Klaus. 1984. *Parteien in westlichen Demokratien*. München & Zürich: Piper, 2, überarbeitete auflage Aufl.
- Ware, Alan. 1996. *Political Parties and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Weakliem, David. 1991. The Two Lefts? Occupation and Party Choice in France, Italy, and the Netherlands. *American Journal of Sociology* 96: 1327–61.
- Weakliem, David L. und Anthony F. Heath. 1999. The Secret Life of Class Voting: Britain, France, and the United States since the 1930s. S. 97–136 in Evans, Geoffrey (Hg.) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*. Oxford: Oxford University Press.
- Weatherford, M. Stephen. 1978. Economic Conditions and Electoral Outcomes: Class Differences in the Political Response to Recession. *American Journal of Political Science* 22: 915–938.
- Weatherford, M. Stephen. 1982. Interpersonal Networks and Political Behavior. *American Journal of Political Science* 26: 117–143.
- Weber, Max. 1972 [1922]. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), fünfte, revidierte auflage Aufl.
- Weir, Blair T. 1975. The Distortion of Voter Recall. *American Journal of Political Science* 19: 53–62.
- White, Halbert. 1982. Maximum Likelihood Estimation of Misspecified Models. *Econometrica* 50: 1–25.
- Wittgenstein, Ludwig. 1984 [1952]. Philosophische Untersuchungen (Hrsg. von G. E. M. Anscombe and G. H. von Wright and Rush Rhees). S. 229–580 in *Tractatus logico-philosophicus. Tagebücher 1914–1916. Philosophische Untersuchungen. Werkausgabe* Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wittman, Donald. A. 1977. Candidates with Policy Preferences: A Dynamic Model. *Journal of Economic Theory* 14: 180–189.
- Wittman, Donald A. 1983. Candidate Motivation: A Synthesis of Alternative Theories. *American Political Science Review* 77: 142–157.
- Ysmal, Colette. 1992. France. *European Journal of Political Research* 22: 401–407.
- Ysmal, Colette. 1994. France. *European Journal of Political Research* 26: 293–304.
- Zaller, John und Stanley Feldman. 1992. A Simple Theory of the Survey Response: Answering Questions versus Revealing Preferences. *American Journal of Political Science* 36: 579–616.
- Zaller, John R. 1992. *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zuckerman, Alan. 1975. Political Cleavage: A Conceptual and Theoretical Analysis. *British Journal of Political Science* 5: 231–248.
- Zuckerman, Alan und Irving Mark Lichbach. 1977. Stability and Change in European Electorates. *World Politics* 29: 535–551.

- Zuckerman, Alan S., Laurence A. Kotler-Berkowitz und Lucas A. Swaine. 1998. Anchoring Political Preferences: The Structural Bases of Stable Electoral Decisions and Political Attitudes in Britain. *European Journal of Political Research* 33: 285–321.
- Zuckerman, Alan S., Nicholas S. Valentino und Ezra W. Zuckerman. 1994. A Structural Theory of Vote Choice: Social and Political Networks and Electoral Flows in Britain and the United States. *Journal of Politics* 56: 1008–1033.